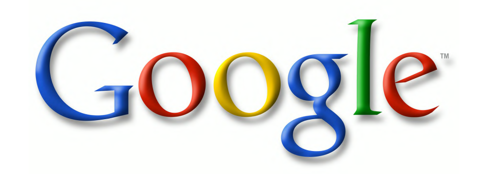


This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

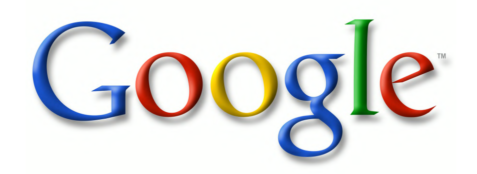
Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

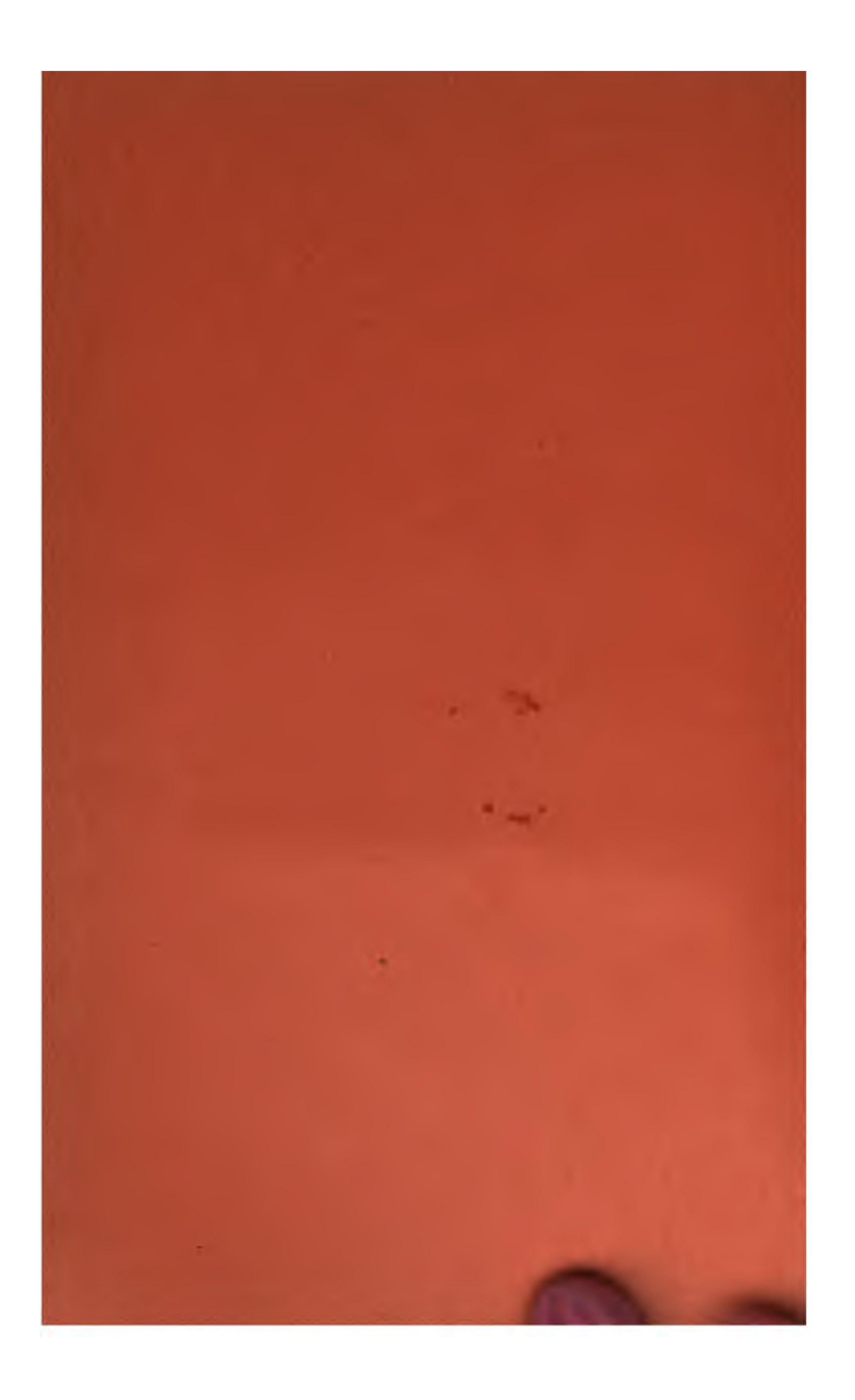
+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



22
8864915
21.85
Abh. g. z. m. u. n. Gesch. Nr 2



STANFORD LIBRARIES

Heidelberger Abhandlungen
zur mittleren und neueren Geschichte
Herausgegeben von Erich Marcks und Dietrich Schäfer
2. Heft

Preußen und England
in der
europäischen Politik 1785—1788

von

Friedrich Karl Wittichen



Heidelberg 1902
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung



Meiner Mutter



Vorwort.

Die Anregung zu vorliegender Arbeit erhielt ich aus der Beschäftigung mit Mirabeau im Seminar B. Erdmannsdörffers und durch die Schrift meines Bruders Paul Wittichen über „Die polnische Politik Preußens 1788—1790". Ausgehend von den holländischen Ereignissen fand ich mich in die Notwendigkeit versetzt, zum näheren Verständnis des englisch-preußischen Verhältnisses in dieser Zeit auf den Fürstenbund zurückzugreifen. Zweck der Arbeit soll es sein, die Zusammenhänge des Fürstenbundes mit den holländischen Ereignissen und dem Berliner Bündnis zu erforschen. Bei der Darstellung des Fürstenbundes hat man bis jetzt das Hauptgewicht auf den deutschen Charakter dieser Verbindung gelegt, nicht unbeeinflußt von den vor dem Jahre 1866 auf eine erneute Einigung der deutschen Fürsten unter Preußens Führung abzielenden Bestrebungen, aber ohne Ziehung der preußischen Konsequenzen. Auch die Thätigkeit der deutschen Fürsten wie K. A. von Weimar ist unter diesem Gesichtspunkte stark überschätzt und z. T. falsch beurteilt worden, während die Hertzbergsche Politik, die Preußen aus den kleinen deutschen Verhältnissen unter Betonung der ausschließlich preußischen Interessen in seine Großmachtstellung wieder heraufhob, eine absprechende Beurteilung erfahren hat. Neben Droysen verweilt v. a. Ranke mit besonderer Vorliebe bei den Bestrebungen der deutschen Fürsten. Ein abschließendes Urteil über dieselben fällt er nicht, wenn es auch vielleicht in den Worten (Kap. XIX) „denn nicht auf einen Umsturz, sondern auf eine Wiederherstellung des alten Systems mit Einschluß der Organisation der katholischen Kirche war es bei dem Fürstenbunde abgesehen" liegt. Ebensowenig giebt Ranke ein Urteil über die preußische Politik im Fürstenbunde ab. In dem Satze (Kap. XII) „Womit sich König Friedrich von Anfang seiner

Regierung an getragen, die großen Interessen des Deutschen Reiches mit dem Bestand und Wachstum seines Staates zu vereinigen, das wurde jetzt möglich und dringend für beide Teile" widerspricht jedenfalls das Wort „Wachstum" dem Sinn des vorstehenden Citates, wie dem Charakter des Fürstenbundes überhaupt. Die europäische Gesamtlage hat Ranke mit meisterhafter Erfassung der Interessen der einzelnen Staaten am klarsten gesehen. Einigen notwendigen Modifikationen und Ergänzungen unterliegt seine Darstellung auch hier. Häusser hat den Charakter des Fürstenbundes, dem er jede Entwicklungsfähigkeit abspricht und in dem er das Wirken der eifersüchtigen Sorge um die landesherrlichen Sonderinteressen erkennt, ebenso scharf wie richtig geschildert. Die außerdeutschen Verhältnisse und ihre Beziehungen zum Bunde sind auch bei ihm außer acht gelassen. Die verfehlte Kritik der Häusserschen Darstellung und die irrtümliche Auffassung der holländischen Ereignisse bei Droysen (Abhandlung zur neueren Geschichte III) sind Abschn. IV Anm. 7 und Abschn. XX Anm. 7 berührt. Die gefährdete Lage Preußens in den letzten Lebensjahren Friedrichs hat zuerst in seinem auf erschöpfender Kenntnis dieser Zeit beruhenden Aufsatz „Die Entstehung des Fürstenbundes" (Hist. Z. 41) P. Bailleu klargelegt. Ihm verdanken wir auch die Darstellung der ersten Zeit des Hertzbergschen Ministeriums. Trotzdem war ein Eingehen auf die einzelnen Phasen der Politik dieses Ministers wegen des Zusammenhanges und der z. T. abweichenden Beurteilung nötig. Heigel (Deutsche Geschichte 1786 bis 1792) schließt sich im wesentlichen den herrschenden Urteilen an. Vorliegende Arbeit betrachtet v. a. die Stellung der europäischen Großmächte zu dem Fürstenbunde und sucht auf Grund dieser Betrachtung zu einer Beurteilung der preußischen Fürstenbundspolitik und der Abwendung von derselben in dem Bunde mit England zu gelangen. Die Schilderung der inneren holländischen Verhältnisse konnte entsprechend der Formulierung der Aufgabe auf das zum Verständnis der preußischen und englischen Politik Notwendige beschränkt werden. Sie haben eine überaus gründliche Behandlung in dem holländischen Werke «De Patriottentijd» von H. T. Colenbrander erfahren, dem auch ein reiches Quellenmaterial beigegeben ist. Die rein diplomatischen Fragen,

besonders bei der Entscheidung von 1787, sind von Colenbrander etwas stiefmütterlich behandelt. Die Resultate meines Bruders in der erwähnten Schrift sehe ich im wesentlichen als gesichert an. Einige Differenzen sind Abschn. I, Anm. 46, IX, 1 und XVIII, 25 berührt. Eine genauere Beschäftigung mit der französischen Politik war notwendig, um dem wiederholten Einwande, der gegen die Politik Hertzbergs auf Grund der angeblich auch damals noch von Frankreich drohenden Gefahr erhoben worden ist, zu begegnen. Auch der Frage des englisch-russischen Gegensatzes mußte aus ähnlichen Gründen eine genauere Beachtung geschenkt werden.

Benutzt sind außer der gedruckten Litteratur die einschlägigen Akten des preußischen Geheimen Staatsarchivs, deren Durchsicht mir gütigst gestattet wurde. Für die mir im Archiv bereitwilligst gewährte Unterstützung im Aufsuchen der Akten spreche ich meinen lebhaften Dank aus.

Leider ist es mir nicht vergönnt, an dieser Stelle meinem verstorbenen Lehrer B. Erdmannsdörffer meinen Dank abzustatten. Seine Persönlichkeit, die neben der Hochachtung vor dem Gelehrten ein Gefühl warmer Verehrung erweckte, wird in dem Andenken seiner Schüler fortleben. Herrn Geh. Hofrat E. Marcks, der sich meiner in der gütigsten Weise angenommen hat, bin ich gleichfalls zum wärmsten Danke verpflichtet.

Heidelberg, Februar 1902.

F. K. Wittichen.

Inhalt.

Einleitung.

Das Jahr 1785 zeitigte die Anknüpfung engerer Beziehungen zwischen Preußen und England, die Einleitung gleichsam zu dem Bündnis des Jahres 1788. Um die Bedeutung dieser Annäherung zu verstehen, muß man sich das Verhältnis beider Mächte zu einander und zu den anderen Großmächten, vor allem zu der dritten nordischen Großmacht, zu Rußland, in den Jahrzehnten, die der Auflösung ihres Bündnisses vom Jahre 1756 folgten, vergegenwärtigen. An dem russischen Hofe traten die Abstoßungs- und Anziehungspunkte ihrer Interessen am deutlichsten zu Tage.

Das Jahr 1762 hatte Friedrich die mangelnde Bündnisfähigkeit Englands erwiesen. Entschlossen wandte er sich von ihm ab und blieb dieser Abwendung treu, bis ihn die österreichische Gefahr zu einem Entgegenkommen gegen den einstigen Bundesgenossen zwang. Man kann diese dauernde Gegnerschaft gegen England nur als einen Fehler Friedrichs bezeichnen; sie hat im wesentlichen die gefährliche Isolierung Preußens in seinen letzten Lebensjahren und eine Schwächung Englands herbeigeführt, die keineswegs im preußischen Interesse liegen konnte. Die bestimmende Thatsache nach dem siebenjährigen Krieg war das Fortbestehen des österreichisch-französischen Bündnisses. England wie Preußen hatten ein dringendes Interesse daran, dasselbe zu zerstören oder ihm ein Gegengewicht ent-

gegenzusetzen. Da beide sich nicht einigen wollten, kam es darauf an, wer Rußland gewinnen könne. England brauchte Rußland wegen dessen einflußreicher Stellung auf dem Kontinent, besonders im Norden, und des Handels wegen; Preußen brauchte seinen östlichen Nachbar, um eine Wiederkehr der Lage von 1756 zu verhüten. Es gelang Friedrich, über die polnische Thronfolgefrage zu einem Bündnis mit Rußland zu kommen; ein englisch-russisches Bündnis kam nicht zustande trotz des 1766 erneuten Handelsvertrages. England weigerte sich, die Türkenkriege Rußlands in das Bündnis mit einzubeziehen, was Preußen zugestanden hatte, und entwickelte in der Bekämpfung der französischen Partei in Schweden nur geringen Eifer, um Rußland, das auch Dänemark beherrschte, bei einer völligen Beherrschung Schwedens im Norden nicht allzustark werden zu lassen. Gerade um der schwedischen Frage willen hatte Rußland ein nordisches Bündnis gewünscht und das Interesse der drei Großmächte stimmte in dieser Frage auch im Grunde überein[1], aber weder Preußen noch England hatten Neigung zu irgendwelcher Verbindung; sie bekämpften sich vielmehr durch Intriguen am russischen Hofe.

Auch der russisch-türkische Krieg brachte keine Änderung. Preußen zahlte getreulich seine Subsidien an Rußland, während England zwar die russische Flotte unterstützte, eine Sicherung Rußlands nach der schwedischen Seite hin aber ablehnte und sich durch Vermittlungsversuche in den Krieg einzumischen suchte.[2] Um Rußland zu isolieren und es ganz wieder unter den alleinigen Einfluß Englands zu bringen, unterstützte man in London die österreichische Annäherung an Preußen[3]; Friedrich wich derselben aber aus und benutzte sie vielmehr, um auf Rußland einen Druck im Sinne der Erneuerung des Bündnisses auszuüben. Den jetzt über die Türkenfrage drohenden Krieg Österreichs gegen Rußland lenkte er durch die polnische

Teilung ab und hinderte so England, sein Gewicht zu Gunsten einer der Ostmächte in die Wagschale zu werfen. Wirklich mußte England einem so wichtigen Ereignis thatenlos zusehen. Rußland hatte damit begonnen, sich die beiden deutschen Großmächte für seine polnischen und türkischen Pläne dienstbar zu machen, ohne sich auf England angewiesen zu sehen. England hatte zwar eine französische Annäherung gelegentlich der polnischen Teilung und ein eventuelles Eintreten Frankreichs für die schwedische Revolution, die jetzt erfolgte, und gegen Rußland deutlich abgewiesen, aber diese Revolution war doch auch eine Folge seiner lauen Haltung. Sie sicherte den schwedischen Thron und zugleich den französischen Einfluß in Schweden, ein höchst unerfreuliches Ereignis für das im Krieg mit dem alten französischen Bundesgenossen, der Türkei, liegende Rußland.

Die Stimmung Rußlands gegen England konnte deshalb nicht die beste sein. So mißlang denn auch der englische Versuch, über die russische Garantie Danzigs Rußland zu einem Bruch mit Preußen zu bringen, bei dem England sich der österreichischen und französischen Unterstützung bedient hatte. Es schien sich dieser Handelsstreit zu einem Krieg zwischen England und Preußen zuspitzen zu wollen, doch legte ihn Rußland durch seine Vermittlung bei.[4] Der Plan Panins, Österreich und Preußen zu einem Bund mit Rußland zu vereinen[5], der England so gut wie ganz vom Kontinente abgeschlossen hätte, kam aber nicht zur Ausführung, da Österreich an dem Versailler Bündnis festhielt und der auf das Drängen Österreichs und Preußens und mit englischer Unterstützung abgeschlossene Friede mit der Türkei ein solches Bündnis unnötig machte.

Der englisch-preußische Gegensatz am russischen Hofe sollte aber erst in den nächsten Jahren, als England angesichts des Aufstandes seiner amerikanischen Kolonien und eines französisch-spanischen Eingreifens in diesen Streit Rußland dringend um-

warb, seinen Höhepunkt erreichen. Da Österreich zugleich mit dem Ziele, das System von 1756 wiederherzustellen, und durch die Annexion der Bukowina zu türkischen Erwerbungen angeregt, Rußland zu umwerben begann, hatte der preußische Einfluß in Petersburg einen harten Kampf zu bestehen, in dem er unterliegen sollte. Das Jahr 1778 zeigte die mannigfaltigsten Verwicklungen in Europa; an dem russischen Hofe konzentrierten sich die diplomatischen Kämpfe dieser Zeit. Der französisch-englische Gegensatz trat im amerikanischen Krieg, der österreichisch-preußische im bayrischen Erbfolgekrieg in voller Schärfe zu Tage. Rußland konnte für seine Türkenpläne den passendsten Bundesgenossen wählen, was um so nötiger schien, als gerade ernste Differenzen über den letzten Frieden mit der Pforte ausgebrochen waren. Rußland brauchte also Ruhe in Deutschland, ebenso Frankreich. England hätte einen Krieg gewünscht und unterstützte durch Hannover Preußen, dessen Einfluß es dann in Petersburg zu verwenden gedachte. Dieselbe Absicht hatte aber auch Frankreich, das durch seine Stellungnahme für Preußen zugleich eine protestantische Union in Deutschland unter der Leitung Preußens und der Beihülfe England-Hannovers zu verhindern wünschte.[6] Durch die Vermittlung Frankreichs und Rußlands, die von ihren beiderseitigen Bundesgenossen angerufen worden waren, und ohne daß England seinen Einfluß geltend machen konnte, kam der Teschener Friede zustande. Er brachte Rußland ein Einwirkungsrecht auf die deutschen Verhältnisse ein, während Frankreich zur selben Zeit in Konstantinopel zu Gunsten der russischen Forderungen vermittelte. Da in Frankreich seit Vergennes sich überhaupt eine preußenfreundliche Stimmung geltend machte, war es nur natürlich, daß Friedrich sich ihm anschloß. Er gab nur in Hannover, nicht in London, freundschaftliche Versicherungen ab[7] und faßte den Plan, die neue Freundschaft mit Frankreich mit

seinem russischen Bündnis zu verbinden und damit die bessere Gestaltung der französisch-russischen Beziehungen für Preußen auszunutzen.[8] In Holland, wo der preußische Einfluß Gutes für England hätte wirken können, riet er im Verein mit Frankreich zu scharfen Maßregeln gegen die englischen Kapereien. So ergab sich in Petersburg bald die Kombination, daß der englische und der österreichische Gesandte gemeinsam gegen die Gesandten der Bourbonenhöfe und Preußens ankämpften. England und Preußen standen sich also in denkbar schärfstem Gegensatz gegenüber. Katharina, in wahrhaft glänzender Stellung, zeigte keine Neigung, sich von einer der streitenden Parteien ausnutzen zu lassen. Friedrich verdarb es mit ihr durch seinen Plan eines preußisch-russischen Bündnisses[9] mit der Türkei, in das Frankreich eingeschoben werden sollte. Für ihre Türkenpläne brauchte sie eine thätigere Unterstützung, als sie Preußen zu geben geneigt war, und Polen, wegen dessen sie ihr Bündnis mit Preußen geschlossen, beherrschte sie doch allein; schon im bayrischen Erbfolgestreit hatte sie Preußen nur widerwillig unterstützt. Das preußische Bündnis hatte also nur noch einen geringen Wert für sie, direkt gegen ihr Interesse lief ein solches mit der Türkei. Ebensowenig hatten die englischen Bündnisanträge Erfolg. Katharina dachte nicht daran, sich für England in einen Krieg zu stürzen, der sie von ihrer türkischen Politik abgezogen hätte. Sie benutzte vielmehr die Gelegenheit der englischen Schwäche, um sich durch die Seeneutralitätsakte, eine Art Unabhängigkeitserklärung von England, zur Alleinherrschaft im Norden aufzuschwingen. Nur Hollands Beitritt verhinderte England durch seine Kriegserklärung. Der Erfolg der preußisch-englischen Kämpfe in Petersburg war demnach schließlich, daß beide Mächte ihren Einfluß verloren. Zwar war es England gelungen, Österreich in den Sattel zu heben, aber es fand wenig Dank dafür. Die Feindschaft gegen Preußen

bestimmte die österreichische Politik, das französische Bündnis mußte sie also bewahren und ihm ein russisches anfügen. Ohne Vorwissen Englands, das mit aufgenommen hatte werden wollen, kam die Verbindung der Kaiserhöfe zustande. Österreich schwenkte von England ab, es verhinderte geheime englische Friedensverhandlungen im Haag und nahm eine Frankreich freundliche Haltung ein.[10] Durch die Schleifung der Barriere trieb es endlich Holland bedingungslos in Frankreichs Arme. Selbst der Seeneutralität trat es nach Preußens Vorgang bei.

Diese Stellungnahme Österreichs brachte endlich eine englisch-preußische Annäherung zustande. Das neue Ministerium Rockingham that entschlossen den ersten Schritt dazu. Es verhandelte in Paris mit Übergehung der österreichisch-russischen Vermittlung, die nach mehreren Anläufen gescheitert war, direkt über den Frieden und wandte sich mit Anträgen an Preußen und Rußland. Auch Holland sollte durch bedeutende Zugeständnisse für das von Fox geplante nordische System gewonnen werden. Friedrich sah in diesen Anträgen die Möglichkeit, Österreich von Rußland und England zu trennen. Er ging also auf den englischen Plan ein, aber ohne ganz mit Frankreich zu brechen. Sehr gelegen kam das Wiederauftauchen der türkisch-russischen Streitigkeiten über die Krim, das Rußland vor der wachsenden Macht der Bourbonenhöfe besorgt machen mußte. Die neue französisch-russische Freundschaft verflüchtigte sich dann auch rasch über dieser Frage. Das sofortige Hülfeversprechen Josephs auf die russische Mitteilung der auftauchenden türkischen Gefahr hin vernichtete aber den englisch-preußischen Plan, dem Katharina nicht abgeneigt gewesen war[11]; das Bündnis der Kaiserhöfe zeigte sich enger denn je. Shelburne, der neue englische Premierminister, erklärte sich daher offen gegen die österreichische Vermittlung und suchte statt dessen, wie auch schon Fox, Preußen einzuschieben.[12] Diese allgemeine Ver-

mittlung der Kaiserhöfe und die besondere Rußlands für England und Holland war aber nur ein Mittel der verbündeten Höfe gewesen, ihre Macht bei den Kriegführenden geltend zu machen. Jetzt beschäftigte sich Katharina nicht mehr mit Vermittlungen, da ein Friedensschluß gegen ihr Interesse in der Türkenfrage und ihre Absicht, den russischen Handel im Norden zu heben und selbständig zu machen, sprach; sie schwelgte in Kriegsplänen gegen die Türkei. Zwar ließ sie sich von Österreich zu keinem Schritt gegen England hinreißen, that aber auch nichts zu seiner Unterstützung.[13] Ein türkischer Krieg konnte England nur erwünscht sein, da er die Bourbonenhöfe im Osten beschäftigte. Ein englisch-französisches Einverständnis schien sich daher anzubahnen[14], das Frankreich freie Hand im Osten geben und nach Shelburnes Absichten vielleicht sogar durch eine gemeinsame Aktion das gesunkene Ansehen der beiden kriegführenden Mächte in Europa wieder heben sollte. Vergennes ließ Holland die Kosten der französischen Verlegenheit zahlen, er schloß mit England direkt Frieden und richtete danach ernste Mahnungen nach Wien. Das neue Ministerium North-Fox brachte einen Umschwung der Lage. England wandte sich wieder Rußland und Preußen zu. Besonders Preußen suchte es für die Wiedergewinnung Hollands zu interessieren. Aber auch Frankreich umwarb Preußen aus Mißtrauen gegen Österreich. Friedrich wich den englischen Anträgen aus und konsequent in seiner Politik, sich auf dem Kontinent nach einer Seite zu decken, ging er auf die französischen Anträge ein, mit dem Verlangen, daß Frankreich sich von Österreich trenne.

Die glänzende Politik Österreichs wurde aller Schwierigkeiten Herr. Sie brachte Katharina von ihren Kriegsplänen ab und zur Beschränkung auf die Erwerbung der Krim, die sie unterstützte. Damit bewahrte sie sich Rußland und Frank-

reich, das nur die weitergehenden Pläne der Kaiserhöfe gefürchtet hatte.[15]

Preußen und England sind isoliert und stehen der Lage von 1756 gegenüber. Das will Friedrich v. A. vermeiden; er bleibt also bei seiner Umwerbung Frankreichs, das aber jetzt ein Bündnis mit ihm ablehnte. England strebt in der letzten Zeit des Koalitionsministeriums und unter Pitt nach dem von Katharina zur Zeit der Türkengefahr angeregten Bündnis mit den Kaiserhöfen. Es hat Rußland in Konstantinopel wieder diplomatisch unterstützt trotz des ihm unerfreulichen Ereignisses der Öffnung des Bosporus für die russische Handelsflotte, die den russischen Seehandel noch unabhängiger macht. Preußens und Englands Wege gehen also so weit auseinander wie je, aber beide können ihr Ziel nicht erreichen. Den Weg, den beide gemeinsam hätten gehen können, das nordische System, hatten sie sich zerstört; als sie in der Not ihn wieder einschlagen wollten, fanden sie ihn nicht mehr gangbar. Nutzen aus ihrer Feindschaft hatten ihre Gegner und vor allem Rußland gezogen, das mächtig und unabhängig, während es sonst preußischem oder englischem Einfluß unterworfen gewesen war, ihnen gegenüberstand. England kann eine mehr abwartende Stellung einnehmen, während Preußen, vollkommen in seiner Kontinentalpolitik gescheitert und umklammert von der ihre Spitze gegen den deutschen Rivalen richtenden Bündnispolitik Österreichs, zu dem letzten und schwächsten Hülfsmittel, dem Fürstenbunde, greifen muß.[16]

I. Der bayrisch-belgische Tauschplan Österreichs und die Großmächte.

Österreich.

Joseph gedachte seine glänzende Stellung auszunutzen.[1] Es war stets sein Fehler, daß er zu viel Pläne hatte, die, zu gleicher Zeit unternommen, alle scheiterten, während jeder einzelne für sich allein alle Aussicht auf Erfolg hatte. Mitgerissen von den weittragenden Handelsplänen seines Bundesgenossen Rußland, suchte er auf jede Weise den österreichischen Handel zu heben. Dies schien auch zunächst seinen belgischen Operationen zu Grunde zu liegen. Die Barrierefestungen waren geschleift, ohne daß Holland und noch weniger England hatten Einspruch erheben können. Damit war in einem Punkte die Unabhängigkeit der österreichischen Niederlande von den Seemächten erreicht. Im November 1783 begann er einen Streit mit Holland um einige Festungen auf dem umstrittenen Scheldegebiet. Zu gleicher Zeit machte er Ansprüche auf eine beträchtliche Grenzerweiterung nach der Türkei hin. Beides brachte ihn in die Gefahr eines Konfliktes mit Frankreich, dem er im September desselben Jahres seine starke Stellung und den Wert seines Bündnisses in Erinnerung zu bringen für nötig befunden hatte.[2] Bei der feindseligen Haltung Frankreichs gegen die Türkenpläne der Kaiserhöfe, die sich mehr gegen Österreich als gegen Rußland richtete, stand denn auch der Ausbruch des Konfliktes nahe bevor. In Holland sprach der österreichische Gesandte Reischach von einem Bündnis Hollands mit England, Rußland und Österreich, ganz im Sinne der damaligen englischen Politik.[3] Auf Frankreichs Rat widerstand die Pforte den österreichischen Forderungen, besonders seit Joseph der Streit mit Holland zu

beschäftigen anfing. Dieser erreichte seinen ersten Höhepunkt im Mai 1784 in einer Aufstellung der österreichischen Forderungen, deren wesentlichste die Abtretung von Maestrich war. Der Hauptgedanke Josephs, die Schelde zu öffnen und sich damit das völlig freie Verfügungsrecht über Belgien zu sichern, kam erst heraus, nachdem man Holland durch die ersten Forderungen zum Nachgeben geneigt gemacht zu haben glaubte. England hatte während des Krieges diesen Gedanken in Österreich angeregt, um es auf seine Seite zu ziehen. Auf Kaunitz' Rat hatte Joseph dies aber als eine Parteinahme gegen Frankreich abgelehnt. Jetzt bot England wieder seine Unterstützung für etwaige österreichische Handelspläne an.[4] Die Scheldeöffnung war aber nicht im Gegensatz zu Frankreich gedacht.[5] Um des Gegensatzes gegen Preußen willen mußte das französische Bündnis trotz aller Streitigkeiten und zeitweiser Entrüstung über die den österreichischen Erwerbungen feindliche Stellung Frankreichs bewahrt bleiben. In Holland war denn auch die österreichische Politik im ganzen antienglisch gewesen; die scheinbaren Abweichungen bedeuteten nur Drohungen für Frankreich, mit denen sich die alten Bundesgenossen von Zeit zu Zeit zu bedenken beliebten. Frankreich ging auf die österreichischen Scheldepläne ein. Es betrieb in Holland einen Vergleich im Sinne der Öffnung der Schelde für die österreichische Flagge allein.[6] In dieser Frage blieb Holland aber fest. Die Beschießung eines österreichischen Schiffes in der Schelde schien die Ausgleichspolitik Frankreichs über den Haufen zu werfen. Österreich rüstete und Frankreich hatte jetzt zwischen ihm und Holland zu wählen. Die für Frankreich verderblichen Pläne Österreichs schienen allen französischen Ministern offenbar[7]; sie entschlossen sich, Holland nicht im Stich zu lassen. Der Gedanke eines Abschlusses mit Preußen, das durch die Anwesenheit des Prinzen Heinrich in Paris seit August 1784 und seine

Frankreich freundliche Politik in Holland seine Umwerbung Frankreichs fortsetzte, trat jetzt wieder mehr in den Vordergrund. Österreich hätte dadurch seine Bündnispolitik zerstört. So suchte es durch den bayrisch-belgischen Tauschplan, der schon seit Jahren das Hauptziel bildete und dem alle andern Bestrebungen untergeordnet waren, zugleich den Streit in Holland zu beseitigen und seine Übermacht über Preußen auszunützen. Rußlands war Österreich sicher; auch Frankreich schien sich nach der ersten Erklärung Vergennes' nicht widersetzen zu wollen. Joseph nahm also den französischen Vermittlungsvorschlag auf Abtretung Maestrichs durch Holland und Rückgabe an dasselbe gegen eine Geldsumme an und verzichtete auf den zugleich geplanten Tausch Salzburgs gegen Luxemburg und Namur.[8] Im französischen Ministerrat aber fiel die Entscheidung gegen eine Unterstützung des Tauschplanes und damit war er gefallen.

Frankreich.

Der erste Grundsatz, von dem Vergennes nach dem amerikanischen Kriege ausging, war die Erhaltung des Friedens. Diese Politik festzuhalten gelang ihm auch trotz der kriegerischen Strömungen in den Heer- und Marinekreisen, die bei dem holländischen Streit und bei der Tauschfrage hervortraten. Der amerikanische Krieg erwies sich aber allmählich als die Quelle alles Übels, das in der Folgezeit über Frankreich hereinbrach. Der Erfolg erschien zunächst groß, da die amerikanischen Kolonien und Holland von England losgerissen waren, aber die Nachteile zeigten sich bald. Die Regierung hatte sich durch die Volksstimmung zu diesem Schritt drängen lassen, was schon ihre Schwäche erwies. In Amerika waren dann die französischen Ideale der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung verwirklicht worden und drängten mit verdoppelter Stärke nach ihrer Verwirklichung in Frankreich. Die Finanzen waren

definitiv zerrüttet, was die ganze auswärtige Politik lahmlegen mußte. Dabei hatte Frankreich sich die erbitterte Feindschaft Englands erworben und sollte jetzt mit seinen geschwächten Kräften den Erfolg in Europa, die Gewinnung Hollands, gegen diese Feindschaft festhalten. Gerade in diese Frage verlegte Vergennes den Schwerpunkt seiner Politik; er wollte das Errungene festhalten und keinenfalls durch einen neuen Krieg wieder aufs Spiel setzen.

Für allen Brennstoff in Europa hatte er deshalb das Löschmittel der französischen Vermittlung bereit. Sorgsam hütete er sich, Frankreich Holland gegenüber vorerst zu stark zu verpflichten. So schloß er die mit Österreich strittigen Gebiete von der Garantie der holländischen Besitzungen in dem Bündnis aus. Auch die Ratifizierung desselben schob er auf, nachdem einmal die Furcht vor Österreich Holland hülflos in Frankreichs Arme getrieben hatte. Das Bündnis selbst schloß er trotz ernster Bedenken, um die gefährdete französische Partei in Holland am Ruder zu erhalten.[9] Der Marineminister Castries suchte es zu benutzen, um Holland zur Verstärkung seiner Flotte und Garnisonen in den Kolonien innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre zu verpflichten, in denen England seiner Meinung nach kampfesunfähig bleiben werde. Damit konnte Frankreich, das sich zugleich einen maßgebenden Einfluß auf die holländische Kolonialverwaltung sichern sollte, in eine sichere Angriffsstellung gebracht werden. Vergennes aber widersetzte sich diesem Plan, um nicht das Mißtrauen Englands hervorzurufen.[10] Das Streben nach Frieden, das in dem Maß, wie die Einberufung der Stände heranrückt, in der französischen Politik sich immer deutlicher und immer schwächlicher darstellt, beherrscht das Verhältnis Frankreichs zu den Großmächten. Sie alle sucht Vergennes für sein Friedenssystem zu verwenden. Dies wäre vielleicht möglich gewesen, wenn alle Mächte so rein

defensive Politik getrieben hätten wie Frankreich und Preußen. Bei den beiden Kaiserhöfen und allmählich auch bei England war dies aber nicht der Fall.

Der unversöhnlichen Feindschaft Englands war man sich in Frankreich wohl bewußt; es galt, in starker Stellung und gerüstet gegen England dazustehen, Holland zu diesem Zweck von jeder Verbindung mit ihm abzuhalten und England überhaupt vom Kontinent auszuschließen. Trotzdem suchte man zu einem modus vivendi mit ihm zu kommen und es womöglich über die eigene feindliche Politik hinwegzutäuschen; der Handelsvertrag ist zum Teil ein Ergebnis dieser Politik. An dem Versailler Bündnis hielt Vergennes trotz der Teilung Polens, trotz des freundlichen Verhältnisses zwischen England und Österreich am Beginn des amerikanischen Krieges[11] und trotz des österreichisch-russischen Bündnisses fest. Ein Bruch mit dem alten Bundesgenossen bedeutete dessen Anschluß an England und damit das Bündnis Englands mit den Kaiserhöfen, das Frankreich auf Preußen allein angewiesen haben würde. Mitbestimmend auf Vergennes mag auch die mächtige österreichische Partei Marie Antoinettes, die bei jeder Schwenkung gegen Österreich seine Stellung bedrohte, gewirkt haben. Preußen zu schonen war Vergennes Politik seit seinem Amtsantritt. Er betrachtete es als ein Gegengewicht gegen Österreich. Bei einem Bruch mit diesem wünschte Frankreich des preußischen Bündnisses sicher zu sein. Man hielt es also durch freundschaftlichen diplomatischen Verkehr in steter Erwartung eines französischen Bündnisses; in der Zwischenzeit benutzte man es, um hinter ihm versteckt allen Vergrößerungsabsichten Österreichs entgegenzuwirken. Durch Österreich aber ging für Frankreich der Weg nach Rußland. Dieses sollte von seinen Türkenplänen zurückgehalten werden. Der Gegensatz, der bei dem Streit um die Krim und auch in der Erneuerung des französischen Bünd-

nisses mit Schweden so unverhüllt zu Tage getreten war, sollte überdeckt werden. Durch einen Handelsvertrag wollte Vergennes eine Interessengemeinschaft beider Mächte schaffen, die zugleich England entgegen arbeitete. Der Einfluß Englands in Rußland war noch immer stark. Verhinderte Frankreich einen türkischen Krieg, so trat die Gefahr eines englisch-russischen Abschlusses mehr in den Hintergrund. Für den Fall eines solchen Krieges hatte man sich in Frankreich aber auch schon mit einer Aufgabe dieses alten Bundesgenossen vertraut gemacht. Man betrachtete die Pforte, die man im eigenen Interesse mehrfach zum Nachgeben gegen Rußland gezwungen hatte, ähnlich wie Polen schon mehr als einen verlorenen Posten, hatte aber den Wunsch, die großen französischen Handelsinteressen in der Türkei zu erhalten. Mit krankhafter Überschätzung des Wertes der französischen Aufklärungskultur suchte man ihr dieses zerstörende Element als eine Segnung beizubringen, natürlich ohne Erfolg. Stellte sich einmal die Notwendigkeit einer offenen Parteinahme für die Türkei und gegen die Kaiserhöfe oder einer Teilnahme an der Beute heraus, so zog man das letztere vor oder wollte wenigstens der Pforte nur gegen bedeutende Gebietsabtretungen die französische Unterstützung gewähren. Österreich hatte jedenfalls die Begehrlichkeit Frankreichs nach Ägypten genährt, so wie es auch in Rußland für diese Gedanken arbeitete. Sie lagen der Sendung des französischen Offiziers Matthieu Dumas nach Kreta und dem Archipel zu Grunde. Kreta als Mittelpunkt zwischen dem Archipel, Ägypten und Syrien hätte Frankreich zum Herrn des gesamten Levantehandels gemacht und seine Besetzung wäre die beste Einleitung zu einer definitiven Beherrschung Ägyptens und Syriens gewesen.[12]

Aus dieser Politik Frankreichs, die stets zwei Eisen im Feuer zu haben sich bemühte, ist seine Haltung in der Tausch-

frage zu erklären. Man schwankte zwischen zwei Überlegungen. Wurde ein schwacher Fürst in Belgien eingesetzt, so mußte er unter französische Vormundschaft geraten. Über ihn hinweg ließ sich ein entscheidender Druck auf Holland ausüben. Daraus ergab sich eine völlige Beherrschung der Niederlande, eine Ausschließung Englands vom Kontinent und eine glänzende Angriffsstellung gegen dieses; auch eine befriedigende Lösung der österreichisch-holländischen Streitfrage war damit erreicht. Dies alles bewog Vergennes, der das holländische Bündnis als den Angelpunkt der französischen Politik ansah, zunächst dem Tausch zuzustimmen. Auf der andern Seite entwand sich Österreich aber ganz der Berührung mit Frankreich. Es konnte unbesorgt den türkischen Plänen mit Rußland nachgehen, ohne Frankreich noch in demselben Grade berücksichtigen zu müssen.[13] Es gewann — und das war ja das Entscheidende — eine Abrundung, die eine bedeutende Verstärkung und eine Beherrschung Süddeutschlands darstellte. Dadurch wurde ihm ein gefährlicher Druck auf das Elsaß ermöglicht.[14] Ferner, gab Frankreich den Tausch zu, so verfeindete es sich dauernd mit Preußen, schwächte dessen Bedeutung als Gegengewicht gegen Österreich auf das empfindlichste und trieb es in Englands Arme.

Diese Gegengründe gaben die Entscheidung in dem Ministerrat, in dem Vergennes von allen Ministern überstimmt wurde. Frankreich zog es jetzt vor, Österreich an Preußen zu verweisen, ohne ihm seine Unterstützung zuzusagen. Damit wurde Preußen das Odium der Bekämpfung des Planes überlassen. Frankreich behielt sich selbst die Schlichtung des holländisch-österreichischen Streites vor. Diese Politik bedeutete eine Ablehnung des Tausches, da Zweibrücken ganz von Frankreich abhängig und nur durch dieses zur Zustimmung zu bringen war.[15] Solange Österreich noch die holländischen Streitfragen auch nach Aufgabe des Tauschplans offen hielt, war es Frankreichs Interesse,

es in Deutschland beschäftigt zu sehen. Es hütete sich aber, offene Stellung gegen Österreich zu nehmen, und benutzte den Fürstenbund, der auch dem allzu entschiedenen Eingreifen Rußlands in die deutschen Verhältnisse zur Genugthuung Frankreichs eine Schranke setzen mußte, für seine Zwecke gegen England in Rußland. Anderseits hielt es Preußen durch Vermeiden einer klaren Erklärung in Besorgnis und Abhängigkeit.

Rußland.

Katharina hatte Joseph mehrfach ihren thätigen Dank für seine Unterstützung bei Erwerbung der Krim in Aussicht gestellt. Als Joseph ihr im Mai 1784 den Tauschplan mitteilte, versprach sie sofort ihre Hülfe. Er sollte die Beseitigung der preußischen Gefahr, auf die Joseph andauernd hingewiesen hatte und über die Rußland sich mit Österreich zu beraten wünschte, darstellen. Daß sie Österreich dann wirklich diplomatisch unterstützte, zeigte zum erstenmal offen ihre Feindschaft gegen Preußen. Der allerdings unvermeidliche Fehler Friedrichs, Rußland im eigenen Interesse in die deutschen Verhältnisse hineingezogen zu haben, trotzdem er so gut wie Frankreich die russische Gefahr voll erkannt hatte, rächte sich jetzt aufs bitterste. Zwischen Rußland und Preußen bestanden zudem gerade in dieser Zeit Streitigkeiten über Danzig, das Katharina als Landungsplatz und Festung und ihrer Garantie wegen zu schützen wünschte. Auch hierbei hatte es Österreich nicht an Hetzereien gegen Preußen fehlen lassen, ohne daß damals Katharina jedoch sich allzuweit hinreißen ließ.[16]

Mit dem Gelingen des Tausches wurde Österreich von Frankreich, das noch eben eine Inangriffnahme der Türkenpläne verhindert hatte, unabhängig und in den Stand gesetzt, Rußland mit voller Kraft zu unterstützen; denn auch gegen Preußen stand es nach dem bayrischen Erwerb übermächtig da. Schon den holländischen Streit hatte Katharina gern

gesehen, da er Frankreich im Westen genügend beschäftigte.[17] Ihre Unterstützung des Tausches aber erwies sich in jeder Beziehung als ein Fehler. Seit dem Teschener Frieden hatte sie ein Einwirkungsrecht auf Deutschland. Bewahren konnte sie dies nur, wenn beide deutschen Mächte sich die Wage hielten, sie also die Entscheidung zwischen beiden geben konnte[18]; damit waren zugleich die deutschen Streitkräfte paralysiert und außer stand, sich der Orientpolitik Rußlands zu widersetzen. Im Grund war das ihre Politik seit ihrer Thronbesteigung, freilich unter wechselnden Formen, gewesen. Diese Politik, an der sie auch nach dem österreichischen Bündnis zunächst festgehalten hatte, gab sie jetzt preis. Statt daß sie beide deutschen Mächte leitete, hatte Österreich sie in seine Bahnen hineingezogen. Als sie die Folgen sah, lenkte sie sofort ein. Durch den neuen französischen Gesandten Ségur lernte sie das friedliche System Frankreichs kennen, während die Rüstungsthätigkeit der Pforte unter Leitung französischer Offiziere, auf die Joseph gelegentlich seiner Zwistigkeiten mit Frankreich dauernd hingewiesen hatte, sie vorher mit lebhaftem Mißtrauen gegen Frankreich erfüllt hatte.[19] Die übermäßige Stärkung Österreichs und damit die Vernichtung des russischen Einflusses in Deutschland[17], vielleicht auch die zu erwartende allzustarke Stellung Österreichs im Osten machten sie bedenklich. Lieber hätte sie überhaupt österreichische Erwerbungen in Italien gesehen.[20] Auf die preußischen Vorstellungen hin erklärte sie, nur einen freiwilligen Tausch unterstützen zu wollen. Die Besorgnis vor einem Krieg im Westen, der vielleicht auch die thatsächliche Schwäche Rußlands, das mehr seiner Unangreifbarkeit als seinen Thaten seinen Einfluß verdankte, enthüllen konnte, wirkte mit. Katharinas System war es stets gewesen, andern Mächten die ihr im Westen zufallenden Aufgaben zu überlassen und doch den Schein der Allmacht zu bewahren, nicht aber ihre Stellung gegen die

Pforte durch Krieg für andere, und seien es auch Bundesgenossen, zu schwächen. Ähnlich wie bei dem bayrischen Erbfolgekrieg vollzog sich über dem Tauschplan eine Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich[21]; der Wunsch beider war ja im Grund, den status quo und den Frieden in Deutschland zu erhalten zur ungestörten Einwirkung auf die Mitte Europas. Gegenüber den erregten Ausführungen Josephs nahm sie den Ton wohlwollender Protektion an. Ihre Unterstützung in Deutschland und in Holland ließ mehr denn je nach. Der Fürstenbund aber, der dieser russischen Politik entgegenzutreten drohte, während Frankreich sich ein freundliches Verhältnis zu ihm gesichert hatte, erregte den Unwillen Katharinas. Sie sah ihre Unterschätzung des preußischen Widerstandes zu spät ein; vergebens arbeitete sie mit Österreich an den deutschen Höfen in England und Dänemark gegen den Fürstenbund, indem sie sich als Schützerin der deutschen Freiheit bezeichnete. Friedrich ließ sich in richtiger Einschätzung der russischen Macht durch diese Poltereien nicht im geringsten irre machen[22] und Katharina erhielt eine ernste Lehre über die Unzulänglichkeit ihres deutschen Einflusses, wenn sie sich zu sehr auf die Seite einer der deutschen Großmächte stellte.

England.

Alles, was in Frankreich für den Tausch sprach, erweckte in seinem Rivalen England natürlichen Gegensatz. Frankreich war durch seine vielen auswärtigen Beziehungen genötigt, zu jeder der zahlreich auftauchenden Streitfragen Europas entscheidend Stellung zu nehmen; bis in die Revolutionsjahre hinein kam es keinen Augenblick zur Ruhe. England dagegen zog aus seiner in dem amerikanischen Krieg oft beklagten Isolierung noch einmal alle Vorteile, ohne die ihm gewordenen bitteren Lehren zu vergessen. Schon seit 1782 kann man die

englische Politik wieder in offensivere Bahnen einlenken sehen. Die Friedensanträge von Fox hatten mehr den Zweck, Rußland und Preußen zu gewinnen, als wirklich Frieden zu schaffen.[23] Amerika sollte von den Bourbonenhöfen getrennt und diesen womöglich die Schuld an der Fortführung des Krieges zugeschoben werden. Durch den Sieg Rodneys, die vergebliche Belagerung Gibraltars und die türkischen Wirren war Englands Stellung schon wieder so günstig geworden, daß Harris seiner Regierung zu einer abwartenden Stellung im Schließen von Bündnissen raten konnte[24]; die für einen Engländer ungewohnte Sprache des Bittstellers war ihm zudem an dem russischen Hofe nicht allzugut gelungen. Selbst unter dem Ministerium Shelburne machten sich Strömungen geltend, die mit dem Hinweis auf den blühenden Zustand der Flotte, besonders nach dem Abschluß mit Amerika, auf Fortführung des Krieges drängten.[25] Der Friede brachte zwar den endgültigen Verlust Amerikas, ließ aber die englische Vorherrschaft in Indien unberührt. Die harten englischen Bedingungen, die Holland annehmen mußte, boten eine Handhabe, es wieder anzulocken. Die mehrfachen Versuche, Holland von Frankreich zu trennen, waren zwar bisher mißlungen, aber England gab sie keineswegs auf. Der Anschluß an die Kaiserhöfe erschien dem englischen Ministerium nach wie vor als das erstrebenswerteste, da er Österreich von Frankreich trennte; wenigstens Rußland wollte man aber gewinnen. Daher der englische Antrag im April 1784 auf eine Quadrupleallianz, England, Rußland, Dänemark und Schweden, die Rußland die freie Wahl zwischen den deutschen Mächten ließ.[26] Dann steigerte sich wieder in der Krisis des holländischen Streites die Hoffnung auf das Bündnis mit den Kaiserhöfen, während über die französisch-schwedische Allianz mit Rußland und Dänemark eine Einigung möglich schien.[27] Durch die dänische Revolution, die mit Englands Unterstützung den

England freundlichen Minister Bernstorff wieder an das Ruder brachte, hatte man sich einen Weg nach Rußland geschaffen[28]; es war dies zugleich ein Schlag gegen das Frankreich umwerbende Preußen gewesen, das 1781 Bernstorff gestürzt hatte, damals im Einverständnis mit Rußland, während es jetzt im Streit mit ihm lag. Wenn man die schwedisch-französische Allianz nicht hatte hindern können, so versuchte man doch Frankreich mit seinem Bundesgenossen Spanien über die Barbareskenfrage zu überwerfen[29] und durch freundliche Anerbieten Österreich von Frankreich abzuziehen. In Frankreich selbst versicherte man, die Scheldeöffnung sei auch ein Wunsch Englands, und hoffte es so durch scheinbare Unterstützung in einen Streit mit Holland zu treiben, das die österreichische Forderung nicht bewilligen wollte.[30]

Die angespannte Thätigkeit der englischen Gesandten, stets gemäßigt und im Zaum gehalten durch die vorsichtige, erst den geeigneten Augenblick erspähenden Politik Pitts steigerte sich mit der inneren Beruhigung und der Besserung der englischen Finanzen zusehends. Als Rußland im Jahre 1785 wieder einen englischen Bündnisantrag abgelehnt hatte[31], konzentrierte sich die Aufmerksamkeit Englands auf Holland, dessen Wiedergewinnung wenigstens den einen Flügel des uralten, natürlichsten und wichtigsten Einfallsthores der englischen Einwirkung auf den Kontinent wieder öffnen und die erstrebte Isolierung Frankreichs einleiten sollte. Die Ernennung des fähigsten englischen Diplomaten, Harris, für den holländischen Posten zeigte, welchen Wert man in London auf die Herstellung des holländischen Bündnisses legte. Schon bald nach dem Kriege jedenfalls befand sich England in aufsteigender, wie Frankreich in absteigender Linie; die öffentliche Meinung des Kontinents gefiel sich unterdessen mit Unterschätzung der gewaltigen inneren Kräfte des englischen Staates und Überschätzung des vielbeschäftigten

Frankreichs in Mutmaßungen über den baldigen gänzlichen Untergang Englands. Freilich gaben die vorerst vergeblichen Versuche Englands, zur Einwirkung auf den Kontinent zu gelangen, und dann seine Zurückgezogenheit, während Harris in Holland an der Arbeit war, dieser Anschauung scheinbar recht. Daß der häufige Wechsel der Ministerien, der Englands Ansehen beinahe mehr geschadet hatte als die Niederlage des amerikanischen Krieges, mit dem Ministerium Pitt sein Ende gefunden habe, davon konnte man selbst in England in der ersten Zeit nicht voll überzeugt sein.

Der Tauschplan Österreichs versetzte England in nicht geringe Aufregung; Österreich hatte nicht die geringste Andeutung darüber England gegenüber fallen lassen, was die englischen Minister auf eine unfreundliche Gesinnung schließen ließ.[32] Auf der einen Seite sprach die Loslösung Österreichs von Frankreich dafür, andrerseits entzog sich Österreich auch der Verbindung mit England, die im Wesentlichen auf seinem Besitz Belgiens beruhte. Die Beherrschung der Niederlande, die Frankreich gewann, war für England unerträglich; auch daß der holländische Streit und mit ihm die Hoffnung auf einen Bruch des Versailler Bündnisses oder wenigstens einer Minderung des französischen Ansehens in Holland beendigt sein sollte, war England unerwünscht. Trotz der Ablehnung Frankreichs bestand keine Sicherheit, daß es nicht doch noch gegen eigene Vorteile schließlich in den Tausch einwilligen und dann Österreich die französische Politik in Holland unterstützen werde. Der englische Minister des Auswärtigen, Carmarthen, sah es als fast sicher an, daß Österreich und Frankreich sich einig seien.[33] Bei Preußen lag der einzige entscheidende Widerstand, da es sich bei ihm um eine Lebensfrage handelte. Bessere Beziehungen zu ihm waren zudem nötig, wenn man den preußischen Einfluß in Holland, der sich für England sehr nachteilig erwiesen hatte,

gewinnen wollte. Wesentlich im Interesse seiner holländischen Politik also entschloß sich England zu einer Annäherung an Preußen durch Hannover und den Fürstenbund, um dadurch zunächst ein besseres Verhältnis zu ihm herzustellen.[34] Es gewann damit eine Handhabe, seinen Einfluß auf die preußische Politik geltend zu machen, die sich unter Friedrich Wilhelm von Wert erweisen sollte. Das treibende Element dabei war neben Harris, der den Wert Preußens in Holland kannte, und bei seiner Anwesenheit in London im April 1785 auf diese Annäherung gedrängt hatte, Georg III. selbst, dem sein Stammland am Herzen lag.

Das englische Ministerium hatte noch nicht daran gedacht, mit Preußen allein abzuschließen. Carmarthen glaubte Preußen nur trauen zu können, solange das Versailler Bündnis bestand, und wollte auch lieber bis zum Tode Friedrichs mit einer Annäherung an Preußen warten. Aber angesichts der gefährlichen Haltung Österreichs kam man doch wieder auf den Gedanken des nordischen Systems zurück mit Bekämpfung des österreichischen Einflusses in Petersburg[35], um dadurch Preußen für ein Eingreifen in Holland freie Bahn zu schaffen, indem man Rußland zum mindesten neutral machte. Preußen hatte durch Lusi, seinen Gesandten in London, zum Widerstand gegen den Tausch auf Grund des Barrieretraktates aufgefordert. Carmarthen hatte darauf erwidert, England wolle Vorstellungen in Rußland machen; wenn Frankreich den Plan unterstütze, so müßten Preußen und England alles versuchen, Österreich von Rußland zu trennen.[36] In Wirklichkeit war ja auch das Haupthindernis eines russisch-englischen Bündnisses Österreich mit seinem französischen Bündnis, was Carmarthen dem russischen Gesandten Woronzow, der vor dem Fürstenbund warnen sollte, zu Gemüte führte.[37] Rußland selbst hatte die englischen Anerbietungen stets abgelehnt und unterstützte jetzt den England

nachteiligen Tauschplan. Am allergefährlichsten aber erschien eine Annäherung Frankreichs an Rußland und ein Zusammenwirken der drei Mächte, wie es jetzt möglich erschien. Fand eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland auch über die Türkei statt, wie ja Österreich es wünschte, so blieb England selbst bei einem Türkenkrieg von einer Beeinflussung Rußlands ausgeschlossen. Die Sendung des Philhellenen Choiseul-Gouffier nach Konstantinopel, die Dumas', die nicht unbekannt geblieben war, waren Anzeichen dieser Gefahr. Die beschleunigte Sendung Ségurs nach Rußland und dessen bald freundschaftliches Verhältnis zu Katharina verstärkten den Verdacht. Bei einer Tripleallianz oder, da Spanien mit Frankreich verbündet war, Quadrupleallianz waren Preußen und England in der gefährlichsten Lage. Aus diesen Gründen also auch war ein besseres Verständnis mit Preußen erwünscht, ein Zusammenwirken in Rußland, zu dem Friedrich den Grafen Görtz schon instruiert hatte und vor allem für den Krieg, der bei einer weiteren Ausbreitung Frankreichs in den Niederlanden nötig werden konnte, die Hülfe der preußischen Militärmacht, die dann weit wichtiger war als alle russischen Handelsbeziehungen.

Preußen.

Die offene Feindschaft Rußlands war Friedrich nicht unerwartet gekommen; seit Rußland mit seinem Feind verbündet war, betrachtete er auch es als seinen Feind. Das Bündnis hielt er für gebrochen[38], trotzdem es bei der Beitrittserklärung zur Seeneutralität noch einmal erwähnt worden war; zu deutlich zeigte auch der Streit um Danzig die wahre Gesinnung Rußlands. Preußen befand sich überhaupt in der mißlichsten Lage; die beiden Friedensschlüsse hatten seine gänzliche Isolierung gezeigt. Die danach beginnenden Versuche Österreichs, seine Stellung auszunutzen, hielten Friedrich in beständiger Aufregung;

er erwartete den Krieg mit Bestimmtheit und sah jeden Aufschub desselben als einen Gewinn an.

Getreu seiner Politik, für einen Krieg mit Österreich auf der einen Flanke gedeckt zu sein, hatte er Frankreich die letzten Jahre hindurch umworben, nachdem ihm Rußland entglitten war; die österreichischen Vergrößerungspläne schienen ihm das eine Gute zu haben, daß sie Frankreich mehr auf Preußen anwiesen. Es fiel ihm aber nicht ein, sich für Frankreichs Zwecke ohne Gegengabe ausnutzen zu lassen. So hatte er ein Hülfsgesuch Hollands im Scheldestreit und ein Gesuch Frankreichs[39], Österreich und Holland zum Frieden zu ermahnen, das die Beifügung enthielt, Frankreich wolle sich bei Ausbruch eines Krieges mit Preußen verständigen, abgelehnt. Wenn Preußen eine bestimmtere Erklärung als seinen Wunsch nach Frieden in Österreich anbringen sollte, so bedürfe es vorhergehender Abmachungen zwischen Preußen und Frankreich, und Holland ermahne er nicht, da es in gerechter Verteidigung sei, ließ er dem französischen Geschäftsträger Faciola mitteilen.[40] Frankreich wolle sich Preußens als eines Schreckgespenstes gegen Österreich bedienen, schrieb er dem zu einer Vermittlung geneigten Hertzberg[41], danach werde es Preußen in der Verlegenheit sitzen lassen; wenn Frankreich mit Preußen abschließe, dann sei es Zeit, an ernstere Erklärungen in Österreich zu denken. Die Bitte Österreichs, Preußen solle Holland zum Frieden ermahnen, hatte Hertzberg neben der französischen Erklärung auf den Gedanken der Vermittlung gebracht, die zugleich eine Unterstützung des Statthalters werden sollte.[42] Friedrich lehnte auch diese Bitte ab. Die Abweisung seines letzten Bündnisantrages an Frankreich, die ergebnislose Reise des Prinzen Heinrich nach Paris[43], die höchst zweifelhafte Haltung Frankreichs gegenüber Österreich in dem Scheldestreit und der steigende Einfluß Marie Antoinettes auf die französische Politik, der in einer Erschütterung der Stellung

Vergennes' sich fühlbar machte, hatten Friedrich mißtrauisch gegen Frankreich gemacht. Die Schwäche des Hofes und die Unordnung der Finanzen ließen ihm Frankreich als einen nicht sehr nützlichen Freund erscheinen, mit dem er sich nur unter den günstigsten Bedingungen verbinden könne.[44] Auch jetzt bei dem Tauschplan war seine Haltung ihm hochverdächtig, da es keine entscheidende Erklärung in Berlin abgab; ja Vergennes erklärte im Februar sogar v. d. Goltz, Frankreich sei nicht an dem Tausch interessiert und erkenne eine Verpflichtung, auf Grund des Teschener Friedens gegen ihn zu wirken, nicht an.[45] Das war eine deutliche Aufforderung an Preußen, ja alles zu thun, um sich Frankreich warm zu halten. Daß der holländische Streit nicht zu einem Krieg zwischen Frankreich und Österreich führen würde, wurde ihm bald klar; damit war auch jede Hoffnung auf das französische Bündnis hinfällig.

Mit England aber bestand angesichts des Tausches eine klare Interessengemeinschaft; mit ihm sich also besser zu stellen, konnte nur von Wert sein. In diesem Sinne sind die erwähnten Vorstellungen in London gemacht worden. Ohne Hannover war auch an einen Fürstenbund nicht zu denken und Hannover war nur bei einem besseren Verständnis mit England zu haben. Das Hauptbedenken dabei blieb wie seit über zwanzig Jahren die Gefahr der Lage von 1756. Aus eben diesem Bedenken hatte Preußen sich bisher mehr Frankreich zugeneigt und sich England nur genähert, wenn es in Rußland sich nützlich erweisen konnte. Jetzt brauchte man es in Deutschland und gedachte es nebenbei auch in Rußland zu benützen, ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich sah man auch als nötig an; der Fürstenbund wurde so recht eigentlich der Ausdruck und die Konsolidierung der zwischen Frankreich und England schwankenden Politik Preußens.[46]

II. Erste englisch-preußische Verhandlungen.

Die verzweifelte Lage Preußens nach den Friedensschlüssen hatte Friedrich auf den Gedanken des Fürstenbundes zurückgebracht. War dieser früher im Anschluß an Rußland oder Frankreich gedacht gewesen[1], so war Friedrich jetzt gezwungen, ihn als selbständige Schöpfung in Angriff zu nehmen. Es war ein Eingeständnis Preußens, daß es aus eigener Kraft Österreich nicht mehr genügenden Widerstand entgegensetzen könne und sich deshalb mit den kleinen deutschen Fürsten, anstatt sie durch seinen Einfluß ohne auch Preußen bindende Abmachungen zu leiten, auf gleichen Fuß stellen müsse. Die Wahlen in Köln und Münster, bei denen Frankreich aus ängstlicher Rücksichtnahme auf Österreich es an der erhofften Unterstützung hatte fehlen lassen, hatten Preußens Ohnmacht zur Genüge gezeigt. Erreicht wurde durch den Bund für den Kriegsfall, mit dem Friedrich auf die größere Hälfte des Jahres 1785 noch rechnete, wenigstens die Sicherheit vor Hannover und Sachsen; ernsthafte militärische Hülfe erwartete Friedrich nicht von ihnen, immer aber war es besser, die Zahl der Gegner nicht noch zu vermehren.[2]

Unter den deutschen Fürsten hatten sich auch schon Bestrebungen zu einem Zusammenschluß gegen Österreich geltend gemacht, denen aber die Absicht, sich auch gegen Preußen sicher zu stellen, mit zu Grunde lag. Die bevorstehende Einverleibung von Ansbach-Bayreuth hatte diese Kreise lebhaft beunruhigt. Preußen konnte ebenso ein Feind der „deutschen Freiheit“ werden wie Österreich; die größte Gefahr aber war eine mögliche Einigung der beiden Großmächte über die deutsche Beute. Die Protektion einer außerdeutschen Macht mußte also gesucht

werden. Höfe wie Baden, Dessau, Weimar, Gotha, Zweibrücken, und geistliche Fürsten wie Mainz und Speyer planten eine Verbindung, die sich nach den einen an Rußland unter Vermittlung Dänemarks, nach den andern, besonders den geistlichen Fürsten, an Frankreich anlehnen sollte. Es wurden auch 1783—84 entsprechende Eröffnungen an Frankreich gemacht, die aber in Paris damals, wie 1778, aus der Besorgnis, Preußen möchte beteiligt sein und dann zu stark werden, und aus dem Ruhebedürfnis des französischen Staates heraus nur lau aufgenommen wurden. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Auf der anderen Seite hatte man in Hessen-Kassel an eine unabhängige Verbindung mit Hannover und Braunschweig gedacht, deren Protektion dann natürlich England zufallen sollte. Die Möglichkeit, diese Bestrebungen unter Preußens Leitung zu vereinen, lag darin, daß Preußen selbst zwischen England und Frankreich balancierte, daß England sich Preußen näherte und Frankreich ein Gegengewicht gegen Österreich brauchte. Die Gefahr von Österreich her war groß, die ohnmächtigen kleinen Fürsten konnten sich nur hervorwagen, wenn eine Großmacht hinter ihnen stand und Preußen war in seiner augenblicklichen Lage doch schwach genug, so daß von ihm zunächst nichts zu befürchten war. Zudem hatte der Kronprinz Friedrich Wilhelm, den man auch in die Verhandlungen mit Frankreich eingeweiht hatte, in ehrlichem Patriotismus und wohl auch aus einem Gefühl des Gegensatzes gegen den König heraus, schon früher sein Wort gegeben, daß er als König die deutsche Verfassung schützen werde. So konnte man sich Preußen an den Hals hängen, seinen Schutz genießen, während man ihm deutsche Eroberungsgedanken unmöglich machte, und zugleich den österreichisch-preußischen Gegensatz, der den Fürsten ihre Existenz garantierte, verewigen. Wenn Preußen schließlich doch einmal die „deutsche Freiheit", d. h. die Zuchtlosigkeit der deutschen

Kleinstaaterei, bedrohen sollte, so blieben noch die alten Beziehungen zu dem berufenen Schützer derselben, zu Frankreich. Für beide Teile war der Bund also ein Verlegenheitsinstrument, das einer augenblicklichen Gefahr abhelfen sollte.

Die ersten preußischen Sondierungen Hannovers hatten angesichts der entgegengesetzten Politik Englands im Jahre 1784 keinen Erfolg gehabt; bei Sachsen überwog die Vorliebe für die Neutralität, die den sorgsam wieder gehobenen Wohlstand des Landes schützte. Erst mit dem Tauschplan kam Leben in die Verhandlungen. Auch nach dessen Beseitigung sah Friedrich seine Stellung als nicht minder gefährdet an; er mußte zugreifen, wo er eine Stütze fand.[3] Einer späteren Wiederaufnahme des Planes, die er mit Recht als sicher voraussetzte, wollte er vorbeugen und für alle Fälle wenigstens des Widerstandes der deutschen Fürsten sicher sein. Eine Demonstration wie der Fürstenbund mußte auch Österreich für seinen hergebrachten und Rußland für seinen neuerworbenen Einfluß in Deutschland besorgt machen.[4]

Aus dem gemeinsamen Interesse gegen Österreich und für Preußen ergab sich die merkwürdige Kombination, daß England und Frankreich den Fürstenbund unterstützten. Frankreich erklärte in Berlin, es wolle ihm nicht entgegentreten in der Hoffnung, daß keine gegen Österreich offensiven Bestimmungen in den Bund aufgenommen würden; auch dem Beitritt Hannovers stimmte es zu.[5] An den kleinen deutschen Höfen wirkten sogar die französischen und preußischen Diplomaten zusammen.[6] Mit Englands Schwenkung zu Preußen gewann dieses Hannover, Hessen-Kassel und Braunschweig.

Die ersten nachdrücklichen Eröffnungen an England wegen des Beitritts Hannovers geschahen durch den Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der Preußens Anträge durch den Herzog von York nach London übermittelte. Auf

die besorgte Ermahnung Finkensteins, der Anschluß Hannovers werde Frankreich verstimmen und England werde sicherlich auch für sich Vorteile dafür verlangen, schrieb ihm Friedrich[7], man könne mit Hannover ohne England abschließen; lasse man es beiseite, so habe Preußen im Kriegsfall 30—40000 Mann im Rücken. Er ließ in London noch besonders hervorheben, einem englischen Bündnis mit Rußland stände der Fürstenbund nicht im Wege.[8] Entsprechend der Änderung der englischen Politik lautete die Antwort günstig; die Geneigtheit Hannovers, dem Fürstenbund beizutreten, wurde ausgesprochen. Kurz darauf machte das englische Ministerium den ersten Versuch, mit Preußen zu einer Verständigung über die europäische Lage und besonders über Holland zu kommen; die Anspielungen auf Rußland wurden dabei mitverwertet und in den Vordergrund geschoben.

Carmarthen richtete an Ewart, den englischen Geschäftsträger in Berlin, am 16. Mai 1785 eine Note.[9] Ausgehend von der durch Ewart übermittelten Nachricht, daß Görtz in Rußland instruiert sei, mit dem englischen Gesandten Fitzherbert zusammenzuhalten, erklärte er den Wunsch Englands, die Freundschaft Preußens zu pflegen, und seine Ansicht über die Vergrößerungspläne Österreichs, das nach den englischen Nachrichten in vollkommener Übereinstimmung mit Frankreich vorgehe, zu erfahren. Diese Koalition sei für England wie für Preußen gleich verderblich. Wenn Preußen deshalb entschlossen sei, ein System zu schaffen, das sich den Folgen derselben widersetzen könne, so werde England eine Vertrauensperson mit den weitgehendsten Vollmachten und Instruktionen nach Berlin senden, um sich mit Friedrich vertraulich zu beraten. Am 23. Mai hatte Ewart eine Besprechung mit Finkenstein und Hertzberg. Beide berichteten gesondert an den König[10]: Ewart habe mitgeteilt, der König von England habe sich schon

für Hannover gegen den Tausch erklärt, er wolle dies auch für England thun. Zu diesem Zwecke sollten Görtz und Fitzherbert gemeinsam in Rußland auf die Teschener Garantie und den Barrieretraktat hinweisen. Beide Staaten sollten sich fest gegen den Tausch zusammenthun und zwar Preußen auf Grund des Teschener Friedens, England auf Grund des Barrieretraktats. England beweise durch diesen Schritt, daß es jetzt nach der Beruhigung im Innern sich wieder um die kontinentalen Verhältnisse kümmere. Hertzberg fügte hinzu, die Gesandten in Petersburg sollten Rußland von seiner Freundschaft mit Österreich und von den gemeinsamen Plänen gegen die Türkei abbringen; Finkenstein berichtete noch, nach Ewart denke Vergennes an ein französisch-österreichisch-holländisches Bündnis.

Finkenstein nimmt in seinem Bericht eine ablehnende Stellung zu den englischen Anträgen ein: Preußen dürfe sich nicht mit Frankreich verfeinden und wolle ihm ja auch gar nicht in Holland entgegentreten; eine außerordentliche Gesandtschaft sei des Aufsehens wegen zu vermeiden. Hertzberg findet die englische Ansicht über die französisch-österreichische Intimität durch Frankreichs Verhalten bestätigt; um England vom Kontinent auszuschließen, werde es früher oder später dem Tausch zustimmen. Wenn Frankreich und Österreich sich infolge eines englisch-preußischen Bündnisses enger zusammenschließen, so muß das nach Hertzberg auf die Dauer einen Bruch zwischen Österreich und Rußland herbeiführen. Frankreich werde gegen den Beitritt Englands zu dem von ihm selbst gebilligten Fürstenbunde als Garant des Barrieretraktates nichts einwenden können, wenn dies öffentlich geschähe und andere Mächte wie Holland, Dänemark, Sardinien und Spanien, dazu eingeladen würden; vielleicht träte es selbst sogar bei.

Friedrich teilt die Meinung Finkensteins. Er vergleicht[11] England und Preußen mit zwei Ertrinkenden, die sich anein-

ander festhalten wollten. England habe nicht die Macht, sein Versprechen auszuführen, und im Kriegsfall werde Preußen doch die ganze Last zu tragen haben. Ein englisches Bündnis könne also nichts nützen und nur die neutrale Haltung Frankreichs ändern. Mit dem Barrieretraktat habe Preußen nichts zu thun, den Teschener Frieden aufrecht zu erhalten sei schon Last genug. Mit Ewart könne man das Nötige in vorsichtiger Weise besprechen. Das sicherste Mittel gegen den Tausch sei der Fürstenbund. Wenn England diesem dann beitreten wolle, so könne es vielleicht auch Spanien und Sardinien mit hineinziehen; auf diese Weise sei das Ziel ohne Anstoß zu erreichen. England hätte früher seinen Barrieretraktat geltend machen sollen, jetzt sei der holländische Streit so gut wie erledigt.

Hertzberg setzt Finkenstein noch einmal dieselben Gründe, die er gegenüber Friedrich geltend gemacht hat, auseinander[12]: Das englische Bündnis und die Gesandtschaft seien allerdings abzulehnen, aber man müßte England Hoffnung machen auf eine Vereinbarung über den Tausch nach Gründung des Fürstenbundes. Diesen solle man veröffentlichen, den auswärtigen Mächten auch mitteilen und ihnen den Zutritt offen lassen; dann könne England mit seinem Barrieretraktat auch beitreten. Schließt sich dann Frankreich enger an Österreich an, so zeigt es nur, daß es im Grund mit dem Tausch schon einverstanden ist. Ein Zusammengehen in Rußland, wie es Friedrich ja auch selbst gewünscht habe, solle angenommen werden. Am nächsten Tage wiederholt Hertzberg seine Mahnung: man müsse England freundlich antworten und ihm die Möglichkeit des Anschlusses offen lassen; der holländische Streit sei nicht so bald erledigt und Preußen arbeite ja auch indirekt für den Barrieretraktat. Englands geordnete Verwaltung mache es stark, seine Schuld sei fundiert, während Frankreich in ärgster Verlegenheit sei; nur England könne ein deutsches Heer bezahlen.

Preußen müßte allerdings zwischen Frankreich und England stehen und nicht in die Notwendigkeit kommen, eine der beiden Mächte wählen zu müssen, sondern ihnen vielmehr durch Anschluß der deutschen Kräfte seine Richtung diktieren.

Preußens Antwort an Ewart[13] bewegt sich in den freundlichsten Ausdrücken: Preußen betrachte die Lage als sehr gefährlich infolge der verschiedenen großen Projekte der anderen Mächte und besonders des in Deutschland. Es will mit England im engen Vertrauensverhältnis stehen. Angesichts der Intimität zwischen Österreich und Rußland verspreche es sich aber von den Vorstellungen in Rußland nichts, doch können die beiderseitigen Gesandten sich alles auf den Tausch Bezügliche mitteilen, der gegen preußisches und englisches Interesse ist. Der Fürstenbund erscheint Preußen als das wichtigste Mittel gegen den Tausch und da von einer Geheimhaltung der Verhandlungen viel abhängt, möchte Preußen eine besondere englische Gesandtschaft lieber vermieden sehen. Durch Lusi ließ Friedrich das englische Ministerium noch ermahnen, es möge die Vorstellungen in Rußland noch aufschieben, da sie schlecht aufgenommen werden und den englischen Einfluß schädigen könnten.[14] Das bedeutete eine ernste Abkehr Preußens von seiner bisherigen Politik, die sehr wesentlich mitgeholfen hatte, die englisch-russische Freundschaft zu untergraben. Ähnlich hatte Preußen auch in Holland gegen England gehandelt. Hollands wegen hatte England seine Anträge gestellt; der englische Plan einer Verbindung mit Preußen stand und fiel mit der Stellung Preußens in der holländischen Frage. Zu Lusi hatte Carmarthen gesagt[15], England wolle sich Preußen nähern, um sich mit ihm über die gemeinsamen Interessen zu verständigen zur Ruhe Deutschlands und um Holland wieder England zu nähern. Das hieß ziemlich deutlich, daß England Preußen in Deutschland, Preußen dafür England in Holland unterstützen solle. In den Gesprächen, die Ewart

mit Hertzberg hatte, drängte er darauf, Preußen solle in Holland eingreifen, dort das alte System herstellen und dann England und Holland zum Fürstenbund zuziehen. Hertzberg lagen diese Gedanken nicht fern; er hätte am liebsten den Fürstenbund zum Ausgangspunkt eines neuen preußischen Systems gemacht und damit bis zum Tode Friedrichs gewartet. Alle derartigen Pläne hatte Friedrich aber beiseite geschoben; er wollte kein neues System und vor allem Frankreich nicht vor den Kopf stoßen. Der berechtigten Furcht vor der Wiederkehr der Lage von 1756, besonders da Rußland sich Frankreich nähere, konnte sich Hertzberg denn auch nicht entziehen; auch er betrachtete eine preußische Unterstützung Englands und des Statthalters in Holland als den Anstoß zum Anschluß Frankreichs an die Kaiserhöfe.[16] Im Gegensatz zu ihm hielt jedoch Friedrich die Sache Englands in Holland schon seit dem Beginn des Jahres 1785 für verloren; jede Maßregel Englands für die Herstellung seines Systems dort mit Benutzung des Scheldestreites schien ihm die innere Lage der Republik nur zu verschlimmern. Auf sein Anraten versprach denn auch England, die Beilegung des Streites mit Österreich nicht hindern zu wollen[17], natürlich ohne sich an dies Versprechen zu binden. Allen Anregungen Englands, an der Wiedergewinnung Hollands mitzuwirken, wich er aus Rücksicht auf Frankreich aus. Der Fürstenbund, dessen Abschluß die österreichisch-russischen Gegenvorstellungen nur beschleunigten, hatte aber doch seine Wirkung in Holland. Gerüchte von einem englisch-preußischen Abkommen über Holland kamen auf und erregten, von Harris jedenfalls verwertet, den französischen Gesandten Verac und die patriotische Partei, die durch Harris' Agitation schon stark ins Wanken gekommen war.[18]

Auf eine Anfrage Esternos, des französischen Gesandten in Berlin, dementierte Finkenstein jede Absicht Preußens, den Fürstenbund auf Holland auszudehnen.[19] Auch die Artikel des

Bundes wurden Frankreich, als der einzigen auswärtigen Macht, zum Beweis der freundlichen und friedlichen Gesinnung Preußens mitgeteilt.[20] Ganz das Mißtrauen Frankreichs zu beschwichtigen gelang Preußen aber doch nicht; keine der beiden deutschen Mächte in Deutschland zu starken Einfluß gewinnen zu lassen, war ja auch Frankreichs Politik. Vergennes ließ Görtz in Rußland durch Ségur sagen, der Fürstenbund befestige nur die Verbindung der Kaiserhöfe.[21] Nachdem der holländische Streit einmal beigelegt und damit jeder Grund, Österreich in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten, weggefallen war, nahm Frankreich eine mehr ablehnende Haltung an den deutschen Höfen gegen den Fürstenbund ein.[22]

Für England hatte der Fürstenbund weitgehende Folgen. Wenn Frankreich sich einem Beitritte Hannovers nicht widersetzt hatte, so war dies geschehen, um Rußland und Österreich mit England völlig zu überwerfen[23]; dieser Erfolg war denn auch eingetreten. Österreich benutzte den Fürstenbund, um in Rußland gegen England und Preußen auf das lebhafteste zu arbeiten, besonders nach der Herstellung besserer Beziehungen zu Frankreich. Im Grund konnte ihm ja ein Anschluß Englands an Preußen nur angenehm sein, da dann die preußisch-französische Freundschaft aufhörte.[24] Katharina dachte England noch nach ihren Wünschen leiten zu können[25] und ließ lebhafte Vorstellungen in London mit dem Hinweis auf die offenbare französisch-preußische Intimität und die Absicht beider, Österreich mit England zu verfeinden, machen, aber ohne Erfolg. Fitzherbert bezeichnete den Fürstenbund als im Interesse Englands wie Rußlands liegend[26], und Carmarthen erklärte die direkte oder indirekte Beherrschung der Niederlande durch Frankreich als ein sehr ernstes Ereignis für England.[27] Daß England schließlich wirklich zu der Schwächung der russischen Stellung in Deutschland beitrug, erregte den Zorn Katharinas. Ségur, der

seit dem März 1785 in Rußland weilte, gewann zusehends das Vertrauen Katharinas und des russischen Ministeriums; es wurden Handelsvertragsverhandlungen mit ihm eingeleitet. Mit großem Mißvergnügen sah England die Intimität des russischen und französischen Gesandten im Haag. Friedrich glaubte diese Freundschaft stören zu können, indem er Görtz anwies, die Rivalität beider Mächte über ihren Einfluß in den Weltangelegenheiten aufzustacheln; auch er aber sah die gute Behandlung Ségurs als eine Folge der österreichischen Ratschläge in Rußland an.[28] Das Verlangen Rußlands in London, Hannover solle aus dem Fürstenbund austreten, das Georg als eine Beleidigung betrachtete, und die englische Ablehnung desselben verschlechterte nur die englisch-russischen Beziehungen.[29] Die an den deutschen Höfen sich bemerklich machende hannöversche Agitation für den Fürstenbund brachte schließlich einen engeren Anschluß Österreichs an Frankreich zu stande.[30] Die Zukunft erschien für England und Preußen gleich schwarz.

III. Zweite englisch-preußische Verhandlungen.

Diese Lage gab Anlaß zu einer Depesche Friedrichs an Lusi[1], in der er von der Isolierung Englands wie Preußens sprach und von der Notwendigkeit für beide, zusammenzuhalten. Lusi faßte dies als einen Auftrag auf, für ein Bündnis zu wirken, und riet dem englischen Ministerium, den General Cornwallis, der zu den preußischen Manövern ging, mit Instruktionen zu Verhandlungen darüber auszustatten. Das Ministerium ging, durch die gefährliche Lage Europas gezwungen und in der Hoffnung, noch in letzter Stunde vielleicht einen Umschwung in Holland herbeiführen zu können, darauf ein. Friedrich, der seine Bemerkung nur als Reflexion gegeben hatte, war hoch

erregt über Lusi, da er den Augenblick eines preußisch-englischen Bündnisses keineswegs für gekommen erachtete. Er wolle nicht wieder der Don Quixote Englands sein und gegen die ganze Welt für England kämpfen, um nachher im Stich gelassen zu werden, schrieb er an Finkenstein.[2] Er legte diesem die Gründe dar, die er England gegenüber gegen ein Bündnis geltend machen wollte: dies Bündnis bedeute die Beschleunigung des Krieges, da Frankreich dann geheime Absichten vermuten werde. Österreich sei eng mit Rußland verbunden und beherrsche das schwächliche Frankreich; durch den Abschluß eines englisch-preußischen Bündnisses würden die französischen Beziehungen zu Österreich und Rußland nur enger, ein Krieg werde entstehen, bei dem die Übermacht auf seiten der Gegner sei. England und Preußen müßten alles versuchen, Rußland von Österreich zu trennen; dann brauche man sich nicht mehr um Frankreich zu bekümmern. Wenn England zu scharf in Holland vorgehe, werde der Statthalter gestürzt werden.

Nach den schlesischen Manövern teilte Cornwallis dem preußischen Ministerium mit, er sei beauftragt, vertraulich sich mit dem König zu beraten, da Lusi oft das Verlangen Friedrichs, sich England zu eröffnen, mitgeteilt habe.[3] Aus den Instruktionen Cornwallis' geht hervor, daß man in England wohl wußte, Friedrich suche mehr die Pläne Englands zu erforschen, als mit ihm abzuschließen. Ehe man mit Preußen sich verbinde, müsse man seine Stellung zu Frankreich kennen, ob die Freundschaft der beiden noch bestehe oder abgeschwächt sei. Der einzige Fall, daß man Preußens sicher sei, sei ein Zusammengehen Frankreichs mit Österreich für neue österreichische Vergrößerungspläne. Dann muß auch England alle Hoffnung auf Österreich aufgeben und kann sich mit Preußen einen. In der Zwischenzeit kann man Preußens Anträge für die russische und holländische Politik oder für ein allgemeines

System, das bei dem französisch-österreichischen Zusammengehen nötig sein könne, anhören. England wünscht selbst keine Anträge zu stellen, die größte Vorsicht ist bei einem so intriguanten Politiker wie Friedrich geboten. England darf sich jetzt nicht zu tief mit ihm einlassen, aber ihn auch nicht zurückweisen. Das waren ungefähr dieselben Gedanken, die Friedrich England gegenüber hatte.

Cornwallis teilte am 8. September Hertzberg mit[4], England sei erfreut über den Fürstenbund und wünsche eine noch engere Verbindung mit Preußen. Die englischen Finanzen hätten zwar gelitten, aber sie seien schon gebessert, so daß England mit Gewicht auftreten könne. Das englische Ministerium wünsche mit Preußen, durch gegenseitige gute Dienste den Grund zu einem festen Bündnis zu legen. Er, Cornwallis, sei nicht zu Verhandlungen beauftragt, sondern nur zur Darlegung der freundschaftlichen Gesinnung Englands und um die Überzeugung auszusprechen, England ziehe das preußische jedem andern Bündnis vor. Hertzberg betonte darauf, England und Preußen müßten sich zunächst auf den Fürstenbund und eine allgemeine Freundschaft beschränken, Österreichs und Frankreichs wegen.

Ewart berichtet[5] über die Unterredung mit Hertzberg und mit Finkenstein und sagt, Hertzbergs freundliche Gesinnung gegenüber England sei so bekannt, daß er sie nicht weiter darzulegen brauche. Finkenstein habe erklärt, Preußens Freundschaftsbeteuerungen seien ehrlich, die beiderseitigen Interessen seien dieselben, ein allgemeines System müsse verabredet werden, ohne die Eifersucht der anderen Mächte durch ein formelles Bündnis zu erregen. Preußen sei bereit, England nach Möglichkeit behülflich zu sein und soweit es sein friedliches System erlaube. Werde Rußland von Österreich getrennt, so bestände kein Grund mehr zur Vorsicht gegenüber Frankreich. Ewart hatte noch versichert, England stände jetzt besser mit Rußland[6], und Finken-

stein hatte erklärt, der König habe wiederholt ein Zusammenwirken der Gesandten in Rußland erwähnt und hoffe auf einen baldigen Bruch zwischen Österreich und Rußland.

Es ist klar, daß Cornwallis und Ewart beträchtlich ihre Instruktion überschritten mit ihrer Versicherung, England wünsche ein preußisches Bündnis. Carmarthen verwahrte sich in einem Brief an Harris[7], aus dem der Unmut über die ablehnende Haltung Preußens sprach, auf das schärfste, einen solchen Auftrag gegeben zu haben. Daß Friedrich so erzürnt auf Lusi sei und einen englischen Antrag so fürchte, beweise den starken französischen Einfluß am preußischen Hof. England müsse Preußen so nützlich wie möglich für sich machen, ohne ihm einen Augenblick zu trauen.

Cornwallis hatte trotz der ablehnenden Haltung der preußischen Minister eine Audienz bei dem König auf neue Instruktionen aus England hin nachgesucht. In der Unterredung mit ihm gab Friedrich alle Gründe gegen ein formelles Bündnis, die er Finkenstein auseinandergesetzt hatte.[8] Er betrachte England trotzdem als seinen Verbündeten, werde ihm alle möglichen guten Dienste leisten und hoffe dasselbe von England; den alten Allianzvertrag wolle er als bindend anerkennen. Er sei beklommen über Holland, das nicht eine französische Provinz werden dürfe, da dies dem englisch-preußischen Interesse widerspräche. Gewaltsame Maßregeln, außer wenn man zum Krieg entschlossen sei, nützten in Holland jetzt nichts; Harris' Auftreten könne eher Schaden bringen. Rußland müsse man von der Liga trennen, England sei daran besonders interessiert; man sollte also Mißtrauen gegen Österreich in Rußland wachrufen und Potemkin gewinnen. Frankreich hetze überall gegen England, so auch in Indien und Irland. Dann folgten noch einige Lobeserhebungen über Englands Sparpolitik und der Wunsch, England bald wieder groß zu sehen.[9]

IV. Letzte Lebenstage Friedrichs.

Gerade in diesen Tagen wurden die Friedenspräliminarien zwischen Österreich und Holland in Paris unterzeichnet, ein England wie Preußen gleich unerwünschtes Ereignis. Da der Tausch einmal mißlungen war, hatte der seinetwegen aufrecht erhaltene holländische Streit für Österreich keinen Zweck mehr. Maestrich war nur durch Krieg zu erlangen, Frankreich war widerwillig, Rußland lau in seiner Unterstützung, dazu kam die Erregung in Deutschland; der Scheldestreit war durch eine Entschuldigungsgesandtschaft Hollands erledigt worden, die anderen Ansprüche wurden durch eine Geldsumme befriedigt, die Frankreich zum Teil trug. Frankreich hatte damit in Holland gewonnen; trotz des von Harris entfachten Widerstandes wurden die Bedingungen in den Generalstaaten angenommen und der Friede am 8. November, das holländisch-französische Bündnis am 10. November ratifiziert. Das Ziel Englands, das nach Harris' Eingeständnis darin bestand, um jeden Preis dieses Bündnis zu hindern, war gescheitert; damit verlor denn auch für England der Anschluß an Preußen zunächst an Wert. Noch einige Zeit herrschte zwischen Beiden eine gewisse Intimität. Carmarthen bezeichnete es entsprechend den Anregungen Lusis als wünschenswert, einen russisch-türkischen Krieg zu erregen, der eine Klärung der Lage bringen sollte.[1] Das war auch ein Gedanke, an den sich Friedrich seit dem Bündnis der Kaiserhöfe klammerte, da er ihm den Bruch zwischen Rußland und Österreich einerseits und zwischen Frankreich und den Kaiserhöfen andrerseits zu gewährleisten schien. An eine ernstliche Einigung der drei Mächte über die Türkei dagegen glaubte er nicht; dazu schienen ihm die englisch-russischen Handelsinteressen zu bedeutend.

Das passive Verhalten Preußens in Holland erstickte bald die neue englisch-preußische Freundschaft. Noch im Dezember 1785 bemerkte Dalrymple, der englische Gesandte in Berlin, hätte Preußen zur rechten Zeit in Holland eingegriffen, so hätte das französische Bündnis und die gegenwärtige Krisis dort verhindert werden können.[2] Friedrich ließ ihm darauf sagen, der Fürstenbund sei zum Zwecke des Friedens, nicht des Krieges, geschlossen worden. Harris riet wieder zu einem Bündnis mit Rußland mit Zuziehung Dänemarks; die Bedeutung des Fürstenbundes sollte in Rußland abgeschwächt und der Wunsch Englands nach einem preußischen Bündnis abgeleugnet werden; mit Österreich und Preußen solle man gleichmäßig gute Beziehungen unterhalten.[3] Er hatte sogar den Verdacht, daß Preußen und Frankreich sich auf Verhinderung des Tausches seitens Frankreich und Nichteinmischung in Holland seitens Preußen geeinigt hätten.[4] Zwar lieferte Preußen eine Zeit lang alle seine Erkundigungen aus der Türkei an England, aber zu energischen Schritten gegen Österreich war England nicht zu bringen.[5] Das österreichische Bündnis erschien den englischen Ministern wertvoller, da doch Holland vorerst verloren war. Ein Ziel der englischen Politik, besonders im Hinblick auf die Erneuerung des Handelsvertrages, war es auch noch, Rußland zu gewinnen, wenn dies auch immer unwahrscheinlicher wurde. Ob dann Österreich oder Preußen beitrat, mußte sich nach den Umständen und vor allem nach dem Bestehen oder Nichtbestehen des Versailler Bündnisses richten. Bald enthielt sich England gegenüber Preußen jeder Mitteilung über Holland.[6]

Der Fürstenbund wurde durch den Beitritt einer Reihe deutscher Fürsten vollendet. Seine Ausführung war die letzte meisterhafte That der Balancierungspolitik Friedrichs mit ihrer einzigen Richtung gegen Österreich. Die deutschen Fürsten, Frankreich und England hatte er sich zunutzen gemacht und doch

die Klippen des Jahres 1756 glücklich vermieden. Der Fürstenbund war eine defensive Schöpfung und eine Waffe gegen eine Wiederaufnahme des Tauschplanes. Seine Schuldigkeit, Österreich und Rußland einzuschüchtern, hatte er gethan. Ein Teil seiner Bedeutung war die englisch-preußische Annäherung und die daraus folgende Entfremdung zwischen England und den Kaiserhöfen, eine dem englischen Ministerium höchst unerwünschte, aber unabänderliche Thatsache. Wenn man in Preußen an seine weitere Ausdehnung durch den Beitritt Dänemarks und Schwedens für ihre deutschen Besitzungen ernstlich gedacht hatte, so sah man nach der Aufgabe des Tausches keinen Grund mehr, Europa dadurch noch mehr in Aufregung zu versetzen. Das Mißtrauen Frankreichs wegen der angeblich geplanten Ausdehnung des Fürstenbundes auf Holland war eine Warnung gewesen. Nach dem Tode Friedrichs und dem Aufhören seiner einzig auf Erhaltung des preußischen Besitzstandes gerichteten Politik verlor der Fürstenbund für Preußen seinen Wert. Bei einer offensiven Politik wurde die Wahl zwischen Frankreich und England unaufschiebbar. Militärische Bedeutung hatten die Fürsten fast gar keine, im Krieg hätte die Erhaltung ihrer Truppen doch Preußen zu Last gelegen und auf sie allein sich verlassen konnte Preußen nach seinen Erfahrungen auch nicht. Daß Preußen zugunsten einer Fürstenbundspolitik seine mühsam errungene Großmachtstellung hätte opfern, sich auf eine Linie mit den deutschen Fürsten drängen lassen und sich ohne Gegengabe auf die Dauer mit ihrem Schutz hätte belasten sollen, konnte man von einer einsichtigen preußischen Staatsleitung nicht erwarten. Natürlich war dies aber der Wunsch der Fürsten und auf die angegebenen Folgen lief die von Karl August von Weimar und anderen angeratene preußische Politik hinaus, die Preußen wieder unter die Reichskanzlerschaft von Mainz stellte, während die kleinen Staaten sich zugunsten des sie schützenden Preußen nicht

zu der geringsten Minderung ihrer Selbständigkeit entschlossen. Einigen Zweck hatte der Fürstenbund ja noch, da Preußen zu deutschen Erwerbungen selbst nicht stark genug war, es also in der Zwischenzeit die Rolle des Schützers im eigenen Interesse spielen konnte; aber das mußte es ja auch ohne Fürstenbund. Irgendwelche Keime zu einer die deutschen Verhältnisse bessernden Entwicklung trug er seiner ganzen Natur nach durchaus nicht in sich. Zu einer wirklichen Beherrschung der Fürsten und Verschmelzung ihrer Politik mit der preußischen bedurfte Preußen noch einer bedeutenden Stärkung innerhalb Deutschlands selbst und nach der polnischen Seite hin. Eine solche Verstärkung war für den preußischen Staat, der unter den ungünstigsten Bedingungen sich nur mit einer seine Kraft fast übersteigenden Anspannung in seiner Großmachtsstellung hielt, einfach eine Lebensnotwendigkeit; in einer dauernden Friedenspolitik mußte er sich innerlich verzehren. Wichtige Werbungen aber waren nur in einem auswärtigen Krieg und durch auswärtige Beziehungen zu erlangen. Der Fürstenbund war jedenfalls nicht das geeignete Instrument für eine solche Politik; er legte Preußen auf seinen Besitzstand fest.[7]

In der Folgezeit erwies er sich eher als unheilvoll; er hemmte Friedrich Wilhelm auf jedem Schritt, da England und Frankreich gleichmäßig beteiligt waren. Auch die Beeinflussung Friedrich Wilhelms durch Männer, wie Karl August von Weimar, die neben der Erfüllung patriotischer Ideale doch wohl das eigene Interesse in dem ohne Gegengabe dargebotenen preußischen Schutze fanden und seit 1786 in durchaus berechtigter Selbstsucht auf die preußische Politik in ihrem Sinne am liebsten Beschlag gelegt hätten, war eine Folge des Fürstenbundes. Unter Friedrich dem Großen wäre eine solche Ausnutzung Preußens nicht möglich gewesen. Es fragte sich nur, wie lange man durch Einwirkung auf den deutsch-patriotischen Eifer des

Königs Preußen in diesen Bahnen der deutschen Politik, die seinen Interessen keineswegs entsprachen, würde festhalten können.

Die letzten Lebenstage Friedrichs zeigten eine gewisse Abschwächung des auf Preußen liegenden Druckes; die neuerwachten russisch-türkischen Streitigkeiten gaben die Sicherheit, daß Rußland sich eines kriegerischen Eingreifens im Westen enthalten werde.[8] So konnte denn Friedrich die unverhüllt an allen Höfen zutage tretende russische Feindschaft ruhig ertragen und den neuen Chikanen wegen Danzig eine kühle Stirn und Ablehnung aller weiteren Verhandlungen entgegensetzen. Zur Besorgnis gaben hauptsächlich die holländischen Ereignisse Anlaß, die sich mehr und mehr zuspitzten. Friedrich hegte ein lebhaftes Mißtrauen und Abneigung gegen die englische Politik dort, die ihm zu stürmisch vorging und ihn mitreißen zu wollen schien. Daß England ebenso wie Frankreich im Interesse ihres Handelsvertrages mit Rußland die russischen Vorstellungen über Danzig unterstützten, ignorierte er in richtiger Erkenntnis des Ursprunges.[9]

Rosig sah also die Zukunft beim Tode Friedrichs keineswegs aus. Österreichs Bündnispolitik bestand in voller Kraft höchstens einer ernsten Unterstützung Englands konnte Preußen bei einer Wiederaufnahme des Tauschplanes sicher sein. Das Hauptziel Friedrichs nach dem siebenjährigen Krieg war Friede gewesen; bis ihm das offensive Österreich seinen nach einer thätigen Hülfe sich umsehenden Bundesgenossen Rußland nahm, war ihm das im wesentlichen gelungen. Daß danach die Wellen nicht über das stillstehende Preußen hinweggingen, war in erster Linie der achtungsgebietenden und gefürchteten Persönlichkeit des großen Königs zu danken und seiner Festigkeit, die nicht um ein Haar breit von dem für Preußens Erhaltung als notwendig Erkannten abwich. Bei allem Entgegenkommen gegen Rußland und besonders gegen Frankreich hatte er sich doch zu keinem

wichtigen Schritt, der gegen Preußens Interesse ging, hinreißen lassen. Jemehr aber England mit seiner inneren Erstarkung sich der Offensive zuwandte, desto brennender wurde für Preußen die Frage, ob es in seiner konservativen Politik beharren könne; jemehr Frankreich in die Defensive gedrängt wurde, desto mehr verlor eine auf ein französisches Bündnis ausgehende preußische Politik an Wert und an Boden. Marie Antoinettes wachsender Einfluß und die immer offener zu Tage tretende Schwäche Frankreichs machten eine so radikale Schwenkung, wie es ein Bündnis mit Preußen war, immer unwahrscheinlicher; darüber war sich schon Friedrich vollkommen klar. Das fortwährende Schaukelspiel hatte Preußen allmählich um alles Vertrauen bei allen Mächten gebracht und ließ sich auf die Dauer nicht weiter spielen. Statt der unbedingten Friedensliebe und der nur mit der nächsten Zeit rechnenden Politik des müden Alters, die Jahr für Jahr sich nur mühsam den Frieden sicherte, mußte ein festes System durch Abschluß mit einer der fortschreitenden Mächte gewonnen werden. Dadurch konnte das Ansehen Preußens bei Rußland und den allerdings weit weniger wichtigen Staaten wie Dänemark, Holland, Polen[10] und Türkei — Außenposten, die nur bei einer offensiven Politik von Wert waren — zurückgebracht werden.

Der Mann in Preußen, der dies am klarsten erkannte und in dem sich die Erwerbslust und -Notwendigkeit zusammen mit der Offensivkraft des preußischen Staates verkörperte, war Hertzberg. Der matte, selbstzufriedene Geist, der in Preußen, bestärkt durch Friedrichs Friedensliebe, aufgekommen war, stemmte sich ihm entgegen. Es galt, ihm durch Einwirkung auf Friedrich Wilhelm, mit dem Hertzberg schon früher in seiner Unzufriedenheit über die Politik des Hangens und Bangens angeknüpft hatte, entgegenzutreten.[11]

V. Die holländische Republik.[1]

Die holländischen Ereignisse bestimmen in der Folgezeit im wesentlichen die Lage. Wir müssen deshalb auf die inneren Streitigkeiten der Republik eingehen.

Durch Volksbewegung war das Statthalteramt 1747 für ganz Holland von der Provinz Friesland aus wiederhergestellt worden gegen den Widerstand der aristokratischen Handelsgeschlechter. Die notwendig gewordene Reform im demokratischen Sinn nahm Wilhelm IV. nicht vor und verlor damit die Sympathien der bürgerlichen Massen, ohne die Regentenfamilien zu gewinnen. Nach seinem Tod führten für seinen unmündigen Sohn seine englische Gemahlin Anna und der aus österreichischem Dienst in den holländischen getretene Herzog Ludwig Ernst von Braunschweig die Regentschaft. Der Herzog stützte sich vornehmlich auf die Regenten und wurde deshalb von dem Adel, besonders dem friesischen, den er vom Hof verdrängt hatte, heftig befehdet. 1766 übernahm Wilhelm V. das Statthalteramt; alle Rechte seines Vaters wurden ihm bestätigt. Er war ein ganz unselbständiger Mann, Braunschweig beherrschte ihn vollkommen; seine Ansprüche auf den ganzen Einfluß des Statthalteramtes wußte er weder durch Begabung noch durch Fleiß und Energie zu rechtfertigen. Seine Versuche, Heer und Flotte, die beide stark heruntergekommen waren, zu verstärken, scheiterten an dem Widerstand der republikanischen Provinz Holland, der reichsten und mächtigsten Provinz, die eine starke Flotte dem Statthalter nicht verdanken und seine Macht durch eine Heeresverstärkung nicht vergrößern wollte. Hindernd wirkte auch der Gegensatz der Landprovinzen, denen das Heer wichtiger war wie eine Flotte, gegen die nur an einer Flotte interessierte über-

mächtige Provinz Holland; auch die Seehandel treibende Provinz Seeland stand aus Rivalität meist gegen Holland. Aber auch in den Provinzen Utrecht, Overijssel und Geldern bestand eine scharfe Gegnerschaft gegen den Statthalter wegen des Fortbestehens der sogenannten Reglemente, einer Schöpfung Wilhelms III. zur Beherrschung dieser an Frankreich abgefallenen Provinzen, die dem Statthalter die Verfügung über alle Ämter zusprach.

Zu Beginn des für die nächste Zeit entscheidenden amerikanischen Krieges konnte der Statthalter nur rechnen auf einen geringen Teil des Adels, auf die Bauern, auf das arbeitende Volk in den Städten, das sich durch die Bürger bedrängt fühlte, auf das Heer, das durchweg oranisch gesinnt war, eine ganz unzusammenhängende Partei also, und auf England. Um diesen letzteren wichtigsten Stützpunkt dem Statthalter zu nehmen, trieb die aus Regenten, Bürgern und Adel bestehende Opposition Holland in den Krieg mit England, eine Politik ähnlich der der Gironde. Der Krieg hatte eine vernichtende Wirkung für den holländischen Handel; die zutage tretende Wehrlosigkeit wurde von der Opposition dem Statthalter zur Schuld angerechnet; der Ruin des Handels lenkte allen Haß gegen England. So gelang es den drei Pensionären von Amsterdam, Harlem und Dortrecht, Van Berckel, Zeeberg und Gijselaar, die mit dem wachsenden Einfluß der Opposition, genannt Patriotenpartei, mehr und mehr die Leitung des Staates übernahmen, das Bündnis mit Frankreich, das sie unterstützt hatte, zustande zu bringen. Die Amsterdamer Regenten hatten nur einen Handelsvertrag, nicht so sehr ein Bündnis mit Frankreich gewünscht; der Streit mit Österreich trieb auch sie in Frankreichs Arme. Nur Seeland hatte das Bündnis abgelehnt. Der Statthalter hatte sich passiv verhalten in dieser entscheidenden Frage und selbst die Bestrebungen Harris', mit Hülfe Seelands

im letzten Augenblick eine Bewegung gegen das Bündnis zu entfachen, mit durchkreuzt. Ebenso hatte er bei der Frage, ob die von Frankreich übermittelten harten englischen Friedensbedingungen unbesehen angenommen werden sollten, oder ob man mit England, wie dieses unter Inaussichtstellung einer Milderung der Bedingungen wünschte, direkt verhandeln sollte, eine Stellungnahme für England abgelehnt. Preußen und Frankreich hatten ihm dies untersagt und ihn dafür in Schutz gegen die Patrioten genommen. Hinter der antioranischen Bewegung stand Frankreich; um die Rivalität Frankreichs und Englands handelte es sich im wesentlichen in diesem Streit.

Geschützt durch das englische Bündnis hatte sich Holland trotz des Verzichtes auf eine aktive Politik oder vielleicht eben deshalb sein bedeutendes Kolonialreich bewahrt. Die wichtigsten Besitzungen im Hinblick auf den englisch-französischen Gegensatz waren das Kap der guten Hoffnung, Ceylon, der Mittelpunkt des indischen Meeres und Stützpunkt für alle Unternehmungen in Indien, die Sundainseln und Molukken, in Westindien St. Eustatius, das als Stapelplatz im amerikanischen Krieg besondere Bedeutung erlangen sollte. In Indien selbst besaß Holland nur Negapatam, da England alle weiteren Erwerbungen der ostindischen Kompagnie verhindert hatte. Diese Kolonialmacht konnte England neben sich dulden, so lange Holland in Abhängigkeit von ihm beharrte, für Frankreich waren sie eine erstrebenswerte Basis für den Wettbewerb um Indien. Ein Interesse Englands war es, die holländische Flotte möglichst schwach zu sehen und das Heer stark, damit es nötigenfalls gegen Frankreich dienen könne, Frankreich hatte naturgemäß die entgegengesetzten Wünsche. Daraus ergab sich, daß Frankreich sich der Provinz Holland näherte, während England aus Politik, Verwandtschaft und Tradition dem die Territorialinteressen mehr vertretenden Statthalter näher stand.

Frankreich hatte schon lange danach gestrebt, Holland von England abzuziehen. Ein Mittel dazu war das Anerbieten eines günstigen Handelsvertrages und das Nähren des Streites über den holländisch-englischen Handelsvertrag. Dieser, 1674 geschlossen, gab, wenn einer der Kontrahenten im Krieg war, dem andern das Recht, mit dem Feind frei handeln zu dürfen außer mit Blei, Pulver, Geschützen und Waffen; alle Schiffsausrüstungsgegenstände wie Holz, Pech und Teer waren danach frei. Damals hatte England den Vorteil aus diesem Handelsvertrag gezogen, im 18. Jahrhundert bewog er Holland entsprechend seiner Kaufmannsregierung, für die der Handel das allein Bestimmende war, eine kraftlose neutrale Haltung zu bevorzugen. England parierte dies mit der Erklärung des casus foederis auf Grund des 1678 geschlossenen Bündnisses oder hielt selbst Frieden wie im polnischen Erbfolgekrieg. Erkannte Holland den casus foederis nicht an, so ging England mit Kapereien vor. Frankreich war daran interessiert, daß Holland neutral blieb, da es ihm im Seekrieg aus dem baltischen Meer alles Nötige beibrachte, während England durch seine Flotte die französische Schiffahrt hinderte. Erfolg hatte Frankreich mit seiner Agitation erst im amerikanischen Kriege, als es durch seinen Gesandten Vauguyon den amerikanischen Handel im Hintergrund erscheinen ließ und durch Prohibitivzölle auf alle holländischen Waren mit Ausnahme der von Amsterdam, Rotterdam und später der Provinz Holland kommenden, die einer Eskortierung der holländischen Schiffe gegen die englischen Kaper das Wort redeten, die Republik in die Enge trieb. Als Holland den casus foederis nicht anerkennen wollte, erklärte England den Handelsvertrag für erloschen und ehe Holland der Seeneutralitätsakte beitreten konnte, erklärte es unter einem Scheingrund den Krieg. Es folgte die Vernichtung des holländischen Handels, der schon vorher bedeutend gelitten hatte, und der

Verlust des Stapelplatzes St. Eustatius. Rußland, das ein Interesse hatte, den holländischen Handel neben dem englischen zu erhalten, schlug trotzdem das Hülfsgesuch Hollands aus, seine Vermittlung lehnte England zunächst ab. Um aber Holland nicht dauernd zu verlieren, knüpfte North mit den um ihren Handel besorgten Amsterdamer Regenten und ihrem Bürgermeister Rendorp an. Joseph, auf seiner Reise in Holland, erfuhr davon und verriet die Verhandlungen dem französischen Gesandten. Frankreich besetzte das Kap und später Ceylon und hatte so Holland ganz in seiner Hand; das neue Vermittlungsangebot Rußlands, das England aus Rücksicht auf Rußland[2] annahm, scheiterte daher, ebenso Fox' Anerbieten, den Handelsvertrag von 1674 zu erneuern. Da Frankreich der Türkei wegen Frieden zu schließen wünschte, benutzte dies England, um alle seine vorher Holland gemachten Anerbieten zurückzuziehen. Dieses legte seinen Friedensschluß ganz in Vergennes' Hände; es mußte den Verfall des Handelsvertrags zugestehen, freie englische Schiffahrt in den Molukken, die das holländische Gewürzmonopol gefährdete, gewähren und Negapatam abtreten. England hielt diese Bedingungen Holland als Lockmittel vor, um es zu einer Annäherung zu bringen. Auf Andrängen Vergennes' setzte die französische Partei in Holland, die ihre Parteiziele dem Wohl des Staates überordnete, nicht ohne Mühe die Bedingungen in den Generalstaaten durch und ebenso zwei Jahre später die österreichischen Bedingungen und damit das holländisch-französische Bündnis.

Um diese Zeit befand sich schon Harris als englischer Gesandter im Haag. Er hatte den Auftrag, das französische Bündnis zu hindern, gelänge dies nicht, dann es für Frankreich unnütz zu machen.[3] Er fand England allgemein verhaßt, eine englische Partei in Holland gab es nicht mehr. Trotzdem gelang es ihm in kurzer Zeit, eine Opposition zusammenzubringen.

Frankreich mußte $4^1/_2$ Millionen von den 10 Millionen Gulden, die Holland an Österreich zahlen mußte, selbst übernehmen, um den Frieden in Holland überhaupt durchzudrücken. Nach dem Abschluß des holländisch-französischen Bündnisses wurde der zweite Teil seines Auftrags für Harris maßgebend. Er vermehrte die innere Unruhe und Unzufriedenheit und machte dadurch Holland unfähig, irgendwie nach außen aufzutreten. England war noch keineswegs entschlossen gewesen, seine Sache auf den Statthalter allein zu stellen[4]; auch hatte der Statthalter keine Sympathien für England gezeigt, sondern ihm auf Friedrichs des Großen Rat entgegengearbeitet. Jetzt erfolgte, trotzdem der Streit mit Österreich noch nicht ganz entschieden war, die Wegnahme des dem Statthalter zustehenden Kommandos im Haag durch die Patrioten auf Grund eines kleinen Aufruhrs dort. Der Statthalter verließ den Haag, ein offener Zwiespalt zwischen ihm und den Patrioten war ausgebrochen und Harris hatte keine Wahl mehr. Rücksichtslos stellte er sich auf die Seite des Statthalters und wurde Parteimann für ihn; er arbeitete gegen jede Versöhnung zwischen den Parteien und gegen die Trennung der Gemahlin des Statthalters, der Prinzessin Wilhelmine von Preußen, von diesem[5], wie sie Preußen und die Demokraten zeitweise planten. Es galt, die Partei des Statthalters, soweit sie noch bestand, zu sammeln und neu zu schaffen; neue Anhänger mußten unter den immer unzufriedener werdenden Aristokraten, besonders in Amsterdam, gewonnen werden, indem man ihnen Sicherheit gegen jede Stärkung des Statthalteramtes im Falle des Sieges gab.[6]

Harris wußte, daß erst, wenn eine starke Partei des Statthalters in Holland bestand, Pitt sich zu weitergehenden Maßregeln entschließen würde. Pitt hinderte ihn in seiner Thätigkeit nicht, nur jedes Hülfsversprechen seitens Englands untersagte er ihm. Harris' Thätigkeit hatte Erfolg angesichts der

stetigen Entwicklung der Patriotenpartei zu einer den aristokratischen Regenten verfänglichen Demokratie hin. Das Bündnis zwischen Regenten und Bürgern zerriß bald; der Statthalter und Wilhelmine hatten sich zu einem Bündnis mit der Demokratie gegen die Regenten oder wenigstens zu einer Stellung zwischen beiden nie entschließen können. So trieb denn alles auf eine Reaktion zu. Frankreich sah sich mehr und mehr auf die revolutionäre patriotische Partei allein und deren Führer, die drei Pensionäre, angewiesen — ein sehr schwacher Stützpunkt also für ein so wichtiges Bündnis — und wurde von ihr gegen seinen Willen mitgerissen. Die Pensionäre selbst aber mußten zu immer radikaleren Mitteln greifen, um sich gegenüber der stetig wachsenden Partei Harris', dessen Politik den Worten nach defensiv, den Thaten nach so offensiv wie möglich war[7], zu erhalten. Sie verloren dadurch schließlich selbst die Herrschaft über die radikalen Massen, die sie in Freikorps organisiert hatten.

Preußen hatte im Gegensatz zu England einen höchst unbedeutenden Vertreter im Haag. Thulemeier war bei allen Parteien gleich unbeliebt, ohne Einfluß und mit Schulden so überhäuft und so kärglich bezahlt, daß er nicht wie Harris und der sonst unbedeutende französische Gesandte Vérac durch reiche Gastmähler Preußen Anhänger verschaffen konnte. Friedrich war sich in seiner holländischen Politik konsequent geblieben; daß Frankreich Holland beherrschen sollte, erschien ihm gegen Preußens Interesse und er wünschte dort schon anfangs 1784 ein baldiges Auftreten Englands zur Herstellung des Gleichgewichts.[8] So wesentlich, daß er sich, wie Hertzberg wünschte, zu einem entscheidenden Auftreten in Holland entschließen müßte, erschien ihm die ganze holländische Frage aber nicht; am wenigsten wollte er um Hollands willen mit Frankreich brechen.

Preußens Einfluß in Holland beruhte fast allein auf der

Verwandtschaft des Königs mit Wilhelmine, die mit Ehrfurcht auf die Ratschläge ihres großen Oheims horchte. Je mehr die Gefahr für den Statthalter sich steigerte, gewann diese, eine hochbedeutende Frau, voll starker Empfindung für Macht und voll Selbstbewußtsein ihrer hohen Geburt, an Einfluß innerhalb der Statthalterpartei. Bald hatte sie allein die Leitung aller Geschäfte, trotzdem der Statthalter eifersüchtig auf den Schein einer Macht wachte und ihr jeden Einfluß neidete. Geschickt verstand sie es, seine Schwächen zu schonen, um jedem ernsten Zwiespalt mit ihm aus dem Weg zu gehen. Preußen kam diese Steigerung ihres Einflusses nicht zugute. Friedrich nahm ihr gegenüber eine ähnliche Stellung wie gegenüber seiner Schwester Ulrike von Schweden ein. Bei aller Zuneigung zu ihr, glaubte er seinen Staat nicht für verwandtschaftliche Interessen in Gefahren stürzen zu dürfen. Zur Zeit seiner Feindschaft mit England hatte er aber seinen nicht unbeträchtlichen Einfluß gegen dieses eingesetzt; auch bei der kurzen Freundschaft unter Fox' Ministerium und darüber hinaus war er seinen Frankreich günstigen Ratschlägen treu geblieben. Schließlich verlangte er bei der steten Verschlechterung der Stellung des Statthalters, an der er durch seine Unterstützung Frankreichs doch mit die Schuld trug, nur noch die Erhaltung des Statthalteramtes gegen bedeutende Konzessionen seiner Rechte und Leitung des Statthalters durch einen Rat. Auch den von den Patrioten herbeigeführten Sturz Braunschweigs, der doch eine Niederlage des mit seinem Erzieher eng verbundenen Statthalters bedeutete, sah er gern, da er ihn nicht mit Unrecht für einen österreichischen Parteigänger ansah. Seine ganze Politik lief im Gegensatz zu England auf eine Versöhnung des Statthalters mit den Patrioten hinaus, die den Ausbruch des offenen Krieges hindern sollte. Darin stimmte er so ziemlich mit Frankreich überein, das in Berlin mehrfach versicherte, es wolle

den Statthalter nicht stürzen. Thatsächlich lag dieser Gedanke, der eine Störung des guten Verhältnisses mit Preußen ohne Sicherheit des Erfolges darstellte, auch Vergennes fern. Wohl aber wünschte er eine Schwächung der Statthaltergewalt und die Reform der Verfassung in diesem Sinne[9], die allein ihm die innere Beruhigung Hollands sichern zu können schien. Von der Verbindung Frankreichs mit Holland hatte Friedrich den Bruch zwischen Österreich und Frankreich erhofft. Die Klugheit Vergennes' hatte dies vermieden. Friedrich war auf das äußerste über den schmählichen Frieden entrüstet, den Frankreich Holland aufzwang, da er das Versailler Bündnis nur befestigte und Österreich einen Geldgewinn brachte.[10] Was in Friedrichs Macht stand, ohne sich zu tief einzulassen, hatte er für den Statthalter gethan. Er hatte mehrfach, zum Teil scharfe, Noten von 1783 an an die Generalstaaten und die Staaten der Provinz Holland gerichtet[11], die aber ohne Erfolg geblieben waren. Frankreich hatte er öfters zur Mäßigung der Patrioten ermahnt; auf französische Vorstellungen über das parteiische Verhalten Thulemeiers hatte er geantwortet, sein Gesandter thue seine Pflicht, wenn er für den Statthalter eintrete.[12] In Wirklichkeit hielt sich Thulemeier auf Befehl Friedrichs ganz von Harris fern und riet dem Statthalterpaar stets zum Nachgeben. Noch Anfang 1786 hatte Friedrich an eine Vermittlungsgesandtschaft Hertzbergs gedacht, die Wilhelmine schon in früheren Jahren erbeten hatte; auf den Widerspruch Frankreichs hin hatte er diesen Gedanken fallen gelassen.[13] Alles dies waren auf die Dauer halbe Maßregeln. Die Patrioten kannten die Friedensliebe Friedrichs wohl und seine Abneigung gegen ein schärferes Eingreifen; sie kümmerten sich nicht um die papierenen Noten Preußens, worin Thulemeier sie durch mündliche Abschwächung der Drohungen nur bestärkte. Dem Ansehen Preußens war diese Politik durchaus nicht förderlich; bald schwand auch

der preußische Einfluß in Holland beträchtlich zusammen. Der Streit spitzte sich trotz aller Friedensermahnungen Preußens immer mehr zu, um gerade vor dem Tode Friedrichs am heftigsten auszubrechen. Preußen riet stets zu Opfern, England zum Widerstand; es war nur natürlich, daß die offensive englische Politik das Spiel gewann; das Statthalterpaar erwartete seine Rettung von England, nicht mehr von Preußen.

VI. Erste Regierungshandlung Friedrich Wilhelms.

Friedrich Wilhelm trat beim Tode Friedrichs eine nicht leichte Erbschaft an. Neben die alte Feindschaft Österreichs war die Rußlands getreten, England hüllte sich in mißtrauisches Schweigen, die Lage in Holland war ernster denn je. Aber gerade mit den feindlichen Kaiserhöfen schien sich ein besseres Verhältnis anzubahnen; beide wollten nicht von vornherein den neuen Herrscher gegen sich einnehmen. Der englische Geschäftsträger Ewart setzte große Hoffnungen auf Friedrich Wilhelm, dessen freundliche Gesinnung für England und Liebe für seine Schwester Wilhelmine bekannt war, vor allem aber auf Hertzberg, dessen Freundschaft er sich in Voraussicht der kommenden Stellung dieses Ministers gesichert hatte. Auf der anderen Seite war Frankreich nicht ohne Mißtrauen. Wie man in Preußen Reformen im Innern erwartete, so erwartete man auch ein neues auswärtiges System Preußens. Die günstige Stellung Hertzbergs, dessen Vorliebe für England bekannt war, sprach dafür, wenn man auch in Frankreich an einen ernsthaften Anschluß Preußens an England zunächst nicht glaubte.[1] Die ersten Regierungshandlungen Friedrich Wilhelms schienen den französischen Befürchtungen doch recht zu geben.

In Holland drehte sich der Streit in der letzten Zeit um das Kommando im Haag. Der Statthalter forderte es als sein Recht zurück, Frankreich wollte es nur unter Bedingungen zurückgegeben wissen, die Patrioten es dauernd dem Statthalter entziehen; seine Abwesenheit vom Haag konnte den Patrioten, die mit der oranischen Stimmung der dortigen Bevölkerung zu rechnen hatten, nur erwünscht sein. Die furchtsamen Regenten von Amsterdam hatten ein Memoire bei den Staaten von Holland eingebracht, das ein Kompromiß über das Kommando empfahl, ohne eine Beschlußfassung zu fordern. Thulemeier, der alles Heil von diesen Regenten erwartete, und Harris, im Interesse der Sammlungspolitik, unterstützten den Schritt; Vérac weigerte die Mitwirkung für einen solchen, den Patrioten höchst unerwünschten, Beschluß, der auch nicht zustande kam. In Berlin versicherte Frankreich dagegen wieder und wieder, es wolle bald einen Versöhnungsplan einsenden; die Besorgnis aber von der wachsenden Mißstimmung der Regenten und ein oranischer Tumult im Haag bestimmten es im April 1786, den Staaten von Holland durch ein Memoire seinen Schutz vor äußeren Eingriffen zuzusagen. Hertzberg faßte dies als gegen Preußen gerichtet auf und setzte ein preußisches Memoire durch, das sich für die Erhaltung der Verfassung und des Statthalteramtes aussprach.[2] Frankreich hatte sich durch sein Memoire ganz auf die Seite der in ihrer Majorität bedrohten Patrioten gestellt; diese suchten gerade jetzt die ostindische Kompagnie Hollands in ihre Gewalt zu bekommen, was Frankreich erwünscht sein mußte. Durch diesen Versuch wurden aber das auf Holland eifersüchtige Seeland und die Regenten der Handelsstädte erbittert, wenn diese auch zeitweise geneigt schienen nachzugeben, falls die Staaten der dem Bankerott nahen Kompagnie beisprangen.

Harris sah die Zeit zum Angriff für gekommen an. Mit

Van der Spiegel, dem Pensionär von Seeland, und Kinkel, einem Führer der Statthalterpartei, verabredete er Anfang Juni, den Statthalter in offene Opposition zu bringen und für England zu gewinnen.[3] Zu diesem Zweck und um die Partei zu ermutigen, sollte ein englisches Memoire eingereicht werden. Die wichtigste Person der Statthalterpartei Wilhelmine wurde von Van der Spiegel für eine energische Oppositionsstellung und für England gewonnen; der Statthalter billigte wenigstens die Einbringung des Memoires.[4] Anfang Juli reichte es Harris ein. Es erklärte die Wünsche Englands für den inneren Frieden der Republik wie das preußische und französische Memoire, wie ersteres auch die Wünsche für Erhaltung der Verfassung und des Statthalteramtes; dann wurde die Freundschaft Englands für Holland auf Grund der Religion, der Politik, des Handels und der Verwandtschaft mit dem Statthalterhaus betont. Harris festigte sich um diese Zeit in seiner Überzeugung, daß Frankreich selbst bei einem offenen Eingreifen nicht für Holland fechten werde. Das englische Memoire gab Anlaß zu weiteren Unruhen. Die sechs Provinzen außer Holland nahmen es ad referendum. Harris betrieb eine Antwort, während Preußen zum Schaden seines Ansehens auf eine solche verzichtete. Die Antwort an England mußte nach Seelands Antrag günstig ausfallen, da man der Majorität in den Generalstaaten sicher war; nur durch den energischen Widerstand der Provinz Holland wurde sie verhindert. Die Patrioten sahen die Größe der Gefahr; sie bildeten überall Freikorps und in Utrecht kam die vorbereitete Revolution gegen die aristokratischen Regenten, die beseitigt werden sollten, zum Ausbruch. Eine Spaltung der Utrechter Staaten durch Trennung der Stadt Utrecht von den nach Amersfort verlegten Staaten trat ein. Durch Gewinnung der kleinen Städte der Provinz Holland gelang es den Patrioten, dem Statthalter das Kommando im Haag endgültig entziehen

zu lassen und damit jede Versöhnung auszuschließen. Während sie vorher noch immer die Ausarbeitung eines Versöhnungsplanes versprochen hatten, hatten sie Frankreich jetzt vor eine entschiedene Sache gestellt.[5] Harris begrüßte den Entschluß als eine Klärung der Lage, die den Statthalter zu offener Opposition trieb. Friedrich war entrüstet; er beauftragte Thulemeier am 7. August noch, offen sein Mißfallen mit dem Beschluß auszusprechen, die Minorität, die die acht bedeutendsten Städte der Provinz Holland enthielt, zu beloben und ihr seine Unterstützung zu versprechen.

Friedrich Wilhelm entschloß sich zu schnellem Handeln. Das von Friedrich dem Großen beschlossene Memoire bestätigte er und ging sofort an die Auswahl eines Gesandten, der die Vermittlung in Holland übernehmen sollte. Görtz, der Vérac von seiner Gesandtschaftsthätigkeit in Petersburg her gut kannte, wurde ernannt. Er erhielt den Auftrag, den Statthalter durch einen Kompromiß in das Kommando im Haag wieder einzusetzen und einen allgemeinen Vergleich mit der Hülfe und Mitwirkung Frankreichs durchzusetzen. Ehe noch die Billigung Frankreichs zu diesem Schritt eingetroffen sein konnte, die Hertzberg im Anfang des Jahres neben der Zustimmung der holländischen Staaten für unbedingt erforderlich erklärt hatte[6], wurde Görtz abgesandt. Während seiner Reise erfuhr man erst in Berlin die neuesten holländischen Ereignisse.

Harris war in den letzten Tagen des August in Loo gewesen und hatte den Statthalter in seiner englischen Gesinnung und seiner Oppositionsstellung bestärkt. Die Staaten von Geldern und Amersfort, in ihrem Besitzstand durch die Demokratie bedroht, standen fest zu dem Statthalter. In der allgemein zugespitzten Situation gab die von Geldern beschlossene Exekution gegen zwei patriotische Städtchen durch den Statthalter das Zeichen zum Ausbruch der Revolution. Görtz erhielt den Auf=

trag, den Staaten von Geldern und Amersfort die Billigung Preußens auszusprechen. Die Patrioten handelten mit Energie: sie zogen Freikorps und Truppen, die sie ohne Erlaubnis der Generalstaaten aus der Generalität abberiefen, an der Grenze der Provinz Holland zusammen; der Statthalter wurde seiner Ämter als Generalkapitän und Admiral der Provinz Holland entsetzt. Die schwache Majorität von Amsterdam, die aus Furcht vor der Demokratie bis jetzt eine Mittelstellung eingenommen hatte, trat, um sich zu erhalten, dem Beschlusse bei. Damit fiel die letzte Stütze Preußens in der Provinz Holland. Die Sache des Statthalters stand in allen Provinzen außer Amersfort und Geldern schlecht.

Infolge dieser Ereignisse war die Gesandtschaft Görtz' im ersten Augenblicke gescheitert, er bat sofort um seine Abberufung. Frankreich verweigerte jede Mitwirkung an der preußischen Vermittlung; England, nicht geneigt zur Versöhnung und besonders nicht zu der von Preußen im Einverständnis mit Frankreich erstrebten, erklärte seine vollkommene Enthaltung von jeder Einmischung. Auf die Anfrage Görtz' über Englands Hülfe mußte Harris erklären[7], England könne sich jetzt nicht in die Gefahr eines Krieges begeben mit Preußen allein gegen Frankreich und vielleicht auch gegen Österreich. Harris wünschte selbst, Preußen in einen Streit mit Frankreich hineinzutreiben und England dabei neutral zu erhalten. Er malte sich die Situation aus, wenn Preußen in England um ein Bündnis bitten müßte; im Augenblick eines englisch-preußischen Abkommens hielt er das Spiel in Holland für gewonnen.[8] So stand Preußen vor einer ernsten diplomatischen Niederlage; die Schuld daran trug der Zwiespalt im preußischen Kabinett.

VII. Die preußische Regierung.

Hertzberg hatte sofort Friedrich Wilhelm bei seiner Thronbesteigung ermahnt, er solle fest in Holland auftreten[1]; auch Wilhelmine hatte dies dringend ihrem Bruder empfohlen. Sie wünschte eine preußische Gesandtschaft nach Holland; Hertzberg billigte dies, wenn ein Übereinkommen mit Frankreich darüber erzielt werden könne.[2] Der König faßte diesen Gedanken auf und befahl Hertzberg die Auswahl einer passenden Persönlichkeit, als die dieser Görtz bezeichnete. Von der Goltz in Paris sollte Vergennes die Gesandtschaft annehmbar machen.[3] Um dem Schritte Nachdruck zu geben, schlug Hertzberg die Bildung eines Übungslagers in Westfalen vor, die Eindruck machen werde und den neuen König nicht als so unbedingt friedensliebend erscheinen lasse. Er sah dies als ein Mittel an, die Patrioten einzuschüchtern, ohne Frankreich herauszufordern; auch Wilhelmine bat darum. Hertzberg betonte, man vermeide so am besten einen Krieg, mit Worten allein sei nicht mehr auszukommen. Wenn die preußische Gesandtschaft von den Patrioten nicht angenommen werden würde, so sei sie, die einen ebenso starken Schritt wie ein Übungslager bedeute, gescheitert; ohne die Rüstung sei ein Mißlingen wahrscheinlich. Eine solche Demonstration werde den andern Mächten zeigen, daß Preußen sein Interesse zu wahren wisse und das seiner Freunde; nur durch starkes Auftreten könne Preußen seine Großmachtstellung behaupten.[4] Der König scheute diese Maßregel, er blieb auf halbem Wege stehen; der Ernst seines Schrittes wurde ihm erst nach dem Mißlingen desselben klar. Die eben gefestigte Stellung Hertzbergs wurde wankend. Finkenstein hatte vor einem Bruch mit Frankreich gewarnt und damit Erfolg gehabt; auch Görtz hatte trotz seines Wunsches, Preußen solle fest auftreten und

sich den Weg nach England offen halten, vor dem Übungslager gewarnt.[5]

Als die schlimmen Nachrichten aus Holland kamen, beantragte Hertzberg wieder eine Truppenbewegung und ein Ermutigungsschreiben für Geldern und Amersfort. Wieder nahm der König die Hälfte dieses Antrages auf; Görtz erhielt den erwähnten Befehl, aber ohne Preußens Unterstützung zusichern zu dürfen. Die Warnungen Finkensteins hatten wieder durchgeschlagen, trotzdem auch Reede, der holländische Gesandte in Berlin, den Antrag Hertzbergs als sehr geeignet, die Patrioten einzuschüchtern, bezeichnet hatte. Das berühmte «attendre», das in den Depeschen Friedrichs und Finkensteins in den letzten Jahren immer wiedergekehrt war, war auch jetzt das Losungswort dieses Ministers und Friedrich Wilhelm folgte ihm.[6] Damit war der Mißerfolg der so einschneidenden und doch halben Maßregel besiegelt. Hertzberg hatte für den Fall, daß die Demonstration nicht geschehe, den Krieg vorausgesagt; er sollte damit recht behalten.

Wollte Preußen in den alten Bahnen beharren, und das war vielleicht in den ersten Wochen der Regierung das Richtige, so war die Sendung Görtz' ein schwerer Fehler. Preußen ließ sich damit in den holländischen Streit so tief ein, daß es nur mit einem starken Verlust an Ansehen sich wieder herausziehen konnte. Folgte man Hertzberg, so war ein Erfolg bei der Schwäche Frankreichs durchaus möglich. Daß England sich einer preußischen Bitte um Hülfe, die Preußen ganz in den Dienst seiner Interessen stellte, widersetzt haben würde, ist zum mindesten unwahrscheinlich. Rußland war mit der Türkei beschäftigt, Österreich abwarten und Preußen durchaus nicht ungünstig gesinnt. (Vgl. Kapitel XVI.) Hertzberg und Harris waren vielleicht die einzigen, die die Schwäche und Ohnmacht Frankreichs richtig beurteilten.

Hertzbergs Pläne gingen über die holländische Streitfrage hinaus. Schon der Fürstenbund war für ihn ein Teil seiner englischen Politik gewesen. Eine unbedingte Anheimgabe an England lag ihm fern, wohl aber war für ihn jetzt die holländische Angelegenheit ein Mittel, England wieder zur Einwirkung auf dem Kontinent und in nähere Beziehung zu Preußen zu bringen. Dann war Preußen nicht dauernd von der Gnade Frankreichs abhängig. Trat England in die kontinentale Politik im Einverständnis mit Preußen in nachhaltiger Weise wieder ein, so war jedenfalls von ihm mehr Hülfe für weitere preußische Pläne zu erwarten als von dem schwächlichen Frankreich. Ferner, wenn Preußen in Holland nachdrücklich eingriff und dort eine Vermittlung zu stande brachte, so war der preußische Einfluß dort befestigt. Die unbedingte Herrschaft Frankreichs in Holland bedeutete, so lange das Versailler Bündnis bestand, eine Umklammerung Preußens durch Frankreich, die beiden Niederlande und Österreich, die die Abhängigkeit Preußens von Frankreich nur bestärkte. England sollte deshalb durch ein Kompromiß zum freien Wettbewerb um die vorherrschende Stellung in Holland und Europa überhaupt zugelassen werden. Jede Entscheidung im Westen fiel dann nach Hertzbergs Meinung Preußen zu, und an Frankreich und England war es, Preußen aufzusuchen. So lange das Versailler Bündnis bestand, mußte sich Preußen allerdings an England anschließen. Der immer noch bestehende englische Einfluß in Rußland, den man in Preußen aber doch überschätzte, konnte einer Wiedergewinnung Rußlands dienstbar gemacht werden. Damit war dann die Bahn frei für das nordische System, auf das Hertzberg, darin in voller Übereinstimmung mit dem König, hinsteuerte.

Auf seinen Antrag wurde Rußland über ein Eingreifen in Holland befragt; Katharina lehnte es mit dem Hinweis auf das beleidigende Verhalten Hollands in dem amerikanischen

Kriege und dem österreichisch-holländischen Streite gegenüber den russischen Ermahnungen ab. Hertzberg hatte auch noch beantragt, Fitzherbert solle in Rußland sondieren, ob man nicht zu einer Ermahnungsnote an die Generalstaaten für den Statthalter bereit sei[7]; dieser Antrag fiel durch die ablehnende Antwort Rußlands. Hertzberg ging noch weiter. Durch Hüttel, den preußischen Geschäftsträger in Petersburg, ließ er Rußland auf die Dienste hinweisen, die Preußen ihm in der Türkei leisten könne.[8] Um dies zu veranschaulichen, wurde auf Hertzbergs Antrag Diez in Konstantinopel zum envoyé extraordinaire ernannt. Diese Ernennung, wie die von Hertzberg durchgesetzte umfassende Aufbesserung der Gesandtengehälter, deuteten darauf hin, daß Preußen in aktivere Bahnen einzulenken entschlossen sei.

Den politischen Gedanken Hertzbergs hatte Finkenstein nur die Weiterführung des alten Systems entgegenzusetzen, das Abwarten und nur für die nächste Stunde Sichentscheiden. Trotz aller seiner Klagen über die Schwäche Frankreichs bestimmte doch die Rücksicht auf dieses seine Politik und die Fiktion, daß England zu schwach sei für ein Eingreifen auf dem Kontinent. Einen Gehülfen fand er vor allem in dem Prinzen Heinrich, der das französische Bündnis als das notwendige Ziel der preußischen Politik ansah und bei seinen Freunden in Paris um die Sendung eines diplomatischen Agenten nach Berlin gebeten hatte, der nach Friedrichs Tod den englischen Intriguen nachspüren könnte.[9] Seine Versuche, sich bei Friedrich Wilhelm festzusetzen, scheiterten aber bald an dem Bestreben des Königs, für unbeeinflußt zu gelten. Verteidiger des alten Systems waren auch die Fürstenbundspolitiker, während andrerseits sich Strömungen geltend machten, die auf eine Aussöhnung mit Österreich hinarbeiteten.

In Friedrich Wilhelm selbst stritten sich der Wunsch, seiner Schwester zu helfen, mit der Abneigung gegen einen Krieg um

Hollands willen, den er als dem preußischen Interesse entgegen ansah. Statt aber konsequent in der alten Politik zu verharren, entschloß er sich zu der Gesandtschaft Görtz'. Diese einschneidende Maßregel mußte, da sie mit Frankreich nicht verabredet war, als eine Abwendung von der Frankreich freundlichen Politik und zugleich als eine ungewöhnliche Interessenahme an der holländischen Frage angesehen werden. Erst als er den Mißerfolg sah, gewann die Abneigung vor einem ernsteren Eingreifen wieder die Oberhand. Einem Bruch mit Frankreich widersprach vor allem seine Vorliebe für die Fürstenbundspolitik und die Furcht, Frankreich zu einer Bewilligung des Tausches zu treiben. Der zweibrückische Minister Hofenfels machte mit naiver Selbstsucht auf diese Folgen, jedenfalls auch im Auftrag Frankreichs, aufmerksam[10]; Frankreich selbst ließ es an Andeutungen nicht fehlen. Dem Wiener Hofe traute Friedrich Wilhelm nicht einen Augenblick trotz dessen freundschaftlicher Versicherungen; er war überzeugt, daß Joseph eine Verwicklung Preußens in die holländischen Angelegenheiten wünschte.[11] Den über ein preußisch-österreichisches Einvernehmen besorgten hannöverischen und zweibrückischen Gesandten ließ er denn auch sein Festhalten am Fürstenbund versichern.[12] Die Beschäftigung mit den kleinen deutschen Verhältnissen, die weniger verantwortungsreiche Entschlüsse erforderte und zugleich Popularität einbrachte, zog ihn denn auch in der Folgezeit mehr an; er gab sich ihr hinter dem Rücken seiner Minister hin. Hertzbergs Politik schien ihm Preußen in einen Krieg zu treiben, Finkenstein bestärkte ihn in dieser Meinung und bald hatte Hertzberg sein Vertrauen verloren. Görtz in Holland wurde heftig dafür getadelt, daß er sich durch statthalterische und englische Einflüsse leiten ließe.

VIII. Fortgang der holländischen Ereignisse.

Im Oktober entschloß sich Friedrich Wilhelm, die Regelung der holländischen Angelegenheiten Frankreich zu überlassen.[1] Seiner Schwester schrieb er[2], England sei mehr als Preußen an einer Umwälzung in Holland interessiert, es möge sich denn auch für den Statthalter in die Bresche stellen. Die Hoffnung Harris'[3], daß Preußen nicht mehr zurück könne, wenigstens nicht ohne Verlust an Ansehen, hatte der König damit zu schanden gemacht; der Verlust an Ansehen war aber auch bei England und bei den Patrioten, die vor Preußen jetzt sicher zu sein glaubten, beträchtlich und machte sich später bei der Entscheidung geltend.

Görtz in Holland war ganz unter den Einfluß der Prinzessin gekommen; seine englischen Neigungen verführten ihn, Harris gegenüber den Wunsch Preußens nach einem englischen Bündnis auszusprechen; er trat in intimen Verkehr mit ihm, was in Frankreich höchlichst mißfiel. Dazwischen versuchte er eine Einigung der Demokratie mit dem Statthalter herbeizuführen, ein stark verspäteter Versuch, der mißlang. Seine Stellung war eine nutzlose und höchst peinliche; wiederholt bat er um seine Rückberufung.

Frankreichs Interesse konzentrierte sich auf die Abschaffung der Reglemente; der freien Wahl sollte Raum gegeben werden und damit die Macht der Regenten in den Reglementsprovinzen gebrochen werden. Gegen Verzicht auf die Reglemente erklärte er sich im September noch Preußen gegenüber bereit, dem Statthalter das Kommando im Haag in beschränkter Form zurückzugeben[4]; nach der Exekutionsepisode in Geldern nahm es diesen Vorschlag zurück. Jedenfalls gedachte Vergennes aus dem Kommando wie später aus den andern militärischen Ämtern

ein Verhandlungsobjekt für die Reglemente zu machen. Schon aber lag die Beilegung des Streites nicht mehr in Frankreichs Macht. Die Patrioten und der Statthalter beharrten unbeugsam auf ihrem Standpunkt und setzten sich über alle Vermittlungsversuche hinweg; zwischen ihnen mußte die Entscheidung allem Anschein nach fallen. Die Partei des Statthalters machte Fortschritte mit dem Anwachsen der demokratischen Strömung in der patriotischen Partei und der immer anmaßenderen Stellung Hollands gegenüber den andern Provinzen. England riß infolge der Schwankungen Preußens allmählich allen Einfluß an sich; die preußische Vermittlung wurde immer unangebrachter.

Diese besorglichen Umstände und die Furcht, Preußen, wenn man es noch länger mit Versprechungen hinhalte, zu einem Abkommen mit England zu treiben, bewogen Vergennes endlich zu der Gesandtschaft seines vertrauten Gehülfen Rayneval nach dem Haag. Durch sie wurde Preußen neutralisiert.[5] Obwohl aber Frankreich im Laufe der sich hinziehenden Verhandlungen zu einer Reform, nicht Abschaffung, der Reglemente sich bereit erklärte, gab der Statthalter, gedrängt von den Regenten von Amersfort und Geldern und von Harris, keinen Schritt nach. Er verschanzte sich hinter der Weigerung der Regenten, eine vermittelnde Einmischung Hollands in ihre Angelegenheiten zu dulden. Seine militärischen Ämter forderte er als seine verfassungsmäßigen Rechte zurück; die von Preußen dringend verlangte Vorlegung eines Versöhnungsplanes lehnte er ab. Harris arbeitete natürlich gegen jede unter französisch-preußischer Leitung stattfindende Beilegung des Zwistes. Wilhelmine forderte schließlich selbst in Berlin den Abbruch der Verhandlungen, da jede Versöhnung ausgeschlossen sei. Rayneval und Görtz reisten ab; die Entscheidung schien den streitenden Parteien überlassen.

Preußen jedoch blieb bei halben Maßregeln, da es sich einmal zu tief in die holländischen Angelegenheiten eingelassen hatte. Hertzberg arbeitete an einem neuen Versöhnungsplan, mit Frankreich wurde weiter verhandelt; aber Wilhelmine lehnte alles ab. Dabei ließ sie nichts unversucht, Friedrich Wilhelm zu sich herüberzuziehen, da sie eines Erfolges nur bei dem Zusammenwirken Englands und Preußens sicher sein konnte. Das englische Ministerium war entschlossen, sich vorerst nicht zu kompromittieren; Harris hatte trotz allen Drängens nur den Auftrag erhalten, eine starke Partei für den geeigneten Augenblick zusammenzuhalten.[6] Frankreich hatte also durch sein Entgegenkommen nichts erreicht; auf das empfindlichste war es auf die Grenzen seiner Macht in Holland hingewiesen worden und hatte zum erstenmal ernsten Widerstand von seiten des Statthalters verspürt. Seiner Verpflichtungen Preußen gegenüber hielt es sich für entledigt; jede Teilnahme an dem Los des Statthalters lehnte es von jetzt an ab, die Patrioten sollten freies Spiel haben. Noch Vergennes bezeichnete es aber als den wesentlichen Punkt der französischen Politik, daß die Demokratie bei den jetzt folgenden Ereignissen nicht das Heft in die Hand bekomme.[7] Durch seine Krankheit und seinen Tod blieben die Patrioten aber für einige Zeit sich selbst überlassen. Sie beschlossen noch mit Frankreichs Zustimmung, eine Instruktion für den Statthalter in Holland zu beraten, dann aber, um die Demokratie sich zu verpflichten, eine Reform der Verfassung im demokratischen Sinn in Angriff zu nehmen. Frankreich entschied sich dafür, sie in ihrer Majorität zu erhalten, ein zu weites Nachgeben gegenüber der Demokratie aber abzulehnen.[8]

Diese Gefahren trieben die Amsterdamer Regenten zu entscheidenderen Schritten. Sie einigten sich mit dem Statthalter auf einen Vergleich, in dem dieser einige seiner Rechte zu modifizieren versprach. Ihr Entschluß kam zu spät. Die Hafen-

arbeiter Amsterdams, mißtrauisch gegen die Regenten und stramm oranisch gesinnt, weigerten die Unterstützung. Die Patrioten benutzten dies, einen Teil der Regenten durch einen Volksauflauf absetzen zu lassen; in Rotterdam geschah dasselbe. Damit war der Übergang der patriotischen Partei zur revolutionären Demokratie entschieden; in ihrer Stellung bedroht und eigentlich schon in der Minorität, führte sie ein Gewaltregiment in der Provinz Holland ein. Nach einem vergeblichen Versuch der Staaten von Amersfort, Utrecht von Holland abzuschneiden, rückten holländische Truppen in Utrecht ein, die Truppen von Geldern und Amersfort wurden vereint und der Statthalter erklärte sich offen und scharf gegen die Demokratie, was mehr dem englischen Interesse als seiner Stellung als Staatsoberhaupt entsprach. Die Parteien standen sich schärfer denn je gegenüber.

Harris hatte sein Ziel, den Statthalter zu einer entscheidenden Stellungnahme zu treiben, erreicht; er sah jetzt den Augenblick für ein wirkliches Eingreifen Englands als gekommen an. Er übersandte ein Hülfsgesuch Wilhelminens; auf sein Drängen wurde er nach London berufen und brachte ein Gesuch des Statthalters an den König mit. Es gelang ihm, Pitt zu schärferen Maßregeln zu überreden. Er wies darauf hin, daß jetzt ein fremder Staat dieselbe Rolle bei den Antipatrioten übernehmen müsse wie Frankreich bei den Patrioten. Die Überzeugung, die Harris vertrat, daß Frankreich sich nur auf die Dauer zum Kampf gegen England, besonders in Indien, rüsten und zu diesem Zweck allein Holland festhalten wolle, überwog auch bei Pitt. Die augenblickliche Schwäche Frankreichs schloß aber die Inangriffnahme solcher Offensivpläne aus und bot vielmehr für England die Gelegenheit, sie im Keime zu ersticken. Die im ganzen erheblich verbesserte Lage des Statthalters, dessen Schicksal jetzt in Englands Händen lag,

wenn er nicht den verzweifelten Entschluß fassen wollte, sich bedingungslos in Frankreichs Arme zu werfen, und zugleich die Notwendigkeit, ihm für sein Heer die nötigen Geldmittel zu verschaffen, um ihn seiner Stellung zu erhalten, gaben den Ausschlag. Man kam in London zu dem Entschluß, endlich aus der weise beobachteten Zurückhaltung herauszutreten, um der Thätigkeit des Gesandten im Haag durch bestimmte Handlungen und Versprechungen den Stempel aufzudrücken.[9] Bei seiner Rückkehr im Juni ließ Harris den Statthalterfreunden versichern, England werde sie nicht im Stich lassen. 100 000 fl. wurden Geldern monatlich überwiesen zur Erhaltung der Truppen, die sich stetig durch Desertation aus den holländischen Regimentern vermehrten. England versprach, sich in jede Verhandlung über das Schicksal der Republik miteinzumischen.[10] Frankreich, das in gleicher Weise die patriotische Kriegskasse unterstützte, war dem gegenüber in höchst peinlicher Lage. Montmorin, der Nachfolger Vergennes', war im März so weit gegangen, in Berlin wieder eine Rückgabe der militärischen Ämter anzubieten, wenn der Statthalter sich unter Preußens Bürgschaft zu einer Modifikation der Reglemente bereit finde.[11] Wilhelmine wies aber jede Verhandlung vor der Wiedereinsetzung des Statthalters in seine Ämter ab; sie wünschte eine Entscheidung durch die Waffen. Auch Harris arbeitete jetzt auf den offenen Krieg hin. Sein Streben war, die Majorität in den Generalstaaten zu erhalten, nötigenfalls in einer getrennten Union[12]; Seeland, Amersfort, Geldern und Friesland hielten noch zusammen. Holland erklärte seinen offenen Bruch mit den Generalstaaten, gewann aber doch durch Einschiebung der Deputierten für Utrecht-Stadt und durch den Präsidenten zeitweise die Majorität. Harris parierte das durch Gewinnung der Exekutivbehörde, die sich den Anordnungen der Generalstaaten widersetzte.

Der von Harris gebilligte kühne Entschluß Wilhelminens, nach dem Haag zu reisen, brachte die Entscheidung. Die Patrioten mußten sich erklären; ihre Politik, Zeit zur Verstärkung ihrer Partei zu gewinnen, mußte durchkreuzt werden. Durch die Anwesenheit der Prinzessin im Haag konnte die Statthalterpartei dort organisiert und womöglich zu einer glücklichen Revolution geführt werden. Als die Reise mißlang, ersahen Wilhelmine und England sofort die Gelegenheit, Preußen in ihr Spiel zu ziehen. Die Patrioten hatten nur aus Selbsterhaltungstrieb gehandelt, als sie Wilhelmine aufhielten; ihre That leitete dennoch das Ende ihrer Herrschaft ein. Preußen und Frankreich waren überrumpelt.

Anfang Juni hatte Frankreich sich entschlossen, seine Vermittlung in Holland betreiben zu lassen; Preußen sollte nur zugezogen werden, wenn die Anrufung Frankreichs durch die Statthalterprovinzen sonst nicht zu erreichen war.[13]

Friedrich Wilhelm war um dieselbe Zeit fest entschlossen gewesen, sich durch nichts hinreißen zu lassen; Hertzbergs fortwährendes Drängen auf preußische Unterstützung des Statthalters lehnte er ab. Er glaubte nicht an Englands Entschluß, ein bewaffnetes Eingreifen Frankreichs nicht zulassen zu wollen; die Unterstützung des Statthalterheeres durch englisches Geld sah er trotzdem gern. Jetzt fiel die Entscheidung erst auf Forderung der Freilassung Wilhelminens, dann der Genugthuung und, bei der ablehnenden Haltung Hollands, auf Mobilmachung. Hertzberg sagte beim Eintreffen der ersten Nachricht: „So ist's also entschieden!“[14]

IX. Französische Friedens- und Handelspolitik.

Die Krisis, in die Frankreich jetzt eintrat, hatte sich in seiner äußeren und inneren Politik vorbereitet. Es hatte seine Friedensbestrebungen nach allen Seiten hin fortgesetzt. Neben den Vermittlungen dienten die Handelsverträge diesem Zweck; durch den Handel hoffte man auch die Finanzen und die bei steigender Einfuhr und sinkender Ausfuhr seit 1783 sich immer ungünstiger gestaltende Handelsbilanz aufzubessern.[1]

Der letzte Versuch, sich durch Krieg ein neues Handelsgebiet zu sichern, konnte als mißglückt angesehen werden. Der englisch-amerikanische Handel hob sich zusehends; selbst in Westindien schlug der englische Handel den durch größere Besitzungen begünstigten französisch-spanischen Handel aus dem Feld.[2] Der holländische Handel hatte durch den Krieg nicht wieder einzubringende Verluste erlitten; Hollands Ostseehandel, der für Frankreich wichtig war, war um die Hälfte gesunken.[3] Ein französisch-holländischer Handelsvertrag kam nicht zu stand, so wenig wie ein solcher zwischen England und Holland. Wohl aber machten sich die großen Handelsinteressen, die Holland mit England verbanden, immer stärker geltend; am stärksten geschah dies in Seeland, das von dem Handel nach und von England lebte.[4] Die Versuche Frankreichs, sich durch die patriotische Partei einen entscheidenden Einfluß auf die ostindische Handelskompagnie Hollands zu sichern, waren mit an eben diesen Interessen gescheitert. Frankreich hatte auch nur einen geringen Eifer dabei gezeigt. Sie erforderten eine offene und rücksichtslose Stellungnahme gegen England, das eine Verstärkung der holländisch-französischen Machtstellung in den Kolonien als den Ausdruck einer offensiven Politik Frankreichs in Indien be-

trachten mußte. Vergennes war von der Unausführbarkeit einer solchen Politik so fest überzeugt, daß er gerade zur selben Zeit durch den Handelsvertrag mit England ein friedliches Verhältnis zu dem englischen Rivalen anstrebte. So unterblieb denn ein offizieller französischer Antrag im Haag auf eine gemeinsame Verstärkung der Kolonialmacht, der allein Seeland und die widerspenstigen Regenten zum Nachgeben gezwungen hätte, und damit zerfielen alle diese Pläne. Ebenso scheiterte der Versuch eines Handelsvertrages mit Ägypten, der den Nil und das rote Meer und damit den zweiten Weg nach Ostindien für Frankreich öffnen sollte, nachdem er sich mit dem holländischen Bündnis auf dem Hauptwege durch die Stützpunkte des Kap, der Île de France und Ceylons das Übergewicht gesichert zu haben schien. England und Rußland hatten dagegen gearbeitet; die Türkei machte den französischen Hoffnungen ein Ende durch Verweigerung ihrer Zustimmung und schließlich durch die Unterwerfung Ägyptens Ende 1786; ein Zeichen, wie tief der französische Einfluß bei der Pforte erschüttert war. Trotzdem hob sich der Levantehandel Frankreichs bedeutend.[6]

Der Handelsvertrag mit England, zu dem man dieses durch Prohibitivzölle seit 1785 geneigt gemacht hatte[7], bedeutete den vorläufigen Verzicht Frankreichs auf alle diese Pläne. Die Art, wie er abgeschlossen wurde, zeigte deutlich, daß man sich durch politische Interessen bestimmen ließ; in fast allen Punkten gab Frankreich in einer Weise nach, die bei dem englischen Ministerium den Verdacht erweckte, daß es Hintergedanken dabei habe.[8] Vergennes bezeichnete den Handelsvertrag als ein Zeichen der entschlossenen Friedenspolitik Frankreichs.[9] Im September 1786 kam er zum Abschluß. Die französischen Minister waren sich klar darüber, daß er zunächst zum Ruin eines Teils der französischen Industrie führen mußte[10], was auch eintrat. Möglich ist allerdings, daß sie an die bedeutende Überlegenheit

Frankreichs auf die Dauer glaubten, zunächst den Finanzgewinn aus dem sich steigernden Handelsverkehr einbringen[11] und zugleich englisches Kapital für die dringenden Staatsanleihen heranziehen wollten. Durch den Handelsvertrag glaubten sie jedenfalls, England an der Erhaltung des Friedens zu interessieren[12] und über den gefährlichen Gegensatz in Holland und Indien hinwegtäuschen und beruhigen zu können. Die erste Absicht gelang in gewissem Sinne, die zweite nicht. England nahm das Geschenk an und erwiderte die freundschaftlichen Versicherungen Frankreichs, keinen Augenblick aber ließ es das von Frankreich durch das holländische Bündnis errungene Übergewicht aus den Augen. Nicht zum wenigsten war das französische Entgegenkommen auch durch die Rücksicht auf die liberalen Geld- und Handelskreise und auf die wachsende Opposition im Innern überhaupt bestimmt*).

* R. Stourm (Les finances de l'ancien régime et de la Révol. II. 1—60) sieht in dem Handelsvertrag den Sieg der Freihandelsgedanken und die Absicht der französischen Minister, durch die englische Konkurrenz die französische Industrie neu zu beleben und zu bessern. Er kommt zu diesem Resultat unter Ignorierung der auswärtigen Politik. Es soll durchaus nicht geleugnet werden, daß solche Erwägungen und das Vertrauen auf die ursprüngliche Kraft der französischen Industrie wirksam waren. Dies allein erklärt aber nicht das schnelle und durchgängige Nachgeben Frankreichs in den wichtigsten Fragen, über das Stourm S. 58 urteilt: „Le gouv. français au moment de conclure avec l'Angleterre malgré la longueur de négociations ultérieures, se laissa pour ainsi dire, prendre au dépourvu. Das erste Projekt wurde in einem Monat festgestellt. Die Vorrangsstellung der portugiesischen Weine nach dem Methuenvertrag war den französischen Unterhändlern natürlich genau bekannt. Vgl. Auckland J. I. 116. Dann sagt Stourm S. 59: „Un tel programme ne recherchait pas le succès immédiat il visait au contraire un avenir lointain. Il lui fallait un long espace de temps pour se développer.“ Es fragt sich, ob die finanzielle Lage Frankreichs zu einem solchen Experiment, das, wie die Minister wußten, zunächst einen beträchtlichen Teil der französischen Industrie lahmlegen müßte, angethan war, falls nicht ein augenblicklicher Vorteil heraussprang. Es müssen eben zu dem französischen Entschlusse wichtige Augenblickserwägungen der äußeren und

Diese sah Frankreich auf allen Seiten von Österreich übervorteilt und gehindert, seine Interessen im Osten mit Nachdruck zu vertreten. Das Versailler Bündnis hatte die tiefen Gegensätze der beiden Mächte in der Türkei und Deutschland, in Polen und Italien nicht überbrücken können. Nicht mit Unrecht sah man in Marie Antoinette die Vertreterin österreichischer Interessen am eignen Hofe, der zuliebe ein scharfes Auftreten gegen Österreich unmöglich war. Das österreichische System wurde diktiert durch die Gegnerschaft gegen England; Frankreich sollte gegen diesen Feind freie Hand haben und seine Kraft auf das Meer konzentrieren können. Der Krieg mit England aber hatte den Verlust Kanadas und Indiens

inneren Politik beigetragen haben. Inwieweit bei der englandfreundlichen Stimmung einzelner französischer Staatsmänner die Spekulation in englischen Fonds mitgespielt hat, ist nicht zu entscheiden. Nach Eden (an Pitt. 3. November 1789, Auckl. J. S. 279) ist dieser Vorwurf schon 1783 gegen Rayneval, den jüngeren Vergennes und St. Foi erhoben worden. Für letzteren, den Freund Talleyrands, will E. nicht bürgen; selbst königliche Prinzen spekulierten nach ihm in England (wohl in erster Linie Orleans). Auch als Anleihemarkt kam England sehr in Betracht, und solche Märkte brauchte man so nötig, daß man sich selbst an Preußen heranmachte (vgl. Wild S. 188, Talleyrand an Mirabeau, 9. Oktober 1786). Es ist nicht undenkbar, daß die Begeisterung Mirabeaus und Talleyrands für ein englisches Bündnis auf ihren Beziehungen zu Finanzkreisen beruhte. Ein scharfes Licht auf den Einfluß der Börse während der Revolution wirft die Erzählung Marets (Malmesb. D. III 502, 3, erwähnt bei Lecky VIII 146 Anm. 2), nach der durch das Betreiben französischer Baissespekulanten der Friede zwischen England und Frankreich nicht erhalten werden konnte. Burcke weist in seiner „Reflections on the Revolution" mit Energie auf die Verbindung des „monied interest" mit den „political men of letters" hin, die nach ihm den merkwürdigen Umstand zeitigte, daß eine demokratische Versammlung den eklatantesten Mißbrauch der königlichen Gewalt, die Verpachtung der Staatseinnahmen, weniger angriff als alles, was die Spekulation von dem Grundbesitz fernhielt. England konnte die Popularität bei der destruktiven liberalen Partei Frankreichs nur erwünscht sein; es mußte sogar wünschen, diese Partei zu stärken.

herbeigeführt, Verluste, die durch den Erfolg des amerikanischen Krieges keineswegs ausgeglichen waren. Die unglückliche Zwitterstellung Frankreichs als Land- und Seemacht mit vorwiegend überseeischen Interessen, während die kontinentalen Interessen in Österreichs nicht eben freundlichen Händen lagen, hatten zur Überanstrengung, zur Zersplitternng der Kräfte und schließlich zum Ruin der Finanzen geführt. Zu einem Systemwechsel, wie die Opposition ihn mit Recht anstrebte, war es aber jetzt zu spät. In Frankreich wie in England traten Strömungen zu Tage, die auf eine Beilegung des alten Zwistes angesichts der großen Gefahren für beide Mächte im Osten hindrängten[13], auf beiden Seiten aber war die holländische Frage der Damm, der eine Vereinigung dieser Strömungen hinderte. Vor und nach dem amerikanischen Kriege waren Versuche in dieser Richtung unternommen worden, sofort nach der Entscheidung in Holland wurden sie wieder aufgenommen.

Auch Rußland versuchte Frankreich durch den Handel an sich zu knüpfen. Der französische Plan war, die Türkei und das Schwarze Meer für den Handel aufzuschließen; dadurch sollte eine Handelsverbindung zwischen Frankreich und Rußland geschaffen und der baltische Handel, der nach dem Kriege mehr denn je in Englands Händen lag, in seiner Bedeutung für Frankreich zurückgedrängt werden.[14] Rußland hatte sich die Durchfahrt für Handelsschiffe durch die Dardanellen gesichert; diese Frankreich auch zu verschaffen lag ihm fern. Dagegen wollte Katharina sich den französischen Einfluß in der Türkei ganz dienstbar machen, was zugleich das französische Ansehen dort schwächte. Man spielte in Rußland mit dem Gedanken, Frankreich einen Anteil an der Türkenbeute zu gönnen. Potemkin sprach dies offen genug auf der Chersonreise Ségur gegenüber aus[15]; der Gedanke Josephs hatte also in Rußland gewirkt. Die gemeinsamen Kulturinteressen wurden mit schlauer

Berechnung gegenüber den auf ihre Kultur eitlen Franzosen betont und Kreta oder Ägypten als das Erwerbsstück für Frankreich bezeichnet. Zudem war ein französisch-russischer Handelsvertrag ein Schlag gegen England und ein Schritt mehr, sich von ihm unabhängig zu machen. Die Bildung einer russischen Handelsflotte und damit einer russischen Seemacht, die Katharina besonders am Herzen lag, war durch das Übergewicht der englischen Handels- und Kriegsmarine und deren monopolartige Stellung im Baltischen Meer erschwert. Ein Abschluß mit Frankreich, das nur eine sehr geringe Handelsflotte im Baltischen Meer und keinen Zugang zum Schwarzen Meer hatte, bot für Rußland eher die Möglichkeit zum Ausbau der eignen Seekräfte.

Schon Anfang 1786 war bei der Eröffnung der russisch-englischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag die feindliche Forderung der Aufnahme der Seeneutralität gestellt worden, obwohl Katharina damals noch das holländisch-französische Bündnis beunruhigte. Die französisch-österreichische Agitation wegen des Fürstenbundes gegen England und gegen Preußen, dem Joseph sogar agressive Tendenzen in der Türkei unterlegte[16], hatte also gewirkt. Mehr und mehr entwickelte sich das russisch-englische Verhältnis zu der Fragestellung, wer den andern zum Nachgeben bringen könnte. England drohte mit Repressalien, die angesichts der bedeutenden Macht der englischen Kaufleute in Petersburg für Rußland nicht ungefährlich waren.[17] Auch während der provisorischen Verlängerung des bestehenden Vertrages bis zum Januar 1787 kam eine Einigung nicht zustande. Das russische Ultimatum vom 29. Dezember 1786 wurde von England gerade zur Zeit der neuauftauchenden russisch-türkischen Streitigkeiten verworfen.[18] Nachdem England sich lange genug im Interesse eines gütlichen Ausgleichs die russischen Balancierkunststücke zwischen England und Frankreich

hatte gefallen lassen, mußte es jetzt wünschen, mit Hülfe der Schwierigkeiten Rußlands in der Türkei, durch Zwang den russischen Seehandel in seine Unselbständigkeit und unter die englische Botmäßigkeit zurückzubringen. Zunächst wurde England von Rußland zu der Stellung der am wenigsten begünstigten Macht im Handel herabgedrückt. Im Gegensatz dazu kam im Januar 1887 der russisch-französische Handelsvertrag zustande.[19] Damit wurde die Entfremdung zwischen England und Rußland besiegelt, aber auch die Feindschaft Englands gegen Frankreich auf das höchste gesteigert. Rußland hatte zum erstenmal ernst mit seiner Schwenkung zu Frankreich gemacht. Der Vertrag wurde abgeschlossen auf der Reise nach Cherson mit feiner Berechnung Katharinas, da dadurch, wie durch die Anwesenheit Ségurs bei dieser Reise überhaupt, die antitürkische Demonstration derselben durch den scheinbaren Beitritt Frankreichs neben Österreich verstärkt wurde. Er war ein Schritt mehr, Frankreich von der Türkei loszulösen und das Mißtrauen der Pforte gegen ihren alten Bundesgenossen zu erhöhen.

In allen seinen auswärtigen Beziehungen, bei den Patrioten, bei England und den Kaiserhöfen war Frankreich in die Rolle des Geschobenwerdens herabgedrückt. Dazu kamen die inneren Schwierigkeiten. Die Notabeln, zu deren Einberufung sich Calonne angesichts der wachsenden Finanzschwierigkeiten und der Opposition der Parlamente entschlossen hatte, traten Anfang 1787 zusammen. Durch ihr bei der jetzigen Lage, in der alles auf eine schleunige Sanierung der Finanzen ankam, höchst unangebrachtes Verlangen, durch die Finanzkontrolle ihre Autorität auf Kosten der Krone zu verstärken, anstatt die reichlich dargebotenen Reformen anzunehmen, bildeten sie einen bedenklichen Hemmschuh für die auswärtige Politik Frankreichs, während bisher Calonne[20] den für eine solche unbedingt notwendigen Schein der französischen Kreditfähigkeit glänzend aufrecht er-

halten hatte. Der Sturz Calonnes bedeutete eine schwere Erschütterung der königlichen Autorität, die bei der schwierigen auswärtigen Lage ungeschmälert aufrechtzuerhalten dringender denn je nötig gewesen wäre. Carmarthen, der Harris' Angriffslust in Holland teilte, und Hertzberg in Preußen[21] verfehlten nicht, auf diese Ereignisse, die Frankreich zum Frieden und damit zum Zurückweichen zwangen, hinzuweisen. Der Tod Vergennes' gerade in dem Augenblick, als seine Vermittlungspolitik in Holland zu scheitern drohte, erwies sich als nicht weniger unheilvoll. Er hatte es bis zuletzt glänzend verstanden, sein Friedenssystem durch immer neue Wendungen festzuhalten, und war auch noch aller Schwierigkeiten Herr geworden. So glaubte man in Paris im Vertrauen auf die aus seiner unvergleichlichen geographischen Lage entspringende natürliche Kraft Frankreichs noch bis zum letzten Augenblick, alle Fäden in der Hand zu halten.[22] In Wahrheit drängten die offensiven Mächte unaufhaltsam vorwärts und ihr Weg ging schließlich über das stillstehende Frankreich hinweg. Das System, mit allen gut zu stehen und doch alle gegeneinander auszuspielen, hatte auch gegen Frankreich nur Mißtrauen erweckt und die Überzeugung, daß Frankreich schwach sei. Das System, überall, auch in Handelsfragen, nachzugeben, um auf diese passive Weise Vorteile zu erlangen, hatte nur die Gier des Auslandes gesteigert. Die Vereinigung innerer Reformen mit einer energischen auswärtigen Politik war hauptsächlich durch die Schuld der oppositionellen Elemente unmöglich gemacht worden, und so scheiterten beide. Als die beiden defensiven Mächte, Preußen und die Türkei, sich auch der Offensive zuwandten, da zeigte sich, daß Frankreich isoliert war und die Katastrophe brach herein. Die alte Lehre, daß es im Staatenleben nur ein Vorwärts oder Zurück, kein Stillstehen und Sichausruhen ohne Verlust giebt, war um einen Beweis reicher. Daß Preußen nicht demselben

ihm drohenden Schicksal verfiel, war dem Zusammenwirken von England, Wilhelmine und Hertzberg zu danken.

X. Vorbereitungen zum Feldzug.

Nach der Reise der Prinzessin lassen sich mehrere Etappen in der Stimmung des Berliner Hofes unterscheiden. Dem ersten spontanen Befehl des Königs, mit Drohungen die Freilassung der Prinzessin und Genugthuung zu fordern, zu dem, auch von Finkenstein unterstützt, der Befehl einer Truppenkonzentration in Wesel kommt, folgt ein starkes Abflauen der kriegerischen Gedanken. Die gerade um diese Zeit eintreffende Nachricht, daß Frankreich einer Teilnahme Preußens an der holländischen Vermittlung nicht entgegen sei, was einem lebhaften Wunsch Preußens entsprach, mag dazu mitgewirkt haben. Entscheidend aber war noch immer die Furcht, daß der Fürstenbund durch eine agressive preußische Politik Schaden leiden könne und daß man sich mit Frankreich überwerfe; Friedrich Wilhelm schwankte, ob er nicht den Rüstungsbefehl zurücknehmen und sich mit einer oberflächlichen Genugthuung zufrieden geben sollte.[1]

Bischoffwerder unterstützte um diese Zeit mit dem Grafen Brühl die energische Politik Hertzbergs; er stattete ihm Berichte über die Stimmung des Königs ab und trat in Beziehung zu Ewart[2], um sich selbst über die Stellungnahme der englischen Politik zu vergewissern. Thulemeier hatte den Entschluß Pitts, England ganz von dem holländischen Streit fernzuhalten, gemeldet, was Friedrich Wilhelm mit großer Besorgnis erfüllte. Bischoffwerder fragte deshalb bei Ewart, der ihn seinem Ministerium als den einzigen bezeichnete, der in auswärtigen Angelegenheiten Einfluß besitze, über diesen Punkt an. Ewart

erklärte diese Nachricht als französische Ausstreuung und berichtete sofort nach London.

Für die Vermittlung in Holland war man in Preußen Feuer und Flamme. Man wandte sich sogleich an Frankreich, um es auch zur Mitwirkung bei der Genugthuungsforderung zu bewegen. Goltz sollte dabei versichern, Preußen wolle das Statthalteramt in einen verfassungsmäßigen und erträglichen Zustand bringen.[3] Frankreich betonte bei seiner Erklärung über die preußische Vermittlung, eine Beruhigung der Provinzen sei vorerst nötig, dann könne man sich mit dem Statthalter beschäftigen; es denke nicht an eine Beseitigung desselben, er müsse aber sein Benehmen ändern und die Feindseligkeiten einstellen.[4] Trotzdem England schon angemeldet hatte, daß die Unabhängigkeit Hollands ihm äußerst wichtig sei, Holland nicht eine französische Provinz werden dürfe und daß England sich keineswegs auf eine Nichteinmischung festlege, waren Friedrich Wilhelm und Finkenstein sich darüber einig, daß es aus der Vermittlung ausgeschlossen bleiben müsse.[5] Finkenstein betonte in einer Unterredung mit Ewart, Preußen sei noch in Verhandlung mit Frankreich und hoffe auf ein Abkommen mit ihm. Auf Befehl des Königs machte er dann Ewart oberflächlich mit dem Stand der Verhandlungen bekannt und wies darauf hin, die österreichische Gefahr hindere Preußen in seinem Eintreten für den Statthalter. Dabei ermahnte er den König wieder, die bewaffnete Vermittlung mit Frankreich zusammen sei der beste Weg.[6]

Hertzberg hatte nach der Reise der Prinzessin eine etwas freiere Stellung gewonnen. Er sah, daß Frankreich um jeden Preis einen Krieg zu vermeiden wünsche.[7] Er beantragte daher, in einer note verbale die preußischen Präliminarien für die Verhandlung aufzustellen. Am 16. Juli wurden entsprechend seinem Antrag dieselben Faciola mitgeteilt. Sie bestimmen,

obwohl sie infolge der schlechten Berichte Thulemeiers die Sachlage in Holland nicht vollständig erfassen, die ganze Folgezeit bis zu der Krisis und zeigen, daß Hertzberg fest entschlossen war, die günstige Stellung Preußens, die er eigentlich allein erkannte, voll auszunützen und endlich einmal Frankreich gegenüber eine entschiedene Stellung einzunehmen, was seit Jahren nicht mehr geschehen war. Im Eingang der Note[8] wurde betont, die Sache des Statthalters sei nicht von der der Provinzen zu trennen. Dann wurde verlangt, die Provinz Holland dürfe sich in die Regelung der Verhältnisse der anderen Provinzen nicht einmischen. Dieses war der wichtigste Punkt, den Wilhelmine dauernd gefordert hatte in Übereinstimmung mit den Staaten der Statthalterprovinzen; er schloß das von Frankreich geplante Tauschgeschäft, die militärischen Ämter in Holland dem Statthalter für die Aufgabe der Reglemente zurückzugeben, von vornherein aus. Der Satz: „Das Amt des Statthalters gehört zur Verfassung" wurde der steten Behauptung Frankreichs und der Patrioten, der Statthalter sei nur ein Diener der Republik, entgegengehalten. Ein Waffenstillstand und die Räumung der Stadt Utrecht durch die beiderseitigen Truppen wurde verlangt. Die Vermittlung zwischen der Provinz Holland und Wilhelm V. als Statthalter und Inhaber der militärischen Ämter sollten die Mächte auf der Basis der Rückgabe des Kommandos im Haag und der Militärgewalt an ihn übernehmen. In dem Streit der Utrechter Staaten sollten Frankreich und Preußen oder die Generalstaaten oder alle drei zusammen vermitteln. Ein Verbot der Streitschriften sollte ergehen. Vor der Vermittlung aber müsse die Genugthuung seitens der Generalstaaten und der Staaten von Holland mit einer Einladung der Prinzessin nach dem Haag erfolgen. Diese Bedingungen nahmen das meiste, worüber Frankreich zu verhandeln gedacht hatte, vorweg; daß Frankreich sie als diskutabel

annahm, zeigte, auf welchem Punkt es in seinem notgedrungenen Entgegenkommen gegen Preußen angelangt war. Auch zur Betreibung der Genugthuung in angemessener Form hatte sich Montmorin trotz seiner Mißbilligung des Unternehmens der Prinzessin bereit erklärt.[9] Die Ablehnung der Genugthuung durch die Staaten von Holland erfolgte ohne Befragung Frankreichs, das damit wieder vor ein Faktum gestellt wurde.

In Preußen hatte man sich auch unterdessen entschlossen, die Rüstung zu einer bewaffneten Vermittlung zu benutzen. Auf den Wunsch Ewarts, der Englands Bedauern über die Beleidigung Wilhelminens aussprach, Preußens weitere Schritte zu erfahren, antwortete Finkenstein[10] höflich, aber ablehnend, und auf die englische Anfrage, ob Preußen in Holland eingreifen wolle, wenn England ihm eine Neutralitätserklärung Österreichs beibringe, gab er keine Antwort. Man war entschlossen, die Teilnahme Englands zu vermeiden. Wie wenig dies möglich war, zeigte der Umstand, daß weder die Statthalterprovinzen noch die statthalterische Minorität in Holland Anstalten traf, die preußisch-französische Vermittlung anzunehmen.

Wilhelmine gedachte die Lage nach Kräften auszunutzen; sie schrieb dem König, ihre Sache sei jetzt die seine, sein Ruf stände auf dem Spiel. Ein vollständiger Feldzugsplan wurde von ihr für den Einmarsch der preußischen Truppen entworfen, den das Ministerium natürlich vorerst ablehnte. Finkenstein stellte die dringende Anforderung an Friedrich Wilhelm, er solle seiner Schwester klar machen, das Heer sei nur zum Betreiben der Genugthuung da, was Friedrich Wilhelm auch befolgte.[11] Wilhelmine ruhte aber nicht, den König darauf aufmerksam zu machen, daß die preußisch-französische Vermittlung nicht angenommen werden würde. Sie sprach erst von einer Anrufung aller Nachbarn, also auch Österreichs, und erklärte endlich, Österreich könne man vielleicht vermeiden, England

keinenfalls. Sie schickte den Erzieher ihrer Söhne, den früheren preußischen Hauptmann Stamford, nach Berlin, der erklärte: England sucht eine Kontinentalverbindung, geht Preußen auf seine Anträge nicht ein, so schließt England mit Österreich ab. Hannover, Braunschweig und andere von ihm abhängige deutsche Fürsten kann es dann durch Subsidien zu einem Bunde zusammenschließen. Also auch von dieser Seite wirkte man auf die deutschen Neigungen des Königs ein; Harris hatte jedenfalls diese Einschüchterung mit ausgedacht. Stamford ließ aber zu deutlich die Lust nach Krieg durchblicken, was den König abstieß.[12]

Wie verfehlt aber die Unterschätzung Englands durch Friedrich Wilhelm und Finkenstein war, zeigte sich Ende Juli, als die Kunde kam, Frankreich willige in Englands Teilnahme an der Vermittlung ein. Das Ministerium ersah daraus, wie schwach eigentlich die Stellung Frankreichs war. Auf Vorstellungen Faciolas wegen der preußischen Rüstungen erwiderte Finkenstein[13], die französische Truppenansammlung in Givet, mit der Frankreich gedroht hatte, sei Preußen erwünscht; die Vermittlung solle so zu einer bewaffneten gemacht werden. Die englische Vermittlung bezeichnete er offen als eine Erschwerung; Preußen sei in dieser Frage mit Frankreich ganz einig. Dabei wußte er schon um die Neigung Frankreichs, England zuzulassen.

Auf die Anfrage Bischoffwerders hin, die die Gefahr der Frankreich freundlichen Intriguen am preußischen Hofe zeigte, entschloß sich das englische Ministerium zu einem entscheidenden Schritt. Ewart überreichte am 26. Juli[14] einem Vertrauensmann Bischoffwerders, der in Verbindung mit ihm geblieben war, und am folgenden Tage erst dem Ministerium eine englische Depesche vom 17. Juli. Er befolgte damit den Auftrag Carmarthens, sich möglichst direkt an den König zu wenden.

Diese Depesche zerstörte alle Bestrebungen am preußischen Hofe, die der Fürstenbundspolitik und dem Einvernehmen mit Frankreich das Wort redeten und die fast einen vollkommenen Rückzug des Königs erreicht hätten. In seiner Note erklärte England: nichts sei falscher als die Meinung, England wolle niemals in Holland eingreifen oder Pitt sei gegen eine energische holländische Politik. England werde sich jedem gegen die holländische Verfassung gerichteten Schritt einer auswärtigen Macht widersetzen; Harris habe den Auftrag, an der Herstellung der Verfassung zu arbeiten. England hätte sich schon lange Preußen vertraulich eröffnet, wenn Frankreich nicht ausgesprengt hätte, es sei mit Preußen über die holländische Frage vollkommen einig. England wünsche eine vertrauliche Beratung mit Preußen über Holland. Montmorin habe Neigung zu einem englisch-französischen Einverständnis für den Fall einer gemeinsamen Anrufung beider Mächte gezeigt, England habe darauf versprochen, seine Rüstungen einzustellen, wenn Frankreich dies auch thue. Es glaube an eine friedliche Beilegung des Zwistes und wünsche in diesem Sinn mit Preußen zusammenzuwirken. Jeden Schritt Preußens zur Erlangung der Genugthuung werde England billigen und nicht als einen Eingriff in die inneren Verhältnisse der holländischen Republik ansehen. Österreich sei in Belgien beschäftigt, die deutschen Großmächte könnten sich auch über die Herstellung der Ruhe in den beiden Niederlanden einen.

Das war eine andere Erklärung über die Genugthuung, als Frankreich sie gegeben hatte. Die Bestätigung des Gerüchts, daß Frankreich sich einer Anrufung Englands nicht widersetzen werde, war gegeben. Es zeigte sich die Gefahr eines Abkommens zwischen Frankreich und England, vielleicht sogar Österreich, über Holland mit Ausschluß Preußens. Finkenstein und Thulemeier kamen in die größte Verlegenheit; auch Thule-

meier hatte nämlich, trotzdem er durch Goltz von dem französischen Entschluß wußte, Vérac mitgeteilt, Preußen wünsche Englands Teilnahme nicht. Er mußte sich jetzt selbst desavouieren.

Der König und Finkenstein wurden durch die englische Erklärung gezwungen, sich auf den Boden der Thatsachen zu stellen und ihre krampfhafte Ignorierung Englands aufzugeben. Der König, den auch der Herzog von Braunschweig, der neuernannte Befehlshaber der in Wesel konzentrierten preußischen Truppen, fortwährend ermahnte, Frankreich warm zu halten, wurde sicherer gemacht. Das Ministerium ermächtigte Thulemeier, die Drohung auszusprechen, Preußen werde sich nötigenfalls die Genugthuung holen. Es bekannte[15], daß man sich der englischen Vermittlung nicht mehr widersetzen könne, und beantragte, England die preußischen Präliminarien mitzuteilen, zugleich aber Frankreich über die Verhandlungen mit England aufzuklären und so weder bei Frankreich noch bei England anzustoßen. Diesem Antrag wurde Folge gegeben. Auf eine neue Note Ewarts[16], die erklärte, Frankreich und England könnten sich über Holland nicht einen, also sollten Preußen und England sich auf der Basis der Erhaltung des Statthalteramtes und der Verfassung von 1747 und 1766 mit Zulassung nur unbedingt nötiger Reformen zusammenthun, teilte Preußen seine Präliminarien an England mit. Bestimmte Entschließungen über die Vermittlung seien noch nicht zu treffen; wenn sie im Gang sei, dann könnten England und Preußen das Nähere verabreden. Die Verhandlungen mit England wurden Frankreich sofort mitgeteilt, um dadurch einen Druck auf dieses auszuüben.[17]

Wenige Tage darauf legte Ewart den französisch-englischen Notenwechsel, in dem England wegen der Rüstungen in Givet Frankreich bedroht hatte, und eine Note Carmarthens vom 1. August vor, die erklärte, England habe eine entscheidende

Antwort von Frankreich verlangt; es hoffe, Preußen billige seine Politik und wünsche die weiteren Schritte Preußens zu erfahren. Frankreich werde sich wohl fügen, wenn nicht, so müßten England und Preußen sich auf Maßregeln des Widerstandes einigen; beide müßten bei der Vermittlung auf den Rechten des Statthalters bestehen. Wichtig sei es, daß die Truppen der Generalstaaten durch die Räumung der Provinz Utrecht nicht dem Statthalter entzogen würden.

Auch Frankreich teilte den Depeschenwechsel mit[18], nicht ohne die Absicht, in Berlin eine mögliche Verständigung Englands und Frankreichs ohne Berücksichtigung Preußens anzudeuten, nachdem es kurz vorher schon mit der Revision seiner Verhältnisse zu Preußen gedroht hatte, überging aber die Frage der Genugthuung. Die preußischen Rüstungen beunruhigten Frankreich; es forderte durch Faciola am 11. August einen Gegenbefehl, sonst könne Frankreich bei der Genugthuungssache und der Vermittlung nicht mitarbeiten. Am 13. August schon lenkte Faciola ein und bat um den Gegenbefehl als einen Freundschaftsdienst für Frankreich, das Preußen eine Genugthuung verschaffen werde. Frankreich werde durch die preußischen Rüstungen bei den Patrioten um sein Ansehen gebracht, das Lager in Givet solle nicht gebildet werden, wenn auch Preußen nicht rüste. Hier offenbarte sich auf das deutlichste die Schwäche Frankreichs. In Beantwortung der ersten Note Faciolas erklärte Preußen, Vérac habe für die Genugthuung nichts gethan, Preußen müsse sie aber haben, deshalb bleibe es bei den Rüstungen. Wenn Frankreich daraufhin nicht mehr mitthun wolle, so verstärke es nur den Trotz der Patrioten. Preußen verspreche, seine Truppen still zu halten, wenn die Patrioten eine Genugthuung gäben und Frankreich dabei mitwirke.[19]

Der Herzog von Braunschweig in Wesel hatte sich schon zu dem Feldzug entschlossen, er riet zu einem geheimen Ab-

kommen mit England für den Fall, daß Frankreich sich widersetze; dieses müsse hingehalten werden, bis alle Truppen zur Stelle seien.[20] Auf den Ratschlägen des Herzogs fußend entwarf Hertzberg den Aktionsplan.[21] Er berichtete dem König, Finkenstein sei noch gegen jede Vereinbarung mit Harris, seine — Hertzbergs — Meinung sei, man solle sich zunächst ruhig verhalten und seine Pläne verbergen, wenn dann die Truppen zusammen seien, ein Ultimatum stellen. Preußen bestimmt die Art der Genugthuung; die Staaten von Holland verhandeln an einem neutralen Ort mit der Prinzessin, nachdem die Entschuldigung und Einladung in den Haag erfolgt ist; nach dem Rat des Herzogs trennt man die Genugthuung und die Vermittlung, so daß Frankreich keinen Grund zum Krieg hat; der König entscheidet, ob der Einmarsch am Tag der Erklärung oder nach einer bestimmten Frist geschehen soll. Auch Hertzberg ist der Meinung, daß man Harris gegenüber vorsichtig sein solle, da man nicht ganz sicher sei, ob er in allem auf Befehl handle. Im tiefsten Geheimnis könne der Herzog aber mit ihm für alle Fälle vereinbaren, daß bei einem Widerstand Frankreichs eine englische Flotte im Texel erscheine. Preußen drängt jetzt Frankreich und die Patrioten zur vollen Annahme seiner Präliminarien; der Statthalter verspricht dafür einige Reformen. Diese Note Hertzbergs legte den preußischen Aktionsplan in der entscheidenden Weise fest; Friedrich Wilhelm billigte alles. An Thulemeier erging der Befehl, die Staaten von Holland nicht zu einer Antwort zu drängen. Dem Herzog gab der König Vollmacht, mit England geheime Verabredung zu treffen, womöglich aber sollte er ohne England handeln.[22]

Wilhelmine hatte in einer Unterredung mit dem Herzog in Cleve alle Entscheidungen getroffen. Ihre Bedingungen für die Genugthuung, die Preußen übernahm, waren so hart wie möglich. Zunächst verlangte sie eine briefliche Einladung nach

dem Haag. Die Bestrafung der Schuldigen, unter denen wohl auch der vielberufene Offizier, der in dem Zimmer der Prinzessin das Schwert gezogen hatte, figurierte, überließ Wilhelmine dem König. Die Staaten von Holland müssen ihr Benehmen entschuldigen und alle Beschlüsse, die Ablehnung der Weiterreise und der Genugthuung betreffend, zurücknehmen. Die Prinzessin tritt dann entweder selbst mit von ihr bezeichneten Deputierten der Staaten von Holland oder durch einen Vertrauensmann mit einer von den Staaten gewählten Kommission in Verhandlung; in dieser Kommission darf aber keiner der erwähnten Schuldigen sitzen. Um Preußen einen Rechtstitel mehr zum Einschreiten zu geben, wurde ein Hülfsgesuch der Staaten von Geldern und Amersfort betrieben, das Preußen vorerst ablehnte; dieses und den Abschluß mit England wünschte das Ministerium erst im Notfalle heranzuziehen.[23]

Während Finkenstein bei seinen Abmahnungen vor England und bei seinem «attendre» blieb, ging Hertzberg, da die Lage sich stetig verbesserte, weiter. Neben einer Denkschrift, in der er sein ganzes System darlegte, besprach er die holländische Angelegenheit im besonderen[24]: die nächsten Tage entscheiden über die Regierung Friedrich Wilhelms, man muß also zu festen Entschlüssen kommen. Der Herzog kann einmarschieren und das patriotische System stürzen ohne England und ehe Frankreich eingreifen kann. Wenn England nicht beteiligt ist, und der Name des französischen Bündnisses mit Holland, das doch bald wertlos sein wird, bewahrt bleibt, wird Frankreich sich nicht zum Krieg entschließen. Österreich wird Frankreich nicht helfen, um Preußen nicht der bayrischen Frage und der römischen Königswahl ganz zu entfremden; wenn der Herzog schnell handelt, käme es auch zu spät. Rußland würde höchstens mit Österreich zusammen in einen Krieg gehen, es hat aber schon seine Billigung des preußischen Vorgehens ausgesprochen.

(Vergl. Kapitel XVIII.) Friedrich Wilhelm selbst kann durch sein Handeln Ruhm, die Achtung der deutschen Fürsten und die Sicherheit seines Staates erringen. Der Einmarsch geschieht nur im Namen der Genugthuung, um Frankreich nicht zum Krieg zu zwingen; das Hülfsgesuch der Provinzen kann später in Betracht kommen. Thut man den entscheidenden Schritt nicht, so ist Preußen von Frankreich abhängig und schon glücklich, wenn die betreffende Vermittlung zu stande kommt. Frankreich stärkt seine Partei, gewinnt Friesland[25] und damit die Majorität in den Generalstaaten; dann erhält der Statthalter eine schwankende Stellung, für die Preußen stets zu kämpfen haben wird. Preußen ist isoliert, auf Frankreich angewiesen, ohne mit ihm verbündet zu sein; das nordische System, dessen Grundlage durch die Trennung Hollands von Frankreich und Österreich jetzt gelegt werden kann, wird unmöglich. England muß sich der König für alle Fälle sichern, für Krieg oder für bewaffnete Vermittlung; der Herzog erhalte am besten Vollmacht, mit ihm und den Provinzen abzuschließen. An den Herzog schrieb Hertzberg in demselben Sinn, nur daß er ihm gegenüber die bewaffnete Vermittlung der drei Mächte mehr gelten ließ, da sie Preußen die Entscheidung gebe.

Man ersieht aus der Denkschrift, daß sich Hertzberg noch keineswegs seiner Sache sicher fühlte; seine Gegner mögen auch in diesen Tagen noch an der Arbeit gewesen sein. Am 1. September bespricht Hertzberg noch den Plan des Herzogs, in zwölf Tagen den Strafzug zu erledigen und dann abzuziehen; dieser Plan sei gut, da er England und Frankreich beiseite lasse und doch der Statthalterpartei die Möglichkeit gebe, sich aufzuraffen und ihre Herrschaft zu befestigen, ohne daß Frankreich etwas einwenden könne. Aber Hertzberg wünscht, daß der Herzog noch einige Zeit in Geldern stehen bleibe, um den Erfolg zu sichern; den Grund könne das Hülfsgesuch Utrechts bilden.

Jedenfalls solle er die Antwort Frankreichs nicht abwarten, da dieses nur Zeit gewinnen wolle; die preußische Erklärung über den Stillstand der Truppen sei so gefaßt, daß sie zu nichts verpflichte. Österreich habe erklärt, es schicke keine Truppen nach Belgien, und Rußland habe eine freundliche Antwort gegeben, also sei Preußen von dieser Seite sicher.

Bei dem König überwog also die Furcht vor den Ostmächten noch. Er sandte am 3. September ein heftiges Schreiben an Hertzberg[26], in dem er ihm ein- für allemal verbot, die Verfassungsangelegenheiten Hollands mit der Genugthuung zu verbinden. Die Präliminarien seien für die Vermittlung da, mit England brauche man noch nicht abzuschließen. Hertzberg hatte zu früh herausgesagt, was wenige Tage später der König selbst als das einzig Richtige bezeichnen sollte. Auch dem Herzog hatte Hertzberg am 17. August geschrieben, es handle sich darum, durch einen entscheidenden Schlag die Patriotenpartei zu zersprengen und den Statthalter wiederherzustellen ohne eine Intervention Englands und ehe Frankreich seiner Partei genügende Versicherung geben könne. Fände die Vermittlung doch statt, so müsse auch England sie bewaffnet machen. Zwei Ereignisse brachten erst Friedrich Wilhelm zu dem entscheidenden Entschluß, eine neue Mitteilung Englands und die türkische Kriegserklärung.

Am 3. September lud Ewart unter Mitteilung des Standes der französisch-englischen Verhandlungen zu einem Abkommen über die Vermittlung, für den preußischen Feldzug und die beiderseitige Mobilmachung ein, in dem England Preußen seinen Beistand im Falle eines französischen Angriffes auf den Herzog zusagen wolle. England habe die preußischen Präliminarien angenommen; der General Fawcett werde zu dem Herzog nach Braunschweig und nach Deutschland geschickt, um Truppen zu werben. Von Österreich sei nichts zu befürchten. England wünsche zugleich Preußens Meinung über die Zusätze zu den

Präliminarien und die weiteren Schritte Preußens zu erfahren.[27]

Das preußische Ministerium beantragte auch jetzt noch, das Bündnis hinauszuschieben. In einer Antwortnote an Ewart billigt es den englischen Zusatz über die Niederlegung der Waffen in die Hände der Vermittler, erklärt aber, Preußen müsse noch Frankreichs Antwort abwarten. Da England das Vorgehen Preußens billige, das Lager in Givet aber hinderlich werden könne, lege Preußen der englischen Regierung nahe, durch Rüstungen sich vorzubereiten, um ein Eingreifen Frankreichs hindern zu können; ein formelles Abkommen darüber sei nicht nötig, sogar gefährlich.

In Berlin hatte man also Sicherheit, daß England einen französischen Angriff nicht dulden werde und jederzeit zu einem Abkommen bereit sei, ohne daß Preußen sich gebunden hatte. Die türkische Kriegserklärung, die am 7. September in Berlin bekannt wurde, beseitigte die letzten Schwankungen. Frankreich machte noch einen Versuch, das Unheil aufzuhalten. Am 10. September verlas Faciola eine Depesche Montmorins, in der er sich auf das letzte Versprechen Preußens berief, eine von Frankreich durchzusetzende Genugthuungserklärung in Aussicht stellte und einen Versöhnungsplan, der den preußischen Präliminarien mit den englischen Zusätzen entspräche. Er sehe, daß Preußen es als einen Ehrenpunkt betrachte, seine Truppen nicht abzuberufen, im Vertrauen auf Preußens Erklärung habe er trotzdem den Gegenbefehl für Givet gegeben. Die Minister sagten Faciola, der Stillstand der preußischen Truppen hänge von der Art und Schnelligkeit der Genugthuung ab.[28]

XI. Letzte Verhandlungen in Berlin.

In Holland war die Entscheidung schon so gut wie gefallen. Der Herzog war zum Feldzug fest entschlossen, was bei der ihm eingeräumten selbständigen Stellung von der größten Bedeutung war. Er hatte umfassende Erkundigungen über die zu passierende Gegend eingezogen. Da man die feindlichen Streitkräfte bedeutend überschätzte, wurde ein Angriff auf drei Linien geplant. Am 4. September waren alle Truppen zur Stelle und der Herzog drängte selbst auf schleunigen Einmarsch. Am 8. September noch nahmen die Staaten von Holland eine von Frankreich betriebene Genugthuungserklärung an, die der Herzog für ungenügend erklärte. Am 9. September ließ er das von Berlin ihm übersandte Ultimatum, zu dessen Annahme er vier Tage Zeit ließ, von Thulemeier überreichen. Der Gesandte war beauftragt, sogleich Meldung zu geben, wann eine Annahme wahrscheinlich schien. Noch ehe diese eingetroffen sein konnte — der Herzog erhielt diese Antwort, die die Entscheidung durch Absendung einer Gesandtschaft nach Berlin hinauszögern wollte, erst in Nymwegen —, rückten am 13. September die Truppen in Holland ein[1]. Diese Eile war geboten, um den von den Patrioten geplanten Überschwemmungen zuvorzukommen, nur durch eine blitzschnelle Entscheidung konnte das gewagte Unternehmen zu einem glücklichen Ende geführt werden. Es war zudem die Zeit des Neumondes, in der größere Überschwemmungen nicht zu befürchten waren, für den Einmarsch ausgewählt worden. Ein von Hertzberg verfaßtes Manifest wurde verbreitet, das den preußischen Feldzug als gegen die patriotische Kabale allein gerichtet bezeichnete. Die Furcht der Prinzessin, daß die

Staaten von Holland sich doch noch fügen würden, war grundlos gewesen; dieselben richteten ein Hülfsgesuch an Frankreich. Daß Thulemeier den Auftrag bekommen hatte, nicht auf eine Antwort zu drängen, was die bekannte Unentschlossenheit Preußens zu zeigen schien[2], hatte neben französischen Ermutigungsreden und dem Mangel an Belagerungstrain bei dem preußischen Heere die Patrioten ziemlich sicher gemacht. Sie glaubten nicht an einen Einmarsch, desto entscheidender war die Umwälzung. Der Herzog stellte auf seinem Marsch, der keinen Widerstand fand, die legitimen Regentschaften der einzelnen Städte wieder her, auch der Statthalter rückte vor und zog in den Haag ein.

In Berlin war der Umschwung vollkommen, wenn auch verspätet. Auf die Nachricht des holländischen Beschlusses vom 8. September beantragte das Ministerium am 11. September das Ultimatum; der Herzog solle nach dessen Ablehnung in Holland einrücken und der Statthalterpartei Gelegenheit zur Wiederherstellung der alten Verhältnisse geben, damit Preußen wenigstens einen Vorteil aus diesem Feldzug zöge. Was Hertzberg noch wenige Tage vorher zu erwähnen verboten wurde, das beantragte das Ministerium jetzt neu und mit der Unterschrift Finkensteins.

Entsprechend war die Behandlung des französischen Abgeordneten Groschlag[3], der am 11. September in Berlin eintraf. Montmorin wollte durch ihn noch versuchen, einen preußischen Einmarsch aufzuhalten. Er sollte ein preußisch-französisches Einvernehmen herstellen und die Stellung Frankreichs zu Preußen, als dem Gegengewicht gegen Österreich, in das rechte Licht setzen mit der Drohung, daß Österreich in seiner starken Stellung nur der französischen Zustimmung zur Erreichung seiner Pläne bedürfe. Er sollte Preußen begreiflich machen, daß sein wahrer Ruhm in einer Zurücknahme seiner übereilten Schritte bestehe. Preußen solle die französische Genugthuungserklärung annehmen,

Frankreich wolle dann die Präliminarien mit ihm diskutieren; ein Waffenstillstand in Holland auf Grund des status quo oder Rückzug beider Parteien aus Utrecht sei dazu erwünscht. Das Mißtrauen Preußens wegen der französischen Verhandlungen mit England sollte Groschlag durch die Erklärung beseitigen, Frankreich habe die Teilnahme Preußens an der Vermittlung als schon vorher festgesetzt angesehen und auch mit England nicht mit demselben Vertrauen wie mit Preußen verhandelt. Lieber als die Vermittlung sähe Frankreich eine Verabredung der drei Mächte, die man dann den streitenden Parteien aufzwingen könne. In dem französischen Genugthuungsentwurf wurde die Rückkehr der Prinzessin nach dem Haag bis nach dem Frieden verschoben. Am 13. September erst konnte Groschlag seiner am 30. August geschriebenen Instruktion nachkommen. An Goltz hatte Montmorin mitgeteilt, das Auftreten von französischen Soldaten in dem patriotischen Heer und die Umtriebe der Patrioten in Friesland erfolgten ohne Befehl der französischen Regierung.

Dieser letzte Versuch, England und Preußen auseinanderzuhalten und Zeit zu gewinnen, dem sich zugleich ein Rückzug in Holland durch die Abberufung Véracs und die Erklärung Montmorins an Goltz[4], die Pensionäre seien nicht mehr Herren der Freikorps durch eigne Schuld und die des französischen Gesandten, anschloß, kam zu spät. Die militärischen Ereignisse in Holland sprachen schneller als die Noten in Berlin und Paris; daher waren denn auch die indirekten Drohungen Groschlags mit 100 000 Mann französischer Truppen vollkommen verfehlt und verspätet.[5] Das preußische Ministerium lehnte die französische Genugthuungserklärung ab und bezeichnete das Mittel der Verabredung der drei Mächte als zu langsam. Es gedachte zunächst den Erfolg in Holland abzuwarten und dann erst Groschlag eine Note über die Rückziehung der preußischen Truppen einzuhändigen.

Friedrich Wilhelm fühlte sich jetzt als Sieger. Er befahl dem Ministerium am 22. September, nicht zu sehr die Bereitwilligkeit Preußens zum Rückzug zu betonen, um die Franzosen nicht glauben zu machen, sie könnten ihm imponieren. Den Herzog von Braunschweig beauftragte er, der Statthalterpartei nach Möglichkeit zum Siege zu verhelfen und sich nicht zurückzuziehen, bis die Genugthuung erfolgt sei. Er fand, daß Preußens Lage glänzend sei, man müsse sie benutzen und sich nicht zu entgegenkommend gegen Frankreich zeigen, das bei einem Widerstand doch nur schlecht fahren könne. Das Ministerium handelte mit mehr Besonnenheit. Es wünschte Frankreich den Rückzug zu erleichtern, ohne den Erfolg zu beeinträchtigen.

Auf die Nachricht des holländischen Erfolges hin überreichte es am 23. September Groschlag eine Note, in der Preußens Bereitwilligkeit zum Rückzug ausgesprochen wurde, wenn Frankreich den jetzigen Zustand anerkenne nebst einem Waffenstillstand und beiderseitiger Entwaffnung bis zum Frieden. Ferner müßten die Staaten von Holland ihre Freikorps aus Utrecht zurückziehen, die Vermittlung der drei Mächte und die Genugthuung, bestehend aus einer Gesandtschaft nach Berlin und Einladung der Prinzessin nach dem Haag, annehmen. Goltz wurde beauftragt[6], Montmorin zu versichern, Preußen werde dem Statthalter nichts gestatten, was gegen die Verfassung sei. Wenn Frankreich die Patrioten dazu bringe, den Beschlüssen der Staaten von Holland, die jetzt nach der Umwälzung die Kassierung aller früher gegen den Statthalter getroffenen Maßregeln ausgesprochen hatten, auch für Amsterdam beizutreten, so werde Preußen gern seine Truppen zurückziehen. Dann könne ohne Intervention und Vermittlung die Ruhe in Holland wiederhergestellt werden und Frankreich bewahre sein Bündnis. Preußen habe mit England kein Abkommen auf den Umsturz

dieses Bündnisses oder eine Stärkung der Stellung des Statthalters getroffen; dazu könne es aber kommen, wenn Frankreich mit Gewalt eingreifen wolle; England habe für diesen Fall seinen Beistand versprochen. Preußen wünsche dies zu vermeiden und wolle Frieden und Freundschaft mit Frankreich. Damit war in der geschicktesten Weise Frankreich der Weg zum Rückzug angedeutet, ohne daß Preußen einen Schritt zurückthat.

XII. Die Konvention vom 2. Oktober.

In Berlin war man also eines friedlichen Erfolges fast sicher. Am 25. September aber kam die Nachricht aus England, daß Frankreich die Patrioten unterstützen werde und daß England alle entsprechenden Maßregeln getroffen habe. Die Minister schenkten erst dieser Nachricht wenig Glauben, sie beschäftigten sich mit der vollen Ausnutzung des Erfolges. Das Beste sei, meinten sie, die Vermittlung jetzt ganz zu vermeiden, den Statthalter in alle seine Rechte wiedereinzusetzen und dann die Verfassung zu garantieren. Jedenfalls dürfe sich Braunschweig vorerst nicht zurückziehen, Thulemeier könne einstweilen über einen Waffenstillstand auf Grund des status quo verhandeln.[1] Ewart wurden die Verhandlungen mit Goschlag mitgeteilt und die neuesten Ereignisse in Holland. Dabei wurde die Erwartung ausgesprochen, daß England eine Landung französischer Truppen in Amsterdam hindern werde; es könne zu diesem Zweck neue Vorstellungen in Paris machen. Die Vermittlung möchte Preußen als ein pis-aller am liebsten vermieden haben, doch hänge das von den Ereignissen in Holland, besonders in Amsterdam, ab.[2]

Am 29. September aber bestätigte Ewart die erwähnte Nachricht.[3] Frankreich habe die Hoffnung ausgesprochen, Eng-

land werde Preußen nicht beistehen, aber die Antwort empfangen, einen französischen Angriff auf die preußischen Truppen werde England nicht dulden. Da man in England an den Ernst des französischen Beschlusses glaube, wünsche man mit Preußen eine Eventualkonvention zu schließen, in der die bisher festgestellten Grundsätze über Holland fixiert würden und die Bestimmung getroffen, daß Preußen seine Truppen zunächst in Cleve belassen und England seine Rüstungen aufrechterhalten solle. England habe deutsche und 15000 Mann englische Truppen bereit. Um Frankreich aber den Rückzug zu ermöglichen, sei Grenville nach Paris geschickt worden mit dem Auftrag, Frankreich zur Anerkennung der Präliminarien oder des status quo présent zu bringen.

Das preußische Ministerium weist in seinem Bericht an den König darauf hin, der Umschwung in Holland sei bei der Abfassung der englischen Depesche noch unbekannt gewesen. Man könne nicht mehr mit Frankreich über die Präliminarien und die Vermittlung verhandeln, sondern nur die Anerkennung des status quo présent unter Beitritt Amsterdams fordern. Ehe Preußen mit England formelle Abmachungen eingehe, müsse es abwarten, ob Frankreich wirklich eingreifen wolle.

Noch immer also suchte sich Preußen die Hände frei zu halten. Daß es trotzdem am 2. Oktober die von England gewünschte Konvention unterzeichnete, lag vor allem an dem Widerstand Amsterdams, der bei längerer Dauer doch noch ein Eingreifen Frankreichs möglich machte, und der besorgten Stimmung des Herzogs von Braunschweig.

Neue englische Depeschen waren eingetroffen[4], die die Mobilisierung von 23 Linienschiffen, außer den schon ausgerüsteten 17, nebst Vermehrung des Heeres anzeigten. England und Preußen mußten sich entscheidend einigen über Verhandlungen oder schärfere Maßregeln in Holland. Die Frankreich ungünstige

europäische Lage und seine innere Schwäche gäben die Möglichkeit, daß es sich ruhig verhalte. In der vorgeschlagenen Konvention wurden die Grundsätze der beiden Mächte über die Neuordnung in Holland näher bestimmt. England erklärte seine Bereitwilligkeit zu jedem weiteren Abkommen; als nötig bezeichnete es jedenfalls die Konvention. Die Instruktion Grenvilles wurde mitgeteilt und der Wunsch ausgesprochen, Preußen möge seinen Gesandten entsprechend instruieren, damit Frankreich vielleicht eine Erklärung im Sinne der preußisch-englischen Grundsätze unterzeichnen könne. Damit wäre alles definitiv erledigt und Frankreich keine Zeit gelassen, die Entscheidung hinauszuziehen.

Nach reiflicher Überlegung stimmte das Ministerium der Konvention zu, da sie im wesentlichen den preußischen Präliminarien entspreche und Frankreich durch sie eingeschüchtert werden könne. Es riet, zur Erleichterung des französischen Rückzugs Alvensleben nach Paris zu schicken, womit man nicht mehr Friedensliebe als England zeige. Wesentlich erscheine es, Frankreich ganz von den holländischen Verhandlungen auszuschließen und den Provinzen jede weitere Regelung zu überlassen. Frankreich solle dann die Patrioten für die Beschlüsse der Staaten von Holland gewinnen, Preußen mit England auf den Statthalter mäßigend einwirken.

In der Konvention einigten sich Preußen und England auf bestimmte Grundsätze für die Verhandlungen: wenn eine andere Macht durch Gewalt oder Einschüchterung die Provinzen, die England und Preußen angerufen haben, zu andern Grundsätzen zwingen will, so werden die Vertragsmächte sich über Maßregeln zum Schutze der Provinzen einigen. Die Grundsätze sind: 1. Die Freikorps sind aufgehoben, die Feindseligkeiten werden eingestellt, die holländischen Truppen kehren in ihre Garnisonen zurück. 2. Die Reglementsprovinzen beraten frei

mit dem Statthalter über mögliche Reformen. 3. Der Statthalter wird in alle Ämter und Privilegien der Jahre 1747 und 1766 wieder eingesetzt. Unter Aufsicht der Vermittlungsmächte oder zwischen dem Statthalter und den Provinzen selbst werden die möglichen Reformen beraten. 4. Alle mit Gewalt eingeführten Reformen werden abgeschafft und die konstitutionellen Magistrate wieder eingesetzt. Ferner wird bestimmt, daß die preußischen Truppen, auch nach erfolgter Genugthuung, in Cleve und Geldern stehen bleiben, so lange die Umstände es erfordern und daß ebenso Englands Flottenrüstung fortdauert. Wird eine der Vertragsmächte wegen dieser Grundsätze angegriffen, so verabreden beide weitere Maßregeln zur Durchführung derselben und zur Verteidigung.

England hatte mit dieser Konvention, in der es seine Grundsätze neben den preußischen durchgesetzt hatte, erst festen Boden unter den Füßen in Holland. Die Kriegsdrohungen Frankreichs in England waren dem englischen Ministerium ein willkommenes Mittel gewesen, Preußen durch einen Vertrag an die englische Politik zu fesseln und in seiner Stellungnahme festzuhalten. Ebenso hatte England aus den vertraulichen Kundgebungen Frankreichs vor dem Feldzug in Berlin Kapital geschlagen. Es ist nötig, einen Blick auf die englische Politik gegenüber Frankreich zu werfen.

XIII. Die englische Politik.

Während des Aufenthaltes Harris' in London im Mai 1787 hatte sich England, wie erwähnt, zu entscheidenderen Maßregeln entschlossen. Außer der Bethätigung dieses Entschlusses in Holland wurde im Juni eine kleine Übungsflotte ausgesandt

mit der Absicht, Frankreich aufmerksam zu machen.[1] Dies gab auch Anlaß zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich.

Montmorin erklärte, ebenso eine Bereitstellung von Schiffen und ein Truppenlager in Givet anordnen zu wollen. Auf die englischen Vorstellungen darüber und die Androhung von Gegenmaßregeln erklärte er sich bereit, wie England nur 6 Schiffe ausrüsten zu lassen; das Truppenlager wollte er aber nur unterlassen, wenn er die Sicherheit habe, daß kein Bürgerkrieg in Holland ausbreche. Im übrigen versprach er, wenn England in Holland angerufen würde, mit ihm in der Vermittlung zusammen arbeiten zu wollen, ohne Preußen dabei zu erwähnen. Nebenher gingen Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen beider Mächte. Montmorin sprach wiederholt aus, Frankreich bedürfe des Friedens und habe den ernstlichen Wunsch, mit England gut zu stehen; dazwischen aber kamen die Drohungen, wenn Unheil aus den Rüstungen entstünde, so habe England sich das selbst zuzuschreiben; wenn die nationale Ehre in Betracht käme, werde Frankreich trotz allen Widerstrebens Krieg führen. Er bemühte sich, die ganze holländische Sache als so unwesentlich hinzustellen, daß Großmächte ihretwegen keinen Krieg führen könnten: der Statthalter sei der Beamte der Republik, Frankreich wolle ihn gar nicht absetzen, es wünsche nur eine Reform der Reglemente. England ging auf diese Abschwächungsversuche nicht ein, sondern erklärte sein ernstliches Interesse an Holland: es wolle die holländische Verfassung bewahren und sei bereit, sich mit Frankreich darüber zu verständigen. Bei der letzten französischen Erklärung über Givet beruhigte es sich nicht. Es schiene, schrieb Carmarthen an Dorset, den englischen Gesandten in Paris, daß Frankreich als Bundesgenosse der Republik sich zu einem Eingreifen berechtigt glaube. Es sei nötig, da bei einer Abrüstung der Freikorps deren Einfluß in den einzelnen Städten bleibe, einen Waffenstillstand durchzusetzen oder die

Freikorps müßten völlig entwaffnet werden. Der einzige Einmischungsgrund in Holland sei jedenfalls die Anrufung als Vermittler. England könne sich nicht denken, daß Montmorin mit seiner Bemerkung in der letzten Note, Frankreich werde, wenn einige Provinzen es nicht anriefen, die üble Wirkung dieser Unterlassung zu hindern wissen, eine gewaltsame Einmischung andeuten wolle. Eine jede solche Einmischung werde die Englands nach sich ziehen.

In derselben Zeit erfolgten dann die Anträge in Berlin mit der Absicht, Preußen bei seiner Genugthuungsforderung festzuhalten und ihm zu zeigen, daß es nur auf die englische Unterstützung dabei rechnen könne. Seinen Waffenstillstandsplan mit der Entwaffnung der Freikorps, auf die England mit vollem Recht das größte Gewicht legte, da die Freikorps der Herd der Revolution waren und Frankreich bei einer einfachen Räumung Utrechts die zum Statthalter übergegangenen Regimenter der Generalstaaten in ihre holländischen Garnisonen zurückgebracht wissen wollte, trug es auch in Berlin vor.

Um ein unparteiisches Urteil über die holländische Lage zu gewinnen, wurde William Grenville nach Holland geschickt. Die preußischen Präliminarien bezeichnet dieser[2] als eine gute Basis für die Verhandlungen, selbst wenn Preußen auf die englischen Anträge nicht einginge. Auch er betonte es als wesentlich, eine Schwächung des Statthalterheeres zu verhindern. Im Fall einer preußischen Ablehnung hielt er es allerdings für unerläßlich, England so gut wie möglich aus der Affaire zu ziehen. Seeland hatte schon Englands Anrufung beschlossen; Grenville riet jetzt, die Anrufung in Geldern und Utrecht zu betreiben, da dadurch England dem durch die Rüstung verstärkten preußischen Einfluß das Gleichgewicht halten könne, im Falle sich Preußen gegen England erkläre. Man wünschte in England auch nicht, daß Preußen durch ein Eingreifen ohne

die englische Unterstützung sich allen Einfluß in Holland sichere.[3] Auf Grenvilles, Harris' und Wilhelminens Rat suchte das englische Ministerium auch den Herzog von Braunschweig durch eine sehr freundlich gehaltene Erklärung über seine Ernennung zu gewinnen. Während Harris und die Prinzessin auf den Krieg hinarbeiteten, befreundete sich Pitt[4] nur langsam mit diesem Gedanken. Auch er aber kam endlich zu dem Schluß, daß England mit Preußen vorgehen müsse, wenn die Verhandlungen fehlschlügen und Preußen zu entscheidendem Eingreifen entschlossen sei. Er erwog deshalb auch weitere Rüstungen, da Frankreich auf seinem Truppenlager Preußens wegen bestehen blieb.

Ein Memoire wurde auf Harris' und Grenvilles Rat bei den Generalstaaten eingereicht, das Englands Bereitwilligkeit zur Vermittlung auf Grund der Anrufung durch Seeland aussprach. Da von Berlin günstigere Nachrichten kamen, wurde eine Drohnote nach Paris gerichtet[5], die erklärte, die französischen Rüstungen gegen Preußen könnten bedenkliche Folgen haben. Das von Montmorin vorgeschlagene Abkommen über die Seerüstungen nahm England dagegen an. Die den preußischen Präliminarien beigefügten englischen Zusätze, denen Preußen zustimmte, gingen darauf aus, die Vermittlung auch auf Groningen und Overijsel, die Preußen vergessen hatte, auszudehnen, vor allem aber eine Schwächung des Statthalterheeres zu hindern und die Freikorps durch Entwaffnung unschädlich zu machen. Die Genugthuung für Preußen empfahl England dringend.

Einen Nebenerfolg hatte Englands entschiedene Stellungnahme schon gehabt. In diesen Tagen kam ein Abkommen über Indien zustande, in dem Frankreich alle Forderungen Englands, seine Hoheitsrechte betreffend, anerkannte. Damit war eigentlich einer der Hauptgründe für das englische Ein=

schreiten in Holland beseitigt, da Frankreich offenbar auf eine offensive Politik in Indien verzichtete. Zu einem Zurück war die Gunst der Lage aber nicht angethan. Um ein Doppelspiel Frankreichs mit diesem Abkommen in Berlin zu verhüten, teilte es Carmarthen dort mit mit dem Zusatz, es ändere an der Stellungnahme Englands gegen Frankreich nichts.[6]

Als das Hülfsgesuch der Staaten von Holland in Paris eintraf, machte Frankreich auch in London einen letzten Versuch, Preußen und England auseinanderzuhalten mit der Erklärung, es werde dem Gesuch Folge leisten. In der Absicht, allen Feindseligkeiten vorzubeugen und Zeit zu gewinnen, hatte Frankreich vorher seinen Gegenbefehl für Givet mitgeteilt und zunächst zu einem Waffenstillstand in Holland aufgefordert. Jetzt bezeichnete es Montmorin[7] als einen Ehrenpunkt für Frankreich, Holland zu helfen. Frankreich folge dem Grundsatz Englands, sich in Holland nur einzumischen, wenn andere Mächte es thäten. Es glaube nicht, daß England Preußen wirklich unterstützen wolle, dann seien ja alle Freundschaftsversicherungen der letzten Monate Lüge. Frankreich sei zu einem sofortigen Abkommen mit England bereit, St. Priest, der Nachfolger Véracs, sei nach Holland zur Verhandlung abgeschickt. Um dieselbe Zeit schrieb Pitt an Eden[8], der neben Dorset England in Paris vertrat, er sei zu einem Abkommen bereit, wenn Frankreich wirklich die holländische Verfassung wiederherstellen wolle; dann werde auch England in einzelnen Punkten gern nachgeben. Nähme Frankreich aber die Wiedereinsetzung des Statthalters in alle seine Rechte und Ämter nicht an, so müsse der Krieg entscheiden.

Frankreich hatte den Rückzug, zu dem es im Grund entschlossen war, nicht rechtzeitig angetreten und die Pensionäre, die selbst nicht mehr Herren ihrer Partei waren, nicht aufgegeben; so war es zur Annahme des holländischen Hülfsgesuches

jetzt verpflichtet. Der letzte Versuch, England und Preußen zu trennen, war doppelt unheilvoll, da er England Gelegenheit gab, sofort seine Rüstungen in Frankreich mitzuteilen und Preußen zu der Konvention zu bringen. Frankreich stand jetzt vor der schlimmsten Entscheidung: Krieg oder bedingungsloser Rückzug. Gegen den Krieg sprachen die europäische Lage, der Stand der Finanzen und der Mangel an Rüstungen, denn Givet war, wie der Herzog von Braunschweig wohl wußte, nur ein leeres Drohmittel gewesen. Dagegen gab England für den Fall, daß Frankreich seine holländische Politik aufgebe, die freundlichsten und friedlichsten Versicherungen auch nach der französischen Erklärung vom 16. September. Die Entscheidung in Paris hing von dem Erfolg der preußischen Waffen ab und fiel dementsprechend.

XIV. Die Verhandlungen in Paris.

Da die Symptome des Friedensbedürfnisses in Frankreich unverkennbar waren, schickte Pitt Grenville nach Paris, um eine Versöhnung anzubahnen, und forderte Preußen zu einer gleichen Maßregel auf. Eine englische Flotte erschien nicht an der holländischen Küste, wie der Herzog von Braunschweig gewünscht hatte; Harris erklärte später, dies sei nicht geschehen, um den Krieg zu vermeiden.[1]

Amsterdam hielt sich noch, als am 20. September der Statthalter in den Haag einzog. Die Staaten von Holland beschlossen sofort seine Wiedereinsetzung in alle Würden, die Genugthuung für Preußen und die Prinzessin und auf Harris' Betreiben die Rücknahme des Hülfsgesuchs an Frankreich. Eine allgemeine Entwaffnung der Freikorps wurde vorgenommen und

die konstitutionellen Beamten wurden überall wieder eingesetzt. Die endgültige Entscheidung hing von der Haltung Amsterdams ab. Dort standen heimlich von dem französischen Kriegsministerium abgesandte Artilleristen mit dem Rest der holländischen Truppen. Noch während des preußischen Einmarsches wurde Amsterdam durch französische Offiziere besichtigt; es wurde als ungenügend befestigt gefunden und dementsprechend aufgegeben.[2] Harris und Wilhelmine trieben den zögernden Herzog von Braunschweig zum Angriff auf die Stadt an. Ehe sie allen Beschlüssen der Staaten von Holland beigetreten war, blieb alles in der Schwebe; hielt sie sich, so mußte Frankreich eine Mitwirkung an der endgültigen Neuordnung eingeräumt werden. Auch die Genugthuung schien erst vollkommen, wenn mit der Vernichtung der Patriotenpartei in Amsterdam die alte Verfassung vollständig wiederhergestellt worden war. Über den engen Zusammenhang zwischen der Genugthuungs- und der Verfassungsfrage, der Hertzberg nie zweifelhaft gewesen war, war man sich in Preußen jetzt vollkommen klar.

In Frankreich war die Entscheidung schon so gut wie gefallen. Brienne war aus Sparsamkeitsrücksichten gegen den Krieg und hatte alle Entschlüsse in der unverantwortlichsten Weise aufgehalten.[3] In dem Kabinett war der Gedanke aufgetaucht, durch den Krieg könnten die inneren Wirren beseitigt und wenn die französischen, so doch auch die englischen Finanzen zerrüttet werden.[4] Montmorin, der selbst schon mit halbem Herzen die holländische Politik getrieben, sich aber zu spät zu einer Schwenkung entschlossen hatte, trat mit Ségur und Castries in dem Ministerrat für den Krieg ein, wurde aber überstimmt.

Entsprechend der noch unentschiedenen Lage war die Instruktion Grenvilles abgefaßt: die preußische Genugthuung ist ein Punkt, ohne den England nichts abschließt; der Hauptpunkt aber ist die Beilegung des inneren holländischen Zwistes. Eng-

lands Interesse verlangt, daß die holländische Regierung sich nicht in den Händen seiner Feinde befinde; Frankreichs Politik, diese zu unterstützen, kann nur als gegen England gerichtet angesehen werden. Ehe Frankreich dies einsieht und auf seine Politik verzichtet, ist kein Abkommen möglich. Da Frankreich die Entwaffnung der Freikorps erst nach den Verhandlungen wünscht, kann man die Hauptpunkte derselben im voraus und zwar sofort feststellen. Bei der Regelung der Streitpunkte zwischen dem Statthalter und den einzelnen Provinzen können dem Statthalter einige Reformen neben seiner unbedingten Herstellung im Sinne der Verfassung zur freien Diskussion empfohlen werden; die konstitutionellen Magistrate müssen jedenfalls wieder eingesetzt werden. Das Abkommen muß sofort getroffen werden, aber nicht ohne Preußen. Eine ähnliche Erklärung hatte Eden in der Antwort auf die französische Ansage vom 16. September in Paris abgegeben.[5]

Die Hauptabsicht Englands war es also, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen; daher das scheinbare Eingehen auf französische Wünsche. Gab Frankreich die drei wichtigsten Punkte, die Wiedereinsetzung des Statthalters und der Magistrate und die Entwaffnung der Freikorps vor den eigentlichen Verhandlungen zu, so war es zum Krieg nicht entschlossen und bekannte seine Niederlage. Grenville hatte deshalb auch wenig Hoffnung, Frankreich so weit bringen zu können[6]; noch am Tage der Abfassung dieser Instruktion aber kamen die günstigen Nachrichten aus Holland, die die faktische Erfüllung der drei Hauptforderungen meldeten. Um Frankreich trotzdem die Mäßigung Englands zu zeigen, ging Grenville mit seiner Instruktion ab, obwohl zu einer Zusage von Reformen seitens des Statthalters jetzt keine Aussicht mehr war.[7]

Dieser gemäßigten Politik Englands entsprach die Preußens in der Note an Groschlag und der Instruktion an Goltz. Auf

Englands Wunsch entschloß sich Preußen zur Absendung Alvenslebens.[8] Dieser sollte die Hoffnung Preußens auf Wiederherstellung des guten Verhältnisses zu Frankreich aussprechen. Wenn Frankreich sich ganz aus Holland zurückziehen wolle, so sollte er es nicht hindern, andernfalls könnte die Vermittlung fortgesetzt werden nach Anerkennung der gegenwärtigen Situation in Holland durch Frankreich. Eine Vermittlung sei aber nur nötig, wenn die Patrioten in Amsterdam sich halten könnten. Fügten sie sich, so sei vielleicht Frankreichs Teilnahme an einer Vermittlung deshalb zuzulassen, damit es die neuen Verhältnisse mit garantiere. Dann müsse es aber alle Beschlüsse der Staaten von Holland förmlich anerkennen.

Entsprechend dem Doppelspiel Frankreichs in London und Berlin stand Preußen mehr auf dem Boden des Wirklichen in seiner Instruktion. Die Voraussetzung, daß Frankreich sich ganz zurückziehen werde, war nach dem Verhalten Groschlags die wahrscheinlichste. Im ganzen zeigte sich Preußen viel weniger entgegenkommend als England. Einen ähnlichen Gedanken wie den preußischen, Frankreich zur Garantie zuzuziehen, um es dadurch mit seiner Partei für immer zu verfeinden, hatten allerdings auch Harris und Pitt, der sogar einige geringe Reformen zu diesem Zweck zugestehen wollte.[9]

Das war aber mehr, als man selbst von einem besiegten Frankreich hätte verlangen können. Als Grenville am 25. September in Paris ankam, hatte Frankreich noch keine Rüstungen zu Land vorgenommen. Er schrieb denn auch sofort nach London[10], eine beiderseitige Abrüstungserklärung sei besser als alle Verhandlungen über die einzelnen Punkte, auch Preußen bekomme dadurch freie Hand in Holland. Es schien ihm, als ob Frankreich die ganze Sache als entschieden ansähe. Daß Goltz für Verhandlungen instruiert wurde, war ihm daher eher unerwünscht. Er überzeugte sich bald, daß es zu einer all-

gemeinen Abrüstung kommen werde, sobald die Zustimmung Preußens da sei. Carmarthen hatte denn auch Eden zu der Erklärung beauftragt[11], daß England zur Abrüstung bereit sei. Der Gedanke, Frankreich zu der Garantie zuzuziehen, fiel dadurch, daß Montmorin jede weitere Verhandlung über Holland ablehnte, so lange die preußischen Truppen dort ständen. Die englische Regierung selbst war von diesem Gedanken, trotzdem Harris darauf drängte, abgekommen, da er nur Gelegenheit zu neuen Streitigkeiten geben konnte.[12] Alles war jetzt zur Abrüstung bereit, nur Preußens Zustimmung und Nachrichten über Amsterdam standen noch aus. Auf die englische Mitteilung von dem Stande der Verhandlungen stimmte das preußische Ministerium der Abrüstungserklärung zu[13] unter der Bedingung, daß Frankreich der Unterstützung seiner Partei in Holland entsage. Eine Intervention der drei Höfe danach sei nicht wünschenswert, die Verhandlungen sollten daher auf die Abrüstung beschränkt bleiben.

Noch immer spielte Montmorin sein Doppelspiel: während er Eden ein Abkommen mit England über die europäische Lage andeutete, teilte er dem am 21. Oktober erst eintreffenden Alvensleben mit, Frankreich habe gar keinen Krieg gegen Preußen führen, sondern seine ganze Kraft gegen England wenden wollen[14], was allerdings der Art der vorgenommenen Rüstungen entsprach. Auf die schließliche Erklärung Preußens, es werde seine Truppen zurückziehen, wenn Amsterdam sich gefügt habe, wurde dann endlich die Abrüstungserklärung beschlossen[15], da man die Nachricht von dem Falle Amsterdams in Paris schon hatte. Goltz, der die preußische Erklärung abgab, hatte hinzugefügt[16], die preußischen Truppen würden nur auf Wunsch der Staaten von Holland noch in der Republik stehen bleiben, was das Ministerium bestätigte. Die von Harris und Preußen gewünschte Erklärung Frankreichs, daß es

seine Partei in Holland aufgebe, war nicht verlangt worden. Das ganze Benehmen Englands zeigte, daß es nach der Wiedergewinnung Hollands Frankreich möglichst zu schonen wünschte; der Hauptgrund dazu lag in den Ereignissen im Osten. Mit Bezug auf die preußische Erklärung gab Frankreich zu, daß es seiner Ansage in London keine Folge geben werde, da der Grund dazu weggefallen sei und daß es feindliche Absichten wegen der Ereignisse in Holland nach keiner Seite hin hege.

England hatte alles wesentliche in Paris gethan; zwischen Frankreich und England entschied sich hauptsächlich der Streit. Preußen hatte der weiten Entfernung und der langsamen Reise Alvenslebens wegen nur die zweite Rolle in der ganzen Verhandlung gespielt. Die preußischen Waffen hatten zwar die Entscheidung gebracht, aber der Leiter der ganzen Umwälzung war Harris gewesen. Ohne die englischen Rüstungen und Zusicherungen in Berlin, ohne die Beseitigung Givets durch die englischen Drohungen wäre wahrscheinlich der ganze Feldzug nicht unternommen worden; ohne das entschiedene und doch maßvolle Auftreten Englands in Paris wäre Frankreich nicht so unbedingt zurückgewichen. England hatte aber auch viel erreicht. Holland war gewonnen, der Krieg, der für die Finanzen Englands und Indiens verhängnisvoll gewesen wäre[17], war vermieden. Zugleich war ein günstiges Abkommen über Indien erreicht; die Erhaltung des Handelsvertrags mit Frankreich war bei den großen Vorteilen, die er England bot, auch erwünscht gewesen. Preußen war von Frankreich getrennt nnd durch die Konvention in den Dienst der holländischen Politik Englands gebracht worden, was noch 1785 mißlungen war. Die geschickte Art, wie England den mit Montmorin und Rayneval befreundeten Eden verwandte, der seinen Handelsvertrag retten wollte und ein freundliches Verhältnis mit Frankreich wünschte, war ein Meisterstück der englischen Politik. England preßte

Frankreich sozusagen in freundschaftlicher Umarmung, nahm ihm das Gewünschte ab und zeigte sich dann besorgt für sein weiteres Wohlergehen.

Für Preußen liegt die Rechtfertigung des Feldzuges zunächst in der Notwendigkeit, eine der Schwester des Königs angethane Beleidigung nicht ungesühnt zu lassen. Nachdem einmal, etwas übereilt, die Rüstung beschlossen war, konnte Preußen nicht mehr zurück, ohne sein schon stark erschüttertes Ansehen ganz aufs Spiel zu setzen. Für Hertzberg war die Thatsache, daß England wieder zur Einwirkung auf den Kontinent und zwar im Verein mit Preußen gelangt war, das wichtigste Ergebnis. Gewann Preußen jetzt das englische Bündnis, so konnte Hertzberg seinen Plänen im Osten nachgehen, die im Hintergrund seiner ganzen Politik standen. Anders als durch die holländische Dienstleistung war die Rückendeckung durch England aber nicht zu erreichen gewesen. Freilich war man bis jetzt infolge der schwankenden Haltung des Königs, der sich zu jedem Schritt durch die Ereignisse hatte drängen lassen, nicht in der Lage gewesen, England zu entsprechenden Gegenleistungen zu verpflichten.

Für Frankreich war die holländische Niederlage von entscheidender Bedeutung. Die Sentimentalität und der Leichtsinn der regierenden Klassen, die mit dem Feuerzeug der Hebung der unteren Klassen spielten, hatte sich auch in der holländischen Politik bemerkbar gemacht; zu spät hatte man die Gefahren der stetigen Entwicklung der Patrioten zu der radikalen Demokratie hin erkannt. Im Anfang des Bündnisses, als die patriotische Partei ganz von Frankreich abhing, wäre es noch möglich gewesen, ihr Halt zu gebieten und durch eine Art Garantie des schon an sich geschwächten Statthalteramtes den Grundfehler dieses so wichtigen Bündnisses, daß es sich nämlich auf eine künstlich großgezogene Revolutionspartei stützte, einigermaßen zu

verbessern. Dies war, nicht zum wenigsten durch die Schuld des unfähigen Vérac, versäumt worden und unaufhaltsam wurde Frankreich in die radikalen Kreise hineingezogen, obwohl es bis zuletzt an seinen Grundsätzen, den Statthalter aus Holland nicht vertreiben zu lassen und die Demokratie zurückzuhalten[18], wenigstens theoretisch festgehalten hatte. Die Schwäche, die nicht im rechten Moment durchzugreifen wagt, sondern immer noch einmal temporisiert, war so recht bezeichnend für die ganze Lage Frankreichs. Wirklich ernste Bedenken über die Folgen dieser Unterstützung einer benachbarten Revolution durch das mit Zündstoff angefüllte Frankreich scheinen der französischen Regierung ebensowenig wie bei dem amerikanischen Krieg aufgestiegen zu sein. Montmorin erhielt nur ein zerrüttetes Erbe. Ein Zurück, das er so gern gefunden hätte, gab es nicht mehr, denn unaufhaltsam war in jede Lücke die offensive englische Politik eingedrungen. Ein teilweises Nachgeben, auch wenn Frankreich sich dazu entschlossen hätte, und das that es ja in den letzten Phasen, wollten Harris und die Prinzessin gar nicht mehr; sie wollten alles oder nichts, das sah Montmorin wohl ein. Aus dieser seiner Stimmung ist auch nur sein leichtes Nachgeben zu verstehen. Die Wirkung der Niederlage war für Frankreich nach außen und im Innern vernichtend. Ein Krieg wäre im Volk und besonders bei Heer und Flotte populär gewesen[19], das Nachgeben enthüllte die Schwäche der Regierung; der Weg zur Revolution war offen. Einen so gewagten Entschluß wie etwa den, die inneren Wirren durch einen Krieg zu beseitigen, vermochte die Regierung nicht zu fassen. Das Ansehen Frankreichs nach außen und damit auch der Krone im Innern kam auf seinem Tiefstande an. Zum mindesten ebenso wichtig wie alle tausendfältig aufgezählten inneren Gründe der Revolution war die Thatsache, daß der Regierung die Zügel der auswärtigen Politik aus der Hand fielen; hielt sie diese fest, so

konnte sie sich an ihnen im Krieg oder Frieden wieder emporziehen. Die holländische Niederlage zusammen mit dem Haß gegen das System Marie Antoinettes, das Bündnis mit Österreich, sind mit die entscheidenden Gründe des Sturzes des Königtums.

XV. Hertzbergs Politik.

Hertzberg hatte noch vor der holländischen Entscheidung in einer längeren Denkschrift vom 27. August dem König die neuen Bahnen für die preußische Politik vorgezeichnet. Er verlangte, daß Preußen seine Großmachtsstellung, die es nicht seinem Territorium und seiner Bevölkerung, sondern dem Genie des großen Königs verdanke, aufrecht erhalte auf Grund seiner Lage zwischen den Großmächten Frankreich, Österreich und Rußland. Preußen hält zwischen diesen das Gleichgewicht, verstärkt durch den Anschluß der kleinen europäischen Staaten. Dies sei der einzige und wirkliche Zweck des Fürstenbundes, betonte Hertzberg dringend, der Preußen immer eine sichere Stellung gebe, so lange es seine Rolle als Großmacht durch energisches Auftreten weiter spiele. Daneben braucht Preußen aber ein gutes Einvernehmen oder ein Bündnis mit einem Teil seiner Nachbarn. Mit Österreich ist dies unmöglich, da es Schlesien nie vergessen wird und sein Streben nach der deutschen und polnischen Monarchie gegen die preußischen Interessen angeht. Nur zeitweise, bei Teilungen etwa, kann Preußen mit Österreich zusammengehen; es muß sich aber vor Übervorteilungen wie bei der polnischen Teilung hüten.

Das Bündnis mit Frankreich war nötig, solange Preußen eine Macht zweiten Ranges war und das Versailler Bündnis noch nicht bestand. Da dieses fortdauert, sind die preußischen

Beziehungen zu Frankreich immer nur unsicher. Wenn auch Frankreich Preußen als Gegengewicht gegen Österreich betrachtet, so ist doch Marie Antoinettes Einfluß so groß, daß er jede gute Absicht des Ministeriums durchkreuzen kann. Den Beweis für diese Behauptung findet Hertzberg in dem schwachen und zweideutigen Benehmen Frankreichs bei dem bayrischen Erbfolgekrieg, dem Tauschplan, der Scheldefrage und jetzt in Holland. Nur die Furcht vor dem englisch-preußischen Bündnis zwingt Frankreich zur Rücksichtnahme auf Preußen. Die Stellungnahme Frankreichs für den Fürstenbund erklärt Hertzberg aus der Überlegung Frankreichs, daß Preußen mit ihm die französischen Aufgaben auf seine Schultern nehme. Klar habe es sich auch nie über den Tausch ausgesprochen und die Möglichkeit bestehe, daß es, um seines Gegensatzes gegen England willen, eines Tages ihm zustimme. Seit Frankreich seine Macht zwischen Heer und Flotte geteilt, durch die Kosten für die Flotte seine Finanzen und sein Heer ruiniert und durch die Notabelnversammlung seine Regierung geschwächt hat, ist es nicht mehr zu fürchten. Sein Einfluß in Holland ruht auf schwachen Füßen und sein Verhalten in der ganzen holländischen Affaire ist höchst zweideutig gegenüber Preußen, das ihm also nur fest gegenübertreten muß, so lange es sich in dieser schwächlichen Lage befindet.

Als das natürlichste System für Preußen bezeichnet Hertzberg das nordische, der Bund mit Rußland und England zusammen mit dem Fürstenbund, Dänemark und Holland. Das Bündnis mit Rußland ist ihm nützlich und nötig zugleich wegen der offenen preußischen Grenzen, der beiden Mächten gemeinsamen Politik, Polen in seinem Schwächezustand zu erhalten, und des Gegensatzes gegen Österreich. Katharina hat Österreich aufgesucht ihrer Türkenpläne wegen; sie wird aber merken, meint Hertzberg in Übereinstimmung mit der Absicht Friedrichs

des Großen, daß Österreich den Plan des griechischen Reiches nicht unterstützen wird, um nicht den stärkeren Nachbarn gegen den schwachen einzutauschen. Sie oder wenigstens der Großfürst Paul werde wieder zu Preußen zurückkehren und die beiden Mächte können dann Polen und Deutschland beherrschen. Ein befriedigendes Abkommen zwischen Rußland und der Pforte kann getroffen werden und Preußen sich seine Abrundung in Polen holen.

Hertzberg kommt dann zu dem für ihn augenblicklich wichtigsten Punkt, dem Verhältnis Englands zu Preußen. Für den Plan des nordischen Systems ist England unbedingt nötig; es ist Seemacht, Preußen ist Landmacht, also reiben sich die Interessen beider nicht aneinander. Beide müssen Österreich und Frankreich in Schranken halten, vor allem in Deutschland, von dessen Unabhängigkeit die Sicherheit Europas abhängt. Sie müssen deshalb den Fürstenbund stärken, was England durch Hannover, seine Beziehungen zu den deutschen Fürsten, durch Hülfstruppen und sein Geld, das es nach der Finanzreform, anders wie Frankreich, zur Verfügung hat, vermag. Ohne England und Hannover ist der Fürstenbund ein kraftloses Scheinwesen. Beide Mächte haben auch das Interesse, Holland in ihr System hineinzuziehen, da dieses das Verbindungsglied zwischen England, Preußen und Deutschland bildet. Zu der dazu nötigen Erneuerung des holländisch-englischen Bündnisses ist jetzt die Gelegenheit da. Fügt Frankreich sich nicht, so wird sein System in Holland gestürzt, England und Holland treten dem Fürstenbund bei und legen damit den Grundstein für das nordische System. Gegen die Behauptung, daß der preußische Einmarsch in Holland einen Krieg mit Österreich, Frankreich und Rußland heraufbeschwöre, macht Hertzberg geltend, daß Frankreich nur im Bund mit Österreich gegen Preußen und England fechten könne, Österreich aber sei freundlich gesinnt

und im Innern in gefährlicher Lage; Preußen könne ihm in Brabant, Ungarn und Böhmen Revolutionen erregen. Widersetzt sich Rußland, so stellt Preußen sein Heer den schlechten russischen Truppen entgegen und erregt womöglich eine Revolution für den Großfürsten Paul und eine türkische Diversion.

Außer der Beurteilung Rußlands stehen alle diese Gedanken Hertzbergs auf durchaus realem Boden. Er sah Rußlands Schwäche gegenüber Preußen wohl ein, überschätzte seine Stärke aber nach der Türkei hin. Weil Katharina an ihr griechisches Reich zunächst noch gar nicht denken konnte, war auch an einen Streit zwischen den Kaiserhöfen vorerst noch gar nicht zu denken. Überhaupt aber lag dem System Hertzbergs, das zunächst eine Verbindung mit Rußland und England erstrebte, ein Fehler zu Grunde, nämlich die Verkennung der englisch-russischen Beziehungen. Wie Friedrich der Große glaubte Hertzberg nicht an die Möglichkeit eines Bruches zwischen diesen beiden Mächten. Die unablässige Umwerbung Rußlands durch England im amerikanischen Krieg und auch nach demselben konnte allerdings auf den Gedanken bringen, daß England sich nie gegen Rußland wenden werde. Aber das österreichische Bündnis hatte doch Katharina in ganz andere Bahnen geführt. Das Scheitern der Politik des nordischen Systems unter Fox, die weitere Ablehnung englischer Bündnisanträge und die radikale Änderung der russischen Handelspolitik hätten das dem preußischen Minister klar machen müssen. Allerdings sollte erst das Jahr 1788 volle Aufklärung in diesem Punkte bringen und da zeigte es sich, daß die englischen Minister, ebenso wie Hertzberg, die Festigkeit der Kaiserin in der einmal unternommenen Politik beträchtlich unterschätzt hatten.

Eine besondere Betonung wird in dieser Denkschrift auf Englands und Frankreichs Beziehungen zu dem Fürstenbund

gelegt. Auf diesem Umweg sollte dem König das Zusammengehen mit England annehmbar gemacht werden. Friedrich Wilhelm fürchtete des Bundes wegen den Bruch mit Frankreich; Hertzberg, unterstützt darin durch Wilhelmine, zeigte ihm die Kehrseite, daß er nämlich durch die Feindschaft mit England mindestens ebenso gefährdet war, besonders seit Frankreich immer mehr zurücktrat. Diese Furcht des Königs ganz zu beseitigen, ist Hertzberg aber bis zu dem englischen Bündnis hin nicht gelungen.

Hertzberg hatte mit der holländischen Revolution seinen ersten Erfolg erreicht, freilich mühsam genug und nicht aus eigener Kraft allein. Obwohl er jetzt alle Geschäfte allein leitete[1], waren die Schwierigkeiten seiner Stellung doch keineswegs gehoben; die Partisanen des Fürstenbundes und Frankreichs machten ihm nach wie vor das Leben sauer. Daß auch er übermäßig auf die Erhaltung eines Gleichgewichts zwischen Frankreich und England in Holland nach dem Feldzug drängen mußte, mag in erster Linie auf ihr Wirken zurückzuführen sein.

Karl August von Weimar, dem hinter dem Rücken der preußischen Minister von Friedrich Wilhelm die Leitung der deutschen Politik übertragen worden war, war wieder mit neuen Plänen bei der Hand, die nichts Geringeres erstrebten, als Preußen in seiner neuen Stellung und Holland in den Dienst der deutschen Fürsten zu stellen. Eine Verteidigungsstellung zwischen Frankreich und Österreich sollte hauptsächlich mit Beihülfe Hollands geschaffen werden[2]; das preußische Bündnis mit England erschien dem Herzog dagegen als die erklärte Abhängigkeit Preußens von England.[3] Diese Pläne, ebenso wie ähnliche in Militärkreisen, die an eine Besetzung Maestrichs und einiger Festungen in den Generalitätslanden dachten, waren vollkommen unausführbar[4]; schon 1785 hatten sich in Holland lebhafte Befürchtungen vor den Ausdehnungsbestrebungen des Fürsten-

bundes geltend gemacht, sie treten bei dem Abschluß des Bündnisses mit Preußen noch einmal stark hervor. Auch die unnötige Provokation Österreichs und Frankreichs, das in Berlin im Juni 1788 ernste Vorstellung über die Fürstenbundsagitation machte, sprach gegen diese Gedanken. Hertzberg beseitigte sie durch Beschleunigung der Bündnisverhandlungen. Durch den Abschluß zwischen Preußen und Holland allein ohne England wich er einer zu starken Inanspruchnahme Preußens seitens England und einer Verschärfung des Gegensatzes zu Frankreich aus, was Friedrich Wilhelm selbst freilich durch das Looer Bündnis wieder vereitelte. Den Gedanken des Anschlusses Hollands an den Fürstenbund hatte er dem König wohl nur vorgetragen, um ihn zu dem Feldzug geneigt zu machen; er wollte nicht den holländischen Erfolg dem Fürstenbund zuliebe, der ihm jetzt immer mehr in den Hintergrund trat, in Frage stellen. Neben den holländischen Plänen gingen die Arbeiten für eine Ausgestaltung des Fürstenbundes, wie sie neben dem Herzog von Weimar vor allem Stein[5] vertrat, dem alle anderen Aufgaben Preußens neben diesen als nichtig erschienen und der sich am Mainzer Hof in einer scharfen Kritik der preußischen Politik erging. Karl August erhob dabei unter anderem die alte Forderung der Fürsten auf Gleichstellung mit den Kurfürsten bei den zu schaffenden Unionskongressen und gleiche Stimmführung beider.[6] Nichts kann deutlicher die gänzliche Verkennung der wirklichen Machtverhältnisse seitens der deutschen Politiker zeigen als diese Forderung. Solche Vorschläge waren am allerwenigsten geeignet, die ängstlich an ihren Sonderinteressen festhaltenden Kurhöfe Sachsen und Hannover, die nicht die geringste Neigung zu einer Fortentwicklung des Bundes zeigten, zu gewinnen.

Wollte Preußen überhaupt in seiner Fürstenbundspolitik fortfahren, so mußte das System des Balancierens zwischen

Frankreich und England fortgeführt werden, wie etwa noch Anfang 1787 bei der Koadjutorenwahl in Mainz, bei der, ohne daß Hertzberg in diese Politik eingeweiht worden war, Alvensleben durch den Herzog von York Georg III. um Geldunterstützung angegangen hatte und Frankreich durch Goltz dafür interessiert worden war.[7] Hertzbergs Politik, die jetzt dem nordischen System zusteuerte, war demgegenüber eher eine Fortsetzung der Friederizianischen, die auch nur notgedrungen sich auf die Verbindung mit den deutschen Fürsten beschränkt hatte. Der Fürstenbund war eine viel zu schwerfällige Waffe für die von Hertzberg erstrebte aktive Politik Preußens, infolge der Kriegsfurcht und der mangelnden Unterordnung der deutschen Fürsten; auch war er zur Defensive abgeschlossen. Hertzberg erkannte richtig, daß Preußen in erster Linie preußische, nicht deutsche Politik treiben mußte. Außerdem hatte man ja jetzt einen Bundesgenossen, England, während Frankreich viel zu schwach für eine aktive Politik im Sinne des Jahres 1756 war und die Kaiserhöfe im Osten zu thun hatten. Daß Hertzberg also mit ganzer Energie auf die Nutzbarmachung Englands durch ein Bündnis hindrängte, war nur vernünftig. Beide Mächte standen frei und mächtig da und konnten in die sich ihnen öffnenden neuen Bahnen einlenken. Daß Preußen die Gunst des Augenblicks einer glücklich überwundenen Balancierungspolitik zuliebe nicht verscherzen durfte, darüber war sich Hertzberg klar. Ein Gutes hatten die deutschen und französischen Intriguen gegen Hertzberg, daß sie nämlich England zu schnellerem Anschluß an Preußen antrieben, nachdem es durch Ewart direkt und Hertzberg indirekt auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden war, daß es den Ereignissen im Osten bündnislos entgegengehen müsse.

XVI. Verhältnis Preußens und Englands zu Österreich.

Die Furcht vor Österreich, die Preußen zu der Umwerbung Frankreichs gezwungen hatte, war auch in Friedrich Wilhelm sehr lebendig gewesen; jetzt hatte sie sich angesichts der inneren und äußeren Lage Österreichs stark vermindert. Die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten auch seit Friedrichs Tod eine andere Färbung angenommen. In beiden Lagern gab es Stimmen, die der Beseitigung der alten Feindschaft das Wort redeten. In Österreich gehörte zu diesen kein Geringerer als Joseph II. selbst, den die französische Politik der letzten Jahre, ebenso wie seinen Bruder Leopold, mit lebhafter Abneigung gegen Frankreich erfüllt hatte und der eine zu große Abhängigkeit von Rußland zu vermeiden wünschte. Er hatte mit Kaunitz eine Aussöhnung mit Preußen kurz nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms beraten. Der in der Feindschaft gegen Preußen ergraute und an seinem Dreibund festhaltende Minister hatte aber seine gegenteilige Meinung durchgesetzt.[1] Auch Kaunitz wünschte aber zunächst Preußen sicher zu machen, um es nachher desto sicherer verderben zu können, und beauftragte den Fürsten Reuß[2] in Berlin, dem neuen König sein Mißtrauen gegen Österreich auszureden; beiderseits freundliche Erklärungen wurden beim Regierungsantritt ausgetauscht. In Warschau und Wien tauchten Gerüchte von einer Einigung Preußens und Österreichs auf, die die Fürstenbundsstaaten in Aufregung versetzten und auch Frankreichs Aufmerksamkeit erregten.[3] Joseph erwog bis in den September des Jahres 1787 hinein mit Cobenzl und Spielmann Pläne, die die Abrundung Österreichs im Einvernehmen

mit Preußen und seine Unabhängigkeit von Frankreich betrafen.[4] Möglicherweise waren damals schon Preußen polnische Erwerbungen zugedacht als Gegengabe für den bayrischen Tausch.[5] In Berlin suchte man den König durch eine freundliche Haltung während der holländischen Krisis solchen Plänen geneigt zu machen.

In Preußen hatte Prinz Heinrich ähnliche Gedanken, er verwünschte die Fürstenbundspolitik und scheint sich mit Säkularisationsplänen getragen zu haben. Gegen deutsche Erwerbungen Preußens, wie etwa die Lausitz, lag ihm auch die Zulassung des bayrischen Tausches nicht fern[6], ein Gedanke, der allen Friederizianischen Traditionen ins Gesicht schlug. Finkenstein blieb in den alten Geleisen; er wollte jeden Zwiespalt zwischen Österreich und Frankreich genährt wissen und Preußen im Gegensatz zu Österreich halten. Er fand sich darin mit den Fürstenbundspolitikern. Hertzberg hielt ebenfalls an der alten Feindschaft gegen Österreich fest, nur fand er sich zu augenblicklichen Konzessionen bereit. Gerade vor Beginn des Feldzuges spielen die Intriguen der verschiedenen Parteien sich am lebhaftesten ab.

Die Verwicklung Preußens in Holland sah man in Wien gern, da sie Preußen und Frankreich in Streit bringen mußte. Es galt also beiden Mächten die Neutralität Österreichs zu versichern, damit sie sich um so unbesorgter in den Streit vertiefen konnten; aus ihm konnte sich eine günstige Wendung für den Tauschplan ergeben.[7] Kaunitz hatte schon im Oktober 1786 in Berlin erklären lassen, Österreich sei nur ein ruhiger Zuschauer in den holländischen Wirren.[8] Den Eifer Görtzs hatte der österreichische wie der russische Gesandte im Haag auf jede Weise ermuntert und damit Görtz, nicht aber Friedrich Wilhelm, der die Absicht durchschaute, getäuscht. Zu derselben Zeit etwa gab Österreich nach der Erkundigung Hofenfels', des über die

französische Politik stets wohlunterrichteten zweibrückischen Ministers, ganz andere Erklärungen ab[9], die Frankreich die Zustimmung Österreichs zu seinem Vorgehen in Holland versicherten. Zu Beginn des Jahres 1787 trug Kaunitz in Rußland wieder sein ceterum censeo, die Vernichtung Preußens vor der Ausführung der Türkenpläne, vor.[10]

In Berlin spielte die österreichische Gefahr für den Fall eines holländischen Feldzuges bei dem König eine große Rolle; Hertzberg mußte ihn in diesem Punkt erst sicher machen. Er ging deshalb eine Verbindung mit Bischoffwerder ein, der, wie wir gesehen haben, schon damals eine wichtige Rolle in der auswärtigen Politik Preußens spielte. Bis zu der ersten englischen Erklärung und darüber hinaus hatte Hertzberg das volle Vertrauen des Königs noch nicht wiedergewonnen, so daß die Verbindung mit dem Vertrauten des Königs ihm höchst wertvoll war. Bischoffwerder zusammen mit dem Grafen Brühl, der, offenbar im Einverständnis mit dem Fürsten Reuß, ihn und Wöllner für ein besseres Verhältnis zu Österreich gewonnen hatte[11], unterstützte Hertzberg in dessen Plänen eines Anschlusses an England und eines Feldzuges in Holland bei dem König und Ewart; dafür konnte er eine sehr freundlich gehaltene Erklärung an Österreich durchsetzen, in der die preußischen Rüstungen mitgeteilt wurden. Reuß sprach bei der Beantwortung sich nicht ganz klar über die Stellung Österreichs zu den holländischen Unruhen aus. Dies gab Finkenstein Gelegenheit, bei Friedrich Wilhelm das Schreckgespenst einer österreichischen Unterstützung Frankreichs in Holland erscheinen zu lassen. Bischoffwerder vereitelte diese Intrigue, ähnlich wie die gegen England, durch einen direkten Brief an den österreichischen Gesandten und erwirkte ein volles Dementi.

Die am 9. August eintreffende österreichische Antwort lautete sehr freundlich. Joseph ließ sagen, er sei erfreut über

die freundschaftliche Gesinnung Preußens, er erwidere dessen Gefühle und erhoffe ein engeres Einverständnis beider Mächte, für das alles spreche. Auch würden die Spekulationen bornierter Politiker, die alles schwarz sähen, dadurch beseitigt. Reuß bezog diese Anspielung auf den russischen Gesandten Rumiantzoff. Preußen sprach dafür seine Wünsche auf baldige Beendigung des belgischen Aufstandes aus. Auch bei Bischoffwerder hatte Reuß die Versicherung der Freundschaft Josephs für Preußen angebracht.

Trotz aller freundlichen Erklärungen blieb das Mißtrauen Friedrich Wilhelms rege; er wünschte jedenfalls Österreich aus der holländischen Vermittlung ausgeschlossen zu sehen. Bischoffwerder hätte am liebsten allen Mißverständnissen durch eine Zusammenkunft zwischen Joseph und Friedrich Wilhelm ein Ende gemacht und hatte eine solche gelegentlich einer Intrigue Finkensteins, der eine erste österreichische Erklärung bei Faciola in einem für Frankreich ungünstigen Sinn auslegte[12], angeregt. Daß aber Joseph den Augenblick des preußischen Feldzuges zu benutzen gedachte, war unzweifelhaft. Gerade jetzt schienen die belgischen Wirren beigelegt, da erfolgte die türkische Kriegserklärung und vernichtete alle österreichischen Pläne im Keim.[13] Friedrich Wilhelm atmete auf.

Seit der Ablehnung seiner Anträge in Berlin im Jahre 1785 hatte England sich bemüht, ein gutes Verhältnis zu Österreich wieder herzustellen. (Vgl. Kap. IV, Anm. 5.) Die unsichere, zum Teil feindliche Haltung Preußens zwang es, abgesehen von der größeren Bedeutung eines österreichischen Bündnisses, zu dieser Politik. Bis in das Jahr 1787 hinein ging diese Umwerbung Österreichs, während Hollands wegen doch auch Preußen nicht außer acht gelassen werden durfte.[14] Mit dem Herannahen der holländischen Krisis hatte dann England im Sinn der Freunde eines österreichisch-preußischen Einvernehmens gearbeitet. Der belgische

Aufstand war ihm dazu sehr gelegen gekommen. Ein nicht ganz unberechtigtes Mißtrauen, daß Frankreich diesen Aufstand nähre, um langgehegte Pläne zu verwirklichen, war in Wien rege.[15] Dieser Verdacht lag nahe bei der offenen Unterstützung der revolutionären Partei in Holland durch Frankreich. Deren Bestehen allein und auch geheime Verbindungen mit den Brabantern[16] trugen trotz des verschiedenen Charakters der Revolution nicht wenig zur Erhitzung der Gemüter in Belgien bei. Frankreich hatte, um Österreich nicht zu verstimmen, seine Neutralität bei dem belgischen Aufstand zugesichert und alle Gerüchte, daß es diesen nähre, für Lüge erklärt.[17] England dagegen bemühte sich, das Mißtrauen Österreichs nicht einschlafen zu lassen, da es selbst die Ereignisse in Belgien mit einiger Besorgnis sah.[18] Es erkannte die Gunst der Lage, die Österreich bei einem wirklichen Abfall der Niederlande auf die alte Verbindung mit England hinweisen mußte. Keith in Wien hatte den Auftrag, auf die französischen Umtriebe in Belgien aufmerksam zu machen, und that dies in einer Unterredung mit Joseph.[19] Der Kaiser selbst gab die Aufhetzung seiner Unterthanen durch die Patrioten zu, ging aber auf die den Patrioten feindliche englische Auffassung nicht weiter ein. Jedenfalls aber gewann Keith die Überzeugung, daß keine französisch-österreichischen Abmachungen über Holland beständen.

Für den holländischen Feldzug mußte England Preußen Sicherheit vor Österreich verschaffen und zugleich Österreich warm halten. Die Anfrage Englands in Berlin, ob Preußen zu einem Abkommen mit England geneigt sei, wenn dieses ihm die Nichteinmischung Österreichs garantiere, die mehrfache Versicherung, der Kaiser sei genügend in Belgien beschäftigt, beide Mächte hätten gemeinsames Interesse in den Niederlanden gegen die Revolution, und endlich die Anrufung Österreichs durch die von England gewonnenen Provinzen weisen deutlich auf diese

Politik Englands hin.[20] Am 14. September noch ließ Carmarthen die Freundschaft Englands für Österreich und die Hoffnung, in gutem Einverständnis mit ihm zu bleiben, in Wien erklären.[21] Hatte Preußen einmal seine Dienste in Holland geleistet, so konnte England noch immer überlegen, welcher der deutschen Mächte es sich anschließen sollte; am liebsten hätte es natürlich eine Vereinigung mit beiden gesehen. Bei der Krisis, die der türkische Krieg hervorrief, war der Anschluß einer derselben an England so gut wie sicher.

Aber wieder war Rußland jetzt der gewinnende Teil in dem Bündnis mit Österreich. Während Joseph in den durch russische Provokation entstandenen Krieg eintreten mußte, war ihm die Erhaltung des Bündnisses mit Frankreich, der Rückendeckung wegen, natürlich eine Notwendigkeit. Preußen und Österreich standen sich bald feindlich gegenüber. Der Wunsch Englands, mit Österreich nicht zu brechen, scheiterte an der österreichischen Kriegserklärung an die Türkei, deren Aufschub ihm wohl noch Hoffnung gegeben hatte. Erst im April 1788 aber erfuhr Keith in Wien, daß das Bündnis mit Preußen in Sicht sei, während er sich nach seiner erst vier Wochen alten letzten Instruktion zu anderen Schlüssen für berechtigt gehalten hatte.[22] Immer aber blieben die gemeinsamen niederländischen Interessen in Kraft und bewährten ihren Einfluß über das preußisch-englische Bündnis und die Reichenbacher Verhandlungen hinaus.

XVII. Der türkische Krieg.

Die Bedeutung der türkischen Wirren für die holländischen Ereignisse war keine geringe. Der türkische Krieg war den Kaiserhöfen, obwohl Katharina ihn bei der Chersonreise ge-

wünscht hatte, doch unerwartet gekommen.[1] Ende 1786 hatte Frankreich noch einmal vermittelt; es war dies die letzte der Vermittlungen vor der französischen Revolution und auch die erfolgloseste infolge des aufreizenden Benehmens Rußlands.[2] Österreich kam der Krieg höchst unerwünscht.[3] Sofort erhoben sich die Anklagen gegen England und Preußen, daß sie die Pforte aufgehetzt hätten. Der englische Gesandte in Konstantinopel, Ainslie, hatte jedenfalls für den Krieg gearbeitet, da er den englischen Interessen, wie sie Carmarthen schon 1785 betont hatte, auf das beste entsprach. Auch auf die guten Dienste Preußens rechnete die Türkei, wenn auch der preußische Gesandte keinerlei bestimmte Versprechungen hatte geben dürfen.[4] Sofort nach dem Bekanntwerden der Kriegserklärung befahl Friedrich Wilhelm, die Türkei in ihrem Kriegseifer nicht zu zügeln.[5] Aber auch Frankreich war diese Wendung nicht ganz unerwünscht gekommen. Montmorin hoffte, daß Preußen in dieser neuen Situation Anschluß an Frankreich suchen werde und hatte dies auch Goltz angedeutet.[6] Auch Choiseul-Gouffier in Konstantinopel hatte sein Teil zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Bei der Chersonreise Katharinas hatte er zur Ausrüstung Oczakows geraten und der Pforte, deren Niederlage er für sicher hielt, wenigstens ein ehrenvolles Unterliegen empfohlen.[7] Er und Ségur waren die rechten Vertreter der schwankenden türkischen Politik Frankreichs, die an dem alten Bundesgenossen verzweifelte und ihn doch noch nicht aufgeben wollte. Der eine trieb zur Rüstung, der andere riet zum Frieden. Die Friedensermahnungen in Rußland hatten Erfolg, durch einen Unfall aber kam die Nachricht zu spät nach Konstantinopel und Choiseul-Gouffier hatte schon sein Bestes gethan, die Pforte zum Widerstand zu reizen.

Es handelte sich jetzt für Frankreich darum, ob es seinen Plan, im Kriegsfall an der Teilung der Türkei teilzunehmen, ausführen sollte. Der sofortigen Bitte Rußlands um Vermitt-

lung gedachte Montmorin zu entsprechen[8] und that auch Schritte für den Frieden, hauptsächlich um England und Preußen aus der Vermittlung auszuschließen. Am 7. September erhielt Ségur noch die bezeichnende Instruktion, er solle jeden Anschein vermeiden, als ob Frankreich die Türkei unterstützen oder im Stich lassen wolle.[9] Nach der holländischen Niederlage entschied sich Montmorin zu einer Annäherung an die Kaiserhöfe, um dem englisch-preußischen Bund ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Ségur und Noailles in Wien erhielten den Auftrag, ein Bündnis vorzubereiten selbst auf die Gefahr hin, daß Frankreich an der Teilung teilnehmen müsse.[10] Zu einer klaren Entscheidung konnte aber Montmorin doch nicht kommen. Ségur berichtete die Bereitschaft Rußlands für das Bündnis und erhielt dafür einen Tadel, weil er zu rasch vorgegangen sei.[11] In Österreich schien man auch zunächst noch keine große Neigung zu einem solchen Schritt, der England und Preußen nur reizen konnte, während Frankreich schwach war, zu verspüren. Montmorin wollte sich erst die Haltung Englands vergewissern.

Pitt hatte Grenville bei seiner Sendung nach Paris aufgetragen, falls er bei Montmorin die Neigung, der Türkei zu helfen, bemerke, zu sagen, England werde sich dem nicht widersetzen[12], eine ähnliche Politik also wie die Shelburnes bei der Krimaffaire. Von Spanien erhoffte Carmarthen eine Mittelmeerdemonstration.[13] Dies waren an sich schon Zeichen einer eminent feindseligen Gesinnung gegen Rußland. Der Hauptzweck Englands aber war, Frankreich von den Kaiserhöfen fernzuhalten; auch an dem türkischen Handel hatte man seit dem französischen Handelsvertrag mehr Interesse gewonnen, und eine Beherrschung der Levante durch Rußland konnte England nur unerwünscht sein. Durch ein französisches Eintreten für die Türkei wurde der französisch-russische Handelsvertrag vernichtet, der England ein Dorn im Auge war, und vor allem mußte

Rußland wie bei der Krimaffaire eine Schwenkung zu England hin machen.

Frankreich wollte womöglich auch jetzt noch England und Preußen getrennt halten. Montmorin sprach den Wunsch aus, Alvensleben möge genauer über die preußischen Ziele instruiert werden; das preußische Ministerium lehnte diese Andeutungen aber, ebenso wie ähnliche, Goltz gegenüber gemachte, Bemerkungen über ein Zusammengehen Frankreichs, Englands, Hollands und Preußens, ab.[14] Eden hatte schon während der Krisis die Möglichkeit eines Abkommens mit Frankreich gesehen und hatte entsprechende Anspielungen empfangen.[15] Pitt ermächtigte ihn, im allgemeinen zu sagen, England wünsche nicht an dem türkischen Krieg teilzunehmen. Bei einer Teilnahme Frankreichs an dem Krieg sollte er aber England die Freiheit seiner Entschlüsse vorbehalten.[16] Montmorin bemerkte in der Folgezeit, er wünsche ein klares und gutes Verhältnis zu England, er sähe mit Vergnügen, daß die türkische Frage England und Frankreich im Einverständnis zeigen werde, und sei verwundert, daß England mit Frankreich, Preußen, Spanien und Schweden nichts gegen die Zerstörung des türkischen Reiches unternehmen wolle.[17] Englands Interesse sei, seinen indischen Handel, das Frankreichs, seinen Levantehandel zu bewahren; auf dieser Basis sei eine Einigung beider möglich.[18] Carmarthen ging auf die Andeutungen ein und ließ erklären, wenn Frankreich wirklich ein gutes Verhältnis zu England wünsche und auf Vergrößerungen verzichte, so sei England wirklich bereit, ihm entgegenzukommen. Gebe es Holland und Indien auf für den Fall, daß es England seine Levanteinteressen vertreten lasse, so sei kein Grund zu irgend welchem Streit vorhanden. Jeder bestimmten Erklärung über die türkische Frage und die Zulassung der russischen Flotte zur Fahrt in das Mittelmeer wich Montmorin aber aus und betonte nur, es bestände kein französisches

Abkommen mit den Kaiserhöfen über die Türkei, Frankreich habe nur über den Frieden mit ihnen verhandelt. Obwohl Pitt nicht viel von diesen Verhandlungen erhoffte, setzte er sie doch fort. Carmarthen ließ in Paris ferner sagen, Englands Interesse werde nicht wesentlich durch den Türkenkrieg betroffen, durch sein Schweigen mache sich Frankreich nur verdächtig; England werde es auf das schärfste beobachten, so lange die Möglichkeit feindlicher französischer Umtriebe an anderen Höfen bestände. Nur Frankreich könne England aus seinem defensiven System heraustreiben. Das englische Ministerium war fest entschlossen, keine Erweiterung des französischen Machtgebietes im Bund mit den Kaiserhöfen zu dulden. Es wünschte aber Frankreich zu zeigen, daß es abgesehen von diesem Fall von England nichts zu befürchten habe. Montmorin selbst war unentschlossen; nachdem der erste Schrecken über Holland verflogen war, zog Frankreich die nach den Kaiserhöfen ausgestreckten Fühler zunächst wieder zurück. Diesen Erfolg hatten die englischen Verhandlungen und Drohungen wenigstens, und England setzte seine Versuche, Frankreich zu einer antirussischen Politik zu treiben, auch späterhin fort.[19]

Das ganze Verhalten Englands gegenüber Frankreich ist bei diesen Versuchen bemerkenswert. Den wichtigsten Bundesgenossen hatte man Frankreich entrissen, bald folgten auch Holland, Schweden und Spanien. Zu einem Vernichtungskrieg gegen Frankreich aber war England keineswegs entschlossen, sobald sich dieses zu schwach für eine offensive, antienglische Politik zeigte. Man suchte es vielmehr zu schonen, um es mit den andern Mächten, mit denen man noch Beziehungen unterhielt, vielleicht gegen das immer deutlicher sich als Feind kennzeichnende Rußland zu verwenden. Daß Frankreich England nicht angreifen würde, dafür bürgten seine wachsenden inneren Verlegenheiten[20], denen es zu überlassen jedenfalls eine klügere Politik

war, als sie durch die Gefahr von außen zu beseitigen. Erst als das revolutionäre Frankreich in offensive Bahnen, besonders in den Niederlanden, einlenkte, entschloß sich England zu dem Krieg, der die Entscheidung in dem Ringen der beiden Rivalen um die Vormachtstellung nach zwanzigjährigem Kampfe definitiv bringen sollte. Die weitangelegten Pläne gegen Rußland, die neben dem Wunsch, Frankreich durch seine inneren Umwälzungen geschwächt zu sehen, der berühmten Friedensliebe Pitts zu Grunde lagen, mußten damit vorerst zur Seite gelegt werden.

XVIII. Verhältnis Preußens und Englands zu Rußland.

Sofort nach dem holländischen Feldzug war das Gerücht aufgetaucht, Österreich habe auf Frankreichs Bitte eine Triple-allianz in Rußland vorgeschlagen.[1] Dies stimmte wenig zu der österreichischen Beglückwünschung in Berlin anläßlich des holländischen Erfolges, der Österreichs Eifersucht nicht errege. Preußen und England fanden es nötig, in Rußland über die Tripleallianz Vorstellungen zu machen. Das Ereignis, das Friedrich der Große und England im Jahre 1785 gefürchtet hatten, schien jetzt eintreten zu wollen. Beide Mächte wollten versuchen, Rußland von diesen Bestrebungen zurückzuhalten. Für Preußen schloß sich an diese Vorstellungen ein Schritt ernsten Entgegenkommens gegenüber Rußland, den Hertzberg herbeigeführt hatte. Das nordische System, für das Friedrich Wilhelm gewonnen war und zu dem man nach Hertzbergs Meinung durch den holländischen Erfolg die beste Grundlage gelegt hatte, sollte damit in Angriff genommen werden.

Seit Friedrich Wilhelms Thronbesteigung hatte sich Preußen bemüht, trotz der fortwährenden Intriguen Rumiantzoffs zu

einem erträglichen Verhältnis mit Rußland zu kommen. Dies schien auch anfangs Erfolg zu haben. Rumiantzoff erklärte in einer Unterredung mit dem englischen Gesandten Lord Dalrymple, Rußland sei mit Österreich nur für die türkische Frage verbündet und habe nicht auf seine preußischen Beziehungen verzichtet[2], was Hertzberg dem König sofort mitteilte. Bei der Erwiderung auf die preußischen Eröffnungen über Holland, in der Rußland den Wunsch aussprach, die holländische Verfassung möge erhalten werden und hinzufügte, es habe Holland sein Mißfallen durch die Ablehnung eines Handelsvertrags gezeigt, kam Rumiantzoff zu dem Schluß, Rußland wolle sich offenbar Preußen wieder nähern und sei zur Erneuerung des alten Systems bereit.[3] Die Erledigung der Danziger Streitfrage wurde dabei aber vorausgesetzt. Die russische Erklärung ebenso wie die Ermunterungen Görtz' im Haag hatten natürlich den Zweck, den auch Österreich hatte, Preußen in den holländischen Streit hineinzutreiben. Eine Intrigue des russischen Gesandten, der bei Reuß nach dessen eigener Mitteilung an Finkenstein behauptete, Preußen nähre die Unruhen in Belgien, eine Behauptung, die auch Ségur in Petersburg aufstellte, zeigte aber doch wieder offen die unfreundliche Gesinnung Rußlands.[4] Dazu kam in Berlin die von Frankreich erweckte Besorgnis, daß Rußland sich mit Österreich in Cherson über die polnische Frage zu gunsten des zweiten Sohnes Leopolds einige. Der preußische Gesandte in Wien, Podewils, wußte sogar von französisch-russischen Bundesverhandlungen zu melden.[5] Gerade vor dem Feldzug rollte dann Rumiantzoff wieder einmal die Danziger Frage auf, während andrerseits Keller die russische Zustimmung zu der Intervention Preußens in Holland meldete.[6]

Nach dem Feldzug entschloß sich Preußen zunächst zu einem formellen Dementi des Gerüchts, daß es die Türkei zum Krieg angestachelt habe. Der Großfürst Paul hatte sofort nach der

Kriegserklärung bei Friedrich Wilhelm die Erwartung ausgesprochen, daß Preußen sich für den Frieden bemühen werde[7], und der König hatte auch bei seiner Instruktion, die Türkei nicht zurückzuhalten, befohlen, jeden Anstoß in Rußland zu vermeiden. Merkwürdigerweise frug Ostermann im Oktober den preußischen Gesandten Keller, ob Preußen nicht gern Danzig besäße.[8] Dem Ministerium erschien dies als ein Annäherungsversuch Rußlands. Es riet, Rußland herankommen zu lassen, wenn es seine Ansprüche auf die preußischen Subsidien auf Grund des Bündnisses geltend machen wolle; im übrigen bezeichnete es die Erwerbung Danzigs als nicht genügend, Posen, Kalisch und Thorn müßten miterworben werden. Es schien zu erwarten, daß Rußland sich Preußens Neutralität durch polnische Zugeständnisse sichern wolle.

In England beschäftigte man sich auch ernstlich mit Rußland.[9] Ehe man mit Preußen abschloß, wollte man Rußland sondieren und den Erfolg der Tripleallianzbestrebungen abwarten. Das Verhältnis zwischen den beiden Mächten war schon seit dem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen ein äußerst gespanntes. Ging Katharina also auf ein englisches Bündnis ein, so mußte dies einer Kapitulation Rußlands vor England gleich werden. Zu einem weiteren Entgegenkommen war England nicht bereit; die Abberufung Ainslies, dem man in Rußland offen die Schuld am Krieg gab, lehnte England ab.[10] Es entschied sich zu einer Anfrage über die Tripleallianz und gedachte zugleich seine guten Dienste anzubieten, um in Petersburg sein Interesse an der türkischen Frage zu dokumentieren; dazu lud es Preußen ein.

In einer Note an Ewart erklärte Carmarthen[11], Frankreich wolle offenbar die Kaiserhöfe nur hinhalten und die Türkei noch nicht aufgeben. Wenn aber die Tripleallianz zur Vollendung komme, so seien England und Preußen deshalb noch

nicht in ungünstiger Lage. Schweden, Dänemark, Spanien und die Mittelmeermächte zeigten eine günstige Stimmung. Gegenüber österreichischen Erwerbungen mußten dieselben Bedenken erhoben werden wie bei der Tauschfrage, die nach dem Krieg doch auch wieder auftauchen werde. Dies deutete schon den Weg der künftigen englischen Politik an; durch den Gegensatz gegen Österreich sollte Preußen zu einem Auftreten gegen Rußland gebracht werden, das Preußen zunächst weit mehr als England noch fern lag, während mit Hertzbergs gesicherter Stellung die antiösterreichischen Interessen mehr in den Vordergrund traten.

Zu gleicher Zeit hatte Carmarthen Fraser in Rußland instruiert[12], er solle Englands Bedauern über den Ausbruch des Krieges ausdrücken. England wünsche den Frieden und biete seine guten Dienste für ihn an. Fraser sollte gegen die Tripleallianz auftreten und erklären, England müsse gegen ein solches Bündnis sein, da es Frankreich stärke, es könne irgend eine Vergrößerung Frankreichs nicht dulden. Dieselbe Erklärung gab Pitt in London Woronzow mit dem Zusatz, russischen Eroberungen werde England sich nicht widersetzen. In Rußland wurde noch die Schwäche Frankreichs und die Wertlosigkeit seines Beistandes hervorgehoben. Preußen sollte diesem englischen Schritt beitreten; bis Aufklärung über die Tripleallianz erfolgt sei, sollten beide mit einem engen Bündnis für die holländische und die anderen wichtigen Fragen warten. Preußen billigte das Vorgehen Englands, erklärte aber, formell sich nicht daran beteiligen zu können. Werde die englische Anfrage gut aufgenommen, so beabsichtige Preußen, in Rußland zu erklären, es wolle seinen Verpflichtungen nachkommen und seine guten Dienste mit den Freunden Rußlands zusammen anbieten. England sah eine günstige Antwort an Fraser voraus und erhoffte Nutzen von dem preußischen Antrag, zumal es schiene, als ob Österreich nicht in den Krieg eintreten wolle.[13] Es machte zu-

gleich Mitteilung über ein Anerbieten Schwedens[14], eine Quintupelallianz abzuschließen, das es als ernst gemeint ansah. Schweden habe auch erklärt, es sehe Rußland gern in das Bündnis mit aufgenommen. Dem preußischen Ministerium erschien ein solches Bündnis als eine feindliche Demonstration gegen Rußland; es riet, es abzulehnen und nur im äußersten Notfall anzunehmen.

Hertzberg hielt jetzt die Zeit für seinen Plan für gekommen[15]; die Tripleallianz erschien ihm nicht gefährlich; sie könne verhindert werden, schrieb er dem König. Auf eine erste, mit der englischen Erklärung in Rußland gemeinsam gemachte Erklärung Preußens über seine eventuelle Vermittlung mit den Freunden Rußlands zusammen hatte es eine freundliche, aber ablehnende Antwort erhalten. Rußland fragte dabei an, welche guten Dienste Preußen und mit welchen Freunden es sie erweisen wolle. Den französischen Bündnisantrag leugnete es und versicherte, es werde kein seiner Verbindung mit Preußen entgegenstehendes Bündnis eingehen. Hertzberg hielt es für heilsam, Rußland gezeigt zu haben, daß die preußische Vermittlung bewaffnet werden und eine solche nicht leicht ohne Preußen stattfinden könne. Er riet jetzt, in Rußland zu erklären, Preußen sei zur Erfüllung der Bundespflichten bereit und wolle das Bündnis erneuern. Rußland möge ihm seine Bedingungen mitteilen, Preußen habe Einfluß genug in der Türkei, um russische Forderungen, wie etwa die definitive Abtretung der Krim, gegen eine Garantie der übrigen türkischen Besitzungen durchzusetzen. Am besten nähme Rußland die preußisch-englische Vermittlung an, da England gerade so russenfreundlich sei wie Preußen, auch Frankreich könne zugezogen werden. Wenn dann von einer Entschädigung Österreichs gesprochen werden sollte, so sollte Keller den Hertzbergschen Plan vorlegen. Dem ersten Teil dieses Antrags wurde entsprochen.

Rußland war natürlich zum größten Entgegenkommen gegen Österreich genötigt. Es zeigte sich, daß es in der gegenwärtigen ernsten Gefahr sein System, die rivalisierenden Mächte Frankreich und England, Österreich und Preußen gleichmäßig für sich auszunutzen, nicht durchführen könne. Eine Entscheidung mußte getroffen werden; an dem österreichischen Bündnis hielt Katharina natürlich fest und Österreichs wegen entschied sie sich jetzt definitiv für Frankreich. Österreich setzte als Gegengabe für seine Hülfe im Mai 1788 ein Abkommen durch, nach dem nötigenfalls durch Krieg polnische Erwerbungen Preußens verhindert werden sollten.[16] Die Besorgnis mag in Österreich aufgestiegen sein, ob Rußland nicht in Polen preußische Erwerbungen zulassen wolle; den preußischen Plan kannte man schon aus den Mitteilungen Hertzbergs an Reuß.[17] Damit war die Stellungnahme Rußlands gegen Preußen entschieden.

Auf die englische Anfrage, die Preußen zu unfreundlich gehalten erschienen war[18], hatte Rußland die trockene Antwort gegegeben, Tripleallianzverhandlungen beständen nicht und hatte die Vermittlung abgelehnt.[19] Die englischen Verhandlungen mit Frankreich, die Katharina kannte, mögen zu dieser schroffen Ablehnung mit beigetragen haben.[20] An Preußen war im März der formelle Bescheid gekommen, für eine englisch-preußische Vermittlung sei es noch zu früh, Rußland könne auch nichts ohne Österreich beschließen. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Bündnisses sollten noch aufgeschoben werden. Rumiantzoff hatte diese Antwort in Berlin mit sichtlichem Vergnügen vorgelesen.[21] Die englisch-preußischen Bestrebungen waren damit gescheitert. Hertzberg riet jetzt, keine weiteren Anträge in Rußland mehr zu stellen; Preußen müsse sich mit England über die türkische Frage einen, ohne ihm seine ganzen Pläne aufzudecken und die Türkei von einem voreiligen Frieden abhalten. England hatte sich bisher sorgfältig verschiedene Wege

offen gehalten, es entschloß sich jetzt, Rußland seine Macht zu zeigen und es zur Umkehr zu zwingen. Es folgten die englischen Proklamationen, die jede Begünstigung der russischen Flottenrüstung, wie England sie bei den früheren Türkenkriegen stets gewährt hatte, unter dem Vorwand der absoluten Neutralität aufhoben. Katharina hatte Wert darauf gelegt, mit England noch nicht offen zu brechen, bis ihre Mittelmeerflotte ausgerüstet war.[22] England verbot jetzt sogar den Transport von Lebensmittel nach dem Mittelmeer, was deutlich sein Augenmerk auf die Stellung Rußlands dort und im Schwarzen Meer kennzeichnete.[23] Was Rußland England in seiner Not im amerikanischen Krieg angethan hatte, zahlte England jetzt zurück. Auf die besorgten Anfragen Preußens, dem dieses schroffe Vorgehen noch keineswegs erwünscht war, erklärte Carmarthen, England habe diese Bestimmungen der Neutralität wegen getroffen, es sei nach wie vor zu dem russischen Bündnis bereit, könne sich aber die Gleichgültigkeit Rußlands nicht länger bieten lassen. Ewart setzte in Berlin hinzu, durch Entgegenkommen sei Rußland nicht mehr zu gewinnen, es habe ohne englische Erlaubnis seine Flotteneinkäufe gemacht; so lange es sich nicht freundlicher zeige, sei es nicht weise, ihm ohne Gegenliebe Vorteile in die Hand zu geben.[24]

Endlich war jetzt England in der Lage, in Petersburg statt Bitten Forderungen vortragen zu können. Die holländische Angelegenheit und damit der schärfere Gegensatz gegen Frankreich hatten es bisher zur Vorsicht gegenüber Rußland gezwungen. Ganz allmählich hatte sich der russisch-englische Gegensatz in der Zwischenzeit entwickelt. Der deutliche Beginn desselben lag in der Proklamation der Seeneutralität, dem ersten energischen Versuch Rußlands, sich unter Ausnutzung der augenblicklichen Schwäche Englands von dem engen Handelsverhältnis mit ihm, das bei dem Wert dieser Beziehungen auch ein politisches Ver-

trauensverhältnis in sich schloß und so selbst den siebenjährigen Krieg überdauert hatte, frei zu machen und eine selbständige Stellung als Seemacht einzunehmen. Unter dem Ministerium Shelburne war die englische Feindschaft schon klar zu Tage getreten, während Fox dem nordischen System treu zu bleiben versucht hatte. Unter dem Ministerium Pitt entwickelte sie sich dann stetig. Der enge Bund der Kaiserhöfe, der die stete Gefahr einer russisch-französischen Annäherung in sich barg, die ablehnende Haltung Rußlands gegenüber den englischen Anträgen, das feindliche Verhalten Rußlands im Jahre 1785, der Abschluß des Fürstenbundes, das darauf folgende Kokettieren Katharinas mit Frankreich, das Scheitern des englisch-russischen Handelsvertrages, während der zwischen Frankreich und Rußland zu stande kam, ja selbst der französisch-englische Handelsvertrag, der England ein neues großes Absatzgebiet brachte, schließlich die letzten Versuche einer Tripleallianz, während England, nachdem es zum Ausbruch des Türkenkrieges beigetragen hatte, Frankreich zum Einschreiten für die Türkei zu bringen suchte, sind alles Zeichen dieser Entwicklung. Angesichts der weitausgreifenden Pläne Katharinas, eine russische Seemacht zu gründen, war neben die alten Gegensätze im Norden, die seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts sich immer wieder bemerklich gemacht hatten, ein Gegensatz im Mittel- und Schwarzen Meer getreten. Von dem Augenblicke an, in dem England nach der Abrechnung mit Frankreich die Hände frei hatte und bei der wechselnden Schwäche dieses Staates von ihm auch für die nächste Zeit nichts zu befürchten hatte, nahm es Rußland gegenüber eine Stellung ein, die der geschilderten Entwicklung entsprach. Es begann seine Abrechnung mit Rußland, indem es ihm zunächst Schwierigkeiten erregte, ging dann zu Drohungen über, und als diese keine Wendung der russischen Politik herbeiführten, nahm es eine entschlossen feindliche Stellung ein. Es entwickelte

ein System, das die Niederwerfung Rußlands zum Ziele hatte und seinen Höhepunkt in dem Russian Armament fand.[25]

Gegen Preußen zog Katharina schon bald etwas mildere Saiten auf. Im Anfang Juli erschien Alopäus, eine in Berlin wohlgelittene Persönlichkeit, am preußischen Hofe und erklärte, Rußland willige in die Abberufung Rumiantzoffs, was einem langgehegten Wunsche Preußens entsprach. Es verlangte dafür aber auch die Abberufung des Katharina unsympathischen Keller. Hüttel, dem früheren preußischen Geschäftsträger in Petersburg, erzählte Alopäus, er habe in der Audienz bei Friedrich Wilhelm außer freundlichen Versicherungen Rußlands auch die bestimmte Erklärung abgegeben, daß Katharina niemals die österreichischen Pläne auf Deutschland unterstützen werde. Er hatte dabei verlangt, daß Preußen die freiwillige Übergabe Danzigs, die damals zu erwarten stand, nicht annehme. Der Hauptgrund für die Nichterneuerung des Bündnisses war nach ihm die Rücksicht auf Österreich, das Rußland des Türkenkrieges wegen schonen müsse.[26] Am 19. Juli aber schrieb Hertzberg unter Mitteilung russischer Depeschen über Schweden, die ein starkes Mißtrauen gegenüber der preußischen Politik in Schweden zeigten, dem König, von einer Annäherung Rußlands an Preußen sei nichts zu merken.

XIX. Das holländische Bündnis.

Sofort nach dem Feldzug wünschte Preußen seinen Erfolg durch ein Bündnis mit Holland zu befestigen. Der Herzog von Braunschweig[1] war höchst unzufrieden mit der Art der Umwälzung in Holland. Er sagte der neugefestigten Herrschaft des Statthalters nur eine kurze Dauer voraus. Nur mit Mühe war er zu einem längeren Aufenthalt in Holland zu bewegen

gewesen. Den Ersatz der Kriegskosten, den der König verlangte, widerriet die Statthalterpartei im Interesse ihrer Popularität auf das dringendste; der Gedanke mußte fallen gelassen werden und nur eine Gratifikation für die preußischen Soldaten wurde durchgesetzt. Der Herzog erblickte darin die grasse Selbstsucht der siegreichen Partei; mißtrauisch sah er den maßgebenden Einfluß Harris' und riet zur Sendung eines fähigen Gesandten, der ihm die Wage halten könne. Hertzberg griff diese Ratschläge auf und beantragte auf die Bitte der Prinzessin hin[2] die Ernennung Görtz' für den holländischen Posten. Der König jedoch lehnte Görtz auf Finkensteins Rat ab und ernannte Alvensleben. Damit war in Thulemeier einer der Hauptvertreter der französischen Richtung der preußischen Politik beseitigt. Alvensleben aber erhielt die Instruktion, eine Art Gleichgewicht zwischen Frankreich und England in Holland zu halten, damit der preußische Einfluß der maßgebende werde.[3]

Wilhelmine hatte in richtiger Erkenntnis der Unsicherheit ihres Erfolges um einen längeren Aufenthalt der preußischen Truppen gebeten. Wegen des preußischen Versprechens in Paris wurde der von Goltz schon angeregte Ausweg gefunden, das Verbleiben von 4000 Soldaten auf ein Gesuch der Generalstaaten hin Frankreich annehmbar zu machen. In Holland hatte man die Absicht, die hessischen Truppen, die in Englands Sold standen, zu übernehmen, was Harris unterstützte. Das englische Ministerium ließ trotz starken Drängens, auch von seiten Preußens, lange auf eine Antwort warten; die preußischen Truppen in Holland, die in preußischem Sold blieben, bildeten ihm eine Art Garantie, daß Preußen in seiner Stellung gegen Frankreich in der holländischen Frage fest bleibe. Endlich lehnte es die Freigabe der hessischen Truppen ab mit dem Hinweis auf die stete Gefahr französischer Rüstung. Die braunschweigischen und die ansbach-bayreuthschen Truppen, die Holland darauf

übernahm, erfüllten dann mehr den Zweck Preußens, sich den Haupteinfluß in Holland zu sichern.

Trotzdem hatte Harris nach seiner Thätigkeit in den letzten Jahren natürlicherweise die erste Stimme in Holland, was Friedrich Wilhelm ihm neidete. Hertzberg hatte dem König gesagt, Preußen könne Holland jetzt wie eine Provinz beherrschen, geradeso wie Polen.[4] Solange das Bündnis mit England nicht bestand, war es ja auch richtig, England nicht allein allen Einfluß zu überlassen, da es dann nicht mehr in demselben Maße mit Preußen in Holland zu rechnen hatte. Auch entsprach es nicht dem Ansehen Preußens, sich sofort in die zweite Linie drängen zu lassen. Eine Wiedereinmengung Frankreichs aber in die holländischen Verhältnisse, wie sie Alvenslebens Instruktion voraussetzte, lag durchaus nicht im preußischen Interesse, da sie nur neue Konflikte heraufbeschwören mußte. Einige Wirkung auf den König hatten auch die am preußischen Hof unterstützten französischen Intriguen, die Zwietracht zwischen England und Preußen säen wollten mit der Behauptung, Preußen habe England nur Handlangerdienste in Holland geleistet. So erhielt Alvensleben die fortwährende Mahnung, Harris nicht allzu mächtig werden zu lassen. Es wurde beschlossen, das Bündnis mit Holland unabhängig von England abzuschließen[5], während Wilhelmine am liebsten einen gemeinsamen Abschluß der drei Mächte gesehen hätte. Montmorin bezeugte denn auch seine Zufriedenheit mit der von Preußen gewählten Art des Bündnisses und ließ andeuten, Preußen könne dem französisch-holländischen Bündnis beitreten, was Preußen natürlich ablehnte.[6]

Bei den jetzt folgenden Bündnisverhandlungen suchte besonders Finkenstein auf Friedrich Wilhelm einzuwirken, daß er das festzusetzende Hülfskontingent möglichst beschränke und die überseeischen Kriege Hollands ausschließe. Gegen den Rat

Hertzbergs ging der König darauf ein; die Generalstaaten wiesen einen solchen Antrag natürlich ab, da Frankreich dann nur in den Kolonien anzugreifen brauche; auf Hertzbergs Rat wurde dieser Gedanke auch sofort aufgegeben. Auch die Klausel: pour quelque cause que ce soit, erregte lebhaftes Bedenken in Holland des Fürstenbundes wegen.[7] Endlich wurde man sich auf die preußische Option zwischen Geld und Truppen bei überseeischen Kriegen Hollands einig. Obwohl im März alles fertiggestellt war, wollte man in Holland mit der Ratifizierung noch warten, bis auch die Bündnisverhandlungen mit England zum Abschluß gediehen seien. Das englische Ministerium wünschte für die Rückgabe Negapatams Trincomale zu erlangen, nur auf dringende Abmahnung Harris' stand es davon ab; Negapatam aber blieb englisch. Die entgegenkommende Art Preußens hatte Harris für das Übergewicht des englischen Einflusses in Holland besorgt gemacht.[8] Trotz der energischen Forderung der preußischen Regierung wurde das Bündnis erst im April an demselben Tag wie das englische unterzeichnet, ein Beweis, wie stark doch der englische Einfluß dem preußischen überlegen war. Bei den fortdauernden Reibungen über den vorherrschenden Einfluß, die Frankreich beförderte, riet Hertzberg endlich dem König ein enges Zusammengehen Preußens mit England in Holland an, da sonst nur unnötiger Zwiespalt entstände.[9] Die holländische Sache war dem Minister mit vollem Recht jetzt nebensächlich; Preußen hatte England in Holland Dienste geleistet, jetzt sollte dieses die preußischen Pläne im Osten unterstützen. Dazu war das Bündnis mit England nötig, über das man zu verhandeln begonnen hatte.

XX. Das englisch-preußische Bündnis.

Im Dezember 1787 schon hatte Hertzberg es als eine der Errungenschaften der holländischen Politik bezeichnet, daß Preußen jetzt ein festes System habe, nicht mehr zwischen Frankreich und England hin- und herschwanke und sich um die Launen Frankreichs nicht mehr zu kümmern brauche. Frankreich sei sogar gezwungen, jetzt Preußen aufzusuchen, während man Österreich eine heilsame Furcht eingejagt habe.[1] Diese Sätze waren in ihrem ersten Teil eine Übertreibung, denn noch bestand kein Bündnis mit England und dieses beeilte sich zur großen Unzufriedenheit Preußens auch durchaus nicht, mit Preußen abzuschließen. Bei den Eröffnungen über Rußland hatte es einen Aufschub für das Bündnis verlangt, inzwischen könne man sich in einem neuen Garantievertrag für die holländische Verfassung vereinigen, bis eine feste Form für ein Bündnis gefunden sei. Preußen erklärte sich damit einverstanden.[2] Da aber keine weiteren Anträge einliefen, benutzte Hertzberg die Gelegenheit der hochmütigen Antwort Katharinas an England, um diesem eine Verbindung nahe zu legen. Das Wort Bündnis durfte er nicht gebrauchen, da der König es von England erwartete.[3] Man war in Preußen der Überzeugung, daß England Österreich und Frankreich schonen und Rußland durch ein Bündnis mit Preußen nicht zu der Tripleallianz treiben wolle; nach preußischen Informationen hatte Rußland sogar in England diesbezügliche Wünsche ausgesprochen.[4]

Englands Absicht war es auch, vorerst Preußen sich in Holland dauernd dienstbar zu machen und in einem engen Vertrauensverhältnis mit ihm zu bleiben; ein formelles Bündnis wollte es aber noch nicht schließen, damit die Tripleallianzbestrebungen nicht zur Verwirklichung gelangten. Auf Hertzbergs Andeutungen hin übersandte das englische Ministerium

ein Projekt, das sich nur auf Holland bezog und somit einzig gegen Frankreich gerichtet schien. Hertzberg schlug dagegen, um England jeden Anstoß zu ersparen, den Ausweg einer Erneuerung des Bündnisses von 1742 mit geheimen Zusatzartikeln vor. Erst im zweiten Artikel sollte Holland erwähnt werden, um den Anstoß in Frankreich zu vermeiden. Durch die geheimen Artikel sollten Preußens Flanken gegen Frankreich und die österreichischen Niederlande hin gedeckt und die gemeinsame türkische Vermittlung verabredet werden. Die Seekriege Englands wollte Preußen ausgeschlossen wissen, Dänemark und Schweden wollte es zum Beitritt erst einladen, wenn keine Hoffnung auf Rußland mehr sei. Ewart erklärte dagegen, den Ausschluß der Seekriege könne er in England gar nicht vortragen, da das Bündnis dann zwecklos sei; Hannover sei England gleichgültig und die britischen Inseln würden wohl schwerlich angegriffen werden. England brauche eine Landdiversion und zwar nur in dem Fall, daß Preußen nicht selbst im Krieg sei; an der Diversion würde England sich selbst beteiligen.[5]

Die Antwort aus England ließ lange auf sich warten. Das Ministerium hatte noch am 19. Mai, offenbar zur Mitteilung an Harris, an Alvensleben nach dem Haag geschrieben, wenn England die preußischen Anträge nicht annehme, so glaube es nicht, daß der Fürstenbund deshalb in die Brüche gehen müsse. England könne dann auch nicht mehr auf seine deutschen Truppen zählen und seinen Einfluß in Holland und auf dem Kontinent, den Preußen ihm verschafft habe, nicht aufrecht erhalten. Mitte Mai traf die englische Antwort ein[6]; sie verlangte wieder ein Hinausschieben des Bündnisses. Das Bündnis von 1742 wurde als veraltet bezeichnet; es sei notwendig, daß keine Ausnahme bei der gegenseitigen Verteidigung gemacht werde. England verlangte entweder einen einfachen Garantieakt für Holland oder ein allgemeines Bündnis ohne geheime Artikel.

Die erstere Art mit einem allgemeinen Teil in den geheimen Artikeln zog es vor, wünschte aber am liebsten mit dem Bündnis zu warten, bis man es ganz öffentlich machen könne. In der Zwischenzeit könne sich die Möglichkeit des Beitrittes anderer Mächte ergeben, so daß dann von den Intriguen und der Feindschaft Österreichs und Frankreichs, selbst wenn sie sich enger an Rußland anschlössen, nichts mehr zu fürchten wäre. Für die türkische Vermittlung schien ihm alles zu sprechen, eine Garantie der türkischen Besitzungen nach dem Frieden ließe sich wohl erreichen und vielleicht schon in das Bündnis aufnehmen. Die Türkei müsse dann allerdings bis dahin alle sie schwächende Bedingungen abweisen können und die Verstärkung Rußlands und Österreichs auch eine solche für England und Preußen zur Folge haben. Rußland glaubte England bei Lebzeiten Katharinas schwerlich umstimmen zu können; je stärker aber der Einfluß Preußens und Englands sei, desto größer werde wenigstens die Möglichkeit dazu, wird den preußischen Bedenken über den Beitritt Schwedens entgegengehalten. Es sollte also die Verbindung mit Schweden ein Schritt auf dem Wege sein, Rußland durch eine drohende Kombination zum Einlenken zu bringen. Jedenfalls aber sollte die Machtstellung Rußlands im Norden eine Schwächung erfahren. England hoffte, auch Dänemark werde sich einer starken und sicheren Verbindung anschließen, ebenso Portugal. Diese Antwort zeigte, daß England sich noch immer nicht definitiv binden wollte. Einiges Mißtrauen über zu weit gehende polnische Pläne Preußens mag den Ministern auch aufgestiegen sein. Anders wie 1785, wo es sich einer ernsten Gefahr gegenüber auf Preußen allein angewiesen sah, konnte England in seiner entscheidenden Machtstellung jetzt warten und umfassendere Bündnispläne ins Auge fassen.

Friedrich Wilhelm war sehr entrüstet über die englische Antwort; die Gleichgewichtspartei, also die Fürstenbundspolitiker,

gewannen wieder das Übergewicht. Der König sprach außerdem von wertvollen französischen Anerbietungen, ohne daß Hertzberg wußte, woher sie gekommen seien.[7] Der Minister fürchtete für sein ganzes System, wenn England nicht bald einlenkte, und bat Alvensleben und die Prinzessin, Harris zu ermahnen und ihren Einfluß auf den König bei dessen Aufenthalt in Holland geltend zu machen. Er war in Verlegenheit, was zu thun sei, jedenfalls aber zog er ein allgemeines Bündnis der einseitigen holländischen Garantie vor. Er glaubte, daß England aus Rücksicht auf Rußland und um nicht in den türkischen Krieg hineingezogen zu werden, die Verhandlungen in die Länge ziehe. Die Richtung der englischen Politik gegen Rußland wagte er entweder dem König nicht offen zu gestehen, oder er überschätzte noch immer den englischen Einfluß in Rußland. Bei Ewart verlangte er bestimmt die Option zwischen Geld und Truppen für Preußen bei den überseeischen Kriegen Englands; Ewart wünschte die Option der nachsuchenden Partei zu geben mit der geheimen Bestimmung, daß preußische Truppen nicht außerhalb Europas verwendet werden dürften.

Um der Stimmung Friedrich Wilhelms zu entsprechen, verfaßte Hertzberg die Antwortnote an England in einem Ton, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.[8] Er schrieb dem König, wenn England die preußische Option und die Verwendung der preußischen Truppen nur in Deutschland und Holland nicht zugestehe, so müsse Preußen sich zwischen Frankreich und England freihalten, obwohl das Versailler Bündnis immer nur ungenügende Beziehungen zu Frankreich erlaube und Preußen nicht die nötige Rückendeckung für ein energisches Auftreten gebe.

In der Antwort an Ewart wird ein allgemeines Bündnis der Garantie Hollands vorgezogen, da ja durch die Umwälzung in Holland die beiderseitigen Bündnisse mit diesem und durch den Fürstenbund schon ein festes System zwischen England und

Preußen bestehe. Die Zuziehung Dänemarks und Portugals sei schwierig, während Schweden immer zu haben sei und man Rußland durch seinen Beitritt noch nicht zu verstimmen brauche. Die türkischen Verhältnisse seien genugsam geklärt, so daß die beiden Mächte dort ihre Vermittlung einlegen könnten; das Bündnis beider werde jedenfalls ein getrenntes oder gemeinsames Vorgehen in dieser Frage nicht hindern. Preußen wisse, daß mehr als eine Macht durch das preußisch-englische Bündnis nah betroffen werde und ihm alle möglichen Arten von Vorteilen gewähren würde, um ein solches zu hindern; trotzdem sei Preußen für den Abschluß. Auf dem Bündnis von 1742 bestand Preußen nicht, die Option behielt es sich aber vor, da es möglicherweise bei einer Diversion für überseeische Kriege Englands Österreich, Frankreich und Rußland auf dem Rücken habe und so seine Existenz auf das Spiel setze. Für Angriffe auf England, Hannover und Holland versprach Preußen Truppen, aber nur zur Verwendung in Deutschland und Holland.

Dem englischen Ministerium mögen jetzt Sorgen aufgestiegen sein, daß Preußen ihm entgehen könne, wenn es noch länger mit dem Bündnis warte. Die Mahnungen Ewarts, der Hertzberg in die Hand arbeitete, und Harris', der den Anschluß Rußlands eher nach dem Abschluß des Bündnisses erwartete[9], mögen dazu beigetragen haben. Trotzdem wünschte es, Preußen zunächst für Holland festzuhalten, das allgemeine Bündnis aber noch hinauszuschieben, bis die Lage noch klarer geworden sei. Deshalb entschloß es sich ohne Rücksicht auf die ihm doch auch wichtige Stellung Hertzbergs zu einer Einwirkung auf den König selbst, die sich schon einmal bewährt hatte. Es folgte der zwischen Friedrich Wilhelm und Harris während eines Aufenthaltes des Königs in Holland abgeschlossene Vertrag zu Loo, der England alles Gewünschte brachte. Stein wurde von Harris in geschickter Weise beiseite geschoben und

der ehrgeizige Alvensleben zugezogen. Unterstützt wurde Harris durch Van der Spiegel und das Statthalterpaar, denen diese Art des Bündnisses für Holland erwünscht war; auch der Hinweis auf den Fürstenbund hatte in einem Brief Georgs an Wilhelmine, der den Wunsch nach einem preußischen Bündnis aussprach, nicht gefehlt.[10] Durch die Art des Abschlusses in Holland war Preußen allein schon mit Frankreich, dessen Intriguen England gefürchtet hatte, definitiv überworfen und auf ein englisches Bündnis angewiesen. In dem ersten Artikel wurde allerdings die Erneuerung des Bündnisses von 1742 ausgesprochen, der ganze öffentliche Teil sonst bezog sich aber auf Holland. In dem geheimen Teil wurde die Absicht beider Mächte, ein allgemeines Bündnis zu schließen, sobald die Lage es erlaube, ausgesprochen und der Vertrag schon jetzt für allgemeine Fälle gültig erklärt. Das gemeinsame Vorgehen in der Türkenfrage wurde verabredet und der Beitritt anderer Mächte, besonders der nordischen, vorgesehen. Die Frist für den Abschluß des allgemeinen Bündnisses wurde auf die reichlich bemessene Zeit von sechs Monaten festgesetzt. Irgendwelche Ausnahmestellung Preußens für den Fall eines überseeischen Krieges Englands war nicht festgesetzt.

Hertzberg war mit Recht höchlichst entrüstet; nur die Niederlage der französischen und deutschen Partei tröstete ihn einigermaßen über die Hintenansetzung der preußischen Interessen und seiner Person.[11] In der ersten Note[12], mit der Preußen die Verhandlungen für das Bündnis sofort wieder eröffnete, wurde denn auch betont, die preußischen Interessen seien in dem Looer Vertrag nicht vorgesehen. Das Projekt vom 1. Juni, in dem Preußen auf der Option bestand, wurde wieder vorgeschlagen. England lehnte die preußische Option ab und versprach nur, die preußischen Truppen nicht außerhalb Europas zu verwenden, während Hertzberg nicht außerhalb Deutschlands

und Hollands wünschte. Harris hatte mit dem König verabredet, daß beide Mächte sich die Option zugestehen könnten, außer wenn der Feind von seinen Bundesgenossen voll unterstützt würde. Das englische Ministerium übernahm diese Verabredung nicht ganz, sondern schlug drei Projekte vor, deren erste beiden nur für das Preußen zwischen Rhein und Weser effektive Hülfe, sonst Geldhülfe versprach, falls sich Preußen die Option vorbehalte. Hertzberg lehnte diese natürlich sofort ab. Der dritte Vorschlag ließ Preußen ohne Option, wenn England in Indien von Spanien und Frankreich angegriffen würde. Hertzberg befürwortete statt dessen einen Ausweg, den Ewart angeregt hatte. Preußen verpflichtete sich darnach zu effektiver Hülfe nur, wenn England selbst 60000 Mann am Rhein stellte, was mit 20000 Mann preußischer und 12000 Mann holländischer Truppen ein Heer von 92000 Mann ergab. England unterstützte dafür Preußen nach seiner Option auch im Baltischen Meer und den Niederlanden. Hertzberg betonte, daß ein überseeischer Krieg Englands sich doch auch sofort auf Europa ausdehne, Preußen also diesen Vorschlag annehmen könne, zumal ein Krieg in Indien bei der übermächtigen Stellung Englands dort unwahrscheinlich sei. Finkenstein hätte lieber die überseeischen Kriege Englands ausgeschlossen gesehen, nach dem Vertrag von Loo sah er aber keinen Ausweg mehr und stimmte Hertzberg zu.[13] England nahm den entsprechenden Vorschlag Preußens an mit einer Herabminderung der zu stellenden Truppen auf 42000 Mann und Ausdehnung der Bestimmung auch auf die englische Hülfe für Preußen. Falls es mit ganzer Kraft in den Krieg einträte, versprach es im geheimen Teil auch Hülfe zur See, also auch in der Ostsee ein sehr wichtiges Zugeständnis, das Friedrich dem Großen versagt worden war; Hertzberg hatte darauf bestanden.[14] Am 13. August wurde das Bündnis in Berlin unterzeichnet.

Frankreich hatte alles gethan, um dieses Ereignis zu hindern. Im Mai 1788 waren noch einmal Truppen in Metz und St. Omer konzentriert und ein Plan entworfen worden für einen Angriff auf Holland, den die Armee dringend wünschte; das Ministerium war aber zu keinem entscheidenden Entschluß zu bringen gewesen.[15] Im Juni eröffnete Frankreich durch Esterno wieder die Verhandlungen mit Preußen, nachdem es in Holland alles gethan hatte, um Preußen und England in Streit zu bringen. Neben der erwähnten Beschwerde über den Fürstenbund erklärte Esterno, Frankreich habe sein Interesse in der Türkei im Auge und wünschte den Frieden dort herzustellen. Er hatte den Auftrag, Preußen über die Tripleallianz im Dunkeln zu lassen und dadurch zur Aussprache über seine Beziehungen zu England zu bringen. Von Teilungsplänen mit den Kaiserhöfen zusammen sollte er Preußen zurückhalten, im ganzen die Neigung Frankreichs zu einem Einverständnis mit ihm zeigen und andeuten, Frankreich sähe eine preußische Vermittlung in der Türkei gern.[16] Diese Andeutungen waren zu spät gekommen; Frankreich stand jetzt vor einem festen System und mußte seine Triplealliianzpläne wieder aufnehmen mit der Hoffnung, die russische Unterstützung gegen England zu erhalten.

Katharina wurde durch das Berliner Bündnis in ihrem Wunsch nach der Triplealliianz nur bestärkt[17], ohne doch bei der Unsicherheit Frankreichs die Verbindung mit England und Preußen ganz abbrechen zu wollen. Das englische Ministerium glaubte im August bei ihr eine Annäherungstendenz an die Verbündeten wahrzunehmen und billigte deshalb offiziell die neutrale Haltung Preußens gegenüber den jetzt angreifenden Schweden[18]; im Grund sah es in diesem Angriff wohl ein scharfes Druckmittel auf Rußland mehr; seine Versuche, Schweden in das Bündnis hineinzuziehen, geben davon Zeugnis. Hertzberg kam der schwedische Krieg eher ungelegen, da er einen

Frieden in der Türkei zustande bringen konnte, ohne daß sich die Möglichkeit zur Ausführung seines Planes ergab. Preußen müsse vielleicht seinen Plan auf die Erwerbung von Schwedisch-Pommern umändern, schrieb er dem König. Auch er hoffte aber noch, daß Rußland sich jetzt eher an England und Preußen mit Dänemark anschließen werde, während eine Verbindung mit Schweden ihm zu gewagt erschien, schon wegen der zweifelhaften Persönlichkeit des schwedischen Königs. Jedenfalls ließ er durch Diez die Türkei von ihren Hoffnungen auf Schweden abbringen.[19] Auch dies zeigt deutlich, wie gern er mit Rußland sich auf Kosten der Gegner des Kaiserstaates geeint hätte. Die ablehnende Haltung Rußlands und der gefährliche Bündnisantrag in Polen deckte ihm erst in entscheidender Weise den Fehler seiner Berechnung auf ein nordisches System auf und brachte ihn zu Zwangsmaßregeln. Der Erfolg in Polen, der mit einem Schlag den unter Friedrich verlorenen preußischen Einfluß dort wiederherstellte, zeigte ebenso wie die Zurückhaltung Dänemarks von seinem Angriff auf Schweden, der im Fall eines dänischen Sieges Rußland zum unbedingten Herrn des Baltischen Meeres gemacht hätte[20], die Macht der neuen Verbündeten.

XXI. Schluß.

Will man die englische Politik in der behandelten Periode bewundern — und sie ist bewundernswert —, so darf man auch der preußischen, oder besser gesagt der Hertzbergschen, den schuldigen Tribut nicht versagen. Unter vielen Demütigungen und Kämpfen hatte Hertzberg Preußen aus seiner gedrückten Lage befreit und ihm eine neue Zukunft geöffnet. Obwohl er sich manchen Helfer hatte aufsuchen müssen, um sich in seiner Stellung zu halten, so war doch die neue Lage Preußens allein sein

Werk. An den Grundzügen seiner Politik hatte er unentwegt festgehalten und das preußische Interesse allein im Auge behalten, trotz der scheinbaren Liebesdienste für England. Wenn Hertzberg von Ewart beeinflußt war, so war dieser es nicht minder durch ihn.[1] Den augenblicklichen Erfolg Englands in Loo, den er wahrlich nicht verschuldet hatte, hatte er durch seine energische Vertretung der preußischen Interessen wett gemacht und in dem Vertrag zum mindesten gleiche Bedingungen für beide Mächte durchgesetzt. Ein wertvolles Ergebnis war die Vertragsbestimmung über die türkische Vermittlung, die ihm allein zu verdanken war. Sie ebnete den Weg für den Hertzbergschen Plan und zog England in die preußischen Interessen damit hinein. Eine Abhängigkeit von England war bei der wachsenden Schwäche Frankreichs, in der überhaupt die Rechtfertigung der Hertzbergschen Politik liegt, den Mißgeschicken und der gefährdeten inneren Lage der Kaiserhöfe durchaus nicht nötig; Preußen konnte seinen Weg allein gehen, für alle Fälle gedeckt von England. Gelang jetzt die Ausführung des polnischen Planes, der Preußen seine Abrundung in Polen geben und die Kaiserhöfe mehr nach dem Osten drängen sollte, so waren die Kosten des holländischen Feldzugs reichlich bezahlt. Daß England sich preußischen Erwerbungen nicht widersetzen werde, hatte es schon angedeutet. Für ein so schwieriges diplomatisches Werk wie den Hertzbergschen Plan waren also trotz der durch England verschuldeten Verzögerung die Aussichten nach außen hin günstig; nicht aber waren sie dies im Innern Preußens. Es fehlte der enge Zusammenhang zwischen König und Minister, wie er eben bei Joseph II. und Kaunitz in der Verfolgung ihrer mindestens ebenso umfassenden Pläne zu Tage trat.

Hatte schon der holländische Feldzug so viel Mühe gekostet, wie war da zu erwarten, daß Hertzberg jetzt seine weiteren viel schwierigeren Pläne am Hofe durchsetzen könnte. Den zwischen

Thatenlust und Ruhebedürfnis schwankenden König festzuhalten und zu leiten, war ihm aus eigener Kraft schon in den ersten zwei Jahren nicht geglückt. Gleich in der ersten Zeit hatte Hertzberg mit Bischoffwerder, der ihm so verhängnisvoll werden sollte, paktieren müssen; dabei stieg dessen Einfluß stetig. Hertzbergs Stellung war unselbständig gewesen und blieb es auch; sein Einfluß war durch die verschiedensten Einwirkungen auf Friedrich Wilhelm durchkreuzt, seine für einen leitenden Minister unbedingt erforderliche Bewegungsfreiheit auf allen Seiten gehemmt. Dadurch ebensosehr, wie durch den von ihm so lebhaft empfundenen unfertigen und von dem konsolidierten Zustand einer wirklichen Großmacht noch weit entfernten Zustand seines Staates, mit dem er so eng verwachsen war, bekam seine Politik den Anstrich des Hastigen und Unruhigen. Das Mißlingen der Hertzbergschen Pläne läßt sich also schon im Keime vorhersehen, nicht wegen ihrer Unausführbarkeit, sondern wegen der Stellung des Ministers und überhaupt der Zustände am Hofe. Wohl hatte Hertzberg zeitweise geschickt auf die Neigungen des Königs eingehen können, auf die Dauer mangelte ihm die Fähigkeit zur Intrigue und zu einer taktvollen und doch festen Leitung des Königs. Er war nicht der Mann, den Übergang von der Autokratie zur ministeriellen Monarchie glücklich durchzuführen und daran ist sein Werk gescheitert. Mit seinem Sturze wurde erst eigentlich die Friederizianische Politik, die gegen Österreich gerichtet war und im Gegensatz zu diesem Feind den Staat verstärken wollte, zu Grabe getragen. Das Bündnis mit Österreich, das französische Abenteuer, hinter dem keine gesunden Eroberungspläne steckten, die Teilungen Polens, die die Kaiserhöfe nicht nach dem Osten zurückdrängten, und dann die träge Neutralitätspolitik von 1798 an deuteten auf den Untergang des alten Preußens, das Hertzberg noch einmal, getragen von der Gunst des Augenblicks, emporgehoben hatte, hin.

Anhang.

I. Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig.

Der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand spielte eine wichtige Rolle am preußischen Hof, es lohnt sich deshalb, auf sein Verhalten während der besprochenen Jahre einzugehen. Friedrich der Große hatte einen intimen Briefwechsel mit ihm unterhalten. Die ersten Anträge für den Fürstenbund gingen durch ihn nach England, da er durch seine Verwandtschaft mit den beiden Königshäusern eine Art Bindeglied zwischen Preußen und England bildete. Dohm bezeugt[1], daß der Herzog den Fürstenbund mit Freuden aufnahm, weil er das deutsche Interesse an das preußische knüpfe und durch die Verbindung von Hannover und Preußen auch eine Annäherung an England bewirkt würde. Die hannöverisch-preußische Freundschaft mußte für den Herzog von Wert sein, da sein Land bei einer feindlichen Stellung beider gegeneinander in ein gefährliches Dilemna kam. Ebensowenig konnte er aber einen Bruch mit Frankreich wünschen, da dieses doch immer die Schutzmacht der kleinen deutschen Staaten bildete. Seine Truppen gab er nicht in preußischen Sold, um eine Stellung zwischen den Mächten einnehmen zu können. Diese Beobachtung der Interessen des eigenen Staates hat ihn niemals verlassen; die Fürstenbundspolitik, die preußische so gut wie österreichische Erwerbungen im Reich ausschloß, war ihm daher erwünschter als die rein preußische. Der Gedanke, den er Mirabeau gegenüber hinwarf[2], daß Preußen, Frankreich und England sich verbinden sollten, ist durchaus charakteristisch

für ihn. Durch ein solches Bündnis bewahrte er die traditionelle Freundschaft mit Preußen, die die Selbsterhaltung gebot, dazu kam der schützende französische Einfluß im Reich und die wertvollen Beziehungen zu Hannover-England blieben in Kraft. Ein wirklicher Preuße ist der Herzog niemals gewesen, das beweist auch seine Bemerkung zu Mirabeau, daß er bei einem Sturz Preußens sich nicht mitreißen lassen wolle und nur wenn es Preußen gut gehe, mit diesem verbunden bleibe. Daß Mirabeau sich den Fall eines Übergangs des Herzogs zu Österreich denken kann, ist ein nicht zu unterschätzendes Urteil dieses großen Menschenkenners. Inwieweit seine Pläne Hannover betrafen, dessen Loslösung von England er nach Mirabeau wünschte, ist nicht zu entscheiden; ähnlich wie Prinz Heinrich scheint er sich mit dem Gedanken an Erwerbungen durch Säkularisationen getragen zu haben.[3]

Diese durchaus berechtigte Vertretung seiner eigenen Interessen fällt nur dadurch schwer ins Gewicht, daß man ihm in Preußen nach Friedrichs Tod einen großen Teil wichtigster Aufträge übergab. An Friedrich hatte er sich militärisch gebildet; in diplomatischer Beziehung hatte er von ihm die Verschlagenheit und die Kunst, sich zwischen den großen Mächten in der Schwebe zu halten, gelernt, ohne die Fähigkeit zu erwerben, im gegebenen Augenblick sich entscheidend zu entschließen. Er schwankte zwischen dem Ehrgeiz, eine große Rolle zu spielen, und der Furcht vor Verantwortung, die ihn und sein Land schädigen konnte. Dies charakterisiert sein Verhalten nach Friedrichs Tod. Ihm wäre vielleicht die Leitung der auswärtigen preußischen Politik zugefallen, wenn er sich zum Handeln entschlossen hätte; seine abwartende Stellung und sein Fernbleiben vom Hof drängten ihn allmählich in den Hintergrund gegenüber den heftig streitenden Parteien in Berlin.[4] Mirabeau schildert ihn in seinem Schwanken zwischen Ehrgeiz und Furcht-

samkeit vortrefflich, obwohl er selbst von ihm getäuscht wird. Ein Unglück für Preußen ist es jedenfalls nicht gewesen, daß ihm nicht die Leitung zufiel; einen selbstlosen, in den Interessen des preußischen Staates aufgehenden Führer hätte es nicht in diesem Fürsten, der naturgemäß auch stets die Interessen seines Landes zu vertreten hatte, gefunden. Die holländische Krisis schob den Herzog erst wieder in den Vordergrund. Sein Ehrgeiz, sich kriegerisch auszuzeichnen, ließ ihn sich bei Friedrich Wilhelm um das Kommando der zusammentretenden Armee bewerben. Seine diplomatischen Fähigkeiten neben seinem allgemein anerkannten militärischen Ruhme bestimmten den König, ihn zu ernennen.[5] Er riet sofort zur Vorsicht vor England, das Preußen mitreißen wolle, und zur größten Behutsamkeit in einer Angelegenheit, die nur minderwertiges Interesse für Preußen habe. Er hoffte, daß eine Vermittlung stattfinde, da durch sie eine für die deutschen Angelegenheiten und speziell für den bayrischen Tausch verhängnisvolle Entfremdung zwischen Preußen und Frankreich verhindert werden könne.[6] Einmal bei der Armee angelangt, kam er sofort zu der Erkenntnis, von welchem Wert eine englische Diversion sei.

Der Herzog nahm eine ganz anders selbständige Stellung ein, als es einem einfachen preußischen General möglich gewesen wäre; von Pfau, der offizielle Darsteller des Feldzuges, sagt, seine Thätigkeit habe mehr der eines arbeitenden Staatsministers, als eines kommandierenden Generals ähnlich gesehen. Die Prinzessin hatte auch sofort erkannt, von welcher Bedeutung es sei, den Herzog für ihre Sache zu gewinnen[7]; ebenso war man sich in England klar darüber. Er hatte mit Georg III. nicht zum besten gestanden, man versöhnte ihn, indem man seinem Sohn eine Beförderung in der hannöverischen Armee zuteil werden ließ. Grenville erhielt auf sein Ansuchen den Befehl, ihm die Freude Georgs über seine neue Stellung

auszudrücken und die Hoffnung, daß Preußen sich auch mit der Wiederherstellung des Statthalters beschäftigen werde; auch Harris erhielt den Auftrag, sich mit ihm gut zu stellen.[8] Wilhelmine sandte ihren Anhänger Hogendorp zu ihm, um ihn bearbeiten zu lassen. Diesem gelang es am 15. August, den Herzog zu allen entscheidenden Maßregeln zu überreden. Am 17. August erschien Wilhelmine selbst in Cleve und der ganze Plan wurde verabredet. Der Herzog hatte Hogendorp erst auf alle Schwierigkeiten aufmerksam gemacht; die Genugthuungsforderungen der Prinzessin erschreckten ihn, sein Verlangen nach einem glänzenden Feldzug, das er kaum verbergen konnte, siegte aber schließlich über alle Bedenken. Vorher war schon der englische General Fawcett bei ihm gewesen mit einem Brief Georgs, der ihm über die englischen Rüstungen Bericht erstattete. Vergeblich aber versuchte der General, die braunschweigischen Truppen für Holland auf Englands Kosten zu mieten; auch Hogendorp hatte nicht von England reden dürfen, um nicht das Mißtrauen des Herzogs rege zu machen. Dieser hatte schon vorher aber nach Berlin geschrieben, eine englische Diversion sei höchst erwünscht, und zu geheimen Abmachungen mit England, ohne Preußen jedoch weiter zu verpflichten, geraten für den Fall, daß Frankreich einschreite. Er wünschte Frankreich hinzuhalten, bis die preußischen Truppen zur Stelle seien, dann hoffte er durch sein plötzliches Erscheinen in Holland eine Revolution hervorzurufen. Er erhielt dann auch die Befehle, womöglich ohne England und Frankreich zu handeln.

Einer Zusammenkunft an der holländischen Grenze mit Harris, die dieser nachsuchte, wich der Herzog aus, um Frankreich nicht aufmerksam zu machen, und vergewisserte sich durch regelmäßigen Kundschafterdienst, daß das Lager in Givet nicht gebildet worden war. Obwohl er zu dem Feldzug fest entschlossen und alles auf das sorgfältigste zu einem plötzlichen

Einmarsch vorbereitet war, machte ihn noch gerade vor dem Einmarsch ein Brief Van Berkels[9] stutzig, der den gänzlichen Sturz des Statthalters bei einem Eingreifen Preußens voraussagte. Er schrieb an die Prinzessin, noch könne der Vormarsch eingestellt werden, was diese ablehnte. Bei dem Einmarsch selbst beschäftigte er sich mit dem Schicksal Karls I. von England und warnte lebhaft vor allen Folgen. Auch dem Statthalter hatte er vorher noch dringend angeraten, die Vermittlung der drei Höfe annehmen zu lassen; er wiederholte diesen Rat auch nach dem Erfolg vom 21. September.[10] Vor der Eroberung von Amsterdam zögerte der Herzog, erst glaubte er nicht dazu instruiert zu sein, dann glaubte er nicht, daß sie ihm gelingen würde; vergebens suchte er durch geheime Unterhandlungen die Patrioten von Amsterdam zu einem friedlichen Nachgeben zu bringen. Erst die dringenden Aufforderungen aus Berlin und im Haag brachten ihn zu einer Inangriffnahme der Belagerung.

Die mehrfachen Befehle, mit den Truppen in Holland noch stehen zu bleiben, die aus Berlin eintrafen, waren bei der Stimmung des Herzogs sehr nötig. Er riet, sich möglichst bald aus der Affaire herauszuziehen, da die Statthalterpartei sich unklug benehme, und drängte auf baldige Erledigung aller Zwiste auf diplomatischem Weg. Er wollte umkehren, um nicht das Opfer der Fehler anderer zu werden.[11] Ganz im Sinne seiner Fürstenpolitik und seines großen Bündnisplanes ist der merkwürdige Rat, den er dem König erteilte, England und Preußen sollten zu dem holländisch-französischen Bündnis beitreten. Das Ministerium lehnte dies als «impracticable dans la chose même» ab.[12] Rüstungsnachrichten aus Frankreich ließen den Herzog einen Krieg befürchten, aus dem nur England Gewinn ziehen könne. Er drängte auf seine Abreise aus einem Land, wo es weder Ehre noch Ehrlichkeit gäbe, wo das persönliche und

augenblickliche Interesse alles entscheide und wo der beste Ehrenmann auf die Dauer mit dem Gemeinsten, das es in der Welt giebt, in Berührung kommen müsse. Nur wenn England und Preußen gut miteinander ständen, könne es eine Zeit lang in Holland ruhig bleiben.[13] Die Geldforderung des Königs ist dem Herzog besonders peinlich, er glaubt, durch sie in eine betrübliche Situation zu kommen, die ihn in einem seltsamen Licht erscheinen lasse und ihn um seinen guten Ruf bei dem Publikum bringe.[14] Die Ernennung zum Befehlshaber der in Holland bleibenden preußischen Truppen lehnte er ab und ermahnte zur größten Vorsicht gegenüber England; man solle sich mit Frankreich der 4000 Mann wegen nicht dauernd überwerfen.[15] Alles, was Preußen für Holland thue, werde doch keinen Dank finden. Der Abberufung Thulemeiers redete er das Wort, damit ein fähiger preußischer Gesandter Harris, dem er höchlichst wegen seines gewaltsamen Vorgehens mißtraute, gegenüber gestellt würde. Harris fürchtete denn auch nicht mit Unrecht von ihm neben K. A. von Weimar und Stein den Hauptwiderstand gegen ein englisch-preußisches Bündnis.[16]

Es ist kein Zweifel, daß die äußerst geschickte Art der Vorbereitung, zu der der Herzog riet, sehr wesentlich zum Gelingen des Feldzugs beigetragen hat. Deutlich aber sieht man auch die Ruhm- und Selbstsucht des Herzogs; sein Ehrgeiz, an der Spitze eines Heeres zu stehen, tritt neben der übergroßen Vorsicht und dem fortwährenden Schwanken schon damals ebenso deutlich hervor, wie später bei dem französischen Feldzug, von dem er in dieser Zeit schon träumte.[17] Jedenfalls war er nicht der Mann, dem Preußen sich anvertrauen konnte, und in der Folgezeit hat er ja auch nur Unheil gewirkt.[18]

II. Die preußischen Gesandten.

Schlieffen sagt in seinen „Betreffnissen und Erlebungen" (S. 230) über Friedrich den Großen: Auf den Stufen der Politik geheißenen Fürstenlist erreichte derselbe vielleicht keine höhere Stufe als diejenige, welche er selbst dieser Gewandtheit unter den Künsten anwies; sie schien ihm für eine höhere Wissenschaft auf allzu wandelbare Grundlagen gestützt zu sein. Größeren Einwürfen war sein Verfahren ausgesetzt, wenn er bei der Ernennung seiner Botschafter an fremden Höfen minder ihre Geschicklichkeit als Nebenumstände in Betracht zog. Denn wie läßt es sich von entfernten Gegenständen richtig urteilen, wenn das Glas, wodurch man sie betrachtet, nicht taugt? Mehr als einmal kam er dadurch in Verlegenheit, aber gerade in Verlegenheiten war es, wo er am wahrsten sich selbst zeigte." Dieses Urteil kann man nur unterschreiben.

In Friedrichs Person war der preußische Staat zusammengefaßt; wie die Minister keinen vollen Überblick über die Finanzen des Staates hatten, so hatten auch seine Minister des Äußeren und vor allem seine Gesandten niemals eine genaue Kenntnis aller seiner Wege. Mit Finkenstein stand der König auch in den letzten Jahren in einem stetigeren Gedankenaustausch als mit Hertzberg; der ältere Minister beschränkte sich meist auf eine zustimmende Antwort, während Hertzberg eigene Vorschläge zuweilen wagte und dafür öfters grobe Zurückweisung erhielt. Friedrich hatte im wesentlichen alles selbst gethan in seinem Staat, seine Beamten waren ihm nur unselbständige Werkzeuge. Begreiflich war es daher, daß er auch in der äußeren Politik sich allein den ganzen Überblick zutraute. Seine Gesandten blieben so, noch mehr wie seine Minister, ohne jede Selbständigkeit, wie sie doch die großen Entfernungen und die Langsamkeit jeder Benachrichtigung, ganz anders wie heute, ver-

langten. Die angespannte Sparsamkeit seiner Verwaltung dehnte Friedrich auch auf die diplomatische Vertretung seines Staates aus; mit der wachsenden Passivität seiner auswärtigen Politik nahm er sogar noch Reduktionen der schon so kärglichen Gehälter seiner Gesandten vor. Bei ihrem meist geringen Vermögen war es diesen Diplomaten unmöglich, mit den Vertretern der anderen Großmächte gleichen Schritt zu halten; trotzdem empfahl ihnen der König ein geselliges Leben, «de ne pas épargner les soupes», wie er sich ausdrückte.[1] Man braucht nur Malmesbury's Diaries zu lesen, um sich einen Begriff zu machen, was ein gesellschaftliches Leben zum Beispiel an dem russischen Hofe kostete. Der Verkehr mit den offiziellen Persönlichkeiten und den Günstlingen verschlang große Summen, gab aber auch den Gesandten die Möglichkeit, hinter die Geheimnisse dieses korrupten Hofes zu kommen. Dasselbe Bild sehen wir bei Malmesbury im Haag. Selbst bei ihrem bescheidenen Auftreten mußten sich die preußischen Gesandten in Schulden stürzen; sie wurden bedrängt von ihren Gläubigern, was bei ihrem notorischen Mangel an Information über die Gesamtpolitik ihres Staates auf ihre Stellung drückte. Da es ihnen an Mitteln fehlte, sich geheime Nachrichten zu verschaffen, mußten sie zuweilen zu ihrer Erfindungsgabe Zuflucht nehmen, um überhaupt ihre Depeschen auszufüllen; oder aber sie berichteten, was der König zu hören wünschte.

Die doppelten Instruktionen, die sie von dem König und dem Ministerium empfingen, hatten unter Friedrich keine bedenklichen Erscheinungen gezeitigt, unter Friedrich Wilhelm brachten sie in wichtigen Augenblicken oft Schaden; in den laufenden Geschäften erhielten sie allerdings von Friedrich Wilhelm meist nicht mehr regelrechte Instruktionen, sondern nur einfache Empfangsbestätigungen auf ihre gesonderten Berichte. Aber auch als nach Friedrichs Tod die Stellung der Regierung

zu den Gesandten sich etwas änderte, blieb doch der Mangel an Information über die Gesamtpolitik bestehen. Alvensleben beschwert sich öfters heftig darüber, daß er wichtige Ereignisse durch die fremden Gesandten erfahren mußte. Gegenüber dem freien Spielraum, der den englischen Gesandten zum Beispiel überlassen blieb, die unter den Mängeln einer parlamentarischen Regierung durch wochenlanges Ausbleiben von Instruktionen zu leiden oder wie Harris ihren Teil an der Leitung der auswärtigen Politik hatten, mußten die preußischen Gesandten natürlich bedenklich zurückstehen.

Die Legationskasse Friedrichs belief sich auf 63000 Thaler, bei Nachforderungen der Gesandten wurde immer auf ihre Leere hingewiesen. Hertzberg erkannte die Bedeutung einer guten Besoldung der Gesandten, er ließ die Kasse nacheinander auf 120000, 140000 und 1788 auf 160000 Thaler erhöhen. Es gehört dies nicht zu den geringsten Verdiensten des Ministers. Alle Gesandtengehälter wurden dadurch beträchtlich erhöht, wenn auch immer entsprechend den knappen Mitteln des Staates. Es lohnt sich wohl, einen Blick auf die einzelnen Posten und ihre Inhaber zu werfen.

Der russische Posten galt, wie wohl auch noch heute, als die wichtigste auswärtige Vertretung Preußens. Bis 1779 hatte ihn V. F. Graf von Solms inne mit 8000 Thaler Gehalt und 2000 Thaler Pension aus früherer Stellung. Er war finanziell so bedrängt, daß von Rußland eine Erhöhung seines Gehaltes 1766 angeregt wurde.[2] Den Niedergang des preußischen Einflusses hatte er nicht aufzuhalten vermocht, obwohl er ihn mit hatte schaffen helfen. Die Bedeutung der Türkenpläne Katharinas hat er nicht erkannt, sonst hätte wohl Friedrich nicht auf seinen Bündnisplan 1779 kommen können. Ihm folgte Graf Görtz, mit eben diesem Bündnisantrag beauftragt. Er erhielt 10000 Thaler, hatte eigene Einkünfte im Betrag

von 5000 Thaler, bezeugt aber die Unmöglichkeit, damit auszukommen und mit den anderen Gesandten zu konkurrieren, obwohl er seine Familie zu Hause gelassen hatte.[3] Trotz seiner Bemühungen verschwand der preußische Einfluß, den er nach seiner Instruktion noch als allmächtig voraussetzen mußte, während seiner Gesandtschaft vollständig aus Rußland. Im Jahre 1785 beklagte er sich lebhaft über seine Zurücksetzung hinter Ségur, worauf ihm Friedrich seine petite vanité vorhielt und erklärte, er regle seine Politik nicht nach der Behandlung seiner Gesandten an den fremden Höfen[4]; die seien dazu da, seine Aufträge auszuführen, zu weiter nichts. Harris bezeugt Görtz, daß er ein talentvoller Diplomat sei, aber etwas deplaziert in der weiten und eigenartigen Atmosphäre des russischen Hofes.[5] Ihm folgte der Freiherr D. L. C. von Keller, ein unbedeutender Mann, der sich bei den russischen Ministern und bei Katharina bald unbeliebt machte. Er erhielt seit Friedrich Wilhelm 12000 Thaler, verlangte aber dringend eine weitere Erhöhung, die ihm schließlich mit 14000 Thalern gewährt wurde. Bei seiner von Katharina verlangten Abberufung schrieb Hertzberg dem König, man könne sie bewilligen, seine Berichte seien doch immer sehr steril gewesen.[6] Die Nichteinladung Kellers zu der Chersonreise, an der der österreichische, französische und englische Gesandte teilnahmen, hatte gezeigt, daß Katharina den preußischen Vertreter auf die gleiche Stufe mit den Gesandten der unbedeutenderen Mächte stellte. Hertzberg schlug zunächst Lucchesini vor, der sich auch bereit erklärte.

Den Wiener Posten schien man in Berlin bei der erklärten Feindschaft beider Höfe für höchst unwesentlich zu halten. Bis zum September 1785 hatte ihn der Freiher von Riedesel inne. Er begnügte sich mit Hetzreden gegen Joseph, der ihn persönlich haßte.[7] Bei seinem Tod hielt es schwer, einen neuen Gesandten zu finden. Friedrich wünschte den neugeadelten Buchholtz

von Warschau nach Wien zu versetzen. Er regte eine Diplomatenschule durch Anstellung von Gesandtschaftssekretären an, um dem Mangel vorzubeugen. Dazu müsse man besonders Neuenburger heranziehen, da die Adligen aus Cleve, Mark und Magdeburg zu leichtsinnig seien; die jetzigen Gesandten in Schweden und Dänemark bezeichnete er als untauglich für den Wiener Posten, da sie «n'ont pas des idées de politique assez bien rangées dans leurs têtes». Der Gesandte in Schweden war damals Keller. Buchholtz wurde wegen seiner Armut aufgegeben und «faute de mieux», wie Friedrich sagte, der Graf Podewils[8] von dem Regiment Gensd'armes ernannt wegen seines Reichtums. Dieser hatte selbst wegen mangelnder Erfahrung zuerst abgelehnt und Friedrich ihn als geeignet, nur Komplimente zu machen, zu sonst nichts, bezeichnet. Reuß schildert ihn als einen Mann „von nicht eben vorzüglichem Verstand und Wissenschaft", über den man sich in der Gesellschaft lustig mache. Seine Berichte sind denn auch von erschreckender Leere, ganz wie Riedesel berichtete er meist nur Klatsch und Gerüchte, mit Ausnahme der wichtigeren militärischen Nachrichten. Bei einer Nachforderung von 100 Dukaten wird der reiche Gesandte auf seine «sentiments patriotiques» verwiesen.[9] Ihm folgte 1788 der bei Kaunitz verhaßte frühere brandenburgische Gesandte in Wien, Jakobi, ein Bürgerlicher, während Österreich in Berlin einen Prinzen als Gesandten hatte. Er erhielt 10000 Thaler, während der Posten früher mit 6000 Thaler, seit Friedrich Wilhelm mit 8000 Thaler Gehalt dotiert gewesen war.

Auch der Pariser Posten erhielt durch den neuen König zunächst die erhöhte Dotierung von 8000 Thaler statt 6000 Thaler. Ihn bekleidete seit 1772 B. von der Goltz, nachdem er ihn schon vorher einmal ein Jahr innegehabt hatte. In der Zwischenzeit war Preußen durch den Geschäftsträger Sandoz-

Rollin, einen Neuenburger, vertreten gewesen. Dieser hatte in Paris eine recht klägliche Rolle gespielt. Der österreichische Botschafter Mercy bezeichnete ihn als «une de ces espèces, dont ce monarque (Friedrich) aime à se devoir de préférence et qui ressemblent plus à des espions qu'à des ministres». Sandoz=Rollin mußte seiner Schulden halber noch in Paris bleiben und wurde Gesandtschaftssekretär; später wurde er Gesandter in Madrid. Goltz war ein Mann ohne besondere Fähigkeiten. Nach dem Tode Maurepas, mit dem er gut gestanden hatte, war er ganz außer stand, sich Informationen zu verschaffen, er erging sich vielfach in Konjekturen und Phantasien, die Vergennes und Mercy häufig aufdeckten. Beide waren im Besitz seiner Berichte und Instruktionen. 1786 erhielt er von dem neuen König, wie so viele andere, den Grafentitel. Er war ein Anhänger der französischen Richtung in Berlin; seine Berichte, wie die Thulemeiers, betonen vor der holländischen Katastrophe stets die Abneigung Pitts, in Holland einzugreifen. Er genoß weder das Ansehen des französischen Hofes, der die Verhandlungen durch ihn zum Beispiel in der Krisis des Scheldestreites und auch später über Holland mehrfach ablehnte oder doch vermied, noch das der fremden Gesandten in Paris. Harris bezeichnet ihn als bestochen von Frankreich und schreibt ihm die von Eden während der Krisis bemerkte Intimität zwischen Frankreich und Preußen zu und Ewart betrieb dieses Verdachtes wegen die Gesandtschaft Alvensleben.[10] Er war überhäuft mit Schulden und wohnte in seinen Mansarden aus Mangel an Meublement; die Livreen seiner Dienerschaft waren abgenutzt, ein gesellschaftliches Leben konnte er nicht führen. Wohl aber hatte er eine Spieltafel in seinem Hause aufgethan, um so sich Mittel zu verschaffen; er blieb dabei trotz der Ermahnung Vergennes'. Alvensleben schreibt, er zöge sich von allem zurück und käme dadurch um alles Ansehen. 1785 ver=

langte er 12430 Thaler Nachzahlungen, die Friedrich ihm seit 1774 verweigert hatte; Friedrich hatte statt der üblichen Summe von 1200 Thaler ihm nur 400 Thaler für die Reisen nach Fontainebleau bewilligt. Seine Gläubiger erhoben Anspruch auf seinen Gehalt, das auswärtige Amt in Berlin wurde von ihnen bestürmt.[11] 1788 erhielt er auf die Befürwortung Alvenslebens, den Hertzberg zu diesem Schritt bestimmt hatte, da Goltz zu stolz sei, selbst zu bitten, 12000 Thaler für seine dringendsten Schulden.

Der Londoner Posten war mit 6000 Thalern dotiert; die Auslagen für Porto hatte Friedrich dabei dem Gesandten von Maltzan in den letzten Jahren seines Aufenthaltes in London verweigert. Maltzan trieb 1773 ohne Befehl die Danziger Frage auf die Spitze. Sein Vermögen war zerrüttet, er spekulierte in Fonds mit Verlust, was man in London wohl wußte.[12] Ihm folgte der Graf Lusi, ein Korsikaner, den Friedrich seiner Unbedeutendheit halber nach England geschickt hatte. Er erhielt seit Friedrich Wilhelm 8000 Thaler Gehalt. Im Dezember 1787 verlangte Hertzberg seine Abberufung mit der Begründung «V. M. ne peut rien ni effectuer, ni negocier par ce Ministre, qui a ni les talents, ni les connaissances necessaires, ni la confiance du Min. Britt.»[13], ein völlig zutreffendes Urteil. Ihm folgte 1788 Alvensleben, der spätere Minister, mit 10000 Thaler Gehalt. Er war im Oktober 1787 in Paris, dann in Holland verwandt worden ohne besonderen Erfolg. Seine Fähigkeiten entsprachen durchaus nicht seiner Selbstschätzung. Er gerierte sich stets als der große Staatsmann und suchte sich durch eigenmächtige Handlungen in das rechte Licht zu setzen; so begann er mit Harris ohne Befehl Besprechungen über ein Bündnis während seines Aufenthaltes im Haag.[14] Friedrich hatte 1785 von ihm geschrieben, als die Minister ihn zu den Fürstenbundsverhand-

lungen vorschlugen, «Vous savez, que c'est un pauvre Sire, peu capable de pareilles choses».[15] Charakteristisch ist auch das Urteil der geistreichen Frau von Coudenhofen in Mainz über ihn «il a une fatuité stupide repandue, sur toute sa personne, j'ai beaucoup causé avec lui, mais la conversation n'est pas plus piquante que sa figure et y répond parfaitenant; on voit que c'est un homme qui a de lui une fort haute opinion et beaucoup de suffisance . . .»[16] Im März 1788 glaubt auch er seinen Plan über künftige Erwerbungen vortragen zu müssen. Er rät, Preußen solle sich frei von England halten und mit der Türkei ein Bündnis schließen auf Grund einer gegenseitigen Garantie der beiderseitigen Besitzungen, einschließlich der neuen preußischen Erwerbungen in Polen. Diese sollen bestehen in dem Stück Polen zwischen Preußen, Schlesien, dem Bug, der Weichsel und Massovien. (Den Bug nimmt er später zurück.) Die Türkei werde dann ein wichtiger Bundesgenosse Preußens und mache England entbehrlich. Wenn Frankreich darüber die holländische Verfassung stürzen will, so stellt Preußen sein Kontingent und läßt England den Hauptkrieg führen. Er nimmt diesen Plan, über den man kein Wort zu verlieren braucht, im Juni wieder zurück, als das englische Bündnis in Sicht steht.[17] Obwohl er im Mai einem einfachen Garantieakt für Holland widerraten hat, schließt er den Vertrag von Loo und ist sehr befriedigt darüber. Seine Sucht, gegen Hertzberg zu intriguieren, was für den Minister bei der Freundschaft des Königs für Alvensleben, den er in geheimen deutschen Missionen verwandte, nicht ungefährlich war, hatte ihn zu dieser That neben seinem Ehrgeiz verleitet. Trotzdem Hertzberg in freundschaftlichem Briefwechsel mit ihm stand und ihn von Dresden nach dem Haag und London beförderte, setzte er im Juni 1788 eine Beschwerdeschrift gegen ihn auf, in der der Verrat von Staatsgeheimnissen an

Ewart und Reede und ungenügende Instruktion die Hauptpunkte der Anklage bildeten.[18] Kaum in London angekommen, ging er Hertzberg um eine Gehaltserhöhung an und flehte bei dem König um eine Zulage von 2000 Thaler, da seine Ausstattung, deren Kosten er auch ersetzt zu haben wünschte, ihn gleich ruiniert hatte. 19500 Thaler bezeichnete er als das Gehalt, mit dem ein Gesandter in London anständig leben könne.* Lusi hatte seinen Posten wegen seiner Schulden nicht verlassen können, bis ihm der König 20000 Thaler gab. Alvensleben wurde 1790 abberufen, aus finanziellen Gründen wohl. Der König gab ihm 12000 Thaler für seine Schulden. Hertzberg hatte über seinen Mangel an Fleiß geklagt. Bei Alvenslebens Ernennung zum Minister bezeichnete Auckland diesen als «very moderatly qualified for such a situation», er sei aber in Gunst beim König und habe gleich ein höheres Gehalt als Hertzberg erhalten. Auch Harris bezeichnete ihn 1784 als «perfectly insignificant»; «At is the fine gentleman of Berlin and takes the lead of all the balls and suppers.»[19]

Der Gesandte im Haag, Thulemeier, ist schon charakterisiert (S. 51). Seine Berichte zeichnen sich mehr durch Länge als durch Inhalt aus, weshalb Friedrich ihn mehrfach zur Kürze ermahnte. Seine schlechte Stellung bei allen Parteien war allerdings auch die Folge der lahmen holländischen Politik Preußens.[20] Jedenfalls aber hat er über viele Ereignisse seinen Hof im Dunkeln gelassen, so unter anderem über die stete

* Die französischen Gesandten in London und Madrid erhielten 200000 Francs als Gehalt und 5000 Thaler zur Ausstattung. (Eden an Pitt 22. November 1787. Auckland J.) Die Durchschnittssummen für die großen französischen Gesandtschaften waren 50000 Thaler, Duras in Madrid hatte 200000 Livres Gehalt, 100000 Livres Gratifikation, 50000 Lires für den geheimen Dienst und Möbel geliehen im Wert von 4—500000 Livres. (Taine, Ancien rég. I, S. 151.) Vérac im Haag erhielt 110000 Livres Gehalt, seit 1786 aber 140000 Livres (Colenbrander).

Besserung der Lage des Statthalters vor der Entscheidung. Wie Goltz war er ein Anhänger des französischen Systems und färbte seine Berichte entsprechend, so daß man in Berlin die Stellung Frankreichs in Holland bis zuletzt für viel mächtiger hielt, als sie war. Alle schärferen Maßregeln Preußens schwächte er durch beruhigende Noten ab, so auch die Rüstung nach der Reise Wilhelminens.[21] Über die Thätigkeit Harris' und Englands Einfluß in Holland konnte die preußische Regierung nach seinen Berichten nicht klar werden. Harris bezeichnet ihn, wie Goltz, als bestochen; zweifellos eine Unwahrheit. Diese Meinung scheint allerdings verbreitet gewesen zu sein, denn auch Reuß weiß sie zu berichten.[22] Die Prinzessin bezeichnete ihn, wie Goltz, als im Solde Frankreichs und der Patrioten stehend.[23] Auch Friedrich scheint ihm nicht ganz getraut zu haben; er beschuldigt ihn einmal, er spekuliere auf eine Pension von dem Statthalter. Seine Armut widerspricht ja jedenfalls diesen Gerüchten, ebenso wie denen über Goltz. Thulemeier hatte in Holland 12 Jahre lang 2000 Thaler, dann 12 Jahre lang 4000 Thaler erhalten, seit Friedrich Wilhelm bezog er 8000 Thaler.[24] Bei seiner Abberufung war Thulemeier so verschuldet, daß er nicht abreisen konnte; sein Vermögen war aufgezehrt, er verlangte die Erfüllung eines Versprechens Friedrichs, es ihm zu ersetzen. Er drohte schließlich zu entfliehen und seine Gläubiger für seine 30000 Thaler betragenden Schulden an den König zu verweisen. Das Ministerium und besonders Hertzberg hatten seine Abberufung verlangt, da er untauglich sei für einen jetzt so wichtigen Posten; nur Finkenstein hatte sich noch im Juli 1787 für ihn verwandt. Er selbst war von seiner Brauchbarkeit überzeugt und über die Gesandtschaft Görtz' nicht wenig beleidigt. Görtz selbst hatte seine verfehlte Mission durch sein Verhalten nicht besser gemacht. Er hatte sich zu eng an Harris angeschlossen; von Wilhelmine schrieb er nie anders

als «cette respectable, grande et incomparable princesse»; sie hatte ihn ganz fasziniert. Finkenstein fällte ein trotz seiner Gegnerschaft gegen das System Hertzbergs, dem auch Görtz beistimmte, nicht minder zutreffendes Urteil über seine Berichte: «Ce sont des vrais playdoyers remplis d'une déclamation outrée».[25]

Die Dotierung des türkischen Postens, die für den Gesandten Zegelin 1743—76 noch 16000 Thaler betragen hatte[26], war von Friedrich für den Geschäftsträger Gaffron auf 5200 Thaler herabgesetzt worden. Nach Abzug der Kosten für den Dolmetscher blieben Gaffron 3000 Thaler an einem Hof, an dem Bestechung fast alles that; daher seine Anleihe bei dem russischen Gesandten. Über seine Dienste urteilte das Ministerium: «s'il n'a pas réussi, s'il a même fait des fautes, c'est qu'il n'a pas eu ni les connaissances ni la prudence necessaire pour un poste de cette importance et pour executer les commissions difficiles et délicates dont il a été chargé».[27] Bei seiner Ankunft in Berlin war er buchstäblich ohne einen Pfennig. Sein Nachfolger Dietz hat kürzlich eine treffende Charakteristik erfahren. (P. Wittichen a. a. O., S. 28ff.) Sein Gehalt hatte 5000 Thaler, von denen 1000 Thaler für den Dolmetscher und 1000 Thaler für Audienzen und Geschenke verbraucht wurden, betragen. Seine Ernennung zum Gesandten mit 10000 Thaler Gehalt leitete die aktive türkische Politik Hertzbergs ein.

Von den unbedeutenderen Posten sind noch anzuführen: der Gesandte bei Kurköln und dem niederrheinisch-westfälischen Kreis hatte 2000 Thaler erhalten, dann hatte Friedrich, da reiche Leute sich um ihn bewarben, ihn auf 800 Thaler gedrückt. Dohm erhielt 1550 Thaler ohne die Kosten für den Sekretär, seit Friedrich Wilhelm 1750 Thaler und 400 Thaler für einen Sekretär.[28] Böhmer in Frankfurt erhielt 4000 Thaler, trotz-

dem er um 5000 Thaler als unbedingt nötig gebeten hatte. Schwartzenau und später Görtz am Reichstag erhielten 3000 Thaler, der neue Münchener Posten wurde mit 4000 Thaler dotiert. Für Portugal beantragte Hertzberg 1788, jedenfalls im Sinn der englischen Politik, einen Gesandtschaftsposten mit 7000 Thaler inklusive des Sekretärgehaltes. Aus allem ersieht man, daß Hertzberg sein Möglichstes für die Gesandten gethan hat, um so anerkennenswerter, da er selbst von Anfang an nur 5000 Thaler Gehalt bezog und für sich keine Erhöhung beantragte.[29] Daß mit diesem Beamtenmaterial nicht viel zu erreichen war, ist klar; es ist das bei der Beurteilung der Friederizianischen und Hertzbergschen Politik stark in Anschlag zu bringen. Friedrich hatte allerdings noch seine besonderen Quellen: Hofenfels aus Zweibrücken berichtete über Frankreich, der sächsische Gesandte Zinzendorf regelmäßig über Wien. Daneben sind noch anonyme regelmäßige Berichte, anscheinend aus Hofkreisen, über Frankreich erhalten. Auch in Rußland hatte Friedrich seine Vertrauenspersonen. Oft teilt er dem Ministerium ihm eingegangene Nachrichten ohne Angabe der Quellen mit. Im ganzen aber wird man manche Mißerfolge Friedrichs verstehen können eben aus diesen unerfreulichen Gesandtenverhältnissen heraus; er mußte zu viel durch trübe Gläser sehen. Zur Erklärung dieser Verhältnisse ist zu sagen, daß die Rolle Preußens als Großmacht doch erst mit dem großen König beginnt, eine diplomatische Tradition also unmöglich schon vorhanden sein konnte. Nirgends wohl mehr macht sich der Segen einer alten, sorgsam gehüteten Tradition geltend als gerade in der Diplomatie.

Noten.

Einleitung S. 1—8. [1] Vgl. F. Arnheim, Beiträge zur Geschichte der nordischen Frage. D. Z. f. G. II, V, VIII. [2] Vgl. Martens, Recueil des traités elc. par la Russie, Angleterre, S. 280, 85 und Mahan, The influence of seapower upon the French revol. and empire, I, S. 11 f. [3] Vgl. A. Beer, Erste Teilung Polens, I, S. 282. [4] Vgl. Michael, Englands Stellung zur ersten Teilung Polens. (1890.) [5] Beer, a. a. O., II, S. 256 ff. [6] «The King of Prussia has made us some advances.» Harris an Carmarthen, Malmesbury Diaries and Corresp., I, S. 162. Für Frankreich vgl. die Denkschrift Vergennes' vom 2. Februar 1778, in der er rät, Preußen zu schonen und es an der Bildung einer protestantischen Liga, an der England teilnehmen werde, zu hindern. (Flassan, Hist. de la diplom. française VII, L. VII, S. 189.) Frankreich drohte Preußen bei einer Annahme der militärischen Hülfe Hannovers mit der Aufstellung einer Armee an der deutschen Grenze. Finkenstein erinnert den König 1. März 1885 daran (G.-St.-A.). [7] Vgl. Suffolk an York, 1. September 1878 bei Colenbrander, De Patriottentijd, I, Beil. III. [8] Harris sieht das französisch-russische Verhältnis mit Mißbehagen. Harris an Eden 29. Juli 1779 Malmesb. D., I, S. 206. Vgl. auch die Instruktion Véracs (französischer Gesandter in Petersburg) vom 2. Mai 1780 im Recueil des instruct. données aux amb. de France, Russie, II. [9] Vgl. Görtz, Denkwürdigkeiten, I, S. 111. [10] Vgl. Joseph an Kaunitz 10. und 16. Juli 1781 bei Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz. [11] Die Briefe Josephs an Katharina bei Arneth, S. 130—32, zeigen die Besorgnis vor dieser Neigung Katharinas; siehe auch S. 149 ebenda. [12] Vgl. Grantham an Harris 28. Juli 1782 Malmesb. D., I, S. 455 und 465. [13] Vgl. Arneth a. a. O. Nr. LXV, und Arneth, Joseph II. und Leopold I., S. 144. [14] Vgl. Malmesb. D., I, S. 504 und 520, und Ch. Gomel, Les causes financières de la révol., S. 219. [15] Katharina hätte am liebsten Österreich mit Frankreich überworfen, um es ganz auf Rußland angewiesen zu sehen. Joseph an Leopold 17. November 1783 bei Arneth a. a. O. [16] Hertzberg an Alvensleben 22. August 1783 . . . «Nous disserterons alors

à notre sens sur les diff. sistèmes et nous trouverons à la fin, qu'il n'y en a peut-être nulle part, mais bien des pots cassés partout. Je tâche de tenir de mon côté la route la plus ferme, que je puis sans m'embarasser de ce que font d'autres. Je suis sûr, que ce qui se fasse en Russie, ébranlera etéloignera encore davantage nos voisins, mais pour moi je ne désespère encore de rien.» G.-St.-A. aus Alvenslebens Nachlaß, wie auch die in den folgenden Kapiteln berührte Korrespondenz Alvenslebens.

I. S. 9—25. [1] Der bayrische Erwerb ist jedenfalls der große Schlag, von dem er 10. August 1783 an Leopold schreibt. Bei Arneth, Joseph II. und Leopold. Der holländische Streit wird seinetwegen genährt. Joseph an Katharina 28. Dezember 1784 bei Arneth, Joseph und Katharina Nr. 111. [2] Vgl. Arneth, Marie Antoinette, Joseph II. und Leopold II. Joseph an Marie Antoinette 9. September 1783. [3] Hertzberg an den Herzog von Braunschweig 14. Januar 1784 bei Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 26, und Colenbrander, De Patriottentijd, I, S. 328. Im Januar 1784 warnt Hertzberg den Statthalter unter Drohungen vor England und Österreich. Vgl. Colenbrander, I, Beilage XV. [4] Vgl. Kaunitz an Joseph 20. Januar 1781 bei Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, und de Barral-Montferrat, Dix ans de paix armée entre la France et l'Angleterre 1783 bis 1793, I, S. 23 ff. [5] Vgl. Joseph an Kaunitz 19. Januar 1781 bei Beer a. a. O. [6] Vgl. Colenbrander II, S. 13 ff. [7] Vgl. Tratchevsky, La France et l'Allemagne, Revue Hist. XV, S. 4 ff. [8] Vgl. Joseph an Ludwig XVI, 17. Dezember 1784 bei Arneth a. a. O. [9] Vgl. Colenbrander, I, S. 352 ff. [10] Ebenda III, Beilage zu Hauptstück I, Nr. 7—9. [11] Nach Vergennes hat Cobentzl in Petersburg bis zur indécence gegen Frankreich und für England gearbeitet. Recueil des instruct., Russie II, S. 389 f. [12] Vgl. Souvenirs de Matthieu Dumas S. 164. Auch Schlieffen, Betreffnisse und Erlebungen, S. 129 ff., nimmt schon für 1785 diese Überlegungen in Frankreich an. Vgl. auch Niebuhr, Geschichte des Zeitalters der Revolution S. 111, der Dumas Sendung kennt. [13] Wie berechtigt diese Furcht vor feindlichen Plänen Österreichs nach der Loslösung von Frankreich war, zeigt Joseph an Leopold 3. Dezember 1784 bei Arneth a. a. O. [14] Diese Überlegung wird in den Denkschriften der Minister außer Vergennes angestellt. Vgl. Tratchevsky a. a. O. S. 27 ff. [15] Frankreich garantiert kurz darauf eine zweibrückische Anleihe und erhöht seine Subsidien auf 500 000 Livres. Hofenfels an preußischen Minister 22. März 1785 (G.-St.-A.). [16] Vgl. Katharina an Joseph 23. Mai 1785 bei Arneth a. a. O. und Nr. 102—104 ebenda. [17] Ségur, Mémoires, II, S. 279 f. [18] Dies am schärfsten ausgedrückt in einer

Unterredung Ostermanns mit Sacken. Vgl. Herrmann, Geschichte Rußlands, VI, S. 99 f. [19] Arneth, Joseph und Katharina, Nr. 113 und 114. [20] Vgl. Beer, Die orientalische Politik Österreichs seit 1774, S. 46. [21] Vgl. Ségur, Mém. II., S. 349. [22] 16. August 1785 Friedrich an Görtz — — « . . qu'on fasse la grimace à Petersbourg, tant qu'on voudra; je n'en tiens pas grand compte, ni plus, ni moins cette affaire (Fürstenbund) sera arrêtée et nullement dérangée par là» (G.-St.-A.). [23] Vgl. Fox, Mémorials, I, S. 352 und 364. [24] Vgl. Harris an Grantham 25. Oktober 1782 in Malmesb. D., I, S. 474. [25] Vgl. Grantham an Harris 22. Februar 1783 ebenda S. 502. [26] Vgl. Martens, Recueil des traités concl. par la Russie, Angleterre, S. 327 f. [27] Vgl. Political memoranda of Francis V Duke of Leeds, ed. Browning, S. 101 f. [28] Diese Revolution erschien Carmarthen als «a most flattering circumstance toward forewarding our object of a more close connection with Denmark and Russia» ebenda. Vgl. auch Countess of Minto, a memoire of Hugh Elliot, Edinborough 1868, S. 288 ff. [29] Vgl. Barral a. a. O. S. 14 ff. [30] Ebenda S. 37 f. [31] Vgl. Martens a. a. O. S. 329. [32] Das Stillschweigen Österreichs gegenüber England wird mehrfach als Zeichen der Feindschaft gegen England angeführt. Vgl. Leeds a. a. O. 113 f. und die Instruktion für Reviczky 3. April 1786 bei Wolf, Österreich und Preußen. Beilage. [33] Leeds a. a. O. S. 110. [34] Ebenda S. 111 und Georg III. an Beulwitz 17. Mai 1785 „ . . . und gehen inmittelst, wie wir Euch zu Eurer alleinigen geheimen Nachricht nicht vorenthalten wollen, damit um, ein besseres Vernehmen zwischen Unserer Krone und der Krone von Preußen wiederherzustellen und hoffen, daß die intendierende Vereinigung mit dazu führen werde", bei Gödeke, Hannovers Anteil am Fürstenbund, XI, b. Archiv d. hist. V. f. Niedersachsen 1847. [35] Vgl. Leeds a. a. O. S. 110 f. [36] Ministerium an Lusi 26. Februar 1785 und Lusi an Ministerium 6. Mai 1785 (G.-St.-A.). [37] Leeds a. a. O. S. 113. [38] Friedrich an Görtz 5. Juli 1785 (G.-St.-A.). [39] Ministerium an Friedrich 18. November 1785 (G.-St.-A.). Diese französische Erklärung zuerst durch Calonne an den Prinzen Heinrich in Frankreich am 8. November. Vgl. K. Krauel, Prinz Heinrich von Preußen in Paris, 1901, Abschn. IV. [40] Note an Faciola 6. Dezember 1784 (G.-St.-A.). [41] Friedrich an Hertzberg 30. November 1784 (G.-St.-A.). [42] Hertzberg an Friedrich 29. Dezember 1784 und Hertzberg an Prinzessin Wilhelmine 6. Januar 1785 (G.-St.-A.). [43] Hertzberg an Thulemeier 22. März 1785 «depuis un certain illustre voyage on nous avait fait concevoir les plus grandes éspérances du côté de la France, mais elles manquent entièrement. Cette cour nous marque la plus

grande réserve et froideur» (G.-St.-A.). [44] Friedrich schreibt dies Finkenstein und spricht es Hertzberg gegenüber aus. Finkenstein an Friedrich 10. Oktober 1784. Hertzberg an Friedrich 24. November 1784 (G.-St.-A.). Ähnliche Urteile des Königs über Frankreich in dieser Zeit siehe bei Krauel a. a. O. [45] Finkenstein an Friedrich 15. Februar 1785 (G.-St.-A.). Der gleichgültige Ton, in dem Esterno in Berlin sich über den Tausch äußerte, erweckte in Friedrich den Verdacht, daß Frankreich mit Luxemburg bestochen sei. Friedrich an Finkenstein 10. Februar 1785 (G.-St.-A.). [46] Wenn P. Wittichen a. a. O. S. 10 sagt: „Die hannöversche Politik war von der englischen immer wieder ohne Schwierigkeit zu lösen, während für Preußen eine Annäherung an Frankreich fortan unmöglich gemacht war, wenn man nicht auf das Weiterbestehen des Fürstenbundes verzichten wollte", so ist dagegen zu bemerken, daß ein nahes Verhältnis zu Frankreich während und nach der Gründung des Bundes bestand. Die offizielle preußische Denkschrift Dohms „Über den deutschen Fürstenbund" (Denkwürdigkeiten III, S. 251) betont sogar ausdrücklich, Frankreich dürfe durch den österreichischen Erwerb Bayerns nicht außer stand gesetzt werden, im Deutschen Reich Alliierte zu haben und durch Bayern in das Herz Österreichs einzudringen. Bei einem preußischen Abschluß mit Frankreich verlor der Bund allerdings eines der wichtigsten Mitglieder, Hannover, und konnte damit als aufgelöst angesehen werden. Nicht minder war aber ein Abschluß mit England das Ende der Fürstenbundspolitik, die eben wie im Lauf der Arbeit näher ausgeführt, ein Kompromiß zwischen dem englischen und französischen Einfluß im Reich, wobei der französische den stärkeren darstellte, auf Grund der zwischen beiden Mächten balancierenden preußischen Politik war. Die preußische Gleichgewichtspolitik endete mit dem Berliner Bündnis und thatsächlich war damit der Fürstenbund erledigt.

II. S. 26–35. [1] Vgl. Bailleu, Entstehung des Fürstenbunds. Hist. Ztschr. XLI. [2] « ..et quoique je sente, que toute cette ligue des princes ne menera pas à grande chose, qu'elle roulera même principalement sur mes crochets, cependant il vaut mieux avoir une éspèce d'appui, que de n'avoir rien du tout.» Friedrich an Finkenstein 29. Mai 1785 (G.-St.-A.). Für das Folgende vgl. Ranke, Die deutschen Mächte, Kapitel V und XI, Schlieffen a. a. O. und die Bemerkung Goethes in den „Gesprächen mit dem Kanzler F. von Müller" (2. Aufl., S. 159) 27. Oktober 1824: „Aufdeckung der geheimen Tendenzen des Fürsten, nämlich gegen Friedrichs II. Anmaßung, während er selbst dazu anzutreiben vermocht wurde. Der Kronprinz war im Geheimnis und von dem alten Fürsten von Dessau ging die Idee aus." Goethe war wohl

unterrichtet. Vgl. O. Lorenz, Goethes politische Lehrjahre, Abschn. III, besonders den S. 71 f. zitierten Brief Boisserées, der eine analoge Darstellung nach Goethes Erzählung giebt. Dazu vgl. Erdmannsdörffer, Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden I und Dohm, Denkwürdigkeiten, III. [3] «Dans la situation isolée où je me trouve, je suis obligé, de recourir à tous les remèdes imaginables, pour me tirer d'affaires.» Friedrich an Finkenstein 20. März 1785 (G.-St.-A.). [4] « . . de suite, quoique j'avoue que ce n'est pas pour le solide, mais pour faire faire des réflexions à Vienne et à Petersbourg.» Friedrich an Finkenstein 17. Juni 1785 (G.-St.-A.). [5] Finkenstein an Friedrich 29. März und 1. April 1785, Berichte über Unterredungen mit Esterno (G.-St.-A.). [6] Woronzow macht in London darauf aufmerksam, siehe Leeds Pol. Mem. S. 113, auch Joseph an Marie Antoinette Mai 1785 bei Colenbrander II, Beilage zu Hauptstück I 2. [7] Friedrich an Finkenstein 28. Februar 1785. [8] Friedrich an Lusi 28. März 1785, bei Schmidt, Unionsbestrebungen S. 172. Friedrich weist darauf hin, daß Rußland viel abhängiger sei von England wie umgekehrt. [9] Diese Note wie die folgenden berührten englischen Noten sind, soweit nichts anderes bemerkt ist, den im G.-St.-A. vorhandenen Abschriften entnommen. [10] Beide Berichte vom 23. Mai 1785 (G.-St.-A.). [11] Friedrich an Finkenstein 24. Mai 1785 (G.-St.-A.). Bemerkenswert ist, daß Friedrich die englischen Mitteilungen im Mai wie später die im September als direkte Bündnisanträge auffaßt. [12] Hertzberg an Finkenstein 25. und 26. Mai 1785 (G.-St.-A.). [13] Rép. verbale au Ewart, entworfen von Finkenstein, gebilligt von Hertzberg 27. Mai 1785 (G.-St.-A.). [14] Friedrich an Lusi 30. Mai 1785 (G.-St.-A.). [15] Lusi an Minister 20. Mai 1785 (G.-St.-A.). [16] Hertzberg an Prinzessin Wilhelmine 5. Juli 1785 bei Colenbrander II, Beilage zum Hauptstück III 16: aus dem P. S. des Briefes: «le Roi d'Angleterre a fait proposer au Roi de prendre entre l'Anglt. et la Prusse un concert générale pour les affaires en Europe et surtout aussi pour renouer les liaisons avec la Hollande, mais le Roi n'a accepté ce concert, que pour les affaires d'Allemagne et il croit ne pouvoir pas encore faire les démarches en Holl. M. Ewart me tourmente beaucoup du plan, qui parait plaire aussi à Mr. de Reede (holländischer Gesandter in Berlin), que le Roi doit intrevenire à présent en Holl., pour y rétablir l'Union et l'ancien système et tacher de faire accéder l'Anglet. et la Républ. à l'Assoc. germanique.» Im ersten Teil des Briefes (G.-St.-A.) «on permettra aussi aux autres puissances de l'Europe d'acceder à cette confédération, l'Anglet. le souhaite, la Cour de France nous assure, d'approuver cette Assoc.,

la Républ. d'Holl. pourrait donc aussi y acceder avec le temps et je crois, que tout cela combiné pourrait faire le fondement d'une alliance respectable», und Hertzberg an Prinzessin Wilhelmine 14. August 1785 (G.-St.-A.). Vgl. auch Harris an Carmarthen 2. August 1785 bei Colenbrander, Beilage zum Hauptstück III 20. Harris stellt den englischen Antrag als allein Holland betreffend und Preußens Ablehnung in besonders scharfem Licht der Prinzessin dar, um sie auf die englische Seite zu ziehen (s. auch Colenbrander II 189 Anm. 4). Harris sagt der Prinzessin, «that I would not conceal from her that we had proposed to His Prussian Majesty a plan of cooperation in Holland, with a view to recover the Republic from its present State of subjection to France and to restore the Power of the Stadtholder and that we had not scrupled to declare we would go hand in hand in this occasion; but that the king of Prussia had declined our offer, giving for reason 'que la Poire n'étoit pas mûre' and that it would be better to wait till matters were made up with the Emperor before we attempted any measures here; — that as we considered this a direct refusal, we had said nothing more on the subject.» Ein Dokument mit so bestimmt formulierten Vorschlägen habe ich im G.-St.-A. nicht finden können. Die Essenz des englischen Antrages in Berlin ist jedenfalls von Harris richtig dargestellt. [17] Lusi an Minist. 24. Juni 1785 (G.-St.-A.). [18] Vgl. Colenbrander II, 43 ff. u. Beil. z. Hauptst. I, 3. Aus der dort von Bérac geschilderten Thätigkeit von Harris ist am besten neben Malmesbury Diaries das Hauptaugenmerk Englands auf Holland zu erkennen. Man war in England zu der Überzeugung gekommen, daß Frankreich und Österreich einig seien, also die Schaffung einer neuen Barriere nach dem Tausch, wie sie Harris angeregt hatte (Malmesb. D. II, S. 56), unmöglich sei. Da Ewart die gleiche Anschauung des preußischen Hofes meldete (Ewart an Harris 4. April 1785, Malmesb. D. S. 63), kam man auf den Gedanken des nordischen Systems und der Lordkanzler beantragte die Absendung einer Vertrauensperson nach Berlin, um mit Preußen zu einem Zusammenwirken im Haag und Petersburg zu kommen (Georg III. an Carmarthen 10. Mai 1785, Malmesb. D. S. 72). Daraus konnte dann das gewünschte «wise and solid continental system» (Harris an Ewart 19. April 1785, Malmesb. D. S. 65) entstehen durch Trennung Rußlands von Österreich, Bewahrung Dänemarks und Neutralisierung Schwedens (Mem. v. Harris bei Leeds a.a.O.). Die Verbindung mit Preußen war also das Prius bei allen diesen Überlegungen, weil sie für Holland die wichtigste und damit überhaupt die wichtigste war, während Rußland dort so gut wie keinen Einfluß hatte.

Das Urteil bei F. Salomon, Das politische System des jüngeren Pitt (Leipz. Habilitationsschrift 1895, S. 14 u. 15), trifft also nicht zu für den ersten Antrag und den Abschluß des Fürstenbundes; er übersieht die maßgebende Bedeutung der holländischen Frage. Erst die Wirkung des Bundes in Rußland und die ablehnende Haltung Preußens in Holland, dazu die Beseitigung des Tausches ließen die Minister von ihren Plänen zurückkommen. Daß Pitt den Beitritt zum Fürstenbund nachher möglichst in Rußland beschönigen wollte und ihn als rein deutsche Handlung Georgs III. hinstellte (Martens a. a. O., S. 330), war doch nur natürlich. Auch Harris hatte eine solche Stellungnahme angeraten. Vgl. S. 40. [19] Finkenstein an Friedrich 30. August 1785 (G.-St.-A.). Esterno verlangte eine Ermahnung Thulemeiers, der mit Harris für den Fürstenbund agitiert habe. [20] Vgl. Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 351, Instruktion Goltz'. Der Satz «que cette communication n'avoit point été faite à la Cour de Russie, afin qu'elle ne se mêle pas d'avantage des affaires de l'Empire» entspricht dem Wunsche Friedrichs, Frankreich auf Rußland eifersüchtig zu machen. [21] Vgl. Ségur, Mem. II, S. 318. [22] Ministerium an Friedrich 31. Oktober 1785 (G.-St.-A.). Die französischen Intriguen in Mainz wurden allerdings von Vergennes durch den Befehl striktester Neutralität an den französischen Gesandten dort beseitigt. Vgl. Erdmannsdörffer a. a. O., S. 108. [23] Esterno sagt ganz offen in Berlin, der Beitritt Hannovers sei ein Prüfstein für Englands Gesinnung, das sich danach nicht mehr mit Österreich verständigen könne, 1. April 1785 Finkenstein an Friedrich. Auch Friedrich hatte die Wirkung in Rußland, «qui ne veut pas se brouiller avec les Anglais», berechnet, Friedrich an Finkenstein, 14. Februar 1785 (G.-St.-A.). [24] Vgl. Joseph an Katharina 26. Juli 1785, bei Arneth, Nr. 118. [25] Kaunitz sagt dies einmal in der Instruktion an Reviczky bei Wolf a. a. O. und Carmarthen setzt diese Absicht bei Österreich voraus, Leeds a. a. O. [26] Ebenda. [27] Görtz, Denkwürdigkeiten, I, S. 287. [28] Friedrich an Görtz 14. und 29. Juni 1785 (G.-St.-A.). Harris fürchtete nach dem Benehmen Woronzows in London eine Liga zwischen den Kaiserhöfen und Frankreich, s. Malmesb. D. II, S. 80. [29] Vgl. Stanhope, Life of Pitt I, App. 17f. [30] Vgl. Carmarthen an Harris 24. Juli 1786 (Malmesb. D. II, S. 166).

III. S. 35—38. [1] Friedrich an Lusi 4. August 1785 (G.-St.-A.). [2] Friedrich an Finkenstein 15. August 1785 (G.-St.-A.). Für das Folgende Friedrich an Finkenstein 2. September 1785 «Notre situation est bien singulière, parceque à bien apprécier les choses, nous avons à faire avec les Anglais, qui sont fougueux et entiers dans leur sentiment et d'autre part avec les Français dégénérés, qui ne sont

que flasques et laches. J'espère de me tirer d'affaires avec tous les deux» (G.-St.-A.). [3] Carmarthen an Cornwallis 2. September 1785 (G.-St.-A.). Die folgende Instruktion desselben Datums bei Ross, Corresp. of Cornwallis. [4] Hertzberg an Friedrich 8. September 1785 (G.-St.-A.). [5] Ewart an Carmarthen 10. September 1785 bei Ross a. a. O. [6] Finkenstein an Friedrich 16. September 1785 (G.-St.-A.). [7] Carmarthen an Harris 19. September 1785 bei Ross. [8] Darstellung Ewarts ebenda. [9] Die Darstellung Dohms, Denkwürdigkeiten III, S. 122 ff., der die englischen Anträge in den August verlegt, ist eine Vermischung der beiden Anträge. Die Denkschriften der Minister, die er giebt, sind freie Komposition. Hertzberg hat jedenfalls nicht die englische Allianz offiziell beantragt!

IV. S. 39—44. [1] Lusi an Ministerium 4. November 1785 (G.-St.-A.). [2] Finkenstein an Friedrich 31. Dezember 1785 und Friedrich an Finkenstein 18. Januar 1786 (G.-St.-A.). [3] Vgl. F. Salomon a. a. O., S. 16. [4] Harris an Carmarthen 2. Februar 1786, Malmesb. D. II, S. 141. [5] Nach der Instruktion Reviczkys (Wolf a. a. O.) hat England sogar in Österreich erklärt, es sähe eine Verstärkung Österreichs gern, wenn nur Frankreich nicht auch verstärkt würde. Vgl. auch die Bemerkung Carmarthens an Harris 24. Juli 1786, Malmesb. D. II, S. 166, Österreich sei der «perpetual as it is the natural ally of England», Preußen «but at best an occasional one». [6] Hertzberg an Thulemeier, 18. April 1786 (G.-St.-A.). [7] Droysen in seinen Abhandlungen III kritisiert das vortreffliche Wort Häussers I, S. 244, „wenn sich Forderungen geltend machten für eine weitere Ausbildung des Bundes, so waren die patriotischen Phantasien einzelner, welche ungehört verklangen". Die Worte Droysens aber, die Hoffnung deutschgesinnter Staatsmänner und Fürsten auf eine Fortentwicklung des Bundes unter preußischer Führung wäre um so begründeter erschienen, als sie der Überzeugung waren, Preußens Zukunft liege in diesen Bestrebungen, „daß man also in dem Maße, als die preußische Politik in erster Linie von dem Interesse der eigenen Erhaltung sich werde bestimmen lassen, auf die Entwicklung des Unionssystems und auf die Wiedererhebung Deutschlands werde rechnen dürfen" (S. 168), geben eine Kritik seiner Kritik. Zur Erhaltung Preußens gehörte eine offensive Politik mit Erwerbungen in Deutschland und Polen. Für diese war aber der Bund nicht zu haben und zu brauchen. Er setzte eine defensive Politik, ein Herausziehen Preußens aus seiner Großmachtstellung und ein Beharren auf seinem Besitzstand voraus. [8] Friedrich an Finkenstein 24. März 1786 «Ces es bons Tartares méritent beaucoup de nous, d'avoir si à propos attaqué ces gens là» (G.-St.-A.).

[9] Friedrich an Finkenstein 9. Juni und 5. Juli 1786 (G.=St.=A.). [10] Friedrich an Finkenstein 30. März 1785 « . . à proprement parler, dans le mement présent ou ne peut considérer la Pologne que comme étant une province russe, gouvernée despotiquement par l'ambassadeur qui s'y trouve» (G.=St.=A.). [11] Über Hertzbergs Stellung im letzten Lebensjahr Friedrichs findet sich neben anderen folgende charakteristische Stelle in seinem Briefwechsel mit der Prinzessin Wilhelmine 7. Februar 1786: «Ma situation est devenue telle, que rien ne me peut soutenir, ni me retenir dans le service, que la pureté de ma conscience, de mon patriotisme et la bienveillance, que Msg. le Prince de Prusse continue à me témoigner» (G.=St.=A.).

V. S. 45–54. [1] Für die folgende Darstellung ist im wesentlichen das reichhaltige Buch Colenbranders benutzt. Für die Zeit von 1785 an sind benutzt: Malmesb. D. II, die sämtlichen Berichte Thulemeiers bis Ende 1787, das Memoire Caillards in Ségur, Hist. des principaux événements du reigne de Fred. Guill. II, Bd. 1, Görtz, Denkwürdigkeiten. Thulemeier und Görtz sind die dürftigsten Quellen. Über den englisch=holländischen Konflikt vergl. auch Flassan, Hist. de la Diplomatie française, Ed. II, t. XVII, l. VII, S. 279 ff. [2] Rußland nahm an Holland Interesse wegen dessen bedeutenden nordischen Handels, den es auch gegenüber England schützen wollte, um dieses im Norden nicht allein herrschend zu machen; ebensowenig wünschte es eine Verstärkung Frankreichs durch das holländische Bündnis. [3] So formuliert Harris seine Aufgabe, Malmesb. D. II, S. 23. [4] Siehe die Überlegungen Carmarthens bei Leeds a. a. O., S. 110. [5] Vgl. Colenbrander II, Beil. z. Hauptst. III, 35; Harris an Carmarthen 25. Oktober 1785 « . . and shall more heaven and earth to keep the prince and princess together and at a distance from the Hague». [6] Ebenda, III. Beil. zu Hauptst. II, 8; Harris an Carmarthen 27. Juni 1786. [7] Aus Malmesb. D. gewinnt man zeitweise den Eindruck, als sei die englische Politik defensiv, Caillard schildert parteiisch für die Patrioten und für Frankreich, aber doch im ganzen richtig. Nimmt man diese beiden Quellen mit den preußischen Berichten Thulemeiers, der entsprechend der preußischen Politik immer eine Versöhnung anstrebt und eine Mittellinie zwischen den Patrioten und Harris einzunehmen sucht, zusammen, so gewinnt man erst das richtige Bild. Man erkennt, daß alle Ereignisse und alle Parteien sich um die Person von Harris drehen und gleichsam in seinem Sinne arbeiten müssen. Thulemeier allerdings hat die englische Politik nicht erkannt und wo er sie erkannt, nicht in das rechte Licht gerückt, aber die Thatsachen sprachen auch gegen seinen Willen. Selbst die Prinzessin

steht unter Harris Einfluß. Diese Fürstin verdient eine besondere Biographie. Die großen Herrschergaben ihres Hauses sind in ganz anderer Weise auf sie übergegangen als auf ihren Bruder. [8] Finkenstein an Friedrich 6. April 1784 (G.-St.-A.). Finkenstein sagt dies dem englischen Gesandten Stepney. [9] Vgl. Vergennes an Vérac 1. Oktober u. 24. Dezember 1785 u. 15. März 1786 bei Colenbrander II, Beil. zu Hauptst. III, 37, 38, 43. [10] Friedrich an Finkenstein 29. September 1785. «Autrefois on regardoit l'all. de la France comme très avantageux, à présent il faut la regarder comme la fleau de Dieu, la perte, la famine, la misère, le dépouillement» (G.-St.-A.). [11] Gedruckt in Hertzbergs Recueil, II, S. 394 ff. [12] Friedrich an Finkenstein 14. Dezember 1785 (G.-St.-A.). [13] Finkenstein an Friedrich 29. März 1786. Vergennes läßt sagen, eine offizielle preußische Gesandtschaft werde alles noch mehr verwirren (G.-St.-A.).

VI. S. 54—58. [1] Vgl. Talleyrand an Mirabeau 4. September 1786 bei Wild, Mirabeaus geheime diplomatische Sendung nach Berlin, Heidelberg, 1901, S. 186. [2] Hertzberg läßt dem englischen Minister sagen, das Memoire bedeute kein preußisch-französisches Einverständnis. « . . c'est plutôt un paroli, que j'ai cru devoir faire à la Cour de France.» Hertzberg an Lusi 20. März 1786 (G.-St.-A.). [3] Harris an Carmarthen 6. Juni 1786 bei Malmesb. D. II, S. 156. Siehe auch den Briefwechsel Harris' mit dem Statthalter bei de Jonge, Mem. et Corr. du Baron de Kinkel im Rijks-Archief I, S. 95 ff. Harris bezeichnet das englische Memoire selbst als den Übergang zum Angriff. Ebenda S. 101. [4] Vgl. Colenbrander III, S. 70, und Harris an Carmarthen 14. Juli 1786. Malmesb. D. III, S. 164. [5] Frankreich teilte diese Lesart in Berlin mit. Ministerium an Friedrich Wilhelm 21. August 1786 (G.-St.-A.). [6] Hertzberg an Friedrich 14. Februar 1786 (G.-St.-A.). [7] Carmarthen an Harris 26. September 1786. Malmesb. D. II, S. 195. [8] Ebenda S. 196.

VII. S. 59—63. [1] Aber ohne Drohungen. Hertzberg will nur Bestätigung des letzten Memoires. Hertzberg an Friedrich Wilhelm 21. August 1786 (G.-St.-A.). [2] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 24. August 1786 (G.-St.-A.). [3] Ministerium an Friedrich Wilhelm 28. August 1786 (G.-St.-A.). [4] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 1. und 2. September 1786 und Prinzessin Wilhelmine an Hertzberg 1. September 1786 (G.-St.-A.). [5] Görtz, Denkwürdigkeiten, II, 43 ff. [6] Diese Verhandlungen vom 11. September 1786 bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. III, 5—12. [7] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. September und 16. November 1786 (G.-St.-A.). [8] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 12. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [9] Vgl.

Thiébault, souvenirs de Berlin, II, S. 198f. [10] Vgl. Görtz, Denkw., II, S. 136. [11] Friedrich Wilhelm an Görtz 18. Oktober und 17. November 1786 (G.-St.-A.). [12] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 31. Oktober 1786 (G.-St.-A.).

VIII. S. 64—69. [1] Finkenstein an Thulemeier 10. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [2] Friedrich Wilhelm an Prinzessin Wilhelmine 31. Oktober 1786 bei Colenbrander III, Beil. zu Hauptst. III, 14. [3] Vgl. Malmesb. D. II, S. 191. [4] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 25. September 1786 (G.-St.-A.). [5] Rayneval an Vergennes 27. Dezember 1786: « . . j'ai rempli l'objet de ma mission, puisque je suis parvenu à neutraliser la Prusse» bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. IV, 3. [6] Carmarthen an Harris 5. Dezember 1786. Malmesb. D. II, S. 210. Im Oktober hatte Harris an Kinkel geschrieben: «nous ferons tout pour reussir ici, la guerre exclusivement, mais nous ne ferons rien, si nous entrevoyons la guerre au bout». Rijks-Archief, S. 108. [7] Vergennes an Rayneval 6. Januar 1787: « . . le point essentiel est, que dans les événements, qui ne peuvent manquer de suivre, l'administration ne soit point livrée à la démocratie». Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. IV, 4. [8] Vgl. Colenbr. III, S. 172. [9] Vgl. Malmesb. D. II, S. 260ff., und Stanhope a. a. O., I, S. 341. Die eventuelle Unterwerfung des Statthalters unter Frankreich deutet in England an Kinkel. Siehe Rijks-Archief, S. 143. [10] Vgl. in Brieven en Gedenkschriften van Gysbert Karel Hogendorp, II die Denkschrift «de la part des trois puissances aux affaires de la Republique» geschr. 23. November 1787. [11] Friedrich Wilhelm an Thulemeier 19. März 1787 (G.-St.-A.). Auf diesen Anträgen, die den Versuch Montmorins darstellen, sich aus der holländischen Affaire herauszuziehen, basiert der von Hertzberg entworfene Versöhnungsplan vom 16. März, mit dem Preußen die Verhandlungen neu eröffnete; die Prinzessin lehnte ihn ab. Am 5. Mai 1787 verlas Faciola eine Note, in der Frankreich erklärte, aus Freundschaft für Preußen habe es von neuem über Holland verhandelt, da der Statthalter aber jetzt an der Revolution arbeite, könne es das nicht mehr. Finkenstein an Friedrich Wilhelm (G.-St.-A.). [12] Vgl. Hogendorp a. a. O. [13] Vgl. Colenbrander III, S. 214. [14] Vgl. Massenbach, Memoiren I, S. 7, auch Hertzberg an Schlieffen 25. Dezember 1787 in Schlieffens Betreffnisse und Erlebungen, S. 266.

IX. S. 70—78. [1] Vgl. Sybel, Revolutionszeit (1897) I, S. 300. Den rein finanziellen Gesichtspunkt bei dem französisch-englischen Handelsvertrag, der aber nicht ausreichte, heben hervor Barral a. a. O., I, S. 97, nach der Ansicht des englischen Sekretärs in Paris Hailes und P. Wit-

tichen a. a. O., S. 8. [2] Vgl. Mahan a. a. O., I, S. 109. [3] Vgl. O. Pringsheim, Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung der vereinigten Niederlande im 17. und 18. Jahrhundert, S. 24 f. Pringsheim giebt für 1781 die russische Ausfuhr nach England auf 8653084, nach Holland auf 110209 Rubel an. Nach dem Kriege war Englands Übergewicht im Norden also noch maßgebender; nach Lecky, Hist. of England (1892), VI, S. 169, betrug auch nach dem Erlöschen des Handelsvertrags der englische Import aus Rußland 2500000 £, der Export nach Rußland 400000 £. Holland verlor mit dem russischen Handel auch den nach dem Mittelmeer, den England übernahm. [4] Vgl. Laspeyres, Geschichte der volkswirtschaftlichen Anschauungen der Niederlande. Preisschriften der Jablonwskyschen Gesellschaft, XI—XIII, S. 177 f. In Holland befanden sich viele Besitzer englischer Fonds, deren Verlangen, ein gutes Verhältnis mit England zu erhalten, auch vor dem amerikanischen Kriege hervorgetreten war. In Seeland dachte man sogar 1786 an eine Trennung von der Union und Anschluß an England. [5] Vgl. L. Pingaud, Choiseul-Gouffier. La France en Orient sous Louis XVI (Paris 1887), S. 142 ff. [6] Von 1782—90 von 42 Millionen Livres auf 70 Millionen. Vgl. Pingaud, S. 112. [7] Vgl. Bloch, Etudes sur l'hist. économique de la France (1900), S. 255. [8] Vgl. The journal and corresp. of W. Lord Auckland, I, S. 99, 113, 127. [9] Ebenda S. 138. Eden fand starke Anzeichen der Geneigtheit Frankreichs, zu einem «solid plan of permanent peace» mit England zu kommen im Hinblick auf die gemeinsame Gefahr von den Kolonien. Eden an Carmarthen 6. Juni 1786, S. 123. Vgl. auch Grant an Cornwallis 10. Januar 1787 bei Roß a. a. O. und bei Bloch a. a. O. die von Eden berichtete, den Gedanken Mirabeaus ähnliche, Äußerung Vergennes', der: « . . insiste beaucoup sur l'effet, que le rapprochement des deux puissances par des rapports plus amicaux aura de les préserver de guerres si frequentes et de leur maintenir une influence irrésistible pour les mêmes salutaires dessins sur le reste du monde.» Dasselbe sagt Rayneval. Bloch urteilt nach der Lektüre der Depeschen Edens: « . . que la France apporta dans la négociation des dispositions consilientes jusqu'à la faiblesse». S. 268. [10] Vgl. Eden an Pitt 23. August 1786 in Auckland, I, S. 156. [11] Pitt erhoffte allerdings für England einen höheren Finanzgewinn als für Frankreich, ebenda S. 111. Ebenso auch im englischen Parlament sagt Pitt: England bekomme durch den Vertrag einen Markt von 29 Millionen Menschen, Frankreich einen von 8 Millionen. «France gained this market for her produce, which employed in preparation but few hands, have little encouragement to its navigation and produced but little

for the state.» Bei England sei das Gegenteil der Fall. «France would not gain the accession of 100000 £ to her revenue by the treaty, but England must necessarly gain a million.» Parl. Hist. XVI, 381 ff. Der Gedanke, daß Frankreich durch seinen Reichtum das bodenarme England überholen werde, hauptsächlich bei Mirabeau, auch bei Talleyrand (vgl. dessen Brief an Mirabeau 12. Oktober 1786, bei Wild a. a. O., S. 191). Es hängt dieser Gedanke mit der Unterschätzung Englands, die nach dem amerikanischen Krieg allgemein war, zusammen. [12] Siehe auch die Bemerkung bei Saulavie, Mém. hist. et polit. du règne de Louis XVI, t. 6, S. 133. Er erzählt, das französische Ministerium sei aus Furcht vor der Rache Englands auf den Gedanken des Handelsvertrags gekommen. «Mr. de Calonne et Mr. de Vergennes concoururent à le rendre favorable à la nation brittanique et par leur calcul politique nos manufactures furent sacrifiées.» Die Opposition im englischen Parlament, besonders Fox, machte auch die politische Seite des Handelsvertrags zum Gegenstand ihrer Angriffe. Fox bezeichnete Frankreich als «natural foe and that she wished by entering into a commercial treaty with us to tie our hands and prevent us from engaging in any alliances with other powers». Pitt hatte im Parlament gesagt: «It (treaty) quieted no well-founded jealousy: it slackened no necessary exertion; it retarded no provident supply; but simply tended, while it increased our ability for war, to postpone the period of its approach», nachdem er den Gedanken von ewiger Freundschaft mit Frankreich bekämpft hatte. Parl. Hist. XVI, S. 396, 8. [13] In England v. A. Shelburne im Sinne eines Anschlusses an Frankreich und Preußen, wie ja auch ein solcher in französischen Kreisen geplant wurde, so Talleyrand schon vor der Revolution und während derselben mit Norbonne und Biron. Vgl. Sybel II, S. 25. Shelburne-Landsdowne trat auch bei den Beratungen des Handelsvertrags mit Frankreich im House of Lords für ein besseres Verhältnis zu Frankreich im Hinblick auf die Ostmächte ein. Parl. Hist. XVI, S. 577 ff. [14] Vgl. Pingaud a. a. O., S. 113 ff. Auch zum Baltischen Meer gewann Frankreich Zugang, was bis dahin ganz gemangelt hatte. Vgl. Analyses de L. Noldé, 15. Dezember 1786 bei Welschinger, La mission secrète de Mirabeau; S. 502: «Le consul de France en Prusse Wachs n'a rien à faire, parceque il n'existe aucun commerce entre la France et les états du Nord.» Für das Folgende Ségur, Mém. II, S. 348. [15] Vgl. Ségur, Mém., II, S. 330 u. 503, Barral, I, S. 276. Ganz Ägypten scheint Katharina Frankreich nicht gegönnt zu haben, wie Joseph es wollte, auch für Hülfe im Türkenkrieg nicht. Im November 1787 spricht sie bei

Potemkin auch nur von einem Anteil an Ägypten. Vgl. Brückner, Katharina II., S. 360 f. Ein russischer Minister verweist sogar bei diesen ersten Allianzbesprechungen im November 1787 auch auf den Archipel. Vgl. Barral a. a. O., S. 327. [16] Vgl. Ségur, Mém., II, S. 354 u. Arneth, Jos. u. Kath., Nr. 127. [17] Martens a. a. O., S. 335 f. [18] Vgl. Ségur a. a. O., S. 564. [19] Cobenzl hat dabei Frankreich unterstützt, vgl. Instruktion Ségurs für St. Croix 6. September 1787 im Recueil des instr. [20] Vgl. das Urteil über Calonne bei A. Wahl, Die Notablenversammlung von 1787. [21] Vgl. Leeds a. a. O., S. 117 und im Text, S. 112. [22] Mirabeau sagte 1790 von dieser Zeit: «nous régnions véritablement en Europe, sa balance politique était en nos mains».

X. S. 78—90. [1] Bischoffwerder an Hertzberg 16. Juli 1787 (G.-St.-A.). [2] Ewart an Carmarthen 7. Juli 1787 bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. IV, 6. [3] Ministerium an v. d. Goltz 7. Juli 1787 (G.-St.-A.). [4] Faciola bei Minist. 14. Juli 1787 (G.-St.-A.). [5] Lusi an Ministerium 10. Juli, Finkenstein an Friedrich Wilhelm 11. Juli 1787 (G.-St.-A.). [6] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 16. Juli 1787 (G.-St.-A.) und Ewart an Carmarthen 14. Juli 1787 bei Colenbrander a. a. O., S. 10. [7] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 14. Juli 1787 (G.-St.-A.). [8] Gedruckt bei Colenbrander a. a. O., S. 12. [9] Montmorin an Goltz 15. Juli 1787 (G.-St.-A.). [10] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 17. Juli 1787 (G.-St.-A.). [11] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 21. Juli 1787 (G.-St.-A.). [12] Vgl. Hogendorp a. a. O. und Ewart an Carmarthen 29. Juli 1787 bei Colenbrander a. a. O. 13. [13] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 24. Juli 1787 (G.-St.-A.). [14] Vgl. Colenbrander a. a. O. 7 u. 13; in Ewarts Fassung im G.-St.-A. Die Bemerkung über Österreich stammt von Ewart, der die Stimmung des Königs kannte. [15] Ministerium an Friedrich Wilhelm 27. Juli 1787 (G.-St.-A.). [16] Ministerium an Friedrich Wilhelm 1. August 1787 (G.-St.-A.). [17] Vgl. Colenbr. a. a. O. 14. [18] Ministerium an Friedrich Wilhelm 7. August 1787 (G.-St.-A.). Auch P. de Witt a. a. O., S. 249, Montmorin an Faciola 3. u. 6. August 1787: « . . . et de faire entendre, si le roi de Fr. ne fait aucun cas de cet intérêt (Frankreichs an Preußen), nous serons forcés, quoiqu'à regret, de changer de système et de conduite à l'égard de S. M. Pr.» « . . En communiquent aux min. pruss. ce que je vous mande, vous leur confierez, que les dispositions que la C. de Londres manifeste, ne laissent rien à désirer.» [19] 11. August 1787 Ministerium und 13. August 1787 Hertzberg an Friedrich Wilhelm. Note von Faciola 14. August (G.-St.-A.). [20] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm und an Finkenstein 14. und 15. August 1787 (G.-St.-A.). [21] Hertz-

berg an Friedrich Wilhelm 18. August 1787 (G.-St.-A.). [22] Ministerium an Herzog von Braunschweig 21. August 1787 (G.-St.-A.). [23] Prinzessin Wilhelmine an Friedrich Wilhelm 17. August 1787 (G.-St.-A.) und Ministerium an Friedrich Wilhelm 25. August 1787 (G.-St.-A.). [24] Hertzberg an Friedrich Wilhelm und an Herzog von Braunschweig 27. August 1787 (G.-St.-A.). [25] Dort intriguierte Frankreich besonders in der letzten Zeit. [26] Gedruckt bei Bailleu, Graf Hertzberg. Hist. Zeitschrift 42, S. 459. Die ganze Haltung Hertzbergs in dieser Zeit läßt sich mit der Ansicht von seiner ausschließlichen Vorliebe für rein diplomatische Aktionen nicht vereinen. [27] Carmarthen an Ewart 24. August 1787, Note Ewarts vom 3. September 1787 bei Colenbrander a. a. O. 19 und für das folgende. Ministerium an Friedrich Wilhelm 3. September, Zustimmung des Königs am 4. September, Note an Ewart 6. September 1787. Der englische Entwurf für ein Abkommen enthielt die Bestimmung, daß die preußischen Truppen auch nach der Genugthuung mobil bleiben sollten, ebenso die englische Flotte; England rüstet für alle Fälle, verspricht Hülfstruppen im Fall eines französischen Angriffs auf den Herzog und Rüstungsansage in Paris. [28] Ministerium an Friedrich Wilhelm 10. September 1787 (G.-St.-A.).

XI. S. 91—95. [1] Vgl. Hogendorp a. a. O. Die offizielle Darstellung des Feldzuges: Pfau, Geschichte des preußischen Feldzuges in der Provinz Holland (1790). [2] Hierin kam also die schwankende Haltung des Königs Preußen zugut. Den Schaden, den sie sonst anrichtete, erkennt man aus dem Urteil Kaunitz' vom 30. August 1787, Friedrich Wilhelm „habe sich in allen Handlungen furchtsam, schwach und schwankend erwiesen" (bei Beer, Die orientalische Politik Österreichs, S. 88) und Pitts am 2. August 1787 (bei Ross a. a. O., S. 321 f.), der schreibt, die Minister Friedrich Wilhelms sprächen sich befriedigend aus, «from his former conduct however this can not yet be wholy depended upon». [3] Vgl. dessen Instruktion vom 30. August 1787 in Recueil des instr. ... Prusse, S. 353. [4] Goltz an Ministerium 4. September 1787 (G.-St.-A.). [5] Ministerium an Friedrich Wilhelm 21. September 1787 (G.-St.-A.). [6] Ministerium an v. d. Goltz 25. September 1787 (G.-St.-A.).

XII. S. 95—98. [1] Carmarthen an Ewart 16. September und Ministerium an Friedrich Wilhelm 25. September 1787 (G.-St.-A.). [2] Note an Ewart 27. September 1787 (G.-St.-A.). [3] Ministerium an Friedrich Wilhelm 29. September 1787 (G.-St.-A.). [4] Carmarthen an Ewart 21. September und Ministerium an Friedrich Wilhelm 1. Oktober 1787 (G.-St.-A.).

XIII. S. 98–103. [1] « . . though it certainly was foreseen, that it might excite attention in the present moment.» Pitt an Cornwallis 2. August 1787 bei Ross, S. 321 f. Die folgende Darstellung ist den in Berlin mitgeteilten Akten entnommen. [2] Grenville an Pitt 31. Juli 1787 in Report of the Manuscripts of J. B. Fortescue Esq. preserved at Dropmore, vol. III, London 1899 (Hist. Man. Commission), S. 408 ff. [3] Grenville an Pitt 3. August 1787 ebenda und unter demselben Datum an Buckingham: «All eyes are turned towards the K. of Prussia, whose conduct still appears contradictory ... In the meantime his army is certainly collecting and the D. of Brunswick has accepted the command. Yet his other measures indicate much leaning towards France.» Buckingham, Memoirs of the Court and Cabinets of Georg III., I, S. 323. Auch der englisch gesinnte Teil der Statthalterpartei wollte nicht Preußens Hülfe allein und ebenso der Statthalter selbst, der fürchtete, daß seine Gemahlin dann allein maßgebend sein würde. Vgl. Rijks-Archief, S. 160. [4] Pitt an Grenville 7. August 1787 ebenda. [5] Carmarthen an Eden 24. August 1787 (G.-St.-A.). [6] Carmarthen an Ewart 3. September 1787 (G.-St.-A.). Es galt jetzt auch die Bundesgenossenschaft Hollands in Indien zu gewinnen und England den Gebrauch des Kaps, Trincomales und Batavias zu sichern, ein «object of the first magnitude», wie Dundas an Grenville 2. September 1787 (Dropmore papers III, S. 119) schrieb, und womöglich eine gegenseitige Garantie der indischen Besitzungen. [7] Eden an Carmarthen 13. Februar 1787 (G.-St.-A.) und Note an Barthélemy bei Barral a. a. O., S. 121 ff. [8] Pitt an Eden 14. September 1787, Auckland J., I, S. 194.

XIV. S. 103–111. [1] Vgl. Hogendorp a. a. O. Grenville wurde geschickt wegen Edens 1) «want of competent knowledge of the points in dispute»; 2) «the strong bent of his mind to admit the assertions of the French Governem. however unfounded, and to soften our communications, in order to keep back a rupture, which he has so great a personal interest to prevent». Buckingh. Mem. I, S. 327. [2] Vgl. Souvenir de Matthieu Dumas. Die nachstehende Überlegung über die Vollendung der Genugthuung im preußischen Hauptquartier bei Pfau a. a. O., S. 180. [3] Vgl. Barral, S. 230; dort auch die Erzählung von Pierre de Witt, une invasion prussienne en Holl., chap. 11, angeführt. [4] Montmorin sagt dies Eden, vgl. Eden an Carmarthen 1. November 1787, Auckland J., I, S. 269. [5] Instruktion Grenvilles vom 21. September 1787 (G.-St.-A.). Note verbale Edens 22. September bei Barral, S. 357. [6] Grenville an Harris 21. September 1787 in Dropm.

Papers III, S. 424 f. [7] Pitt an Grenville 21. u. 22. September 1787, ebenda S. 426 f. [8] Instruktion Alvenslebens (G.-St.-A.) ohne Datum. [9] Pitt an Grenville 23. September, Harris an Grenville 5. u. 7. Oktober 1787, Dropm. Pap. III, S. 428, 437, 438. [10] Grenville an Pitt 25. September 1787 und Grenville an Harris 26. September 1787, ebenda S. 430 f. [11] Carmarthen an Eden 28. September 1787, Auckland J., I, S. 204. [12] Carmarthen an Eden 8. Oktober 1787, ebenda S. 218. [13] Ministerium an Ewart 11. Oktober 1787 (G.-St.-A.). Die Darstellung Barrals, als ob Preußen in großer Furcht vor Frankreich gewesen sei (S. 241 ff.), ist verfehlt; er verwechselt den Wunsch Preußens, Frankreich zum gütlichen Nachgeben zu bringen, mit Furcht. [14] Alvensleben an Friedrich Wilhelm 29. Oktober 1787 (G.-St.-A.). [15] Ministerium an Alvensleben 11. Oktober 1787 (G.-St.-A.) und Barral, S. 251. [16] B. v. Goltz an Ministerium 21. Oktober 1787 (G.-St.-A.). [17] Vgl. Cornwallis an Dundas 14. August 1787. Ein französischer Krieg würde verhängnisvoll für den Bestand Indiens sein: «where we have everything to loose and nothing to gain» bei Ross. [18] Vgl. Pierre de Witt a. a. O., S. 186. Denkschrift Montmorins vom 5. April 1787: «le Roi a déclaré formellement, qu'il aimeroit mieux renoncer à l'alliance que de livrer la Holl. à une démocratie pure». [19] Vgl. Souvenir de M. Dumas.

XV. S. 111—117. [1] Bischoffwerder warnt 17. Februar 1788 Alvensleben vor einem Zerwürfnis mit Hertzberg: «qui fait pourtant tout seul ici la besogne politique» (G.-St.-A.). [2] Vgl. Böthlingk, Die holländische Revolution und der Fürstenbund, S. 54 ff. [3] „und die Folgen davon (All. m. Engl.) wären dann wohl für Preußen dieselben, wie die der treuen Nachgiebigkeit Josephs II. gegen Katharina". K. A. von Weimar an Bischoffwerder 17. Februar 1788 bei Ranke, Die deutschen Mächte, Annalekten IV, 10. [4] Vgl. Massenbach, Mem. I, S. 17. [5] Hertzberg an Alvensleben 29. Juli 1788 (G.-St.-A.). [6] K. A. v. Weimar an Hardenberg 2. November 1787 und an Löwen 30. März 1788. P. S. bei Ranke a. a. O., IV, 5 u. 15. Für die Selbsteinschätzung des Herzogs führe ich noch folgende Stelle an: 30. August 1785 K. A. v. Weimar an Alvensleben (G.-St.-A.). „Sie werden nun künftig die Güte haben und mich als einen sehr wichtigen preußischen Alliierten ansehen und die stärkste Beihülfe, hauptsächlich im Krieg, sich erwarten können. Das Werde der Verbindung macht unserem Jahrhundert Ehre." Stein hatte den Herzog am 13. Juli 1787 gebeten, nach Berlin zu kommen, da der Krieg drohe, „bei dessen Ausgang ein für allemal nichts herauskomme" (Böthlingk a. a. O., S. 35). [7] Instruktion für Alvensleben 27. Februar und Goltz an Ministerium 21. April 1787 (G.-St.-A.).

XVI. S. 118–123. [1] Vgl. Ranke, Analekten III, 3. [2] Kaunitz an Reuß 30. August 1786 bei Wolf, Österreich und Preußen, S. 113, vgl. auch Barral, S. 181, Anm. 3: Reuß sagt zu Esterno nach dessen Bericht vom 2. Oktober 1786: «si vous vous brouillez ici au sujet de la Hollande nous serons avec vous». [3] Talleyrand an Mirabeau 4. September 1786: «On ne croit pas, qu'il puisse être sérieusement question d'en faire un (traité) avec Vienne quoiqu'on aie voulu en faire naître le soupçon. C'est cependant chose à surveiller attentivement», bei Wild a. a. O., S. 186. Auch Gerüchte über eine Einigung der Kaiserhöfe mit Preußen entstanden. Vgl. Zinkeisen, Geschichte des Osmanischen Reiches, VI, S. 605, und Mirabeau, Hist. secrète, 28. Oktober 1786, daher die Frage Talleyrands (an Mirabeau 1. Januar 1787 bei Wild, S. 196), ob Rußland und Österreich sich nicht etwa für den Tod des bayrischen Kurfürsten geeinigt hätten: «ne peuvent-ils penser à un partage tel que celui de la Pologne». Aus diesen Befürchtungen ist auch die in Berlin gemachte französische Mitteilung von österreichischen Intriguen in Zweibrücken zu erklären. Mirabeau, Hist. secr., 5. Dezember 1786. [4] Vgl. Brunner, correspondances intimes de l'emp. Joseph II avec ... Cobentzl. Cob. an Joseph 23. Februar und Joseph an Cob. 25. September 1787. [5] Mirabeau fürchtet dies, Hist. secr. 21. November 1786 und 13. Januar 1787. Hertzberg berichtet am 4. November 1786 an den König über einen Plan, der durch zwei polnische Adelige und Bichwaldt, einen Dänen, der Beziehungen zu Kaunitz hat, an den Herzog von Braunschweig gelangt ist zur Mitteilung an Preußen. Dieser sieht die Erwerbung Polens für Preußen, Bayerns und Schwabens für Österreich vor. Hertzberg betrachtet ihn als eine Lockspeise Österreichs, um Preußen in Europa verdächtig machen zu können. Die große diplomatische Kenntnis, die er zeige, weise auf seinen Ursprung aus einem Kabinet hin. Im Sinne Kaunitz ist dieser Plan sicher nicht, außer wenn man, wie Hertzberg, die böse Absicht annimmt, wohl aber könnte er im Sinne Josephs entworfen sein. Die Machenschaften Josephs gingen jedenfalls auf Schleichwegen hinter den Rücken der offiziellen Diplomaten. Die Erbitterung gegen Frankreich wegen dessen Unterstützung Hollands, der Türkei und Preußens, die in dem Briefwechsel mit Leopold so scharf hervortritt, hielt bei ihm jedenfalls länger vor, als bei dem an seinem System hängenden Minister. Dies dauerte über die holländische Krisis 1787, bei welcher Joseph Frankreich seine Niederlage wohl gönnte, hinaus. Vgl. Ségurs Instruktion für Nassau-S. 31. Januar 1789 im Rec. a. a. O. « ... l'empereur conservoit quelque humeur de l'appui, que la France avoit donné aux Hollandais.» [6] Vgl. Esterno an Vergennes 2. Dezember 1786 bei Welschinger a. a. O., S. 402 f., und Mirabeau, Hist.

secr. 15. August 1786 und die Berichte Beulwitz ed. Koser, Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Nr. 946, IV. [7] Der Tauschplan bleibt das dauernde Ziel, auch auf der Chersonreise sollte Joseph ihn vorbringen. Kaunitz an Joseph 12. Februar 1787 bei Beer, Joseph, Leopold und Kaunitz, S. 249. [8] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 24. Oktober 1786, der darauf an Finkenstein schreibt: «Je prends la liberté de me méfier de la déclaration du Prince Reuß» (G.-St.-A.). [9] Hofenfels an Ministerium 11. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [10] Vgl. Beer, Orientalische Politik Österreichs, S. 84. [11] Vgl. bei Wolf a. a. O., S. 226 ff. den Bericht des Prinzen Reuß 5. September 1787. Die offizielle Ansage der Mobilmachung wegen der Genugthuung wird Finkenstein am 17. Juli auf die Nachricht österreichischer Rüstungen gegen Belgien befohlen, geschieht am 18. Juli, wobei Reuß von der Absendung österreichischer Truppen nach Belgien spricht. Finkenstein an Friedrich Wilhelm 18. Juli 1787 (G.-St.-A.). [12] Vgl. P. Wittichen a. a. O., S. 9 und Note II 7. Bemerkenswert ist auch ein Brief Hertzbergs an den Herzog von Braunschweig, Ende August geschrieben: «qu'il (Jos.) ne veut pas se mêler des affaires de Holl. apparrement pour ne pas trop aliener le Roi et l'indisposer contre ses vues sur la Bavière et pour l'éléction d'un Roi des Romains, qu'il se flatte toujours de pouvoir lui faire goûter, quoique je sois persuadé, qu'il n'y réussira jamais» (G.-St.-A.). Eine ähnliche Äußerung in der Denkschrift vom 27. August. Österreich hatte erklärt: « . . . qu'elle approuvoit mes démarches envers la Holl., qu'elle en souhaitoit un bon succès et l'attendoit d'autant plus, qu'elle avoit appris ce qui se passoit à l'égard de la médiation des 3 Cours». Ministerium an Thulemeier 10. August 1787 (G.-St.-A.). Die Intrigue Finkensteins erwähnt bei Wolf a. a. O. und in der Instruktion Groschlags im Rec. als «interprétation forcée au language honnête de l'Autriche». [13] Vgl. bei Arneth, Joseph und Leopold, den Brief Josephs vom 28. August 1787. [14] Vgl. bei E. Wertheimer, Geschichte Österreichs und Ungarns I, S. 7, Anm. 1, die Äußerung Kaunitz' an Mercy vom 7. Februar 1787 über England: „. . . Dieser von einem wahren Schwindelgeist eingenommene Hof, welcher noch immerfort um unsere Allianz buhlet, um dennoch zur nämlichen Zeit die Rolle nicht nur eines blinden Anhängers, sondern selbst des ersten eifrigen Beförderers der preußischen und übrigen deutschen Reichsligue spielt". [15] Vgl. Arneth, Leopold an Joseph 17. Juli 1787. [16] Thulemeier weiß mehrfach davon zu berichten. [17] Joseph an Leopold 20. Juli 1787 a. a. O. und Kaunitz an Joseph 11. Juli 1787 bei Beer a. a. O. [18] Lusi berichtet dies an Friedrich Wilhelm 29. Juni 1787. [19] Vgl. Keith an Carmarthen 3. August 1787 in Mem. and Corresp. of

R. Murray-Keith, I. [20] Charakteristisch ist, daß Ewart ebenso wie Österreich mit Bischoffwerder und Brühl arbeitete. [21] Keith an Carmarthen 30. Mai 1788 a. a. O. [22] Derselbe an denselben 30. April 1788 ebenda.

XVII. S. 123—128. [1] Auch für Frankreich unerwartet, das zeigt die Beurlaubung Ségurs und Choiseul Gouffiers gerade vor dem Ausbruch. [2] Vgl. Pingaud a. a. O., S. 180 f. [3] Vgl. Joseph an Leopold 30. August 1787 bei Arneth a. a. O. [4] Vgl. Häußer, Deutsche Geschichte II, S. 290. [5] Friedrich Wilhelm an Ministerium 7. September 1787 (G.-St.-A.), erwähnt bei Zinkeisen a. a. O., S. 632. [6] Goltz an Ministerium 15. September 1787. Montmorin sagt, der türkische Krieg müsse «sans doute promptement un objet de concert de la Prusse et la France» werden, erst müsse Frankreich aber Sicherheit über die preußische Politik in Holland haben. Alvensleben schreibt an Friedrich Wilhelm 5. Dezember 1787: «Quant à l'idée d'un concert entre la France, l'Anglet., la Holl. et la Prusse, elle confirme l'opinion, que j'ai avancé et depuis que le Ct. de Montmorin a parlé d'un pareil concert au Ct. de Goltz à Paris, je suis d'autant plus charmé de ne m'être pas mis en avant» (G.-St.-A.). Vgl. auch Barral a. a. O., S. 216 f., und bei P. de Witt a. a. O. den Brief Montmorins an Bourgoing in Holland 10. September 1787 (S. 250), der eine ziemlich selbstbewußte Stimmung zeigt, da Preußen jetzt auf Frankreich angewiesen sei, was Bourgoing auch den Patrioten mitteilen soll. Auch in der Instruktion Esternos vom 17. April 1788 (Rec. a. a. O.) wird die Hoffnung Frankreichs damals erwähnt. [7] Vgl. Pingaud a. a. O., S. 184, auch die Anmerkung, nach der «Anthoine (französischer Agent in Cherson) confirme, que ce fût à l'instigation secrète du cabinet de Londres, que les officiers français fussent envoyés à Oczakow». [8] Ebenda 218. [9] Vgl. Rec. a. a. O., auch bei Barral 311. [10] Montmorin an Ségur 2. Oktober 1787 (Confidentielle), im Rec. a. a. O., S. 432, und an Noailles am selben Tag bei Pingaud, S. 222. Barral kennt diese beiden Depeschen nicht. [11] Vgl. Ségur, Mém. III, S. 199, 211, 236. [12] Pitt an Grenville 2. Oktober 1787. Grenville soll sagen: « . . . that you have no reason to believe, the king would feel himself interested to take any measures to oppose their operations». Dropm. Pap. III, S. 436. [13] Vgl. Carmarthen an Eden 30. Oktober 1787. Auckl. J., I, S. 263. Lusi an Friedrich Wilhelm 5. Februar 1788. Carmarthen sagt Lusi, Spanien habe erklärt, es werde die russische Flotte nicht in das Mittelmeer lassen, ob offiziell, wisse er nicht. [14] Ministerium an Friedrich Wilhelm und Alvensleben an Friedrich Wilhelm 9. November und 5. Dezember 1787 (G.-St.-A.). Dies beleuchtet die für Österreich berechnete Bemerkung Montmorins an

Noailles 2. Oktober 1787 (Barral, S. 310): «... que le Roi de Prusse de son côté marque un grand désir, de se rapprocher de nous». Diese französische Ansicht mag z. B. auch auf unautorisierten Machenschaften Goltz' beruhen, die auch Eden bemerkte (vgl. Anh. II). [15] Eden an Pitt 10. Oktober 1787. Auckl., S. 222. [16] Pitt an Eden 8. Oktober 1787. Ebenda S. 217. Das war schon etwas vorsichtiger gefaßt, als der Auftrag an Grenville, da die holländische Krisis schon als überwunden gelten konnte. [17] Eden an Carmarthen 17. Oktober und 15. November 1787. Auckland, S. 232 und 281. [18] Carmarthen an Eden 17. Dezember 1787 und die Eden in die Hände gespielte französische Denkschrift. Auckl., S. 245 und 291, für das folgende 18. Dezember 1787 Carmarthen an Eden und Dorset, dieselben an denselben 6. Januar, Pitt an Eden 7. Januar, Carmarthen an Eden und Dorset 11. Januar 1788 ebenda. [19] Vgl. Sorel, l'Europe et la Revol. franç., I., S. 532. [20] Den Eintritt Neckers in das Ministerium bezeichnet Pitt (an Grenville 29. August 1788) als «the worst thing of the kind, that could happen». «Not however that France will be much to be envied, even tho' she has got Necker and got rid of the Arch-Bishop. But I think we may expect from Neckers character, that he will set himself in earnest to put their finances in real order, if the thing is possible; and will probably be glad to avail himself of the necessity of establishing something like a free constitution.» Dropm. Pap. I, S. 353.

XVIII. S. 128—136. [1] Hertzberg und Pitt glaubten dies bestimmt zu wissen, vgl. Pitt an Eden 7. Januar 1788. Auckl., S. 302 und Ministerium an Alvensleben 1. Februar 1788 (G.-St.-A.). Dieses falsche Gerücht war durch drei nacheinander eintreffende österreichische Kuriere in Petersburg entstanden; wahr war es nicht. Vgl. Barral, S. 321 ff.; für das Verhalten Österreichs im September ebenda S. 309. Montmorin an Noailles 2. Oktober 1787: «... que la réticence de ce prince (Jos.) outre qu'elle est desobligeante nous met dans le plus grand embarras». Reuß hatte den Auftrag, « . . . de saisir la première occasion, qui se présenteroit, pour marquer à V. M. l'intérêt sincère qu'il prenoit au succès brillant de ses armes en Holl. en y ajoutant, qu'il pouvoit assurer, que ses sentimens étoient vrais et sans qu'il s'y mêla la moindre jalousie de la part de l'Empereur». Finkenstein an Friedrich Wilhelm 26. Oktober 1787, vgl. auch Wittichen a. a. O., II, Note 6. [2] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. September 1786 (G.-St.-A.). [3] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 16. November 1787 (G.-St.-A.). [4] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 18. Juli 1787 (G.-St.-A.) und Ségur, Mém. III, S. 199. Auf die Intriguen Rumianzoffs hin

dementierte Preußen in Wien, Petersburg, Paris und dem Haag energisch irgend welche Intriguen in Belgien. Rundschreiben an die Gesandten 21. Juli 1787. [5] Friedrich Wilhelm an Podewils 30. Juli 1787 und Podewils an Friedrich Wilhelm 23. Juni 1787 (G.-St.-A.). [6] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 27. August und Ministerium an Friedrich Wilhelm 11. September 1787 (G.-St.-A.). [7] Großfürst Paul an Friedrich Wilhelm 1/12. September 1787 « . . . et m'attens, que vous vous employez, Sire, . . . au rétablissement du calme». Friedrich Wilhelm schrieb darauf an Ministerium 23. September: «Vous verrez par la lettre du G. D. de Russie, combien il recherche mon assistance dans la crise présente, ce qui a assez de rapport avec la dépèche de Keller» (G.-St.-A.). [8] Ministerium an Friedrich Wilhelm 12. Oktober 1787 (G.-St.-A.), erwähnt bei Beer, Orientalische Politik Österreichs, S. 102. Ostermann deutete an, „ . . . daß Preußen in diesem Krieg Eroberungen machen könne". [9] Pitt fragt Grenville 25. September 1787 (Dropm. Pap. III, S. 430), ob England an Holland „Frei Schiff, frei Gut" zugestehen solle bei dem zu schließenden Bündnis. «If it is included, it may furnish new ground to Russia, whom circumstances might perhaps otherwise bring to some practicable expedient.» Also erhoffte Pitt ein Nachgeben Rußlands im Punkte der Seeneutralität, während England ein Nachgeben in diesem Punkte bei den Handelsvertragsverhandlungen abgelehnt hatte. Nach dem Gesichtspunkt, die Seeneutralität zu beseitigen, wurden auch in den folgenden Jahren die Handelsvertragsverhandlungen mit Holland geführt. Vgl. Auckland an Grenville 10. März 1791. «And it would be creditable to give so hard a blow, as the treaty would give to the system of the Armed Neutrality and very desirable to establish so good a security to our alliance with the Republic.» Dropm. Pap. II, S. 71. [10] Vgl. Barral, S. 365. Auch zu Lusi sagte Carmarthen, Ainslie werde nicht abberufen, da er gut mit der türkischen Regierung stände. Er fügte hinzu, ein Handelsvertrag mit Rußland käme nur der Seeneutralität wegen nicht zustande. Lusi an Friedrich Wilhelm 5. Februar 1788 (G.-St.-A.). Auch dies zeigt, daß das Nachgeben Rußlands im Verzicht auf die Seeneutralität bestehen mußte, wozu Rußland erst im Dezember zu spät sich bereit erklärte. Vgl. P. Wittichen a. a. O., S. 17. [11] Carmarthen an Ewart 2. Dezember 1787 (G.-St.-A.). Spanien hatte den Patrioten ihre Niederlage gegönnt, da Schwierigkeiten wegen der Kapschiffahrt entstanden waren; es hatte heimlich in Berlin seine Zustimmung zu dem preußischen Vorgehen ausgesprochen und zu dem Erfolg gratuliert. [12] Carmarthen an Fraser 2. Dezember 1787 (G.-St.-A.) und Martens a. a. O., S. 341.

[13] Ministerium an Ewart 13. Dezember und Carmarthen an Ewart 25. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [14] Carmarthen an Ewart 26. Dezember 1787 (G.-St.-A.). Durch die schwedische Erklärung über Rußland sollte dem viel freundlicher für Rußland gesinnten Preußen die Pille verzuckert werden. Schwedens Plan ging auf England, Holland, Preußen, Dänemark und Schweden. Ministerium an Friedrich Wilhelm 7. Januar 1788 (G.-St.-A.). [15] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 15. Dezember 1787, 12. und 19. Januar 1788 (G.-St.-A.). Für das Folgende vgl. Bailleu, Graf Hertzberg. Historische Zeitschrift, 42, S. 463 ff. [16] Vgl. Kalinka, Der 4jährige polnische Reichstag (1788—91), S. 55. [17] Vgl. Wolf a. a. O., S. 109. [18] Hertzberg an Alvensleben 4. Februar 1788 (G.-St.-A.). [19] Lusi an Friedrich Wilhelm 19. Februar 1788 (G.-St.-A.). [20] Vgl. Sorel a. a. O., I, S. 523 u. Ségur, Mém. III, S. 212. [21] Hertzberg an Alvensleben 15. März und Finkenstein an Friedrich Wilhelm 12. März 1788 (G.-St.-A.). [22] Vgl. Barral, S. 329. Katharina sagt zu Nassau-Siegen im November 1787: « . . . mais je vous confie seulement pour vous, que j'ai une grande escadre, qui va partir pour le Mediterranée et avant tout il m'est indispensable, qu'elle passe». Dabei betonte sie auch die Bedeutung des englischen Handels in Rußland ebenso wie die russischen Minister gegenüber Ségur bei den ersten Allianzbesprechungen. Vgl. Barral a. a. O., S. 327 f. Vgl. auch die Denkschrift Ewarts April 1791 in Dropm. Pap. II, S. 47 ff.: «The Empress of Russia hesitated for some time, and it would appear, that she was induced to reject the offers of England and Prussia chiefly by the Emperors engaging to become a principal party in the war». [23] Vgl. Martens a. a. O., S. 340 f., und die Äußerung Pitts bei Leeky VI, S. 157, Anm. 1. [24] Lusi an Friedrich Wilhelm 23. März und Carmarthen an Ewart 28. März 1788 (G.-St.-A.). [25] Salomon a. a. O. widerspricht sich selbst, wenn er S. 22 von der englisch-preußischen Allianz vom August 1788 sagt: „ . . aber indem doch eine Allianz geschaffen war, durch welche man den Anschluß an Rußland erleichtert zu haben meinte" und dann auf S. 24 die Schwenkung Englands gegen Rußland in der Erklärung Pitts an Woronzow vom März 1788 „Die Verhältnisse wären völlig verändert, er werde nicht ein Haar breit von der striktesten Neutralität abgehen" liegend darstellt. Auf Rußland hoffte England schon im Frühjahr 1788 nach seinen Erklärungen in Berlin (vgl. S. 134 und 142) bestimmt nicht mehr. Der Gegensatz gegen Rußland datiert aber überhaupt nicht erst vom Jahre 1788, wie oben ausgeführt. Mit Recht sagt P. Wittichen a. a. O., S. 10 und 11, daß Katharina der treibende Faktor in den Quadrupleallianzverhandlungen gewesen sei. Wenn er aber den

Mittelpunkt dieser Koalitionsbestrebungen überhaupt nach Paris und Petersburg verlegt, so übersieht er, daß Österreich das Bindeglied zwischen Rußland und Frankreich bildete, daß Österreichs wegen Katharina erst mit Frankreich angeknüpft hatte und daß diese Bestrebungen überhaupt das System Kaunitz darstellen. Aus dieser Politik heraus hat Österreich Frankreich noch bei den russischen Handelsvertragsverhandlungen unterstützt (vgl. IX, Note 20), und 1786 Ségur und Cobentzl den Auftrag gegenseitigen Einverständnisses und Zusammenwirkens erhalten. Vgl. Ségur, Mem. II, S. 398. [26] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 7., 8. und 19. Juli 1788 (G.-St.-A.). Die Abberufung Rumiantzoffs hatte Preußen schon im Oktober 1787 durch Keller betreiben lassen. Finkenstein an Friedrich Wilhelm 26. Oktober 1787 (G.-St.-A.). Eine Bestätigung der Aussage von Alopäus habe ich nicht finden können. Die Erzählung Hüttels, der mit Alopäus befreundet war, ist daher wohl von Interesse, ihre Glaubwürdigkeit bedarf aber noch der Beweise. Im Februar 1788 hatte Buchholtz schon die Neigung Danzigs zur Übergabe an Preußen mitgeteilt, Hertzberg aber riet dem König, diese Erwerbung mit dem türkischen Krieg zu verbinden, da die Kaiserhöfe sonst einfach protestieren könnten. Hertzberg an Friedrich Wilhelm 6. Februar 1788 (G.-St.-A.).

XIX. S. 136–139. [1] Siehe Anhang 2. [2] Diesen Wunsch hatte Harris der Prinzessin beigebracht. Harris war sehr wohl über die Stimmung des Herzogs gegen England unterrichtet. Vgl. Harris an Carmarthen 16. November 1787. Malmesb. D. II, S. 367. [3] Instruktion Alvenslebens vom 1. Dezember 1787 (G.-St.-A.), z. T. bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. VII, 19. [4] Hertzberg 15. Dezember 1787 in seinem Lobeshymnus auf den holländischen Erfolg, bei Colenbrander ebenda 20. [5] Zunächst war dies nur beantragt, um Frankreich von jeder Einmischung auszuschließen. Ministerium an Friedrich Wilhelm 16. Oktober 1787 (G.-St.-A.). Vgl. Ranke a. a. O., Analekten IV, 13. Bischoffwerder an Karl August 29. Februar 1788. Hertzberg läßt in diesem Brief dem Herzog seine Politik mit kluger Berechnung auf dessen Fürstenbundsideale darlegen. Er hat danach diese Art des Abschlusses gewählt, um eine Gegenliga der Kaiserhöfe mit Frankreich, andererseits den Plan einer französisch-holländisch-preußisch-englischen Allianz zu verhindern. Da Frankreich durch Marie Antoinette österreichisch gesinnt sei, müsse Preußen mit England abschließen. „ . . . Daraus folgt aber noch nicht, daß Preußen mit seinen Freunden Feinde von Frankreich sein und an den Händeln zwischen Frankreich und Engelland Antheil nehmen müsse.“ [6] Ministerium an Alvensleben 15. Januar 1788 (G.-St.-A.). [7] « . . . une alliance de la Republ. avec la ligue germanique dont il n'a été jamais question.»

Ministerium an Alvensleben 16. Februar 1788 bei dem Auftrag, alle solche Ideen zu beseitigen (G.-St.-A.). [8] Harris an Carmarthen 15. Februar 1788. Malmesb. D. II, S. 378. [9] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. Mai 1788 bringt dies als eine Äußerung Ewarts vor und setzt hinzu: «Il ne sera pas difficile à V. M. de tenir en effet cet équilibre sans le faire valoir publiquement», das war vorsichtig auf die Stimmung des Königs berechnet.

XX. S. 140–148. [1] Vgl. Kapitel XIX, Note 5. [2] Ministerium an Ewart 13. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [3] Dies entnehme ich einer Darstellung Hertzbergs in einem Brief an Alvensleben 19. April 1788: Seit dem holländischen Feldzug mußte Preußen, um sich vor Frankreichs Rache zu sichern, sich an England anschließen. «La garantie de la constitution de la Holl. pouvoit en fournir l'occasion. On a tâché pendant quelque tems d'éluder cette liaison sous le prétexte, qu'on ne devoit pas rompre en visière à la France par un acte public. L'Angl. a aussi cessé de s'empresser pour notre all. depuis qu'elle a obtenu sou but en Holl. et j'ai attendu envain depuis le 27 Oct. qu'elle recherchait l'all. du Roi. Les admonitions de Mr. Ewart ont aussi été inutiles. Lorsque la C. de Russie fit au Roi et à l'Angl. la réponse hautaine que vous connoissez et par laquelle elle declinoit notre médiation commune, j'en ai profité pour proposer à l'Angl. par la note du 14 de Mars de prendre les liaisons plus étroites avec le Roi.» Am 15. März hatte Harris an Alvensleben geschrieben, er habe dabei das Wort alliance anbringen wollen, « ... mais on veut attendre, que cette proposition vienne de l'Angl. et je souhaite qu'elle le fasse bientôt». «On» ist immer der König. Am 2. Mai 1788 schreibt dann Lusi, der König habe ihm geschrieben, England habe das Bündnis nachgesucht, Pitt und Carmarthen aber hätten ihm gesagt, der erste Schritt sei von Preußen geschehen (G.-St.-A.). [4] Ministerium an Alvensleben in London 29. Februar 1788: «Cette dernière Cour (England) ne m'a aussi pas encore fait une réponse formelle sur les ouvertures et offres amicales, que je lui ai fait à l'égard des affaires orientales et il paroit qu'à la fin elle ne donnera qu'une réponse vague, parcequ'elle veut trop menager les cours de Vienne et de Versailles». Die preußische Information über Rußland kam von Keller. Hertzberg schreibt an Alvensleben 19. April, England vermeide ein allgemeines Bündnis: «pour ne pas offenser la Russie, parcequ'il nous est revenu, que la Russie a fait insinuer à l'Angl. qu'elle continueroit ses liaisons avec l'Anglt.; si celle ci n'en contracteroit pas d'autres qui soyent contraires au système de la Russie».

Das Ministerium hatte am 7. April 1788 dem König geschrieben, die Nachricht Kellers sei nach den letzten englischen Mitteilungen zu schließen falsch; Hertzberg scheint sie trotzdem geglaubt zu haben. Der Grund für die Zögerung Englands war thatsächlich «the apprehension, that such an alliance would rivet the connection between the 2 Imp. Courts and France». Deshalb sollte nur ein Garantieakt für Holland geschlossen werden. Grenville an Buckingham 1. April 1788. Mem. I, S. 371. Die folgenden Bemerkungen Grenvilles über die spanischen Rüstungen zeigen wie auch die Mitteilungen in Berlin das Augenmerk Englands auf die Mittelmeermächte angesichts der russischen Absicht, seine Flotte dorthin zu senden. (Vgl. XVII, 13.) Am Ende des Jahres schien Spanien fest in seiner antirussischen Haltung in der schwedischen Frage. Grenville an Buckingham 22. Oktober 1788, S. 429. Man trug sich 1788 in London mit dem Plan eines spanischen Handelsvertrages. Vgl. Buckingham an Grenville 4. August 1788. Dropm. Pap. I, 349. [5] Ministerium an Friedrich Wilhelm und an Ewart 17. April 1788 (G.-St.-A.). [6] Carmarthen an Ewart 14. Mai, Ministerium an Friedrich Wilhelm 26. und 29. Mai, Hertzberg an Friedrich Wilhelm 29. Mai 1788 (G.-St.-A.); seinen separaten Bericht machte Hertzberg: «parceque je savois, que le Roi étoit fort piqué de l'indifference et de la tergiversation de Minist. Angl. et qu'un certain parti ne cessoit de lui parler de l'équilibre à tenir entre l'Angl. et la France». Hertzberg an Alvensleben 1. Juni 1788 (G.-St.-A.). Das englische Bedenken über die polnischen Pläne Preußens bemerkt Lusi, an Friedrich Wilhelm 16. Mai 1788 (G.-St.-A.). Es geht auch hervor aus der Instruktion Ainslies vom selben Datum für den Verkehr mit Diez in Konstantinopel: «at the same time, that you conduct yourself with your wonted caution in respect to such plans, as he may wish to assist him in beyond the general object of a joined mediation», mitgeteilt von F. Luckwaldt, Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, XIII, 1. Hälfte, S. 299. [7] Hertzberg an Alvensleben 31. Mai 1788: «Il (Friedrich Wilhelm) nous dit, que les François lui faisoient les propositions fort avantageuses. Ce n'est pas par mon canal, puisque le Ct. d'Esterno n'a pas encore parlé d'affaires» und am 24. Mai: «Cela fera un mauvais effet auprès du Roi, qui est déjà fort persécuté par le parti François pour l'indisposer contre l'Anglet. et comme il est justement dans ces voyages, je n'ai pas occasion de lui parler» (G.-St.-A.). Die Auffassung von Harris und Ewart ist also durchaus berechtigt, was Droysen in den Abhandlungen zur neuen Geschichte S. 186 leugnet, nur nennt Harris alle Gegner der englischen Allianz Anhänger

Frankreichs, was allerdings nicht unbedingt zutrifft. Für die Zusammenhänge der Fürstenbundspolitik mit Frankreich findet sich folgende charakteristische Stelle in einem Brief Hertzbergs an Alvensleben 15. Juli 1788: « . . . Je suis curieux de voir, si on vous convertira à Mayence (wo Stein und Dohm mit Fürstenbundsplänen beschäftigt waren) et si on vous persuadera que l'alliance de la France nous est plus nécéssaire que celle d'Angleterre» (G.-St.-A.). Droysens Auffassung der englischen Politik, bei der er „eine wachsende Mattigkeit" und „peinliche Gleichgültigkeit gegen die kontinentalen Verhältnisse" findet, und des holländischen Feldzuges, zumal der Haltung Englands während und nach demselben, ist durchaus verfehlt. Er stellt es dar, als habe Preußen allein „den Mut gehabt", in Holland einzugreifen, die englische Mobilmachung und die ganze Thätigkeit Harris' ignoriert er (siehe auch den „durchaus erprobten Thulemeier", S. 174). [8] Hertzberg an Friedrich Wilhelm und Ministerium an Ewart 1. Juni, Ministerium an Alvensleben 19. Mai 1788 (G.-St.-A.). [9] Harris an Carmarthen 5. Februar 1788. Malmesb. D. II, S. 378. Harris hatte schon 16. November 1787 an Carmarthen geschrieben: «there remains at present no other part for us to take but to close with Prussia», ebenda S. 368f. [10] Ebenda S. 384ff. [11] Ewart an Harris 18. Juni 1788, ebenda S. 392. [12] Ministerium an Ewart 19. Juni 1788 (G.-St.-A.). [13] Carmarthen an Ewart 14. Juli, Hertzberg an Friedrich Wilhelm 22. und 24. Juli, Finkenstein an Friedrich Wilhelm 28. Juli 1788 (G.-St.-A.). [14] Carmarthen an Ewart 5. August, Hertzberg an Friedrich Wilhelm 12. August 1788: «Il me semble donc, que ces deux articles sont ainsi que le reste du traité au plus grand avantage de V. M. et je crois, que son intention sera, que je signe tout le traité demain...» (G.-St.-A.). [15] Vgl. Souvenir de M. Dumas, der den Plan entworfen hatte. Die Truppenansammlung betrug nur 20000 Mann Infanterie und 4000 Mann Kavallerie. [16] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 12. Juni 1788 (G.-St.-A.) und Instruktion Esternos 28. April 1788 im Rec. a. a. O. [17] Ségur, Mém. III, S. 251. [18] Carmarthen an Ewart 9. August 1788 (G.-St.-A.). [19] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 28. Juni und 5. Juli 1788. Hertzberg an Alvensleben 2. August und 29. Juli 1788: « . . . J'espère plutôt de jouvoir ramener à cette occasion la Russie à notre système et la poindre à l'Anglet. et au Danemarc» (G.-St.-A.). [20] Pitt an Grenville 1. September 1788: «Our intervention may prevent his (Gustav) becoming totally insignificant, or dependant upon Russia, and it seems to me to be an essential point». Dropm. Pap. I, S. 353.

XXI. S. 148–151. [1] Von einer einseitigen Beeinflussung Hertzbergs durch Ewart kann nicht die Rede sein. Ewart arbeitete ebenso eifrig für das Bündnis wie Hertzberg, der auch durch Alvensleben Harris nahe legen ließ, daß Ewart zum Gesandten in Berlin ernannt werde, ohne daß Ewart davon wußte. Hertzberg an Alvensleben 19. April 1788 (G.-St.-A.).

Anhang. I. S. 151–156. [1] Vgl. Dohm, Denkwürdigkeiten I, S. 99 u. 118 ff. [2] Hist. secr., 19. Juli 1786. [3] Ebenda 16., 21. und 28. Oktober 1786. [4] Vgl. Schlieffen a. a. O., S. 250 ff., der derselben Meinung ist. [5] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 13. Juli und Friedrich Wilhelm an Finkenstein 21. Juli 1787 (G.-St.-A.). [6] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 19. Juli 1787 (G.-St.-A.). [7] Vgl. Hogendorp a. a. O. [8] Pitt an Grenville 7. August 1787, Dropm. Pap. III, S. 414, und Carmarthen an Harris 10. August 1787, Malmesb. D., S. 307. [9] Vgl. die Erzählung Hogendorps, II, S. 149 ff., und den Brief des Herzogs an Hogendorp, S. 226 f. [10] Bei Colenbrander III, Beil. z. Hauptst. VII, 7. [11] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 26. September 1787 bei Colenbrander a. a. O. 12. [12] Herzog von Braunschweig an Friedrich Wilhelm 29 September und Ministerium an Friedrich Wilhelm 9. Oktober 1787 (G.-St.-A.). [13] Herzog von Braunschweig an Hertzberg 18. Oktober 1787 bei Colenbrander a. a. O. 15. [14] Herzog von Braunschweig an Hertzberg 24. Oktober 1787. Hier ist am deutlichsten die Reputationssucht des Herzogs ausgedrückt, die Mirabeau so gut erkennt. [15] Herzog von Braunschweig an Hertzberg 8. November 1787: «il est très dangereux de s'abondonner aux démarches fougueuses, auxquelles cette nation incline, il n'a point tenu à eux de nous engager dans une guerre...» (G.-St.-A.). [16] Harris an Carmarthen 16. November 1787. Malmesb. D., S. 367. [17] Vgl. Hogendorp a. a. O. [18] Der Essai des Lord Fitzmaurice, Ch. W. F., Duke of Brunswick (1901), bringt keine neuen Gesichtspunkte.

Anhang. II. S. 157–168. [1] Vgl. Thiébault, Souvenir de Berlin, IV, S. 42. Bezeichnend ist die Anekdote, die Th. von Knyphausen erzählt, der den Posten in Wien ablehnt, da er in Paris und London je ein Gut verzehrt habe und sein drittes sich bewahren möchte. Von ruinierten Gesandten nennt Thiébault Coccei in Schweden, Goltz in Paris, Röderer in Kopenhagen, Nostitz in Madrid. Nostitz hatte sich auch in Schweden ruiniert. Vgl. Hüffer, Zerwürfnis Gustavs III. von Schweden mit seiner Mutter Ulrike, Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, VI, S. 418 ff.; siehe dort auch die Behandlung Menkens und Kellers. Vgl. auch das Urteil Mirabeaus über Nostitz, Hist. secr.

26. Dezember 1786. [2] Vgl. Martens Recueil. Allemagne, S. 92. [3] Vgl. Görtz, Denkwürdigkeiten. [4] Friedrich an Görtz 25. Juni 1785 (G.-St.-A.). [5] Malmesb. D. I, S. 271. [6] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 3. Juli 1788 (G.-St.-A.). [7] Vgl. Wolf a. a. O., S. 118. [8] Friedrich an Finkenstein 30. September 1787 und 17. Oktober 1785 (G.-St.-A.) und Wolf a. a. O., S. 122. [9] Ministerium an Friedrich Wilhelm 29. Mai 1788 (G.-St.-A.). [10] Vgl. Krauel, Prinz Heinrich in Preußen, S. 33. Eden an Pitt 1. Oktober, und Ewart an Grenville 3. Oktober 1787. Auckl. S. 209 und 211. Harris an Grenville 7. Oktober 1787. «I am satisfied the symptoms, which appeared both here and in France were owing to the partial behaviour of Goltz, who, as well as his colleagues here, is connected with the French emmissaries at Berlin and perhaps even with the French ministry by the surest of all ties.» Dropm. Pap. III, S. 438. Die Armut Goltz' spricht gegen diese Behauptung. Für Harris, als rechten Engländer, ist jeder Gegner entweder korrupt oder dumm. Auch Lucchesini hat Harris als bestochen von Rußland bezeichnet. [11] Alvensleben an Friedrich Wilhelm 15. November und Hertzberg an Alvensleben 26. November 1788 (G.-St.-A.). Der Brief Alvenslebens bestätigt im wesentlichen die Darstellung Flammermonts (Corr. des agents diplom. étrangers en France, S. 71 ff.) im Punkt der finanziellen Lage des Gesandten. Für Sandoz-Rollin siehe auch Flammermont, S. 54 ff. [12] Vgl. Michael a. a. O., S. 10. [13] Hertzberg an Friedrich Wilhelm 15. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [14] Ministerium an Alvensleben 24. Mai 1788 (G.-St.-A.). [15] Bei Schmidt, Unionsbestrebungen, S. 197. [16] Bei Droysen, Abhandlungen, S. 187. [17] Alvensleben an Friedrich Wilhelm 30. Mai und 5. Juni 1788 (G.-St.-A.). [18] Im Nachlaß Alvenslebens (G.-St.-A.). [19] Vgl. Krauel, Graf Hertzberg, S. 73, u. Dropm. Pap. II, S. 71 und 493. [20] Das Ministerium entschuldigt seine Unbeliebtheit bei der Statthalterfamilie (die Prinzessin verlangte fortwährend seine Abberufung): «c'est principalement par des mésentendus et parcequ'il a suivi trop strictement ses instructions dans la supposition, que la Maison d'Orange ne pouvoit être sauvée que par l'intervention de la C. de France». 11. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [21] Vgl. Hogendorp a. a. O. [22] Vgl. Wolf a. a. O. Inwieweit die unteren Gesandtschaftsbeamten bestochen waren, läßt sich nicht entscheiden. Bemerkenswert ist, daß ebenso wie Mercy und Vergennes in Paris, Van der Spiegel und Auckland 1791 im Haag die preußische Chiffre hatten, Auckland auch sofort eine neu eingetroffene. Dropm. Pap. II, S. 70 und 146. Nach de Jonge (Rijks-Archief, S. 382 f.) hat man seit 1752 die französischen und preußischen Depeschen, auch die aus London kommenden, im Haag ent-

ziffert. [23] Prinzessin Wilhelmine an Hertzberg 10. November 1786 (G.-St.-A.). Kinkel nennt Thulemeier bei Görtz «un ministre vendu à tous ceux, qui voulaient l'acheter, un escroc de diamants et un galant à pages». Rijks-Archief, S. 123. [24] Ministerium an Friedrich Wilhelm 11. Dezember 1787 (G.-St.-A.). [25] Finkenstein an Friedrich Wilhelm 18. Oktober 1786 (G.-St.-A.). [26] Vgl. Zinkeisen a. a. O., VI, S. 600. [27] Hertzberg verwendet sich für ihn, da er ohne Urteil gefangen gesetzt wird. Hertzberg an Finkenstein 1. Februar 1785 (G.-St.-A.). Vgl. auch die Äußerung Gaffrons bei Sorel, La question d'Orient, S. 270. [28] Vgl. Gronau, Biographie Dohms, S. 130, 131 und 193. [29] Vgl. Précis de la carrière diplom. du Ct. de Hertzberg.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg.

Erinnerungen aus dem Hofleben
von
Karoline von Freystedt.
Mit 2 Bildern der Markgräfin Amalie von Baden.
Herausgegeben von
Karl Obser.
gr. 8.° Geheftet 5 M., geb. 6 M. — Fürstenausgabe auf Büttenpapier in Ganzleder geb. 12 M.

K. Th. Kalchschmidt.
Geschichte des Klosters, der Stadt und des Kirchspiels * St. Georgen * auf dem badischen Schwarzwald.
gr. 8°. geheftet 5 M., Leinwandband 6 M.

Aloys Schulte.
Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg gegen Frankreich 1693—1697.
Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission.
2 Bände.
I. Band: Darstellung mit einem Bild in Heliograviüre.
II. Band: Quellen mit 9 Tafeln in Lichtdruck.
2. billige Ausgabe. Lex.-8°. geheftet 12 M.

Jakob Wille.
** Bruchsal. **
Bilder aus einem geistlichen Staat im 18. Jahrhundert.
Mit acht in den Text gedruckten Abbildungen.
Zweite vielfach umgearbeitete und vermehrte Auflage.
Lex.-8°. Fein geheftet 2 M.

J. A. Zehnter,
Geschichte des Ortes Messelhausen.
Ein Beitrag zur Staats-, Rechts-, Wirtschafts- und Sittengeschichte von Ostfranken.
gr. 8°. geheftet 6 M.



Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg.

* * Kuno Fischers Werke. * *

Mit wahrhafter Freude und herzlicher Dankbarkeit empfangen wir die reifen Früchte, die der große Geschichtschreiber der neueren Philosophie dem zweiten Felde seiner Arbeit, der Dichtung unsrer klassischen Zeit, abgewinnt. Sein weiter Blick weiß die einzelnen Thatsachen unter große Gesichtspunkte zu bringen und so ihre Bedeutung für das Gesamtbild, dem sie sich einordnen, klar hervortreten zu lassen. . . . Weitere Vorzüge der kleinen Schriften Fischers bilden die feste, aufs sorgsamste gegliederte Disposition des Stoffes, die anmutige, zwischen Prunk und Dürftigkeit glücklich die Mitte haltende Darstellung, die geschickte Auswahl der Belege, durch die er seine meist zu runden Thesen formulierten Ansichten in strittigen Fragen stützt, die warme Begeisterung, die bis in die Einzeluntersuchungen hinein waltet, alle philologische Trockenheit ausschließend und den Leser unaufhaltsam mit sich fortreißend. **(Litteraturblatt für germanische und romanische Philologie.)**

Goethe-Schriften. Erste Reihe. (Goethes Iphigenie. Die Erklärungsarten des Goetheschen Faust. Goethes Tasso.) 8°. geheftet M. 8.—, fein Halbleder geb. M. 10.—.
Daraus sind einzeln zu haben:
Goethes Iphigenie. 3. Aufl. 8°. geheftet M. 1.20.
Die Erklärungsarten des Goetheschen Faust. 8°. geheftet M. 1.80.
Goethes Tasso. 3. Aufl. 8°. fein Lwd. geb. M. 6.—.

Goethe-Schriften. Zweite Reihe. (Goethes Sonettenkranz. Goethe und Heidelberg. Goethes Faust 1. Band.) 8°. geheftet M. 7.—, fein Halbleder geb. M. 9.—.
Daraus sind einzeln zu haben:
Goethes Sonettenkranz. 8°. geh. M. 2.—.
Goethe und Heidelberg. 2. Aufl. 8°. geheftet M. 1.—.
Goethes Faust. 1. Band, 4. Aufl. 8°. geheftet M. 4.—, fein Leinwandband M. 5.

Goethe-Schriften. Dritte Reihe. Goethes Faust 2. Band. 4. Aufl. 8°. geheftet M. 4.—, fein Leinwandband M. 5.—.

Schiller-Schriften. Erste Reihe. (Schillers Jugend- und Wanderjahre in Selbstbekenntnissen. Schiller als Komiker.) 8°. geheftet M. 6.—, fein Halbleder geb. M. 8.—.
Daraus sind einzeln zu haben:
Schillers Jugend- und Wanderjahre in Selbstbekenntnissen. 2. neubearbeitete und vermehrte Auflage von „Schillers Selbstbekenntnissen". 8°. geheftet M. 4.—, fein Lwd. geb. M. 5.—.
Schiller als Komiker. 2. neubearbeitete u. vermehrte Aufl. 8°. geheftet M. 2.—.

Schiller-Schriften. Zweite Reihe. (Schiller als Philosoph. 1. u. 2. Buch.) 8°. geheftet M. 6.—, fein Halbleder geb. M. 8.—.
Daraus sind einzeln zu haben:
Schiller als Philosoph. 2. neubearb. und verm. Aufl. In zwei Büchern. Erstes Buch. Die Jugendzeit 1779—1789. 8°. geheftet M. 2.50. Zweites Buch. Die akademische Zeit 1789—1796. 8°. geheftet M. 3.50. Beide Teile fein Lwd. geb. M. 7.50.

Kleine Schriften. Erste Reihe. (Ueber die menschliche Freiheit. Ueber den Witz. Shakespeare und die Bacon-Mythen. Kritische Streifzüge wider die Unkritik.) 8°. geheftet M. 8.—, fein Halbleder geb. M. 10.—.
Daraus sind einzeln zu haben:
Ueber die menschliche Freiheit. 2. Auflage. 8°. geheftet M. 1.20.
Ueber den Witz. 2. Auflage. 8°. geheftet M. 3.—, fein Lwd. geb. M. 4.—.
Shakespeare und die Bacon-Mythen. 8°. geheftet M. 1.60.
Kritische Streifzüge wider die Unkritik. 8°. geheftet M. 3.20.

Kleine Schriften. Zweite Reihe. (Shakespeares Hamlet. Das Verhältniß zwischen Willen und Verstand im Menschen. Der Philosoph des Pessimismus. Großherzogin Sophie von Sachsen.) 8°. geheftet M. 8.—, fein Halbleder geb. M. 10.—.
Daraus sind einzeln zu haben:
Shakespeares Hamlet. 8°. geheftet M. 5.—, fein Lwd. geb. M. 6.—.
Das Verhältniß zwischen Willen und Verstand im Menschen. 2. Aufl. 8°. geheftet M. 1.—.
Der Philosoph des Pessimismus. Ein Charakterproblem. 8°. geheftet M. 1.20.
Großherzogin Sophie von Sachsen, Königliche Prinzessin der Niederlande. 8°. geheftet M. 1.20.

Kleine Schriften. Dritte Reihe.
Großherzog Alexander von Sachsen. 8°. geheftet M. 1.60.

*1874-SB
5-14
C

Philosophische Schriften:

1. **Einleitung in die Geschichte der neuern Philosophie.** 4. Aufl. gr. 8°. geheftet M. 4.—, fein Lwd. geb. M. 5.—. (Sonderabdruck aus der Geschichte der neuern Philosophie.)
2. **Kritik der Kantischen Philosophie.** 2. Aufl. gr. 8°. geheftet M. 3.—.
3. **Die hundertjährige Gedächtnißfeier der Kantischen Kritik der reinen Vernunft. Johann Gottlieb Fichtes Leben und Lehre. Spinozas Leben und Charakter.** 2. Aufl. gr. 8°. geheftet M. 2.40.

Shakespeares Charakterentwicklung Richards III. 2. Ausgabe. 8°. geheftet. M. 2.—.

Die Schicksale der Universität Heidelberg. Festrede zur fünfhundertjährigen Jubelfeier der Ruprecht-Karls-Hochschule zu Heidelberg. Dritte Ausgabe. gr. 8°. geheftet M. 2.—, fein Lwd. geb. M. 3.—.

Briefwechsel zwischen Goethe und K. Göttling. 2. Ausgabe. gr. 8°. geheftet M. 3.—.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.









D 295 .W53 C.1
Preussen und England in der eu
Stanford University Libraries
3 6105 038 475 450

D
295
.W53

DATE DUE

